

DAS ARGUMENT 134

Editorial	477
Erich Fried: Persönliche Erinnerungen an Peter Weiss	481
Wolfgang Fritz Haug: Zum Tode von Peter Weiss	482
Peter Weiss: Die Möglichkeit (die Annahme) der Wahrheit entsteht aus Zweifeln und Widersprüchen	487

Neue Rechte/Rassismus

Sven-Eric Liedman Neoliberalismus und Neokonservatismus	495
David Plotke Wohin führt der Reaganismus?	504
Heiner Ganßmann Demontage des Wohlfahrtsstaats in den USA?	513
Stuart Hall Die Konstruktion von Rasse in den Medien	524
Bell Hooks: Ain't I A Woman	534
* * *	
Ulrich Wacker: Literaturbericht Preußen	542
Jörn Garber: Fachübersicht Literaturgeschichtsschreibung	552
<u>Kongreßberichte:</u> Volksunis Berlin/Stockholm, Gemeindepsychologie, Industriesoziologie, Frauen und Musik, Eurokommunismus	563
<u>Besprechungen:</u> Theologie der Befreiung und der Arbeit; Frauen: Kunst und Kultur; Arbeit und Arbeiter; Alltagspädagogik; Faschismus; Projekt Automation und Qualifikation über Humanisierung der Arbeit	575
Dokumentation: Aufruf der Libanesischen Volkshilfe	562
Intervention: Frauenarbeit (Hartweg zu Rätzsel)	562
Über die Autoren; Summaries; Zeitschriftenschau	624

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber: Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/M.), Heinz-Harald Abholz (Berlin/West), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Heiko Haumann (Freiburg), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Helmut Ridder (Gießen), Dorothee Sölle (Hamburg), Karl Hermann Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion:

Dr. Dieter Borgers, Wieland Elfferding, Dr. Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. W.F. Haug, Rolf Nemitz, Nora Räthzel, Dr. Werner van Treeck

Redaktionssekretariat: Thomas Laugstien; Herstellung: Werner Jung

Redaktion, Verlag und Anzeigentausch:

Altensteinstraße 48a, 1000 Berlin 33, Tel. 030/8314079

Anzeigenverwaltung (ohne Tausch):

Andreas Runze u. Michael Gatz, Leonhardtstr. 8-9, 1000 Berlin 19, Tel. 030/3237461

Auslieferung:

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Tel. 030/4619061

Besprechungen

Philosophie

<i>Meier, Johannes: Selig die hungern nach Gerechtigkeit. (D. Sölle)</i>	575
<i>Reiser, Antonio, u.a. (Hrsg.): Basisgemeinden und Befreiung. (D. Sölle)</i>	575
<i>Brandt, Hermann (Hrsg.): Die Glut kommt von unten. (D. Sölle)</i>	575
<i>Cabestrero, Teofilo: Mystik der Befreiung. (D. Sölle)</i>	575
<i>Johannes Paul II.: Der Wert der Arbeit und der Weg zur Gerechtigkeit (F. Hengsbach)</i>	578
<i>Gremmels, Christian, u.a. (Hrsg.): Am Ort der Arbeit (R. Möllers und J. von Soosten)</i>	579
<i>Bahr, Hans-Eckehard, u.a.: Franziskus in Gorleben. (A. Vollmer)</i>	580

(Fortsetzung auf S. XIII)

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1982 in 6 Heften (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von 924 Text-Seiten. Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. — Preise: Einzelheft 12,— DM; für Schüler und Studenten 9,— DM; Jahresabonnement incl. Versandkosten 63,80 DM; für Schüler und Studenten 50,— DM. — Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. — Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. — Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin 1982. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Deutsche Bank Berlin AG 721/7722, BLZ 10070000; Bank für Gemeinwirtschaft 11 14401300, BLZ 10010111; Postscheckkonto Berlin West 5745-108, BLZ 10010010. — Satz: Barbara Steinhardt, Berlin; Druck: Fuldaer Verlagsanstalt, Fulda. 1. — 7. Tausend Juli 1982.

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält in Teilaufgabe eine Bestellkarte des Argument-Verlags.

Editorial

Peter Weiss hatte eingewilligt, den »Ständigen Mitarbeitern« dieser Zeitschrift beizutreten. Als erste Veröffentlichung planten wir den Vorabdruck aus seinen Notizbüchern 1960-71. Kurz vor seinem Tode telefonierte Karl-Heinz Götze mit ihm wegen der Auswahl. Wir bringen Erinnerungen von Erich Fried und eine Rede, die Wolf Haug beim Peter Weiss-Memorial des Tübinger Theaters am 16. Mai und bei der Schlußkundgebung der diesjährigen Volksuni vorgelesen hat.

Zum Themenschwerpunkt

Vor zwei Jahren untersuchten wir die Politik von Franz Josef Strauß als bundesdeutsche Variante eines *Rechtspopulismus*, der gleichzeitig in Großbritannien und in den USA Erfolge feierte*. Die Diskussion hier ging um die Frage, ob der Protest *von unten*, den Strauß aufnahm und gegen die sozialliberale Regierung richtete, auch für linke Politik gewonnen werden könnte. Als Strauß die Wahl verloren hatte, wurde die Diskussion abgebrochen.

Bei »Reagan« denken wir heute eher an »Raketen« als an »Populismus«. Aber wenn wir die Raketen wegbringen wollen, müssen wir auch begreifen, wie die beiden Gesichter des Staats der »Neuen Rechten« zusammenpassen: Atomwaffenstaat nach außen; nach innen ein Staat, der sich »zurücknimmt«, um der »Initiative des Individuums« Platz zu machen. — Zudem ist in unserem Land die sozialliberale Politik in der Krise. Wer wird davon profitieren? Wird es eine bundesdeutsche Variante neoliberaler Politik geben? Wie könnte die Linke ihr begeben?

Die Beiträge dieses Heftes bieten in drei Punkten eine Neuorientierung unserer Vorstellungen über die »Neue Rechte« an: Thatcher und Reagan als Episode; das wahrscheinliche Scheitern ihrer Politik an der Wirtschaftspolitik; die »Ebene«, auf der eine Politik gegen Rechts ansetzen müßte.

Viele dachten von Anfang an, diese Art rechter Politik würde sich nicht lange halten. Die Hoffnung kann darüber hinwegtäuschen, daß die Regierungen Thatcher und Reagan nicht nur der Gunst einer Stunde geschuldet sind. Der Wohlfahrtsstaat, der den Kapitalismus seit dem zweiten Weltkrieg von innen zusammengehalten hatte, geriet in den 70er Jahren in die Krise. Die Rechten haben angefangen mit Chile, die Zeit genutzt, um neue Strategien auszuarbeiten und international abzustimmen. Die Resultate sind widersprüchlich, auch dort gibt es Kämpfe verschiedener Linien. Sie müssen aber ernstgenommen

* Vgl. die Strauß-Analysen in: Sozialliberalismus oder rechter Populismus? Hegemonie und Politik in der Bundesrepublik. Argument-Sonderband AS 51, Berlin/W. 1980. — Fundierte Analysen der »Neuen Rechten« sind in der BRD rar. Eine Ausnahme stellt Heft 44 der *Prokla* dar mit Beiträgen von E. Altvater, C. Mouffe und einen Auszug aus dem Buch »The Hidden Election« von T. Ferguson und J. Rogers. Stuart Hall untersucht den Thatcherismus als autoritären Populismus in: S. Hall: Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus, in: Neue soziale Bewegungen und Marxismus. Argument-Sonderband AS 78, Berlin/W. 1982. Einen Überblick über neuere Positionen des Konservatismus in der BRD gibt der Besprechungsschwerpunkt »Positionen des Konservatismus« in: Argument-Beiheft '81, 171-191.

werden als Antworten auf die neuen Herausforderungen: veränderte Kräfteverhältnisse zwischen den USA und Europa, zwischen »Nord« und »Süd«; ein neuer Schub in der Revolutionierung der Produktivkräfte; das Ende keynesianischer Wirtschaftspolitik in den kapitalistischen Hauptländern; die Veränderung der Klassenstrukturen, neue Antagonismen und neue Formen der Politik. Die Hoffnung auf ein schnelles Ende von Reagan und Thatcher fixiert den Blick auf die Spitze des Eisbergs.

Wird die neoliberale Wirtschaftspolitik, wie *Heiner Ganßmann* argumentiert, an ihren inneren Widersprüchen scheitern? Aber was für ein »Scheitern« wäre das? Die bis dahin faktisch durchgesetzten Veränderungen der Sozialstruktur, die Zerstörungen von Kulturen und Lebensweisen können so tiefgreifend sein, daß es kein Zurück mehr gibt zum alten wohlfahrtsstaatlichen Konzept. Große Teile der Linken, nicht nur in der Bundesrepublik, setzen aber auf linke Varianten des Wohlfahrtsstaats. Ein Verzicht auf Sozialpolitik wäre töricht, eine Politik »am Staat vorbei« illusionär. Aber vielleicht trägt die Erwartung, die vom Staat Verlassenen würden sich auf einen, dann links regierten, Staat verlassen. Die »Neue Rechte« rief die Menschen dazu auf, sich nur auf sich selbst zu verlassen. Viele sahen das offenbar als Lösung ihrer verzweifelten Lage an. Werden sie, desillusioniert, in die Arme sozialstaatlicher Betreuung zurückkehren, oder nun erst recht in Subkulturen abwandern, die staatlich nicht erreichbar sind?

Mit der Desillusionierung der Massen rechnen — so könnte manches linke Politik-Konzept umschrieben werden. In dieser Optik verbreitet die »Neue Rechte« Illusionen und bringt die Menschen von ihren »eigentlichen Interessen« ab; die Linke würde dagegen, an diese Interessen appellierend, mit dem »besseren Programm« zu überzeugen versuchen und den Staat zu seiner Durchsetzung einspannen. Linke Ansichten von der »Neuen Rechten« sind weitgehend durch dieses Politik-Verständnis bestimmt: demnach macht Reagan gar keine »richtige« Politik, eher eine Politik vom Bauch aus — was kann man auch von einem Hollywood-Schauspieler anderes erwarten? Wenigstens kann das bei uns nicht passieren! — So oder ähnlich wurden Reagan und Thatcher schon auf Tonnen von Papier »fertiggemacht«. Was ihre Massenwirkung *positiv* ausmacht, erfahren wir nicht.

Was viele Linke als Schwäche, ja Lächerlichkeit rechter Politik denunzieren, macht gerade ihre Stärke aus. Die »Neue Rechte« stellt ihre Politik nur als Realisierung verbreiteter Alltagsvorstellungen dar: was »gut« und »richtig« ist, was der »Staat« ist, was »Wohlfahrt« sein kann usw. Diese Haltungen und Denkweisen sind politischen Programmen und institutioneller Politik vorgelagert. Wer sich in die Umarbeitung des Alltagsbewußtseins einmisch, bestimmt mit darüber, welche Programme und welche Politik in Zukunft Masseneinfluß gewinnen können. Wie gehen wir, die Linken, mit dem um, was »die Leute« denken und tun? Häufig schwanken wir zwischen zwei Extremen: sektiererische Ablehnung und opportunistische Anbiederung. Vielleicht hängt das damit zusammen, daß wir vieles uneingestanden teilen. Die schwarze Feministin *Bell Hooks* zeigt z.B., wie tief der Rassismus in die Linke hineinreicht. Wirksame Politik gegen Rechts braucht die Einsicht, daß es nicht nur um »die an-

dern« geht: unsere Aufklärung muß auch Selbstaufklärung sein, unsere Befreiung auch Selbstbefreiung.
W.E.

Verlagsmitteilungen

Mit Freunden und Mitarbeitern des *Argument* führen wir Seminare durch, um uns neuere theoretische Entwicklungen anzueignen. Die bisher spannendste und produktivste Diskussion hatte die Beiträge zu einem internationalen marxistischen Seminar in Oaxaca, Mexico vom April 1981 zum Gegenstand. Eine Auswahl enthält der neue *Argument*-Sonderband AS 78 *Neue soziale Bewegungen und Marxismus* (Internationale Sozialismus-Diskussion 2). Die Themenschwerpunkte: Diskurs und Hegemonie (Laclau, Mouffe, Buci-Glucksmann); Nationalismus und Populismus (Franco, de Ipola/Portantiero, Hall); Feminismus und Sozialismus (Paramio, Bonacchi, Pasquinelli). — Der Band löst schon jetzt Kontroversen in der Redaktion aus. *Karl-Heinz Götze* schreibt: Wer die Entprovinzialisierung unserer marxistischen Diskussion will, muß wohl auf die Wärme verzichten, die Provinz neben dem Mief immer auch zu bieten hat, muß noch mehr Fragen in Kauf nehmen, an denen es ja gewiß schon nicht fehlt. Die Beiträge stellen angesichts der neuen sozialen Bewegungen tradierte Politikformen in Frage, tradierte Formeln zur Gewinnung der Hegemonie, tradierte Elemente marxistischen Wissenschaftsverständnisses. Vieles ist auf Anhieb schwer verständlich. Wir werden prüfen müssen, ob unser Lesewiderstand aus Denkfaulheit oder dem Affekt gegen terminologische Moden sich speist.

Frei heraus: Vieles erscheint mir falsch in den Aufsätzen, vielmehr vieles in wenigen und einiges in vielen Aufsätzen. Hätten wir es darum nicht drucken sollen? Was immer noch richtig ist, wird sich auch gegen neue Provokation behaupten können, sich neu begründend erstarken — wenn wir es neu begründen. Ohne neue Begründungen freilich wird es kaum abgehen. Die Antworten, die hier notwendig sind und die zu finden mühsam sein wird, können wiederum die letzten nicht sein ...
C.G.

Das Unbehagen an mancher marxistischer Geschichte von Klassen und Organisationen, in der vom Leben so wenig vorkommt, ist vielfach umgekippt in die Mode der »Alltagsgeschichte«. Ob damit nur die Schwächen kompensiert, oder gleich die Stärken marxistischer Geschichtsschreibung über Bord geworfen sind, ist bisher wenig untersucht worden. Dies tun die Autoren des Bandes *Arbeiteralltag in Stadt und Land* (AS 94) in kritischer Durchsicht neuer Ansätze zur Alltagsgeschichtsschreibung und in Fallstudien z.B. über die proletarische Familie und über Erziehung in der Fabrik.

Die Spannung zwischen der Kritik am Rationalismus der Linken und dem Festhalten an rationaler Begründung von Theorie und Politik macht *Georg Forster* für uns interessant. Der Protagonist der Mainzer Republik von 1792 stand am Epochen-Umbruch zwischen Aufklärung und Frühromantik. Der Band *Georg Forster in seiner Epoche*, Literatur im historischen Prozeß, Neue Folge 4, AS 87, beleuchtet seine Literatur, Politik, Wissenschaft und Geschichtsphilosophie.

Die Gesundheitsbewegung propagierte manche Fähigkeiten zur Gesundheit, die der hochspezialisierten Apparatemedizin verloren gegangen sind. »Betreuung« und »Pfleger« markieren einen wichtigen Bereich solcher Tätigkeiten. Linke Medizin-Kritik kann sich aber nicht vorbehaltlos darauf stützen, weil diese Gesundheits-Kompetenzen auch in Herrschaftsverhältnisse, vor allem in die Frauenunterdrückung eingesperrt sind. So handelt der erste Aufsatz des neuen »Jahrbuchs für kritische Medizin 8« (AS 86) *Pflege und Medizin im Streit* von »Krankenpflege als Frauenberuf«.

Früher als bei uns wurde in der Dritten Welt bemerkt, daß Gesundheit erst in zweiter Linie eine Frage von Medikamenten und chromblitzenden Apparaten ist, und zuerst eine Frage der Lebensweise und ihrer sozialen Bedingungen. Eine Einführung in diese Problematik gibt *Gesundheitspolitik und Basisversorgung in der Dritten Welt*, Argument-Studienheft SH 41.

Die These, daß Frauen sich nur selbst befreien können, wenn sie sich nicht nur als Opfer der Verhältnisse und der Männer verstehen, sondern daß sie ihre aktive Einordnung in diese Verhältnisse untersuchen müssen, hat heftige Reaktionen ausgelöst. Die ersten Beiträge veröffentlichten wir in *Argument-Studienheft* SH 46. Die neuerdings geradezu kampagnenartig wieder aufgenommene Kritik dokumentieren wir zusammen mit vielen unveröffentlichten Repliken als Fortsetzung der Opfer-Täter-Diskussion in einem weiteren Studienheft *Frauenpolitik* SH 56.

W.E.

* * *

Ute Osterkamp: Richtigstellung zum Bericht von Kornelia Hauser über die Diskussion am 24.1.1982 beim IMSF in Frankfurt/M. zur »Opfer-Täter«-Problematik (vgl. Argument 133, S.414ff.)

Kornelia Hauser behauptet in diesem Bericht, ich hätte meinen in Frankfurt gehaltenen Beitrag erst für die Veröffentlichung im Argument zur Verfügung gestellt und dann zurückgezogen. Das steht ähnlich auch im Editorial Heft 133. Tatsächlich habe ich mein Angebot, den Beitrag im Argument zu veröffentlichen, zu keinem Zeitpunkt zurückgenommen. Lediglich über den Zeitpunkt der Veröffentlichung entstanden Probleme dadurch, daß das IMSF als Veranstalter der Diskussion die Priorität der Publikation des Referates im IMSF-Jahrbuch, das im Herbst erscheinen wird, beansprucht. Der Beitrag kann also noch in diesem Jahr im Argument veröffentlicht werden — sinnvollerweise zusammen mit einer Entgegnung von Frigga Haug (worauf in der IMSF-Veröffentlichung meines Referates verwiesen ist). Die Leser hätten somit eine doppelte Möglichkeit zu überprüfen, ob bzw. wieweit meine Position in der Darstellung Kornelia Hausers wiederzufinden ist.

Erich Fried

Persönliche Erinnerungen an Peter Weiss

Zur Gedenkfeier von Peter Weiss kann ich nicht kommen, weil ich krank bin. Vor mir liegt noch eine etwa zwei Wochen alte Postkarte von ihm mit guten Genesungswünschen und der Versicherung, daß er an mich denkt.

Wenn ich die Augen zumache, sehe ich ihn vor mir, in London, in Stockholm, in Princeton in den Vereinigten Staaten, in Berlin, im alten Theater in Drottingholm und im neuen Schauspielhaus in Düsseldorf.

In Drottingholm hat die ganze Gruppe 47 mit seltener Einhelligkeit das alte Schloßtheater aus dem 18. Jahrhundert, in dem genau nach den alten Rollenbüchern, mit den alten Kulissen und in den alten Kostümen gespielt wird, bewundert. Peter Weiss, Günter Grass und ich waren darüber einer Meinung.

Bei der Konferenz in Princeton war das nicht so. Günter Grass griff dort — mitten im Vietnam-Krieg — Peter Weiss an und nannte ihn einen Hofnarren Walter Ulbrichts, weil Peter gegen den Vietnam-Krieg und gegen den Kalten Krieg geschrieben hatte. »Und wir mochten Günter doch immer so gerne«, sagte Peter völlig verblüfft zu mir. Ich veröffentlichte ein Gedicht zur Verteidigung Peters. Für mich war das der Anfang eines Konflikts mit Günter Grass, der lange dauerte.

In London habe ich Peter Weiss unmittelbar vor und nach der englischen Erstaufführung seines Marat-Sade-Stückes in Erinnerung. Regie Peter Brook. Ein ungeheurer Erfolg.

In seinem Arbeitszimmer in Stockholm habe ich ihn zweimal besucht, einmal als die Gruppe 47 in Schweden war, das andere mal im August 1968 unmittelbar nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Mächte in Prag. Wir veröffentlichten eine gemeinsame Erklärung. In seiner ersten Empörung fand Peter den Einmarsch der Russen genau so arg wie den Vietnam-Krieg der Amerikaner. Diese Gleichsetzung fand ich politisch und sachlich falsch, wovon ich Peter auch schnell überzeugen konnte. Aber seine Empörung, die ihn dazu bewegt hatte, fand ich sympathisch. Nein, ein linientreuer Einäugiger war er nicht.

In unserer Erklärung sagten wir dann, wer sich über Amerikas Vietnam-Krieg nicht empört habe, der habe auch kein moralisches Recht, sich jetzt über den Einmarsch in Prag zu empören.

In Düsseldorf fand die Uraufführung des Trotzki-Dramas von Peter statt. Eine sehr aktive kleine Gruppe von meist jugendlichen DKP-Anhängern demonstrierte dagegen und griff ihn ungeheuer scharf und ziemlich unsachlich an. Am heftigsten war die Aggressivität eines großen rotblonden Mädchens, die ich ganz originell, aber auf die Dauer mit der DKP schwer vereinbar fand, was ich ihr auf einen Zettel schrieb. Sie blieb auch nicht lange bei der DKP. Es war Karin Struck, die später als Schriftstellerin bekannt wurde. Das Trotzki-Drama wurde Peter auch in der DDR und in der Sowjetunion verübelt.

Am lebhaftesten ist mir in Erinnerung, wie wir bei der großen Vietnam-Demonstration in West-Berlin im Februar 1968 nebeneinander gingen und immerzu gereimte Losungen dichteten, die dann von vielen Demonstranten laut gerufen wurden. Peter war von Ulrike Meinhof aus Ost-Berlin herübergeholt worden, wo man ihm geraten hatte, diesen abenteuerlichen und antiautoritären Anhängern Rudi Dutschkes doch lieber fern zu bleiben. Ich war aus England zur Demonstration gekommen. Ich weiß noch, wie froh Peter war, gekommen zu sein, und wie er sich bei jeder neuen Losung freute ...

Ich muß nur die Augen zumachen und sehe ihn vor mir. Er ist zeitlebens sehr lebendig geblieben und hat nie auf sein Eigenleben verzichtet. Er hat sich gerne auf ein Marx-Zitat aus dem Kommunistischen Manifest berufen, daß »die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«. Das machte es ihm auch leichter, zu seiner Einsicht zu stehen, daß ein Schriftsteller am besten durch sein Schreiben wirken und helfen kann. Dieses Wirken und Helfen wird mit Peters Tod nicht aufhören.

London, den 12. Mai 1982

Wolfgang Fritz Haug

Zum Tode von Peter Weiss

»Lasset die Toten ihre Toten begraben« — nie ist mir diese Haltung so schwer gefallen. Seine Stimme wiederzuhören, in den Fernsehaufzeichnungen; alles in mir weigert sich anzuerkennen, daß er nie mehr kommen wird. Seine Sanftheit, seine Erfahrung des Schreckens, sein Festhalten an der Arbeiterbewegung und ihrem sozialistischen Projekt. Es war mehr als nur ein Festhalten; wie er von einer seiner Figuren sagt, er konnte für dieses Projekt nicht anders und nicht besser arbeiten, als indem er zugleich an dessen Veränderung arbeitete. Die Überwindung der Spaltung, eine neuartige, glücklichere Verbindung von Arbeit, Kultur und Wissenschaft — die Erfahrungen, die ihn dazu befähigten, sich an die Arbeit zu machen, die Ästhetik des Widerstands zu schreiben, waren bestimmt durch einerseits Vietnam und die Solidaritätsbewegung, andererseits die Studentenbewegung, deren baldiger Zerfall in der Spaltung.

Im Mittelpunkt der letztjährigen Volksuni hatte die Beschäftigung mit der »Ästhetik des Widerstands« stehen sollen. Peter Weiss hatte zugesagt zu kommen. Damals wußten wir noch nicht, daß er grundsätzlich nicht zu Lesungen zu bewegen war. Er kam nicht. Aber vor kurzem besuchte er eine Lesegruppe, die im Zusammenhang der Volksuni entstanden ist und in der Gewerkschafter die »Ästhetik des Widerstands« lesen. Als wir die Nachricht von seinem Tod erhalten hatten, war es uns unmöglich, nichts zu tun. Die Organisatoren der Volksuni kamen überein, die Schlußkundgebung der diesjährigen Volksuni umzuwidmen. »Für Peter Weiss« hieß die Veranstaltung. Der Titel hätte anders lauten müssen. Etwas für Peter Weiss zu tun — dafür ist es nun für immer zu spät. Ablenkend wäre es auch zu sagen, wir wollen etwas »für das Werk

von Peter Weiss« tun. Was wir empfinden, ist etwas anderes. Wir sind es, die dieses Werk brauchen. Für uns müssen wir es lesen und verbreiten.

Die Ästhetik des Widerstands ist kein Text bloß über etwas. Es ist ein Text auch über uns. Wir können uns in ihn hineinbegeben. Ja, es ist eine Zumutung, schon der Umfang; aber die wirkliche Zumutung sind nicht die tausend Seiten, sondern das ist der Umfang und die Vielfalt der Gegenstände, deren wir uns annehmen sollen, Werke im Werk, die wir uns aneignen, Geschichte, die wir auf uns nehmen, abgebrochene Diskussionen um die Umgestaltung unserer Verhältnisse, in die wir eintreten sollen. Aber uns in diesem Werk einfindend machen wir die Erfahrung, daß wir zu uns selber finden, indem wir uns verändern.

Kultur und Kunst — was bedeutet das für uns? Die mehrtausendjährige Geschichte staatlich verfaßter Klassengesellschaften, also auch der Klassenkämpfe, ausgetragen mit ungleichen Waffen — denn so weit greift die Ästhetik des Widerstands aus — was bedeutet uns diese Geschichte?

Kultur und Kunst sind in diese Geschichte von Unterdrückung und Befreiungskämpfen eingeschrieben. Im Pergamon Altar, den wir im Museum bewundern und mit dessen Besichtigung durch eine Gruppe junger Arbeiter der Roman beginnt, verewigt sich eine herrschende Klasse, verhimmeln sich ihre Herrschenden. Aber sie verhimmeln sich nicht ohne gepreßte Hilfe; die Ausgebeuteten sind es, die ihre Ausbeuter als Götter gestalten müssen. Und die Ausgebeuteten bringen nicht nur ihr Können, sondern auch etwas von ihrem Bild in die Herrschaftskunst ein. Als Können und Schönheit ist in diese Kunst auch das Interesse der Befreiung eingeschlossen. Die Faschisierung der bürgerlichen Herrschaft und der antifaschistische Kampf bestimmen die unmittelbare Handlung der Ästhetik des Widerstands. In diesen Kämpfen verdichten sich die Linien jahrtausendealter Klassenkämpfe. Eingelassen in diese Kämpfe betreibt Peter Weiss' Ich-Erzähler die Aneignung der Kunstwerke, die Aneignung der Geschichte durch die Unterdrückten.

Was für eine Herkules-Arbeit, dieses Buch zu schreiben. »Zu schreiben« benennt nur die Spitze des Eisbergs. Zu Forschen, zu sammeln. Die Fernsehaufzeichnung in der Werkstatt des Autors zeigte den riesigen Karteischränk. Neun Jahre lang. Jeden Tag um 9 Uhr ins Atelier. Arbeit bis 17.30 Uhr, mit kurzer Mittagsunterbrechung. Früh ins Bett, gleichzeitig mit der Tochter Nadja. Neun Jahre lang diese Arbeit, die Notizbücher geben einige Einblicke. Sprechen von der Todesangst, unter der geschrieben wurde, von der Zerreißprobe, der sich dieser Schreiber aussetzte, indem er sich in die Kämpfe und Leiden der Kommunisten und Sozialdemokraten hineinbegab.

Einarbeiten der abgebrochenen Auseinandersetzungen um den Kampf gegen den Faschismus, um den sozialistischen Weg, Einarbeiten all dessen in die Welt der großen Kunst, es zu einer bleibenden Unfertigkeit zu machen. — Die Weltabgewandtheit, in der Peter Weiss mit kleinen Unterbrechungen neun Jahre lang lebte und schrieb, war die Form einer eingreifenden Weltzuwendung. Das Entsetzen nicht zu verdrängen und sich nicht von ihm lähmen zu lassen. Die zerreisenden Gegensätze zu gestalten, den Schrecken des Faschismus, aber auch das Belauern und die Angst in der Beziehung von Menschen,

die einander Genossen nannten, die manchmal nicht mehr wußten, welchen Feind sie mehr fürchteten, die Gegner oder die Eigenen. Die geschundenen Kämpfer für den Sozialismus auch in dieser ihrer größten Erniedrigung darzustellen. Die Todesangst zu gestalten, das Grauen, in der Gestalt der Mutter, die mit Hölderlin zusammengedacht wird, dem in die Umnachtung geflüchteten. Die Mutter, die den Schrecken der Massenvernichtung erfahren hat, diesen Schrecken, der aller Beschreibung, aller Sprache spottet, die in Sprachlosigkeit verfällt, diese Mutter, ihr Sprachverlust und Tod müssen erfahren werden, daß Änderung möglich wird, die nicht immer wieder vom Alten eingeholt wird. Diese selber uralte Erfahrung, den Christen, die im Ernst welche sind, vertraut, muß auch von den Sozialisten angenommen werden.

Der Bezug auf den Tod hilft gegen das Sich-Einrichten, die Erstarrung, diesen Tod mitten im Leben, der dem Selbstverständlichwerden von Besitz, Stellung und auch von Formen der Macht, die auf der Ohnmacht der Unterdrückten beruhen, entspringt.

»Gibt es ein Leben vor dem Tode?« Diese verrückende Gegenfrage muß nicht trübe mystizistisch ausgelegt werden. Das Leben, das den Tod weiß, kann sinnvoller gelebt werden. Die Vertagung dessen, was sinnvoll wäre, wofür es sich zu leben lohnte, ist mit dem Gedanken an den Tod unverträglich. Welchen Sinn hat das alles? Keinen, den wir nicht ergreifen, keinen, dessen wir uns nicht annehmen, keinen, den wir nicht bauen, keinen, für den wir nicht kämpfen.

Die Ästhetik des Widerstands gestaltet das offene, vielstimmige, widersprüchliche Arbeiten an diesem Sinn. Aber er wird nicht garantiert: Wir sollen eintreten in ein offenes Spiel. Selber stehen wir auf dem Spiel. Der Sinn wird nicht ausgedrückt. Er ist nicht eine ästhetische Beleuchtung, in welche die Welt durch den Erzähler getaucht würde. Er ist keine Frage der Interpretation, sondern des Widerstands. Aufgefordert, diesen Widerstand positiv auszudrücken, sprach Peter Weiss vom Freiheitstrieb.

Das Wort »Trieb« darf dabei gehört werden. Der Sinn wird nicht rationalistisch konstruiert. Die Vernunft ist nichts Selbstverständliches für Peter Weiss und tritt nicht als Herr im Haus auf. Die Ästhetik des Widerstands gestaltet sich hinein in eine Wirklichkeit, die nicht nur vielgestaltig und widersprüchlich ist und in der die Kräfte der Vernunft oft verzweifelt schwach sind, sondern in der auch oft genug die Unvernunft der Vernunft sich manifestiert.

Man sieht, wie das von Peter Weiss angeordnete Material etwas ergibt, über das er nicht mehr verfügt, dessen Autor er, der Autor, nicht mehr ist und das darauf angewiesen ist, wie es von uns ergriffen, gedeutet, tätig umgesetzt wird. Innerhalb der marxistischen Tradition gestaltet er eine Revolutionierung des Verhältnisses zum Unbewußten. Zu den Träumen. Zu den stummen Schreien der Verzweiflung. Aber auch zum Unabschließbaren, zum weitertreibenden Unterschied, zum Weiterdenken. Er bildet an einer neuen kollektiven Vernunft, die nicht mehr zentralistisch ist. Im Gespräch kam er immer wieder auf diese Notwendigkeit zurück.

Gespräche mit Peter Weiss, bei seinem letzten, mehrwöchigen Aufenthalt in Berlin, drehten sich oft darum: Die ungeheure Macht der bürgerlichen Medien, die wenigen, viel zu dünn gesät, die das sozialistische Projekt weder fallen lassen, noch sich in einem seiner zersplitterten Dogmatismen einrichten, die Isolation, fast allseitig, dieser wenigen.

Desto mehr fehlt er. Seit er weg ist, ist an dieser Stelle die Auskunft geschlossen, sein Fleiß, der uns helfen würde, erloschen.

Nachdem die »Ästhetik« fertiggestellt war, war es leichter, ihn für andere Vorhaben zu gewinnen. So hatte er sich zu regelmäßiger Mitarbeit an der Zeitschrift *Argument* bereiterklärt, sein Name sollte, wie der von Erich Fried und Volker Braun, im Impressum genannt werden. Die Zeitschrift gehört zu den undankbaren Aufgaben, den Wind der politischen Großwetterlage zehn, zwanzig Jahre, seit dem Ende der Studentenbewegung, gegen sich, an einem neuen Beziehungsnetz von Wissenschaft, Arbeit und Kultur mitwirkend, zugleich das theoretische Denken dieses Projektes, genannt »Marxismus«, erneuernd, in der Schere zwischen den dogmatischen Festhalten und den Wegwerfern.

Wir entdeckten in Peter Weiss unseren wichtigsten Helfer, dessen Ästhetik des Widerstands unsere offene, quälende, unsichere Geschichte schrieb, der aber dieses Geschichteschreiben zugleich als umfassende Umwertung aller Werte betrieb, ein neues reiches Netzwerk an Wissen und Werten, Bedeutungen und Erfahrungen knüpfte, darin die Zukunft eines erneuerten Projektes der solidarischen Umgestaltung der Gesellschaft sowohl ankündigend als mitkonstruierend.

Als ich Peter Weiss zuletzt sah, am 25. April 1982 in West-Berlin, war er auf der Suche nach einem neuen Stoff, aber das klingt verharmlosend, klingt so harmlos, wie ich das eben hörte. Irgendwie sei sein Leben in Stockholm zu Ende. »Gebt mir einen neuen Stoff«, sagte er. Ich brauche etwas, worüber ich schreiben kann. Wir hielten das für das übliche Loch, in das einer fällt, wenn er eine große Arbeit abgeschlossen hat. Er wirkte müde, länger als zehn Minuten durfte der Spaziergang nicht dauern. Er sprach nicht viel. Er hörte zu, machte Notizen. »Man kann nicht immer in einer Sprache schreiben, die man nie hört«, sagte er. »Ich spreche schwedisch mit meiner Tochter.« Unser schwäbisches Essen und den Wein genoß er. Seine lange Einschließung in die Arbeit, die eher karge Lebensweise dieses Schreib-Marathons, entsprang gewiß nicht dem Mangel an Genußfähigkeit. Er war sanft, auf eine nachgiebige Art unerbittlich.

Bei unserem letzten Gespräch wollte er darüber diskutieren, wie die Situation begriffen, unsere Perspektiven bestimmt werden können. In Literatur und Kunst gehe kaum einer mehr ernsthaft vom Sozialismus aus. Wir sprachen über Volker Braun, der wie Weiss die Konflikte nicht scheuend vom Sozialismus ausgeht. In West-Berlin hat Peter Weiss manches fasziniert. Er sprach von Höllenszenen in Kreuzberg, Rock im Kuckuck. Er sah eine Kultur des Zerfalls. Die Musik stereotyp-richtungslos. Manches in der Alternativszene verglich er mit Clochards, die in ihrem Dreck untergehen. In den alternativen Kneipen,

der Hausbesetzerszene, habe er fast handgreiflich die Absage an Literatur, an Intellektualität gespürt. Er sprach über die Mauer und ihre Nutzung als riesengroße Schreibfläche. Das gefiel ihm. Aber die Schlagworte fand er perspektivlos, Quatsch, ausdrucksstark zwar, aber nicht einmal poetisch. Immer wieder diskutierten wir über die Widersprüche, die Entstellungen, die Freisetzungsmöglichkeiten der sozialistischen Bewegung, die Paradoxie, daß viel Positives in der Nebensache im Westen verkörpert ist, daß letztlich alles Bessere, auch das Schicksal von Kunst und Kultur, mit dem Schicksal der sozialistischen Bewegung verbunden ist. Er sprach immer wieder über Vietnam, die massenhafte Abwendung großer Teile der früheren Vietnamsolidarität, die hier unvorstellbare Armut und Not, die als Kriegsfolge dort herrschen, aufrechterhalten durch den Konflikt mit China ...

Er war enorm froh, daß die Ästhetik des Widerstands nun doch in der DDR erscheinen wird, wenn auch nur in der viel zu kleinen Auflage von 5.000. Die Auflage ist so klein im Verhältnis zur Nachfrage in der DDR, daß sie kaum in die Buchhandlungen gelangen wird. Aber Peter Weiss rechnete auch so: drei Bände in je fünftausend Exemplaren, das sind fünfzehntausend Bücher, angesichts der Papierknappheit doch eine ganze Menge. Und er hatte praktisch der DDR die zitierbare Ausgabe letzter Hand zugeschanzt, denn für die DDR-Ausgabe habe er viele vom Suhrkamp-Verlag vorgenommene Änderungen wieder rückgängig gemacht, die Originalfassung wiederhergestellt.

Sein Werk, vor allem die Ästhetik des Widerstands, bildet einen Berührungspunkt derer, die, zu ihrem Elend, voneinander getrennt oder gegeneinander gerichtet sind und die sich an dieses ihr Elend fürchterlich gewöhnt haben. Es gibt eine Begriffsverdichtung der Hausbesetzer, die ein Programm darstellt: Instandbesetzung. Klaus Scherpe hat diesen Begriff auf die Ästhetik des Widerstands übertragen: Was in ihr verhandelt wird, auf eine mit aller großen Kunst bleibenden Weise angefangen, noch unfertig also, offen in dem quälenden Sinn, in dem die Abwendung eines Atomkrieges eine offene Aufgabe ist, was die Ästhetik des Widerstands unternimmt, nannte er eine *Instandbesetzung des Sozialismus*.



Über Peter Weiss schreiben
Volker Braun, Christian Geissler,
Lisa und Wolfgang Abendroth,
Klaus R. Scherpe u.a.
Literatur im historischen Prozeß NF 1
Argument-Sonderband AS 75
191 S., 16,80 DM/f. Stud. 13,80 DM

Peter Weiss

Die Möglichkeit (die Annahme) der Wahrheit entsteht aus Zweifeln und Widersprüchen

Aus den Notizbüchern 1960-1971*

Erst mit mir selbst kann dies alles vergehen

Moskau ganz nah Platz Straße Polizeistube Veranda schlafen auf einer Matratze auf dem Boden kleine Kinder kann hier nicht schlafen besser wachbleiben warum auch schlafen diese eine Nacht

Wie können diese Bildvorstellungen in Worte gekleidet werden?

Es war eine Verwandlungsnummer Zuerst der Mann hatte eine Mitspielerin sie war fast nackt hochschwanger

Die Verwandlung zuerst nicht überraschend dann plötzlich phantastisch riesige Fratzen aufgerissener Mund mit vielen Zähnen das Gesicht völlig entstellt Die Liebe kommt aus dem Traum

Ich sitze mit der Frau in der Loge ein selbstverständliches Zusammensein sie hat einen deutsch klingenden Namen Jüdin

Russische Jüdin wir gehen ich halte sie an beiden Händen

Sie hat mir Bänder ins Haar oder in den Bart geknüpft ich löse die Bänder Gruppen von Schlittschuhläufern in rhythmischer Bewegung auf der Straße Schneewege führen zu einem Brunnen Wegzeichen

Eine Alte unter der Decke erst wie ein Leichnam mit verdecktem Gesicht dann regt es sich unter der Decke

Kinder ganz bleich in den Ecken hockend

Viele Tücher und Schleier

wo sind wir nachts?

Dieses freie Darauflosreden, wie es Autoren können, die fest verwurzelt sind in ihrer Sprache, das ist mir nicht mehr vergönnt — da klafft ein tiefer Riß —

Die Sprache auf der Straße, das plötzliche Erschauern beim Ertönen von Stimmen, die rufen Los los, schnell, beeilen. Die Ansässigen bemerken garnichts Besonderes, wir aber hören den Tod darin —

Wie man sich die Sprache immer wieder erobern muß

Das ist leicht zu sagen: 20 Jahre später

Daß vieles im Sozialismus mißglückt ist, spricht nicht gegen den Sozialismus, sondern gegen die Menschen, die versuchen, ihn zu errichten —

* Erscheint im Herbst in der edition suhrkamp (Nr. 1135). Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Suhrkamp Verlags.

Andere haben sich gewehrt
andere haben den Kampf ausgeführt
immer andere
Der Kampf mußte ausgetragen werden
denk dir doch sie hätten sich nicht gewehrt
hätten alles geschehen lassen
und der Feind hätte gewonnen
dann hättest du dagestanden
mit langem Gesicht

Jetzt konntest du die Früchte
ihres Sieges genießen
ohne etwas dafür getan zu haben

Erinnerungen an die Gebrechlichkeit und ungeheuer schnelle Auslöschbarkeit
des Körpers. Die Krankheiten, deren Keime wir ständig in uns tragen, die lau-
ernden Unglücksfälle, die drohenden Katastrophen —

27/12

Wachte nachts auf mit den Armen hoch über dem Kopf. Konnte sie nicht nach
unten bewegen, weil eine Kuh mit den Füßen zwischen ihnen stand. Ihr Muhen
hatte mich geweckt. Sie war gerade dabei, meinen Schädel mit ihren Hörnern
einzurammen —

Gerechtigkeit Edelmut + Würde

Wer waren denn alle diese Menschen?
Die Helden, die nichts sagten, keine Äußerungen hinterließen — die schwei-
gend vergingen — die nichts besaßen als ihre Angst —
Die Nummern im Bunkerbuch

Etwas ging zugrunde
die einen erlebten dieses Zugrundegehen als Soldaten in den Armeen
die andern in den KZs
Ich erlebte es in der Losgerissenheit
Etwas endgültig verloren

Laokoon — die Verzweiflung, die nie zum Ausdruck gekommen ist, und was
kann man überhaupt darüber sagen — es ist ja fast sprichwörtlich geworden,
daß diese Dinge sich nicht ausdrücken lassen —

der nächste Gesang kann damit beginnen, daß es oft unverständlich ist, warum
der eine überlebte und nicht der andere —

er bewegte sich immer näher auf die Sonne zu — Schritt für Schritt näherte er
sich der Sonne —

Es ist nicht mehr ein Schweigen um der Harmonie und Schönheit willen, sondern ein Verstummen. Es hat ihm die Stimme verschlagen.
(254-257)

Warum haben sie sich nicht gewehrt?

Laokoon — das Thema über die Sprache entwickeln. Ich vernahm alles in der Sprache, in der das Morden anbefohlen wurde. Die Gesellschaft, in der sich dies entwickelte, sprach diese Sprache — meine Sprache. Ich gehörte dieser Sprache/Gesellschaft an.

Da waren viele, die eigentlich zu ihnen hätten gehören können, wenn sie nicht als einer unerwünschten Rasse zugehörig abgestempelt worden wären, viele, die den nationalen Staat, die Armee, die große herrliche Kultur billigten, die schon für dieses Land gekämpft hatten, für dieses Land verwundet worden waren, Orden dafür erhalten hatten —

Die Juden aus dem Westen sahen herunter auf die Juden aus dem Osten —

Und doch möchte ich das Gericht jetzt an alle die erinnern, die nicht fähig waren ... (ein Angeklagter)

Es läßt sich nicht allein damit erklären, daß ein totaler Staat seine äußerste Macht entfaltete, das genügt nicht — um die ungeheuren Ausmaße dieser Macht zu erreichen, mußte die ganze Gesellschaft sich daran beteiligen —

Die totalitäre Ordnung führte auch den Sozialismus zur Einrichtung von Lagern, Stätten für Massenhinrichtungen —

Hier war es eben die bürgerliche Gesellschaft, der Chauvinismus, die ungehemmte Besitzgier, der Trieb, zu unterwerfen, die Knechte auszusaugen, der feudale Hochmut, der Wahn der Auserwähltheit gegenüber den zur Minderwertigkeit Ernannten, der totalitär wurde —

Der Hauswart, der die Listen zum Ausfüllen heraufbrachte und dann ablieferte, die Pimpfe auf der Straße, die die Juden anjohlten, waren im gleichen Maß an deren Hinrichtung beteiligt, wie die Konstrukteure der Öfen, die Lieferanten des Giftgases usw. —

Ich suche nach einer Erklärung, ich treibe meine Argumente deshalb auf die Spitze, sie können hinterher modifiziert werden

Ich verstehe garnicht die Reaktion gegen die Behauptung, daß die Angeklagten im besten Glauben handelten und sich keiner Schuld bewußt waren. Die Lage heute ist dieselbe. Unzählige ehrenwerte Männer arbeiten an der Produktion ungeheurer Zerstörungswaffen und unzählige andere wären jederzeit bereit, sie

im Bedarfsfall explodieren zu lassen. Die Vorstellungskraft des Menschen ist so gering, daß er gerade noch zum eigenen Schmerz Stellung nehmen kann — (266-268)

Es gibt für mich keine eindeutige Wahrheit. Die Möglichkeit (die Annahme) der Wahrheit entsteht aus Zweifeln und Widersprüchen. Es hat sehr lange gedauert, bis ich zu dieser hypothetischen Wahrheit gekommen bin. Ich sage, ich schreibe, um diese Wahrheit zu befestigen. Dahinter liegen die langen Erfahrungen meiner Irrwege und meines Mißglückens.

Ich danke Ihnen, daß Sie den Bemühungen dieser gebrechlichen Sprache Ihr Vertrauen entgegengebracht haben —

Die ungeheure Schwächung, die die Sowjetunion erfahren hat, 1. durch Stalins Wüten, 2. durch die Verheerungen des Krieges, die der Kapitalismus auszunutzen verstand. Dieser steht stabilisiert da, bis an die Zähne bewaffnet, pumpt Geld in seine Bastionen, während sich der Sozialismus nur mühsam nach dem furchtbaren Aderlaß erholen kann —

Jeder verbunden mit den politischen + ökonomischen Faktoren seiner Zeit. D: katholisch in seinem Glauben, scholastisch in seinem Denken, politisch an die Auffassungen des Feudalstaats gebunden —

Natürlich: Entwicklungsstand des Menschen überall gleich, sowohl in der kapitalistischen als auch der sozialistischen Industriegesellschaft.

Russische Revolution war ein Sprung ins Zukünftige. Utopie, zeitweise von *Tatsächlichem* unterbaut. Getragen von einigen großen Visionären. Und von einem *inspirierten* Volk. Ein Aufleuchten. Einzigartige Möglichkeiten.

Mensch aber noch nicht stark genug, diesen Sprung durchzuhalten. Die krasse Not. Die Einschnürung von außen. Die verbrecherische Übermacht des Kapitals.

Etwas hatte die Menschen ergriffen. Doch das genügt noch nicht. Aus der Ergriffenheit muß *Lebenshaltung* werden. Und Lebenshaltung kann nur entstehen, wenn Freiheit zur Entfaltung. Idealismus + Gewalt. Bald mußte Gewalt überwiegen. Die Führenden nach Lenin waren noch nicht reif genug. Idiotisches Getümmel: wer ist der Stärkste!

Vielleicht versuchte auch Stalin noch, das Erreichte zu erhalten. Mit Gewalt. Aber Gewalt erschlägt immer die Bewegung. Zwang, Unfreiheit lassen Entwicklung nicht zu. So nur noch ein Weiterleben mit dem Gedanken an den großen Funken der einmal geschlagen.

Sie brüsten sich damit. Nennen sich Vorbild, obgleich sie es längst nicht mehr sein können.

Jeder neue Idealismus stößt sich an erneuter Gewalt.

In der kapital. Gesellsch. aber nichts von dem Wahrzeichen, von dem die sozial. Ges. immer noch lebt.

Nur die Gegenkräfte am Werk, erdrückend, den Funken des Sozialismus verleugend.

In den sozial. Ländern doch noch die Erinnerung, der wach gehaltene Hinweis auf die einmal vollzogene *Tat*.

Die schwachen Menschen des 20. Jahrh. *unter* ihrer Gesellschaftsordn. Nicht *in* ihr. Nicht diese von sich aus erhaltend. Ermüdete, zermürbte Menschen. Weder besser noch schlechter hier, dort. Nicht stärker, nicht schwächer hier, dort.

Für den Sozialismus aber spricht immer noch: er ist durchdacht, er ist möglich, er birgt in sich die grundsätzliche Veränderung —
immer schwerer aber seine Durchsetzung, bei der anwachsenden Gewalt, hier wie dort —

Jede Person, jeder Ort beim authentischen Namen genannt —

Bea: Symbol für Wissenschaft, für Theologie —

Dort kommt eine Gottheit, die stärker ist als ich und die mich beherrschen wird —

traditionelle Auffassung des Minnesängers: er steht vor der unerreichbar hohen Dame seines Herzens —

Rings um seine subjektive Welt kommt die ganze Epoche zur Sprache
Symbol zur Wirklichkeit machen, Allegorie zur Wahrheit, Mythologie zu Ideologie, zu Verantwortlichkeit und Bewußtsein —

Die Arbeiter haben größere Nerven
die merken die Schmerzen nicht so wie wir
die Nervenfasern sind nicht so fein
die können ohne Narkose behandelt werden

Es dauert 3 Generationen
bis man verfeinert ist

die erste Generation macht das Geld
die zweite Generation vervielfacht das Geld
die dritte Generation hat die Verfeinerung

Sie sind zufrieden mit wenig
wenn sie ihre Kleidung haben
und ihr tägliches Brot
sind sie glücklich

Und wenn sie immer wieder mißglückt, auf Grund von menschlichen Schwächen, Mißverständnissen, Übervorteilungen, dann muß es immer wieder aufs neue versucht werden. Das Richtige muß immer wieder genannt werden. Es muß immer wieder dafür gearbeitet werden — es ist das einzig mögliche —

Das Argument: aber in Wahrheit leiden sie ja garnicht. Ihre Gleichgültigkeit, Stumpfheit ist nicht Ausdruck ihrer Erniedrigung — sie fühlen sich äußerst wohl, mästen sich, suhlen sich, vergnügen sich — von einem Höllendasein kann garnicht die Rede sein —

Diese fortwährende Verherrlichung des »Arbeiters«. Als täten die Arbeitenden immer das Wahre, das Gerechte, und es waren doch ebensoviele Arbeiter Nazis, wie es Bürger gewesen waren —

Ich habe ihn immer dort auf der Rampe gesehen — er war ja dort nicht zur Schau —

Umsiedlungen, unter dem Schutz des Reichs —

Kann überhaupt ein adäquates Abbild all der komplizierten Zusammenhänge, die unsere Gesellschaftsordnung ausmachen, auf die Bühne geschaffen werden?

(279-281)

Tania vor dem Abschied von Che: ihre Niedergeschlagenheit über die ausgebliebene Revolution der Frau — Ein Tiefpunkt in Tanias Leben — alles war vergebens — Natasha ermahnt Trotzki —

Arbeiter zu Studenten: ihr könnt es euch leisten, von Revolution zu reden, ihr habt die Zeit dazu, könnt euch Wissen verschaffen, eure Väter geben euch Geld, ihr könnt studieren, wir nicht, stehn 8 Stunden an der Werkbank, da ist nicht mehr viel Kraft zum Lesen übrig, ihr könnt mit Verachtung von den »reaktionären« Arbeitern reden, wir kämpfen um die Verbesserung unsrer Löhne, um die Möglichkeit, unsre Kinder studieren zu lassen —

Furchtbarer Kampf, riesenhafte Unruhe, dann völlige Stille —

Wir fordern von Marxisten die äußerste Wahrheit — Fidel, warum sagst du nicht offen, was mit Che war — wir würden es verstehen, sag uns die Gründe, wir würden sie billigen, wenn du zum besten deines Landes handeltest — Nur das Verbergen, das Versteckenspielen können wir nicht dulden — es ist dem Sozialismus entgegengesetzt —

Sowohl Trotzki als auch Lenin Beispiel für autoritäre Vertreter der Männerwelt — ihren eigenen Frauen gegenüber —

Die sozialistische Gesellschaft hat das Denken u Handeln des Menschen noch nicht entscheidend beeinflußt. Dieselben Kämpfe um führende Stellungen in der Arbeit, dieselben Intrigen, dieselben Übervorteilungen, dieselbe Bindung an Hierarchien, Würden, derselbe Mangel an einfacher menschlicher Solidarität — wie unter dem Kapitalismus —

Trotzdem gewann im Zweikampf Trotzki, weil er draußen recht behalten konnte, weil er von außen kritisieren u verurteilen konnte. Wie wäre es gegangen, wenn er die Macht der SU erhalten hätte — wäre er weniger »bonapartistisch«, herrschsüchtig gewesen? Er brauchte es nicht zu beweisen, er durfte zum Besserwisser werden!

Mehrere Akte beginnen auf gleiche Weise: mit der Verschleppung —

Die Utopie — der Traum von der großen Freizeit, der Harmonie u Schönheit doch entstanden aus kleinbürgerlichen Idealen. Warum nicht: ständige Aktivität, Lernen, Studieren, Entdecken, warum nicht die Utopie der Dynamik, der Neugier, des Experimentierens? Der alte Traum vom Familienvater in Pantoffeln — Marx im Lehnstuhl, im Kreis seiner hingebungsvollen Angehörigen u Bewunderer —

(468-469)

Die verirrten Kinder der Überflußgesellschaft, die zerstören wollen —

Diese Lust am Zerschlagen. Aber es ist nichts mehr da von der Ausgelassenheit der Dadaisten. Damals wurden Formen zertrümmert, weil ein großer Raum vorhanden war für Neuschöpfungen. Man war beim Zerschlagen seiner selbst bewußt. Was jetzt alles niederreißt, tut es aus Desperation. Ein ungeheurer Nihilismus hat sich ausgebreitet. War in seinen ersten Impulsen (Paris 68) wohl noch voller Vitalität — auch in der deutschen studentischen Revolte voll berechtigt, produktiv — was aber hat den schnellen Umschlag bewirkt?

Es sind keine *ganzen* Menschen gewesen. Angefressen von einer Schizophrenie. Einer *deutschen* Schizophrenie! Will so nicht verallgemeinern. Und doch habe ich diese Gehässigkeit und Aggressivität nur hier erlebt. Hängt mit dem nationalen Trauma zusammen. Das Aufgestaute in den Kindern, oder Enkeln von Teilhabern an ungeheuren Verbrechen muß sich immer wieder auf diese Weise auswirken.

Zeigt sich vor allem, wenn sie gruppenweise auftreten.

Dies schlimm: weil Vorbedingung für Faschismus. In der Masse tauchen sie unter, und aus der Masse beziehen sie Kraft. In der Anonymität des Theatersaals konnten sie wüten. Beim Gespräch im kleinen Kreis dann wieder zuvorkommend, freundlich, *zivilisiert*. Stellten sich vor, ohne geringstes schlechtes Gewissen. Sie sind ja *eigentlich nicht dafür verantwortlich*. Wissen wohl auch kaum mehr, wie sie getobt haben. Jeder einzelne für sich angenehm — zusammen mit andern gehn sie über Leichen.

Sie haben vielleicht auch recht, wenn sie es garnicht zum Bewußtsein einer eigenen Verantwortung kommen lassen: eine ganze Zeit, eine ganze Vergangenheit ist ja für sie verantwortlich.

Nein: das genügt nicht. Denn: was soll daraus werden?

Das Schlimmste am Ende: es wird garnichts anderes daraus, als eine Ermat-

tung nach dem Austoben, eine neue seelische Pleite. Wieder einmal: keine Revolution, nicht mal eine Revolte, nur ein blindes Umsichschlagen und dann eine neue Vermummung.

Wenn nicht einzelne doch darüber hinauskommen, mit kleinen Erkenntnissen — vielleicht nur der Erkenntnis: an sich selbst arbeiten zu müssen —
(517)

die riesige Verlogenheit
die unheimlichen Kräfte die gegeneinander kämpfen
das Soldaten-Spielen — sich selbst in der Rolle des Soldaten darstellen —
das Hochspringen, Schweben, der Irrsinn, die schwere Bewaffnung —
der Soldat, der dazu da ist, dich zu ermorden
schauerlich komisch
grotesk erschreckend

Berichte der Eingeborenen über ihre Armut, ihre Leiden —
Wie ist Afrika zu bewirtschaften — nur sozialistisch
ja, es ist schrecklich, daß wir für diese Sache sterben müssen, daß wir nicht
noch lange für sie leben dürfen
aber wir sterben dann eben
wir sterben leichter für diese Sache, als müßten wir sterben ohne sie — ohne
daß unsre Gedanken bis zuletzt auf sie gerichtet sind —

wir hören, daß in einigen Ländern die Ausbeutung des Menschen beseitigt
ist —

Die Kunst in den sozialistischen Ländern. Nichts kann neu und kühn genug
sein für die Menschen, die dort leben.

im kühlen Hochland von Benguela

die Welt als moralische Anstalt, in der Sühne geleistet wird für begangene Sün-
den —

Jetzt ist es so weit, daß wieder ein ungeheuerlicher Vernichtungskrieg bevor-
steht, es scheint keine andere Möglichkeit zu geben, als mit Gewalt die notwen-
dige Dezimierung alles Lebenden vorzunehmen, der Druck, der innere Drang
dazu ist so stark, daß es zur Entladung kommen muß, wenn nicht durch einen
Zusammenschluß aller, die noch denken können, und die noch guten Willens
sind, die andere Lösung herbeigeführt wird — anstatt des schrecklichen Blutr-
ituals: die Lösung der Vernunft — 1/11

Denkfähige aller Länder vereinigt euch
(308-309)

Sven-Eric Liedman

Neoliberalismus und Neokonservatismus*

Im *ersten* Teil stelle ich Neoliberalismus und Neokonservatismus kurz dar. Die Fürsprecher dieser Ideologien versichern, daß ihr Denken auf Erfahrung, Alltagsverstand und Einsicht in die Mängel des »real existierenden Sozialismus« gegründet sei. Sie behaupten aber auch, daß ihre Ansichten eine feste wissenschaftliche Grundlage hätten, ja, daß die modernsten ökonomischen und sozialwissenschaftlichen Theorien mit dem Neoliberalismus und/oder dem Neokonservatismus liebäugelten. — Im *zweiten* Teil entwerfe ich ein theoretisches Modell zur Behandlung der Beziehungen zwischen Wissenschaft, Ideologie und Alltagserfahrung. — *Schließlich* versuche ich, den »wissenschaftlichen« und »common sense«-Charakter von Neoliberalismus und Neokonservatismus aufzudecken.

1. Neoliberalismus und Neokonservatismus

Es galt lange als selbstverständliche Wahrheit, daß der klassische, der »reine« Liberalismus eines *Adam Smith*, *Richard Cobden* oder *Herbert Spencer* tot ist. Lebendig sei nur der sogenannte Sozialliberalismus, wie er von *John Stuart Mill* und *Thomas Hill Green* formuliert und propagiert wurde. Noch im Jahre 1978 stellt eine einschlägige und ansonsten ausgezeichnete Darstellung des *Westlichen Liberalismus* fest, daß »die orthodoxe Haltung des *laissez faire* in Ökonomie und Politik nun weitgehend der Vergangenheit angehört« (Bramsteg/Malhuish 1978, XXI). Ähnliche Aussagen findet man z.B. in den Schriften von *Jürgen Habermas*, für den der Spätkapitalismus das Verschwinden der klassischen liberalen Positionen bedeutet, die auf dem freien Warenaustausch beruhten, und ihre Ersetzung durch eine instrumentalistische, technokratische Haltung (vgl. z.B. Habermas 1968; Held 1980, 375).

In den letzten Jahren waren wir Zeugen eines massiven Wiederauflebens des alten Liberalismus, jetzt auf »neu« gemacht. *Milton Friedman* ist nicht allein. Besonders interessant ist, daß viele Ökonomen ihre Ansichten im letzten Jahrzehnt in zentralen Punkten geändert haben. Und ebenso die Politiker! Die alltäglichen Denkweisen haben sich in die *laissez-faire*-Richtung gewendet. Sogar für viele reformistische Sozialdemokraten ist das wichtigste ökonomische Problem von heute, die Kosten des sogenannten öffentlichen Sektors zu senken, um die Marktwirtschaft zu stimulieren. Die eigentliche Bedeutung der Verfechter des Neoliberalismus scheint zu sein, daß sie auf extreme, klare und häufig intelligente Weise Positionen formulieren, die heimliche Voraussetzungen vieler praktischer politischer Entscheidungen sind.

Im Zentrum des neoliberalen Denkens steht die Konzeption des *ökonomischen Menschen* — oder des *homo economicus*, wie ihr erfolgreichster

* Beitrag zum internationalen Seminar: *Problems of Research of Ideology* vom Projekt Ideologie-Theorie (PIT) und der Freien Universität Berlin, 19.-21.2.1982. Übersetzt aus dem Englischen von Wieland Elferding.

Popularisator, der Franzose *Henri Lepage*, anspruchsvoller sagt. Der *homo oeconomicus* in seiner klassischen und in seiner modernen Form wird nun häufig mißverstanden als die Auffassung vom Menschen, wonach er sich im Grunde nur fürs Geld und seinen persönlichen Vorteil interessiert. Das macht den Begriff plump und unrealistisch. *Homo oeconomicus* bedeutet aber, in den Augen von *Jeremy Bentham* und in denen von Milton Friedman oder *Henri Lepage*, etwas viel Interessanteres und Anspruchsvolleres: die Anschauung vom Menschen als eines Wesens, das, sofern es nicht unter dem Einfluß von Zwang oder Vorurteilen steht, völlig kompetent ist zu beurteilen, was für es in jeder Lebenssituation am besten ist. Selbstverständlich bezeichnet *homo oeconomicus* immer den einzelnen Menschen, nie den Menschen als Mitglied einer Gruppe. Jedes Individuum in einer formal freien und aufgeklärten Gesellschaft — so sagen die Vertreter dieser Auffassung — muß vom Tag seiner Volljährigkeit an alle seine Schritte selbst entscheiden können.

Während im klassischen Liberalismus dieser Gedanke eine rücksichtslose Opposition gegen den repressiven Staat und die institutionalisierte Religion motivierte, durchdringt im Neoliberalismus derselbe Gedanke die Ablehnung der meisten Institutionen, die die moderne öffentliche Sphäre bilden. Neoliberalismus und klassischer Liberalismus haben eben nicht denselben Gegner, und in der Tat haben die meisten Neoliberalen eine völlig andere Haltung zu den Zwangsgewalten des Staates als ihre Vorgänger. Der Neoliberale ist gegen öffentliche Krankenhäuser, weil öffentliche Krankenhäuser verhindern, daß der einzelne die Behandlung und die Kosten selbst wählt. Der Neoliberale verteidigt Privatschulen, weil Privatschulen die Vorbedingung sind für eine große Vielfalt von Schulen, mehr oder weniger teuer, mehr oder weniger vornehm. Er kritisiert jegliche Einmischung irgendeiner Behörde in den freien Markt; es gibt für ihn keine kulturellen, moralischen oder religiösen Werte, die eine Einschränkung des freien Marktes begründen könnten. Gewerkschaften sind im neoliberalen Denken natürlich böse Mächte, aber die Friedmanianer scheinen noch zu zögern, die Schlußfolgerung zu ziehen, die im liberalen Denken der Zwanziger und frühen Dreißiger Jahre (d.h. vor Keynes) gang und gäbe war: daß der Arbeitslose in einer Marktwirtschaft arbeitslos ist aufgrund seiner freien und rationalen Entscheidung, seine Arbeit nicht zum angebotenen Preis zu verkaufen. Das ist eine klare Folgerung aus dem Begriff des *homo oeconomicus*, aber sie erscheint heute zu herausfordernd und zu unrealistisch (aber, fürchte ich, vielleicht morgen schon nicht mehr).

Wenn Neoliberalismus einfach als die moderne Version des *homo oeconomicus* bestimmt werden kann, was ist dann Neokonservatismus? Offensichtlich sind beide eng verwandt, und häufig werden sie unter dem Begriff »Neokonservatismus« identifiziert. Um die neue politische und ideologische Szene besser begreifen zu können, ist es aber hilfreicher, beide auseinanderzuhalten. — Für gewöhnlich werden *Daniel Bell*, *Irving Kristol*, *Norman Podhoretz* und einige andere US-Intellektuelle als die Schlüsselfiguren des Neokonservatismus angesehen. Die Neokonservativen teilen mit den Neoliberalen den Begriff des *homo oeconomicus* und haben in dieser Hinsicht mit dem klassischen Liberalismus mehr gemein als mit dem klassischen Konservatismus. In der ökonomi-

schen Theorie können sie den Monetarismus von Friedman (und Thatcher!) unterstützen oder, jetzt häufiger, die supply-side-Theorie. Das ändert nichts an ihrer abstrakten Anschauung vom Menschen und von der Gesellschaft, die auf der ökonomischen Ebene individualistisch und rationalistisch ist. Die Neokonservativen geben sich jedoch, anders als die Friedmanianer, mit dem *homo oeconomicus* nicht zufrieden. Einige Zeilen von Irving Kristol zeigen das Dilemma der Neokonservativen:

»Die moralische Autorität der Tradition und eine gewisse öffentliche Unterstützung dieser Autorität sind offenbar nötig. Das ist zweifellos ein authentisch 'konservativer' Gedanke, ein vor-kapitalistischer Gedanke, und wie er an eine liberal-kapitalistische Gesellschaft angepaßt werden kann, ist vielleicht die intellektuelle Hauptfrage unseres Zeitalters.« (Kristol 1978, 58f.)

Wo der Neoliberalismus in vielen Aspekten konsistent zu sein scheint, ist der Neokonservatismus inkonsistent, gespalten und schizophran. Kristol und andere Neokonservative bekennen sich zur Notwendigkeit der Tradition. Kristol benutzt das Wort »Mythos«: Die modernen liberal-kapitalistischen Gesellschaften müssen wieder durchdrungen sein von der Religion und vom »säkularen Mythos des Nationalismus« (ebd.). Vielleicht kann man so etwas wie *Kristol's Formel* darstellen:

Neokonservatismus = homo oeconomicus in einer liberal-kapitalistischen Gesellschaft
+ Religion + Nationalismus.

2. Alltagserfahrung, Wissenschaft und Ideologie

Neoliberalismus und Neokonservatismus sind natürlich nicht nur abstrakte Sätze von Gedanken, formuliert von Lepage, Friedman, Kristol oder Bell. Wären diese Gedanken nicht die wirksame Rationalisierung vieler Entscheidungen, Wertungen und Interpretationen des praktischen Lebens, so gäbe es keinen Grund, sich hier mit ihnen auseinanderzusetzen. — Zugleich bringt der Umgang mit Gedanken Komplikationen und Überraschungen. Ein Gedankenkomplex kann unvereinbare Gedanken enthalten — wie es, denke ich, beim Neoliberalismus und beim Neokonservatismus der Fall ist —, und zwei gegensätzliche Gedanken können auf scheinbar selbstverständliche Weise koexistieren. In der liberalen Tradition waren die Ideen der *Freiheit* und der *Nützlichkeit* wie ideologische Zwillinge, und besagen doch, daß die individuelle Freiheit unvermeidlich mit dem Anspruch in Konflikt gerät, daß jedes Individuum in vorhersagbarer Weise nützlich sein soll. Man kann die Spannung zwischen Freiheit und Nützlichkeit nur völlig verstehen, wenn man erkennt, daß die Forderung nach Freiheit und der Anspruch auf Nützlichkeit nicht dasselbe Subjekt haben, oder — in komplizierteren Fällen — das Subjekt in verschiedenen Hinsichten betreffen (z.B. als Konsument und als Produzent).¹

In der sozialistischen — und spezieller in der marxistischen — Tradition gibt es eine Spannung zwischen einer realistischen Erkenntnistheorie, manchmal intensiviert zu einer reinen »Widerspiegelungstheorie«, und einer relativistischen Position, die das Problem von Wahrheit und Falschheit auf den historischen Kontext bzw. auf einen »Klassenstandpunkt« reduzierte. Im stalinistischen Denken hat diese innere Spannung ihren Höhepunkt erreicht. In intellektuell redlicheren Traditionen gibt es eine Tendenz, entweder die realistische

Position auf eine sogenannte *szientistische* Weise zu verabsolutieren, oder das Wissen, einschließlich des wissenschaftlichen Wissens, zu relativieren, indem man es zu einer Frage der gesellschaftlichen und geschichtlichen Umstände, der Macht oder der »Erkenntnisinteressen« macht. Nach meinem Verständnis ist die schwierige Verbindung zwischen diesen gegensätzlichen Perspektiven eine notwendige Aufgabe für marxistische Forschungen.

Ich will hier nur die Bedeutung des Problems für die Ideologie-Frage zeigen. Wir können »Ideologie« so oder so bestimmen, aber immer muß es möglich sein, *Ideologie* auszudrücken als einen mehr oder weniger kohärenten Satz von Ideen, oder genauer: von Konzeptionen, Wertungen und Verhaltensregeln, bezogen auf Männer und Frauen, die Gesellschaft, die Geschichte usw. Ideologie ist sicher mehr als so ein kompliziertes Gedankenuniversum, aber es ist immer möglich, eine Ideologie in dieser Weise auszudrücken (mehr oder weniger vollständig, mehr oder weniger konsistent). Ich möchte diese Dimension den manifesten Inhalt von Ideologie, oder kurz: die *manifeste Ideologie* nennen. Die manifeste Ideologie ist ausgedrückt in Worten, Büchern oder Broschüren. Milton Friedman, Henri Lepage und Irving Kristol versuchen, die Ideologie des Neoliberalismus und Neokonservatismus zu manifestieren.

In dieser Hinsicht spielt die Wissenschaft eine bedeutende Rolle, um Ideologien zu stärken, zu verteidigen und zu kritisieren. Ideologien haben eine wichtige und normalerweise gelegnete Rolle in der Geschichte der Wissenschaft gespielt. Für gewöhnlich wurde der Gebrauch von Wissenschaft in der Gesellschaft damit identifiziert, was ich lieber ihren *materiellen* Gebrauch nenne, oder in marxistischen Begriffen: ihren Gebrauch zur Entwicklung der materiellen Produktivkräfte. Wissenschaft wird aber auch *administrativ* und *ideologisch* gebraucht. Der administrative Gebrauch besteht in einem wissenschaftlichen Korpus von Wissen, das zur Entwicklung und Verfeinerung von Verfahren, Praxen und Routinen im politischen und juristischen System gebraucht wird. Das klassische Beispiel für solch einen Gebrauch finden wir in der Jurisprudenz, und die Entwicklung der modernen Sozialwissenschaften ist zu einem guten Teil bestimmt durch das Bedürfnis nach ausgearbeitetem Wissen über die Handhabung der modernen kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Institutionen.

Hier interessiert uns aber der ideologische Gebrauch von Wissenschaft. Wissenschaft wird ideologisch gebraucht, wenn sie der Veränderung, Verfeinerung oder Entwicklung der Ideen, Auffassungen, Wertungen etc. der Menschen dient — worüber der Mensch sich auch immer Gedanken macht: das Universum, die Götter, die Gesellschaft, die Geschichte, der Mensch, die Nationen, die Wirtschaft usw. Vor einigen Jahrhunderten mußte die westliche Wissenschaft das christliche Weltbild unterstützen. Wenn nicht, wurden die Wissenschaftler bestraft. Die moderne Naturwissenschaft begann teilweise als eine Gegenbewegung gegen diese traditionelle Wissenschaft. Die Wissenschaft von Newton wurde viel mehr durch den ideologischen (oder, wenn man will, den anti-ideologischen, den kritischen) Gebrauch der Wissenschaft geformt als durch ihren unmittelbar materiellen Gebrauch; Newtons Theorie hatte keine Bedeutung für den Schiffbau noch für den frühen Gebrauch von Dampfmaschi-

nen, aber sehr viel Bedeutung als argumentative Waffe für eine rationalistische, mechanistische Auffassung vom Universum und, indirekt, vom Menschen und der Gesellschaft. Dasselbe gilt noch von Darwin. Darwins Theorie der natürlichen Auslese ließ keine Rübe schneller wachsen, aber sie bedeutete viel für die Veränderung der Auffassungen der Menschen von der Herkunft des Menschen und der Wahrheit der christlichen Religion, und sie spielte eine wichtige Rolle im Kampf zwischen liberaler, konservativer und sozialistischer politischer Ideologie, die alle im Darwinismus Unterstützung zu bekommen suchten. — Der ideologische Gebrauch der Wissenschaft ist nicht unmittelbar praktisch, aber seine indirekten Folgen können von großer praktischer Bedeutung sein. In der modernen kapitalistischen Gesellschaft (wie in der real existierenden sozialistischen Gesellschaft) ist die Wissenschaft etabliert als eine wichtige Autorität, die den Menschen die Wahrheit über alles und jedes sagt. In vielen Zusammenhängen bedeutet »die Wissenschaft sagt, daß ...«: »es ist die absolute Wahrheit, daß ...«. Die Autorität zu haben, im Namen der Wissenschaft zu sprechen, ist in der modernen Gesellschaft eine einflußreiche Position — solange der Inhaber dieses Privilegs das Gebiet seiner Autorität nicht überschreitet. Die Wissenschaft ist aber auch eine Waffe für den Oppositionellen, für die Rebellion, nicht nur um die herrschende Wissenschaft einzureißen, sondern noch mehr um die herrschenden Gedanken über die Wirklichkeit zu kritisieren und zu verändern.²

Die Verhältnisse zwischen Wissenschaft und Ideologie genau zu untersuchen, ist offensichtlich sehr wichtig, wenn es darum geht, eine bestimmte Ideologie zu analysieren, die sich in einem Korpus von Auffassungen, Wertungen, Regeln und Empfehlungen manifestiert, wie es z.B. bei Neoliberalismus und Neokonservatismus der Fall ist. Diese Analyse muß zweigleisig sein: 1. aufzeigen und kritisieren, was in der Ideologie über den Menschen, die Gesellschaft usw. gesagt wird, und 2. die sozialen und institutionellen Bedingungen analysieren und kritisieren, unter denen diese Aussagen glaubwürdig, autoritativ etc. sind. — Im ersten Fall sagt die Kritik, daß die Behauptungen unwahr, unmenschlich, unwirksam usw. sind, und die Kritik konfrontiert die kritisierten Behauptungen vielleicht mit anderen, die als wahrer, humaner, oder wirksamer gelten. Im zweiten Fall geht es bei der Kritik um die Umstände, unter denen diese Behauptungen aufgestellt und glaubhaft gemacht werden. Vielleicht stellt die Kritik diesen Umständen andere, bessere entgegen.

Meine einfache These ist, daß beide Typen von Analyse und Kritik notwendig sind, daß es eine enge Verbindung zwischen 1. und 2. gibt und daß beide in der kritischen Würdigung einer Theorie auseinandergehalten werden müssen.³ Viel interessanter ist die Schlußfolgerung, die aus dieser ziemlich einfachen These gezogen werden kann. Wenn 1. ausreichend wäre, dann könnte eine absolute Wahrheit erreicht werden. Wenn 2. ausreichend wäre, dann wären Fragen von wahr oder falsch, gut oder böse völlig relativ. Aber wenn 1. und 2. kombiniert werden müssen, dann müssen der soziale und historische Relativismus und ein nicht-relativistischer Wahrheits-Begriff kombiniert werden. Mit anderen Worten, die Perspektiven des natürlichen und des historischen Materialismus müssen vereinigt werden, was die Determination des Wissens durch

soziale Umstände einschließt wie auch die realistische Konzeption von Wissen, an die die marxistische Erkenntnistheorie gewöhnt ist.

Wie aber steht es mit dem Wissen (und der Wissenschaft als einem besonderen Typ von Wissen) und der Ideologie? Nach der marxistischen Erkenntnistheorie erweist sich die Wahrheit nur in der Praxis, und die Behauptungen über Realität in einer manifesten Ideologie können nicht in einer Praxis innerhalb der Ideologie bewiesen werden. Wissen und Ideologie dürfen nie verwechselt werden. Man kann versuchen, eine Position innerhalb einer Ideologie im Namen wirklichen Wissens (z.B. der Wissenschaft) zu kritisieren, und man kann sogar versuchen, diese Position durch eine andere zu ersetzen, die mit diesem Wissen besser übereinstimmt. Aber eine Aussage darf niemals im Namen einer Ideologie gemacht werden, auch nicht im Namen der kritischen Negation einer Ideologie (wie der Marxismus häufig verstanden wird).

Der Grund dafür ist natürlich, daß die Art und Weise, wie eine Ideologie für die Menschen plausibel wird, ganz verschieden ist von der Art und Weise, wie Wissen sich als Wissen manifestiert. Eine Ideologie ist ein nebulöses Ganzes, das verschiedene oder sogar gegensätzliche Positionen, Perspektiven, Traditionen, Voraussetzungen, versteckte Wertungen usw. vereinigt. Es stimmt, daß die Menschen *einer Ideologie niemals glauben, wenn sie sich nicht irgendwie wesentlich im Alltagsleben bestätigt*. Aber dieser Prozeß der Bestätigung hat wenig gemein mit der praktischen Bestätigung von Wissen (in wissenschaftlicher oder anderer Praxis). Um eine Ideologie zu verstehen, muß man zuerst fragen, unter welchen sozialen, institutionellen, ökonomischen, intellektuellen und sonstigen Umständen eine solche Ideologie als glaubhaft, vertrauenswürdig und praktikabel erscheinen kann. Es genügt nicht, daß die Vertreter der Ideologie Autoritäten in den Augen der Anhänger sind. Schon ihre Autorität muß in der Alltagserfahrung irgendeine illusionäre oder wirkliche Bestätigung finden.

Die Sache ist aber noch komplizierter. Ein und dasselbe Alltagsbewußtsein kann gespalten sein. Verschiedene Teile meines Lebens können scheinbar verschiedene Ideologien bestätigen. Diese verschiedenen Teile können zu einer sehr komplexen Ideologie verschmelzen. Es ist wichtig festzustellen, welcher Teil in diesem ideologischen Ganzen die dominierende Rolle spielt. Diese Dominanz sagt viel aus über die ideologische Initiative in einer bestimmten Gesellschaft.

3. Homo oeconomicus und repressiver Staat

Neoliberalismus und Neokonservatismus haben ihre Fürsprecher, die dem, was sie zu sagen haben, wissenschaftliche oder sonstige Autorität zu verleihen versuchen. Sie sagen: »Wissenschaftlich gesehen ...«, aber sie beziehen sich auch auf viel weniger bestimmte Autoritäten wie »gesunder Menschenverstand«, »Moral«, oder — beim Neokonservatismus — auf »die Tradition«.

Ihre wissenschaftliche Autorität ist jedoch nicht absolut; sie müssen gegen konkurrierende Theorien kämpfen, die auch die Wissenschaft für sich in Anspruch nehmen. Ihr ideologischer Gebrauch von Wissenschaft reagiert auf die Wissenschaft selbst. Die ökonomischen Theorien, die im Namen von Neolibe-

ralismus und Neokonservatismus zitiert werden, überschreiten ihre Grenzen. Friedman beschränkt sich nicht darauf, über Ökonomie zu sprechen, er hat eine Meinung über alles und jedes in der Gesellschaft. Ein gefeierter Vertreter der neoliberalen ökonomischen Theorie, *Gary S. Becker*, erstreckt seine Analyse auf fast alle Teile menschlichen Lebens, und überall findet er seinen geliebten, kalkulierenden *homo oeconomicus*. Hier eine Passage aus seiner Analyse der Heirat, die sehr amüsant erscheint:

»Sexuelle Befriedigung, Saubermachen, Essenmachen und andere Dienste können gekauft werden, aber nicht *eigene* Kinder: man braucht den Mann und die Frau, damit sie ihre eigenen Kinder produzieren und vielleicht aufziehen können. Die physische und emotionale Beteiligung, die man 'Liebe' nennt, spielt auch vorwiegend zwischen Personen verschiedenen Geschlechts. Außerdem können Menschen, die sich lieben, die Kosten häufigen Kontakts und von Ressourcetransfer dadurch reduzieren, daß sie denselben Haushalt miteinander teilen.« (Becker 1976, 210)

Das ist Neoliberalismus, wie er lebt und lebt!

Der Erfolg des Neoliberalismus und des Neokonservatismus haben offenbar zu tun mit einer weitreichenden ideologischen Veränderung in der westlichen Gesellschaft. Auf einer abstrakteren ökonomischen Ebene ist diese Veränderung mit dem Zusammenbruch der keynesianischen Wirtschaftspolitik verknüpft. Die keynesianische Technik, mit ökonomischen Krisen in der kapitalistischen Gesellschaft umzugehen, sollte neutral, weder sozialistisch noch liberal sein — eine bloße Technik, nützlich für jedermann. Die Stagflation, dieses absolut un-keynesianische Phänomen, bahnte den Weg für das Wiedererwachen der alten Gegner aus der vor-keynesianischen Ära: Marxismus und klassischer Liberalismus.

Das Mißtrauen gegenüber der keynesianischen Politik hat seine Entsprechung in einem wachsenden Mißtrauen gegen viele sogenannte technische Lösungen von gesellschaftlichen Problemen, gegen Verhaltenssteuerung, Arbeitswissenschaft usw. Marxismus und klassischer Liberalismus richten sich gegen technokratische Problemlösungen, wonach jeder Konflikt in der Gesellschaft durch Experten gelöst werden kann. Neoliberalismus und Neokonservatismus sind extrem anti-sozialistisch und anti-marxistisch, es scheint aber bis zu einem gewissen Grade dieselbe Situation gewesen zu sein, die allen neue Lebenskraft verlieh.

Neoliberalismus und Neokonservatismus scheinen jedoch seit Ende der 70er Jahre die Initiative zu haben. Wie kommt das? — Die absolut dominierende abstrakte Feststellung des Neoliberalismus ist, wie wir gesehen haben, daß der Mensch ein *homo oeconomicus* ist, d.h. daß er völlig kompetent ist, seine Lebenssituation vollständig zu überblicken. Wo aber können die Menschen sich in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften als *homo oeconomicus* erfahren? — Nehmen wir die Behauptung: »Die Menschen wissen, was sie wollen.« Das ist ein gebräuchliches Argument gegen jegliche Kritik am Konsumterror in den westlichen Gesellschaften, wo Donald Duck ein herrschender kultureller Held ist und Ronald Reagan zum Präsidenten gewählt werden kann. Eben als Konsumenten, in der Konsumsphäre können die normalen Menschen sich selbst als *homo oeconomicus* erfahren. Der Supermarkt spielt eine wichtige Rolle in den Schriften von Milton Friedman, das ist kein Zufall.

In der Produktion können sich wenige Menschen als *homo oeconomicus* sehen. Hier ist der Begriff offensichtlich klassengebunden. Der Beschäftigte — der Arbeiter, der Angestellte — kann seine Situation nicht meistern, solange er arbeitet. Er ist einer Ordnung und einer Kontrolle unterstellt, die ihm fremd sind. Der *homo oeconomicus* in der Produktion ist der Unternehmer, der Aufsichtsrat. Das bedeutet, daß die Mehrheit der Menschen, die abhängig Arbeitenden, eine gesplante Alltagserfahrung haben.

Der Erfolg des Neoliberalismus deutet darauf hin, daß sich viele Menschen als Konsumenten identifizieren, und nicht als Produzenten. Der *homo oeconomicus* ist ein aktiver Mensch, aber die Konsumsphäre ist eine passive Sphäre. Etwas paradox: die meisten Menschen, als *homo oeconomicus* betrachtet, sind aktiv in ihrer Passivität und passiv in ihrer Aktivität. — Dieses Paradox macht es unglaublich, daß der Neoliberalismus irgendeinen nachhaltigen Erfolg unter normalen Menschen haben könnte.

Der Neoliberalismus unterscheidet sich vom klassischen Liberalismus in einer sehr grundlegenden Hinsicht. Der klassische Liberalismus war anti-staatlich, der Neoliberalismus kritisiert den »öffentlichen Sektor« außer einer Funktion, seiner repressiven, gewaltförmigen Macht. Führende Neoliberale drücken häufig ihr Bedauern über die »Notwendigkeit« der Rüstung und die »Unvermeidlichkeit« von wachsenden Ausgaben für die Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung aus. Von einem kritischen Standpunkt aus betrachtet, ist es klar, daß die neoliberale Unterstützung fürs Militär, für die kapitalistische Weltherrschaft und die Niederhaltung der Arbeiterklasse kein reiner Zufall ist. Der repressive Staat verteidigt die Gesellschaft der Neoliberalen. Die Rationalität, die die Neoliberalen unterstützen, erreicht ihren Höhepunkt in militärischer Rationalität.

Aber manchmal haben die Neoliberalen ein schlechtes Gewissen wegen der nackten Gewalt. Die Ideen von Milton Friedman hatten großen Erfolg in Chile; aber wo gibt es den *homo oeconomicus* in Chile? Der Neoliberale versucht, die Ökonomie von der Gesellschaft zu trennen; die neoliberalen Ideen mögen die Wirtschaftspolitik durchdringen, aber mit Gewalt, Mord, Hunger und Arbeitslosigkeit sollen sie nichts zu tun haben.

Aber hier braucht der Neoliberalismus den Neokonservatismus. Der Neokonservatismus ist, wie wir schon gesehen haben, nach der Formel von Kristol gespalten: *homo oeconomicus plus* Religion und nationale Mythen. Es kann schwierig sein, Pinochet oder Reagan von einem rein neoliberalen Standpunkt aus zu verteidigen, aber wenn man etwas Nationalismus und einen guten Teil religiösen Aberglauben dazugibt, dann ist es nicht nur möglich, sondern ein Vergnügen, diesen Helden zu applaudieren.

Wir wissen, daß die Neokonservativen sehr kultivierte und gebildete Menschen sind — Bell, Kristol und Podhoretz. Immer wieder haben wir gehört, daß man einen klaren Unterschied machen muß zwischen ihnen und solchen unkultivierten, vulgären Bewegungen wie der Neuen Rechten oder der Moral Majority. — Schon wahr. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, daß die Neokonservativen ihre Zustimmung, die *neue Zustimmung*, wie sie sagen⁴, gegeben haben zu Reagan und der Art von Politik, die die Neue Rechte und die

Moral Majority zu ihren Eckpfeilern hat. — Der Neokonservative selbst ist nicht so gespalten in seinem Bewußtsein, wie es Kristols Formel anzeigt, er will aber, daß der gewöhnliche Beschäftigte gespalten sei: *homo oeconomicus* im Supermarkt, Nationalist in nationalen Fragen, besonders im Militär, religiöser Mensch in seiner Art, sich einer ihm fremden Ordnung zu unterstellen.

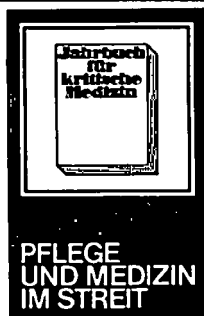
Gegen neoliberale und neokonservative Ideen zu kämpfen, bedeutet nicht nur, gegen abstrakte Ideen zu kämpfen. Die abstrakten Ideen, wie die meisten abstrakten Ideen, haben ihre Wurzeln in der Praxis selbst.

Anmerkungen

- 1 Ich bereite eine umfangreiche Studie vor über diese Spannung im Denken des XVIII. Jahrhunderts.
- 2 Ich möchte hinzufügen, daß der in einer Wissenschaft dominierende Gebrauch in einem hohen Maße ihre weitere Entwicklung determiniert, zumindest vorwiegend. Wenn der materielle oder administrative Gebrauch dominant ist, tendiert die Wissenschaft dazu, sich in Unterdisziplinen und -spezialisierungen aufzuspalten. Wenn der ideologische Gebrauch dominiert, tendiert die Wissenschaft dazu, ihre eigenen Grenzen zu überschreiten und Nachbargebiete einzugemeinden. — Man kann das im Detail zeigen und es bedeutet u.a., daß die These einer unvermeidlich wachsenden Spezialisierung der Wissenschaft ein Mythos ist; vgl. Liedman 1977b.
- 3 Dieser Punkt bedarf vielleicht einer kleinen Erläuterung. Wenn jemand sagt: »Das ist wahr«, »das ist gut« oder »das muß getan werden«, geht die Äußerung *über* etwas, und es ist eine Botschaft *von* jemandem *an* jemand anderen in einer konkreten sozialen Situation. Es versteht sich, daß die konkrete soziale Situation die Botschaft wahr oder falsch, glaubhaft oder unglaubhaft erscheinen läßt. Aber daher kann man noch nicht direkt schließen, daß die Botschaft wirklich wahr oder falsch *ist*.
- 4 Vgl. z.B. *Commentary* Vol. 71/4, April 1981 mit Artikeln von Norman Podhoretz und Irving Kristol.

Literaturverzeichnis

- Becker, G.S., 1976: *The Economic Approach to Human Behavior*. Chicago/London
- Bramsteg, E.K., u. K.J. Malhuish (Hrsg.), 1978: *Western Liberalism. A history in documents from Locke to Croce*. London/N.Y.
- Habermas, J., 1968: *Technik und Wissenschaft als Ideologie*, Frankfurt/M.
- Held, D., 1980: *Introduction to Critical Theory*. Horkheimer to Habermas. Berkeley/Los Angeles
- Liedman, S.-E., 1977a: *Motsatsernas spel. Friedrich Engels' filosofi och 1800-talets vetenskap*. 2 Bde., Lund
- Liedman, S.-E., 1977b: *Den vetenskapliga specialistingen*
- Kristol, I., 1978: *Two Cheers for Capitalism*. N.Y.



Krankenpflege als Frauenberuf.
 Patientenorientierung vs. Personal-
 orientierung. Gesundheitsschäden
 und Industrieinteressen.
 Jahrbuch für kritische Medizin 8
 Argument-Sonderband AS 86
 176 S., 16,80 DM/f. Stud. 13,80 DM

David Plotke

Wohin führt der Reaganismus?*

Die Gegenwart erweist sich als eine durch drei entscheidende Prozesse strukturierte Periode des Übergangs. Die für den Industriekapitalismus charakteristische Klassenstruktur wird im Moment einschneidend umstrukturiert zu Anordnungen, wie sie in Theorien über »nach-industrielle« Gesellschaften angedeutet werden; das Drängen hin zu einer deutlichen Staatsexpansion nimmt zu; die Geschlechterbeziehungen unterliegen grundlegenden Veränderungen, einschließlich der Möglichkeit des Absterbens patriarchalischer Familienverhältnisse. Diese Übergangsprozesse ereignen sich im Kontext anderer, stabilerer Muster amerikanischen Lebens — insbesondere dem der Völker- und Rassentrennung. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind eine Vielzahl möglicher Resultate der Auseinandersetzungen, die jeden dieser Übergangsprozesse ausmachen, denkbar.

Bei den Wahlen von 1980 gab es eine massive Verschiebung im Wahlverhalten und eine umfassende Neubestimmung der Inhalte politischer Auseinandersetzung, es erhöhte sich andererseits jedoch weder die politische Beteiligung, noch entwickelte sich eine kohärente Neuausrichtung. Das bemerkenswerteste Wahlergebnis war die Zersetzung der Gefolgschaft der Demokraten. Am deutlichsten wird dies daran, daß nur 66 Prozent derjenigen, die sich selbst als Demokraten bezeichneten, Carter wählten. Ebenso gewann Carter nur 47 Prozent der Stimmen von Gewerkschaftsmitgliedern (»labor-union-households«) gegenüber Reagans 44 Prozent. Und da eine überwältigende Mehrheit der schwarzen Stimmberechtigten Carter wählten — 82 Prozent —, ist es denkbar daß nur Reagans außerordentlich schlechter Ruf in Bezug auf Rassenfragen, den Trend weg von den Demokraten verlangsamt hat. Zweifellos gab es unter den Wählern lateinamerikanischer Abstammung einen einschneidenden Rückgang der Unterstützung der Demokraten, von 75 Prozent 1976 auf 54 Prozent 1980. Die Klassenkategorien des Industriekapitalismus scheinen immer weniger zuverlässige Indikatoren des Wahlverhaltens zu sein. Zusammenhänge bestehen noch, sofern Einkommenskategorien benutzt werden, aber Beschäftigungskategorien, sofern sie noch in einem schwachen Sinne aussagekräftig sind (Hilfsarbeiter, »blue collar« Arbeiter, werden eher demokratisch wählen als Facharbeiter), haben nicht einmal prognostischen Wert im Hinblick auf das Gesamtwahlverhalten bestimmter Personenkreise. Unter den »blue collar« Arbeitern zum Beispiel erhielt Carter 46 Prozent der Stimmen gegen Reagans 47 Prozent. Das verblüffendste Muster zeigte das Wahlverhalten von Frauen, das vielleicht zum ersten Mal scharf von dem der Männer abwich. 1976 wählten Carter 50 Prozent sowohl der Frauen als auch der Männer (Ford 48 Prozent). 1980 wählten 54 Prozent der Männer Reagan (37 Prozent Carter), aber nur 46

* Kleiner Auszug aus: *The Politics of Transition. The United States in Transition II*, in: *Socialist Review* No.55, 1981, 21-72. Der I. Teil des Artikels erschien in *Socialist Review* No.54, 1980. Aus dem Englischen übersetzt von Birgit Mehdorn.

Prozent der Frauen (45 Prozent Carter). Es scheint, daß Frauen nicht nur auf der »traditionellen« Basis der Kriegsfrage, sondern ebenso auf Grundlage der vom gegenwärtigen Feminismus aufgeworfenen Fragen anders wählen.

Neue Kräfte, neue Fronten

Die *erste* politische Strömung ist ein Massenkonservatismus, der über Gruppen vom rechten Rand der republikanischen Partei bis zur linken Grenze der Mitte dieser Partei reicht und bedeutende Elemente der traditionellen Demokraten, unter anderem aus dem Süden, einschließt. Diese Kraft beläuft sich auf ungefähr ein Drittel der gegenwärtigen Wählerschaft. Sie umfaßt eine Reihe unterschiedlichster politischer Kräfte: die sogenannte »Neue Rechte«; traditionelle republikanische Konservative; traditionelle liberale Republikaner, die in den Sechzigern scharf nach rechts rutschten (beispielhaft verdeutlicht an der politischen Karriere *Nelson Rockefellers*); Sektionen der Southern Democratic Party; »neo-konservative« Liberale und konservative quasi-populistische Kräfte, die zwar außerhalb der »Neuen Rechten« stehen, jedoch oft mit ihr verbunden sind. Momentan ist die führende politische Kraft dieser Strömung der traditionelle republikanische Konservatismus, der seinerseits Kompromisse mit anderen, besonders mit der »neuen Rechten« eingeht. Diese Vorherrschaft sichert eine gewisse Kontinuität gegenüber der vorangegangenen Periode, ist jedoch ein potentielles Hindernis für einen wieder mehrheitsfähigen Konservatismus.

Die *zweite* Strömung ist ein zentristischer Sozialliberalismus. Diese Strömung umfaßt ungefähr die Hälfte der gegenwärtigen Wählerschaft und reicht von der winzigen Linken der Republikaner — einschließlich der Anderson-Kandidatur — in das Zentrum der Demokraten. Ihre politischen Komponenten schließen ein: den traditionell liberalen republikanischen Progressismus; die Hauptkräfte des »coldwar«-Liberalismus innerhalb der Demokratischen Partei; einen Teil der Southern Democratic Party im Süden; Teile der »neo-konservativen« Tendenz bei den Liberalen und die politischen Vertreter großer Teile der Gewerkschaftsbewegung. Sie wird dominiert von einer von allen Seiten angegriffenen Koalition zwischen »coldwar Liberalen« und »Southern Democrats«.

Die *dritte* Strömung — vielleicht zu inkohärent, um schlichtweg als Strömung bezeichnet zu werden, eher ein politischer Raum — reicht von der Linken der Demokratischen Partei über eine Ansammlung kleinerer politischer Kräfte links von ihr und beläuft sich auf höchstens ein Sechstel der gegenwärtigen Wählerschaft. Sie schließt eine Fraktion der Gewerkschaftsbewegung ein; Bestandteile der in der New Deal/Fair Deal Periode gebildeten Interessengruppen; einige neuere politische Kräfte, die in den Sechzigern besonders durch die Frauenbewegung und durch die Umweltbewegung entstanden und die winzige sozialistische Linke. Ihre dominierende politische Kraft liegt im Augenblick bei einer liberal-labor-Koalition, die einer etwas modernisierten Version des New Deal Programms, wie es in der Kennedy-Kandidatur vertreten wurde, die Treue hält.

Bezogen auf die Wahlergebnisse von 1980 bedeutet Reagans Sieg somit einen Rechte-Zentrums-Sieg, der rapide zerfressen werden und in eine erneuerte

Zentrumskoalition münden oder sich zu einer dauerhaften Rechte-Zentrums-Vorherrschaft konsolidieren kann. Letzteres würde höchstwahrscheinlich eine weitere Fragmentierung des Zentrums und ein Anwachsen der Rechten, jedoch nicht ein rechtes Machtmonopol bedeuten.

Diese drei politischen Hauptkräfte sind intern gespalten. Im langsamen Prozeß ihrer Formierung scheinen vor allem einige der für die Nachkriegsperiode charakteristischen politischen Formationen abgespalten zu werden. Der liberale Republikanismus zum Beispiel ist in mindestens zwei Sektionen zerbrochen, in eine, die sich nach rechts bewegt (Bush) und in eine, die auf eine organisationsmäßige Vereinigung mit dem Zentrums-Liberalismus zusteuert (Anderson). Darüber hinaus ist der Sozialliberalismus, der einen bedeutenden intellektuellen und politischen Strang der Demokratischen Partei darstellte, in eine Anzahl von Fragmenten zerfallen — in einen Neokonservatismus, der selbst in Zentrums-(Daniel Moynihan) und zentrums-rechte Optionen zerfallen ist; in einen Versuch, den Zentrumsliberalismus wiederzubeleben und in weit geringerem Ausmaße in eine Linkswende bei einigen sozialliberalen Intellektuellen. In jeder dieser drei Hauptströmungen sind die während früherer Perioden entstandenen politischen Kräfte dominant geblieben, deren Dominanz ist jedoch nicht abgesichert und erfordert eine Reihe von Kompromissen mit den anderen politischen Kräften. In jedem Fall hat die Dominanz traditioneller Kräfte eine doppelte Bedeutung, sie liefert einerseits Elemente der Kontinuität und schränkt andererseits die Geschwindigkeit ein, mit der die Neufassung der Positionen geschehen kann.

Die mit der Rechten verbundenen Schichten umfassen weite Teile der kleinen und mittleren Bourgeoisie, Teile der alten und neuen middle classes, Teile (bisher zwar noch in mäßigem Umfang) sowohl der industriellen Arbeiterklasse als auch des qualifizierten Handwerks und wesentliche Zweige des Großkapitals. Das Zentrum ist als politische Kraft verbunden mit bedeutenden Zweigen des Großkapitals, der Mehrheit der Arbeiterklasse innerhalb der Arbeiterbewegung, den meisten der größten rassischen und ethnischen Minderheiten und wiederum Teilen der alten und neuen middle classes. Die Linke ist angeschlossen an einen kleinen Teil der industriellen Arbeiterklasse, an Teile der neuen middle classes, an Teile der im technischen und Dienstleistungssektor beschäftigten Angehörigen der Arbeiterklasse, an einen Teil der schwarzen Bevölkerung (quer durch die Klassen) und an weite Bereiche (jedoch nicht die Gesamtheit) der Frauenbewegung.

Die diskursive Strategie der Neuen Rechten

Die diversen Bedeutungen eines Begriffs wie »equality« in politischen und sozialen Konflikten während der letzten zwei Jahrzehnte zu untersuchen, würde die nicht »klassenmäßig« festgelegte Bedeutung dieses Begriffs und seine sukzessive Bestimmung innerhalb einer Reihe von Diskursen unterschiedlichster politischer Kräfte aufzeigen. Der Begriff »equality« tauchte auf als Kritik an gesetzmäßiger Verordnung formeller Ungleichheit zwischen einzelnen Personengruppen (Männer und Frauen, Weiße und Schwarze); als das Ideal der Chancengleichheit, das durch ein Netz von Regierungsverordnungen und So-

zialpolitik vereitelt wurde; und als ein selbständiges Ziel im Zusammenhang mit der Neuzuweisung sozialer und ökonomischer Positionen.

Der politische Kampf betrifft nicht nur die Machtverteilung zwischen starren Kräften, sondern die Bestimmung und Entstehung der politischen Kräfte selbst. Am augenscheinlichsten wird diese Dynamik in der jüngsten Geschichte der amerikanischen Rechten, die eine Anzahl energischer Versuche enthält, über die Neugestaltung politischer und ideologischer Formen zu neuer Stärke zu gelangen. Ein offensichtliches Beispiel dafür stellt Reagans Leistung dar, Teile der Arbeiterklasse und der Bevölkerungsminderheiten für seine Kampagne zu gewinnen. Ein anderes Beispiel ist das Bemühen der Anti-Abtreibungsbewegung, ihre Gegner dadurch zu spalten und lahmzulegen, daß sie in ihrer Selbstdarstellung versuchen, das »Recht-auf-Leben« des »Ungeborenen« mit den »Menschenrechten« unterdrückter Bevölkerungsteile gleichzusetzen. Ein drittes Beispiel stellt die Leistung der Rechten dar, einen namhaften Anteil der schwarzen und besonders der lateinamerikanischen Bevölkerung dadurch an sich zu ziehen, daß sie die Regierung als Schranke für Unternehmensgeist und Mobilität zeichnet. Die Anstrengungen der sich formierenden Rechten konzentrierten sich hauptsächlich darauf, sich über die Verknüpfung vorhandener Elemente des politischen Diskurses neue Positionen zu schaffen. Diese Neubestimmung der Verbindungen von Elementen des gängigen Diskurses ist nicht einfach eine von einer präexistenten Kraft angewandte Strategie, sondern die Weise, wie die gegenwärtige Rechte selbst konstruiert ist. Die populären Themen, denen in diesem Land besondere Aufmerksamkeit gewidmet wurde, sind »equality«, wie oben erörtert; »productivism«, wie es z.B. zum Ausdruck kommt in den wiederholten Bemühungen der Rechten, eine Koalition von »producers« gegen all das, was deren volle Verwirklichung blockiert, ins Leben zu rufen; und der Begriff des »americanism«, verknüpft mit speziellen politischen Gruppen und Strategien. Eine Studie jüngerer Datums über den Zusammenhang von Puritanismus und »Amerikanismus« führt aus:

»Anderswo in der modernen Welt ist der Nationalismus komplex, örtlich und historisch beschränkt geblieben, selbst wenn er universelle Zielsetzungen hat. Europäische Nationalhelden, trotz ihrer Eigenschaft, »repräsentativ« zu sein, sind begrenzt durch Abstammung und Klassenzugehörigkeit; die messianischen Träume des deutschen und russischen Nationalismus wurzelten in atavistischen Unterscheidungen bezüglich Rasse, Religion und Lebensraum. Die »amerikanische« Gemeinschaft definiert sich im Gegensatz dazu durch ihre Beziehung zu einer ihr verheißenen Zukunft ... Schon allein das Wort *amerikanisch* umfaßt eine *kulturelle* Identität, die Bindung an einen bestimmten Lebensstil und an die quasi-religiösen Mythen und Symbole, über die sich dieser Lebensstil perpetuiert.« (Bercovitch 1979, 98f.)

Dieser Amerikanismus ist, wie *Sacvan Bercovitch* weiter ausführt, expansiv und imstande, neue soziale und ethnische Gruppen zu inkorporieren — in einem nicht abgeschlossenen »Amerikanisierungs-« und »Modernisierungsprozeß«. Im Augenblick kann man eher davon sprechen, daß dessen Themen durch die Entfaltung eines rechten Semi-Populismus entwickelt werden, als daß sie in den Händen der Zentrums-Liberalen und deren Bestimmung der Demokratischen Partei als einer Partei der Immigranten, der Randgruppen, der Vertriebenen, die auf die Eingliederung in die amerikanische Ordnung warten, gelassen würden.

Die Begriffe des vorherrschenden politischen Diskurses sind flexibel und offen genug, um eine Vielzahl von Bedeutungen tragen zu können. Positionen, die für die Linke, basierend auf unserem Verständnis des Gehalts bestimmter Begriffe, widersprüchlich zu sein scheinen, können durch eine andere Sinnverknüpfung als übereinstimmend interpretiert werden. Die Einstellung der Neuen Rechten dem Staate gegenüber zum Beispiel wird gemeinhin für widersprüchlich gehalten — einerseits verminderte staatliche Wirtschaftseingriffe und verminderte staatliche Sozial- und Wohlfahrtspolitik zu fordern, andererseits eine wachsende repressive Intervention im sozialen Bereich (gegen Abtreibung z.B.) zu bejahen. Diese Interpretation hängt jedoch tatsächlich von der Art der Anwendung dieser Begriffe durch die Linke ab. Für den neuen rechten Diskurs existiert kein logischer Widerspruch: der Staat solle nicht intervenieren, sondern stattdessen die Existenz der »natürlichen«, nichtpolitischen Prozesse sichern, notfalls durch Zwang. Auf diese Weise solle der Staat, durch die Verhinderung störender Einflüsse, die für die Marktwirtschaft und für das Gedeihen traditioneller gesellschaftlicher und Familienverhältnisse notwendigen Bedingungen aufrechterhalten. Obwohl dieses Bild von »natürlichen« ökonomischen Prozessen und einer »natürlichen« Gesellschafts- und Familienordnung in den Augen der Linken eine massive Verdrehung darstellt, macht dieses es der Rechten möglich, einen kohärenten anti-staatlichen Diskurs aufzubauen, der den Widerstand gegen staatliche Wirtschaftsregulierung und gegen egalitäre Sozialpolitik in Bezug auf Frauen verbindet — in beiden Fällen macht sie das Ideal einer vor der Zerstörung durch den Staat bestehenden autonomen, natürlichen Ordnung geltend.

Alle drei politischen Hauptströmungen verwenden neuerdings eine Rhetorik mit deutlich anti-staatlichen Bestandteilen — wobei Rechte und Zentrum beide versuchen, Elemente des »Volkes« gegen einen sie überwältigenden, sich selbst überhöhenden Bundesstaat zu mobilisieren. Gleichwohl würden die Programme jeder dieser politischen Strömungen, selbst so, wie sie jetzt definiert sind, die Rolle des Staates beibehalten oder, wahrscheinlicher noch, ausdehnen. Die Beziehung zwischen der Formierung politischer Strömungen und ihren programmatischen Initiativen ist komplex: keinesfalls kann die Kluft zwischen Anti-Staatlichkeit und praktischem Ausdehnen des Staates auf Betrug oder sogar Selbstbetrug reduziert werden. In allen Fällen erhält die Anti-Staatlichkeit ihre Bedeutung, indem einzelne Aspekte staatlicher Aktivitäten als Quelle gegenwärtiger politischer und ökonomischer Probleme benannt werden. Andere Arten der Staatstätigkeit werden anders eingeordnet, sie werden als fundamentale und unbestreitbare Bestandteile modernen, sozialen Lebens außerhalb der Reichweite von Staatskritik gestellt.

Was die Rechte anbelangt, würde ein beträchtlicher Zuwachs in den Verteidigungsausgaben nicht nur die Expansion des Staatsbudgets bedeuten, sondern auch eine aktivere Staatsintervention auf Basis eines ausgedehnten Konzepts nationaler Sicherheit, das vermutlich einen tiefgreifenden Ausbau des Militärs begleiten würde. Obwohl die Rechte wünschen mag, die Sozialausgaben zu kürzen und das Anwachsen korporatistischer Formen der Konfliktbewältigung zu verzögern oder zu verhindern, wird sie, will sie keine Opposition

provozieren, die ihre Bestrebungen in diesem Punkt einschränkt, wahrscheinlich nicht mehr tun können, als die Geschwindigkeit des Anwachsens staatlicher Aktivitäten zu begrenzen. (Das bedeutet keine Bagatellisierung der brutalen Konsequenzen, die schon die bescheidenste Ausgabenkürzung in bestimmten Bereichen nach sich ziehen kann.) Der Punkt ist vielmehr, daß sogar erzielte Kürzungen durch ausgedehnte Verteidigungsausgaben und durch vergrößerte Kapitalsubventionen kompensiert werden. Außerdem wird ein Großteil von Reagans Anti-Staatlichkeit eher als Widerstand gegen die Zentralregierung zugunsten örtlicher Aktivitäten ausgegeben, denn als Widerstand gegen die Staatsrolle per se. Es gibt wenig Grund anzunehmen, solch eine Position werde das Anwachsen politischer Forderungen an den Staat in seinen föderativen Formen, das seinerseits die Basis für eine folgende Zentralisierung liefert, aufhalten.

Jede politische Hauptströmung verhält sich ebenfalls zu den Problemen, die durch den Zerfall der patriarchalischen Familie und den sich ändernden Beziehungen zwischen Frauen und Männern aufgeworfen werden. Das Programm der Rechten beruft sich wieder auf den Wert traditioneller Formen — mit gebührender Berücksichtigung der Notwendigkeit, diese Formen den heutigen ökonomischen und politischen Realitäten anzupassen. Man muß in der amerikanischen Politik zwischen der äußersten Rechten — die einer Vision von moralischer und ideologischer Reinheit nachhängt — und der Massenrechten, die zwar konservativ, aber nicht auf extreme Formulierungen festgelegt ist, unterscheiden. Tatsächlich ist Reagan bereit, bestimmten Gruppen von Frauen Vorteile zu bieten, Versprechungen über den Erwerb von Richterämtern, Berufungen etc. zu machen und eine allumfassende Verpflichtung gegenüber »equality« zu geloben — besteht aber darauf, daß solch eine Gleichheit nicht »starr« verfassungsmäßig verankert wird (im Equal Rights Amendment) und daß Maßnahmen ergriffen werden, traditionelle Formen zu bewahren.

Perspektiven

Es gibt hauptsächlich *eine* vorstellbare Entwicklung, in der eine politische Hegemonie wiederhergestellt werden könnte, die in der Lage wäre, Übergangsprozesse zu einer neuen Ordnung zu formen und durchzuführen. Diese Aufeinanderfolge würde mit einer von der Rechten dominierten Zentrum-Rechte-Koalition beginnen, der eine Koalition unter Vorherrschaft eines neuen Zentrums folgen würde. Dies würde in zwei Phasen vor sich gehen, die beide, wenn man die Fragmentierung innerhalb der bedeutenderen Parteien als gegeben ansieht, jeweils sowohl von einer republikanischen als auch von einer demokratischen Regierung durchgeführt werden könnten. Die Reagan-Regierung ist sicherlich eine potentielle Verwalterin der ersten Phase. In dieser ersten Phase würde man eine Steigerung des permanenten Angriffs auf die traditionell starken Bereiche der industriellen Arbeiterklasse und auf »marginale« Teile der rassischen und ethnischen Bevölkerungsminderheit beobachten können. Sie würde die Verwirklichung des unmittelbaren ökonomischen Programms der Rechten, die Übertragung wesentlicher Ressourcen aufs Kapital und die Stärkung der repressiven Kapazitäten des Staates mit sich bringen. Sie würde

bedeuten, daß die Kräfte des Widerstands der Bevölkerung gegen ein Projekt ökonomischer und sozialer Neustrukturierung, besonders innerhalb der Gewerkschaften, niedergeschlagen werden. Die anfänglichen Bestrebungen der Rechten würden ferner die mit den neu entstehenden sozialen Gruppen verbundene Radikalität in weniger radikale Formen kanalisieren. In ihrem ernsthaften politischen Bestreben, eine traditionelle Sicht auf Moral- und Gesellschaftsordnung wiederzubeleben, würde die Rechte gegnerische politische Strömungen und soziale Bewegungen in eine Defensivstellung zwingen. Dies ist bereits in den letzten Jahren geschehen mit den Versuchen der Frauenbewegung, die Zerschlagung des Gleichberechtigungsgesetzes, und mit denen des »black movement«, den Untergang der *affirmative action*¹ zu verhindern. Es könnten aber noch aufreibendere und gefährlichere Kämpfe auf der Tagesordnung stehen. In solch einer Situation würde die Fähigkeit dieser Strömungen, eine autonome politische Präsenz aufrechtzuerhalten, untergraben werden von der dringenden Notwendigkeit, mit so viel wie möglich der Zentrumskräfte Bündnisse einzugehen — Bündnisse, die von einer Position der Schwäche aus geschlossen würden.

Die erste Phase hätte vermutlich eine weitere Konsequenz: die Marginalisierung der äußersten Rechten, die am Anfang der Reagan-Regierung noch zu politischer Prominenz kommen mag. Der Druck auf die Reagan-Regierung, eine Rechte-Zentrum-Koalition aufrechtzuerhalten, wird anwachsen, besonders da solche Politiker, die mit führenden Interessengruppen verbunden sind, eine Brücke vom linken Flügel der Rechten zum rechten Flügel des Zentrums schlagen. Durch die Verhinderung einer einschneidenden internen Kräfteverschiebung bei den Republikanern, wäre dieser Druck stark genug, um die äußerste Rechte an den Rand der Politik zu drängen (als organisierte Gruppierung — etliche Individuen mögen prominent bleiben) und um in diesem Prozeß mit den neuen rechten Kräften zu einem Kompromiß über »soziale« Fragen zu kommen.

Diese erste Phase würde ihre Grenzen jedoch vermutlich ziemlich schnell erreichen. Wenn man das Fehlen eines seriösen mittelfristigen Wirtschafts- und Sozialprogramms und die Schwierigkeit, die nötige politische Unterstützung für die Staatsexpansion zu gewinnen, als gegeben ansieht, wird es der Rechten vermutlich nicht möglich sein, sich länger als über zwei Präsidentschaftsperioden als führende politische Kraft zu halten. Während dieser Periode hätte sich jedoch ein jetzt in der Anlage vorhandener größerer politischer Rechtsrutsch durchgesetzt.

Geht man vom gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnis aus, so ist es unwahrscheinlich, daß die Linke Nutznießer der »Mißerfolge« der Rechten sein würde. Wahrscheinlicher ist, daß die zweite Phase des Übergangs durch das Aufkommen einer vom Zentrum angeführten Zentrum-Rechte-Koalition gekennzeichnet sein wird. Solch eine Koalition könnte sowohl in der Lage sein, ein angemesseneres Wirtschaftsprogramm und die Begründung für einen expandierten Staat zu liefern, als auch die Anpassung von Elementen sowohl alter als auch neuer untergeordneter sozialer Gruppen zu beschleunigen (während sie alles ihr mögliche unternähme, politisch widerspenstige Kräfte an den

Rand zu drängen). In solch einer zweiphasigen Abfolge läge die Möglichkeit: a) eines graduellen, staatlich geförderten Übergangs zu einem neuen Akkumulationsmuster (was Kompromisse mit kleinem und mittelgroßem Kapital erfordern würde); b) der Beibehaltung einer relativ stabilen politischen Ordnung, die weitere Verschlechterung verhindert und sogar einige Formen politischer Partizipation ausbaut; und c) die Möglichkeit, über das Verschmelzen traditionalistischer Vorstellungen von moralischer (und religiöser) Ordnung mit einem rücksichtslosen modernisierenden Impuls eine partielle kulturelle Erneuerung zu erzeugen. Diese zweiphasige Abfolge wäre äußerst brutal, besonders für Positionen der Arbeiterbewegung und rassischer Minderheiten. Sie wäre kostspielig und ineffizient und würde möglicherweise eine lange Zeitspanne in Anspruch nehmen, sie wäre außerdem kaum das Werk einer selbstbewußten Elite, sondern Folge einer Reihe von in die Länge gezogener politischer Konflikte.

Ein einphasiges Übergangsmodell könnte gegenwärtig tatsächlich nur das Werk einer kraftvollen Zentrumskoalition sein. Es lag weit jenseits der Reichweite der Carter-Regierung und war nur ein Wunsch einiger aus der ehemaligen Unterstützergruppe der Anderson-Kandidatur. Das Zentrum hat unter dem Druck unaufhörlicher interner Fragmentierung noch nicht einmal die Fähigkeit, direkte politische Kämpfe mit der Rechten zu gewinnen, um die Durchführung einer Reihe von Veränderungsmaßnahmen (besonders die Erweiterung der Staatsrolle) zu gestatten. Eine von Zentrumskräften genutzte klassische Strategie — die Linke als Sturmbock gegen die Rechte einzusetzen — steht wegen der Schwäche der Linken nicht zur Verfügung.

Diese Rechte-Zentrum/Zentrum-Rechte-Sequenz als politisches Projekt des Übergangs wäre eine gegenwärtige amerikanische Form einer »passiven Revolution«, eines vorherrschend von oben durchgeführten Erneuerungsprozesses. Selbst wenn Stagnation die wahrscheinlichste unmittelbare Perspektive ist, ist es gut möglich, daß diese Art von »Erneuerung« in den nächsten 10 bis 15 Jahren durchgeführt wird. Das Ergebnis würde möglicherweise die Form eines quasi-korporativen Liberalismus annehmen. Obwohl dies die am ehesten vorstellbare Form des Übergangs sein mag, gibt es doch andere Möglichkeiten. Eine davon ist die Aufeinanderfolge von Zentrum-Rechte-Koalitionen, begleitet von einer anfänglichen Erfolgsperiode auf Seiten der Rechten, was die fundamentale Neubestimmung der Begriffe politischer Diskussion betrifft. Dies würde eine größere strategische Flexibilität, als sie bislang von der Rechten gezeigt wurde, erfordern und die Bereitschaft, mit der strikten Verpflichtung der äußersten Rechten auf Anti-Staatlichkeit in ökonomischen und auf Traditionalismus in »sozialen« Fragen zu brechen, notwendig machen. Es würde praktisch die Form einer graduellen Absorbierung von Teilen des Zentrums in die Rechte und eine Restrukturierung der internen Beziehungen der gegenwärtigen Rechten annehmen, mit dem Resultat eines technokratischen Neo-Konservatismus. Geht man von der Tiefe unterschiedlichster Arten ideologischer Starrheit innerhalb der Rechten aus, so wären solche Koalitionen früher oder später anfällig für eine Ablösung durch neue Zentrum-Rechte oder Zentrum-Linke Koalitionen.

Anmerkung

- 1 Im Rahmen einer »affirmative action« werden, vor allem von öffentlichen Institutionen, nicht-weiße Bewerber bevorzugt gesucht und eingestellt.

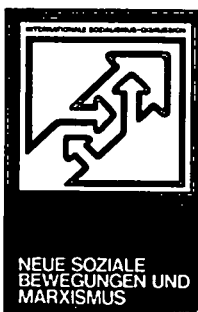
Literaturverzeichnis

- Bercovitch, S., 1979: New England's Errand Reappraised, in: J. Higham/P. Conkin (Eds.): New Directions in American Intellectual History. Baltimore*
Boggs, C., u. D. Plotke (Eds.), 1980: The Politics of Eurocommunism. Boston
Crawford, A., 1980: Thunder on the Right. New York
Ehrenreich, B., u. D. English, 1979: For Her Own Good. New York
Gough, I., 1979: The Political Economy of the Welfare State. London
Lasch, C., 1979: The Culture of Narcissism. New York
Nash, G.H., 1979: The conservative Intellectual Movement in America — Since 1945. New York
Williams, W.A., 1980: Empire as a Way of Life. New York
Wolfe, A., 1977: The Limits of Legitimacy. New York
Wolfe, A., 1981: America's Impasse. New York



Basisgesundheitsversorgung in Mexiko.
 »Westliche« Medizin in der Dritten Welt.
 Tabakmultis und Gesundheit in der
 Dritten Welt.

Horacio Riquelme U., Dieter Borgers u.a.
 70 Seiten, 7,- DM



Diskurs und Hegemonie.
 Nationalismus und Populismus.
 Feminismus und Sozialismus.
 E. Laclau, C. Mouffe, C. Buci-Glucksmann,
 C. Franco, E. de Ipola, J.C. Portantiero,
 A. Paramio, G. Bonacchi, C. Pasquinelli,
 S. Hall.

DM 16,80/f. Stud. 13,80 (Abo: 13,80/11,80)

Heiner Ganßmann

Demontage des Wohlfahrtsstaats in den USA?

Bedenkt man die legitimatorischen Ansprüche demokratischer Staaten, so hat es wohl selten eine gewählte Regierung gegeben, in der mehr Böcke zu Gärtnern gemacht wurden als in der gegenwärtigen US-Regierung. Der Innenminister (Watt), für die Verwaltung der ausgedehnten Nationalwälder und -parks zuständig, war ein bekannter Lobbyist der auf kommerzielle Verwertung, sprich Rodefreiheit, pochenden Holzindustrie. Der Finanzminister (Regan) hat sich für sein Amt als Chef eines auf halblegale Steuerhinterziehung spezialisierten Wall Street Investment Konzerns qualifiziert. Der Außenminister (Haig) ist ein Exgeneral, der nach seiner militärischen Karriere die Interessen eines Rüstungskonzerns vertreten, während der Verteidigungsminister (Weinberger) einem solchen vorstehen durfte. Der Arbeitsminister (Donovan) stammt aus einer Garde New Jerseyer Bauunternehmer, die den Ruf noch zu verlieren haben, daß sie zusammen mit der Teamstergewerkschaft bei öffentlichen Aufträgen brutal die Staatskassen plündern. Der oberste Wirtschaftsberater (Weidenbaum) zeichnete sich durch Erwägungen darüber aus, ob die Gewerkschaften als monopolistische Vereinigung mit den Antitrustgesetzen verfolgt und aufgelöst werden müßten.

Ein zweiter Blick auf die Regierungsmannschaft zeigt deren zweitwichtigste Eigenschaft nach dem »Böcke als Gärtner«-Syndrom: ein gegenaufklärerisches Sendungsbewußtsein. So begründet der Innenminister seine Ablehnung einer Erhaltung der Nationalwälder für künftige Generationen mit dem Verweis auf die baldige Rückkehr des Herrn Jesus zur Erde, die solche Fürsorge doch wohl überflüssig mache. Der Chefpropagandist der neuen Wirtschaftspolitik (Gilder) glaubt an außersinnliche Wahrnehmung und verweist auf seine Fähigkeit, aus einem Kartenspiel jederzeit die Pik-Dame zu ziehen. Ansonsten glaubt er, daß Armut eine Frage des Geistes sei.

Für diese Geistesarmut ließen sich mehr Beispiele nennen. Wichtiger ist, sie in ihrer politischen Bedeutung zu würdigen. Gepaart mit der Überzeugung, daß die USA nur aus innerer Schwäche ihren verdienten Platz als erste Weltmacht verloren hätten, sollen ökonomische und militärische Machtmittel entfaltet werden, um wieder »number one« zu werden. Dieses Ziel wird nicht begründet, es muß nur immer wieder beschworen werden. Daß die Mittel zu seiner Verwirklichung sich als ebensoviele Mittel der Bereicherung für bestimmte Teile des amerikanischen Kapitals erweisen, kann im Ernst niemand überraschen. Überraschen kann nur, daß die amerikanischen Wähler sich an solchen Verknüpfungen nicht zu stören scheinen. »What is good for General Motors, is good for the United States« — gilt diese Devise auch, wenn man für den angeschlagenen Automobilriesen die Namen von Rüstungskonzernen einsetzt? Einerseits ist diese Regierung — oder zumindest der für ihre Bildung verantwortliche Präsident — mittels demokratischer Wahlen bestellt worden (zwar haben nur 26% der Wahlberechtigten für Reagan gestimmt, aber das war die

Mehrheit der Wahlberechtigten). Andererseits hat sich diese Regierung wirtschafts- und sozialpolitische Strategien vorgenommen, die eindeutig gegen die materiellen Interessen einer Mehrheit der US-Bürger gerichtet sind. Zu erklären ist also, wie diese Strategien als im Interesse eben dieser Mehrheit liegende dargestellt werden können. Dazu gehörte neben einer Analyse neokonservativer Ideologie und ihres Rückgriffs auf traditionelle amerikanische Normen und Weltbilder vor allem eine Untersuchung des Mediengebrauchs, mit dem nach dem Vorbild der Fernsehkirchen neue Mobilisierungseffekte erzielt wurden. Zu klären ist ferner (und nur darum geht es im folgenden), inwieweit die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Reagan ihre öffentlich proklamierten Ziele erreichen kann. Wenn diese Ziele nicht erreicht werden können — und sowohl die ursprünglichen Experteneinschätzungen als auch die bisherigen Resultate deuten in diese Richtung —, ergibt sich die Frage nach dem Sinn dieser Politik auf einer neuen Ebene. Was auf den ersten Blick für eine die Wiederwahl anstrebende Regierung wie eine konservative Kamikazeübung aussieht, könnte sich als Versuch entpuppen, ohne Rücksicht auf populäre Zustimmung die Weichen für die langfristige wirtschaftliche Entwicklung so zu stellen, daß die Antwort auf Funktionsprobleme der kapitalistischen Ökonomie nicht mehr in einem Zuwachs wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen gesucht wird, sondern in deren Abbau. Da wohlfahrtsstaatliche Expansion gemeinhin als Preis für Massenloyalität in Demokratien mit kapitalistischer Ökonomie gilt, ergibt sich die Frage nach den kompensatorischen Mechanismen, die das durch den Abbau des Wohlfahrtsstaats entstehende Legitimationsdefizit ausgleichen könnten. Der Versuch einer Antwort müßte zur Zeit noch allzu spekulativ bleiben, zumal dann, wenn der wirkliche Charakter der Reaganschen Wirtschaftspolitik noch strittig ist.

Die wirtschaftspolitischen Ziele der Regierung Reagan

Reagan versprach den Wählern, daß unter seiner Präsidentschaft bis 1985 für militärische Zwecke 1,6 Billionen Dollar ausgegeben würden. Sein Wirtschaftsprogramm sollte zur Schaffung von 13 Millionen neuen Arbeitsplätzen führen. Die Inflation sollte drastisch abgebaut, der Staatshaushalt bis 1984 ausgeglichen werden, obwohl 1981 die erste von drei jährlichen 10prozentigen Einkommensteuersatzsenkungen wirksam werden sollte.

Natürlich rief dieses Programm Skepsis hervor. Nach Auffassung seiner Protagonisten galt es trotz konfligierender Bestandteile (Haushaltsausgleich bei Steuerkürzungen und Steigerung der Militärausgaben um real 7% pro Jahr) als verwirklichtbar, weil die Inflationsbekämpfung (mittels orthodox monetaristischer Hochzinspolitik) und das Drängen auf Eindämmung der Staatsverschuldung Vertrauen in eine solide staatliche Finanzführung wieder herstellen, während die Steuersenkungen die nötigen Gelder für die wiederbelebten Privatinitiativen bereitstellen sollten. Die aus der erdrückenden Umarmung des allgegenwärtigen Staates befreiten schöpferischen Marktkräfte würden zu einem Wachstumsschub mit neuen Arbeitsplätzen führen, der trotz gesunkener Steuersätze ein erhöhtes Steueraufkommen nach sich zöge, womit dann auch der Staatshaushalt trotz wachsender Militärausgaben zu decken sei.

Die unterstellten ökonomischen Zusammenhänge wurden in der »supply side«-Theorie ausgebreitet, die auf den bekannten Weisheiten beruht, daß man die zu melkende Kuh nicht von der Weide jagen dürfe, und daß glückliche Kühe einen maximalen Milchoutput produzieren. Erstaunlich an dieser Theorie ist eigentlich nur, mit welcher Geschwindigkeit ihre Protagonisten trotz intellektueller Dürftigkeit die professionellen Ökonomen des wirtschaftspolitischen Establishments verdrängen konnten. Das lag aber wohl nicht nur an deren Hilflosigkeit¹, sondern daran, daß die wirtschaftliche Entwicklung der Vor-Reagan-Jahre die Überzogenheit der Prognose- und Steuerungsansprüche sowohl der keynesianischen als auch der monetaristischen Orthodoxie offengelegt hatte.

Vor der Wahl Reagans lagen die durchschnittlichen verfügbaren Reallöhne von Industriearbeitern noch immer unter dem Niveau von 1973. Die Hochzinspolitik hatte zu keiner dauerhaften Senkung der zweistelligen Inflationsrate geführt. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen brachten eine kaum spürbare Milderung, aber keinen nennenswerten Abbau der besonders für Minoritäten und Jugendliche beträchtlichen Arbeitslosigkeit. Das Gesamtwachstum blieb schwach, während die Steuerbelastung und der Staatsanteil am Sozialprodukt anstiegen, wenn auch langsamer als in den meisten kapitalistischen Ländern.²

Die Propheten der angebotsorientierten Ökonomie profitierten also von der Hilflosigkeit zweier feindlicher Orthodoxien, die ihre wirtschaftspolitischen Mißerfolge hauptsächlich dadurch erklärten, daß die jeweiligen Rezepturen nicht rein oder radikal genug befolgt wurden. Dennoch bleibt bemerkenswert, daß Reagan einen breiten Kreis von Wählern von der Machbarkeit seiner Wirtschaftspolitik überzeugen konnte (immerhin gelangen ihm Einbrüche in die zur traditionellen Wählerschaft der Demokraten zählenden, gewerkschaftlich organisierten Industriearbeiter [cf. Plotke 1981, in diesem Heft]). Schließlich hat z.B. noch jeder Präsidentschaftskandidat einen Ausgleich des Staatshaushalts versprochen, aber gelungen ist dieses Kunststück in den USA seit über zwanzig Jahren nur einmal im Jahre 1969. Ähnliche Skepsis mußten eigentlich auch die anderen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen Reagans hervorrufen, denn neu waren bestenfalls die Zusammenstellung und Inkonsistenz des Zielbündels und die Art, wie gerade diese Inkonsistenz als Wundermittel angepriesen wurde. Man kann wohl mit den Keynesianern Steuern senken, Abschreibungsregeln lockern, die Militärausgaben erhöhen und sich davon einen positiven Konjunkturimpuls versprechen. Aber damit nimmt man nach den Erfahrungen der siebziger Jahre eine Verschärfung der Inflation und eine Erhöhung der Staatsschuld in Kauf. Man kann umgekehrt mit den Monetaristen die Inflationsbekämpfung zum vorrangigen Ziel erklären, den Staatshaushalt ausgleichen, generell den Umfang der Staatstätigkeit einschränken, die Kreditvergabe durch hohe Zinsen drosseln. Aber damit nimmt man einen Rückgang der Investitionen, eine erhöhte Arbeitslosigkeit und den Widerstand all derer in Kauf, die aus den wegfallenden Aktivitäten des Staates Nutzen zogen.

Obwohl die tatsächliche Wirtschaftspolitik in den USA und anderswo sicherlich oft einer Mischung dieser beiden Rezepturen ähnelte, besaß vor Reagan und seinen Anhängern noch kein maßgeblicher Politiker die Dreistigkeit,

zu behaupten, man könne mit dieser Mischung mehr als den traurigen status quo verlängern, man könne also tatsächlich die positiven Effekte beider wirtschaftspolitischer Rezepturen erreichen, ohne die negativen in Kauf nehmen zu müssen. Erst Reagan und seine »supply siders« brachten dieses Kunststück fertig. Trotzdem ist ihr propagandistischer Erfolg wohl eher aus einer weiteren Verkopplung zu erklären, die ihren ökonomisch rationalisierten Anti-Etatismus mit sogenannten »single-issue«-Bewegungen³ zusammenbrachte, deren Stoßrichtung gegen bürokratische Bevormundung aus Washington ging. Gegenüber dem traditionellen amerikanischen Anti-Etatismus, nach dem die vom jeweiligen Amtsinhaber gepäpelte Bürokratie schon immer bevorzugtes Angriffsobjekt oppositioneller Politiker ist, verband der neue eine schon religiöse Züge tragende Wiedererweckungsbewegung für die Marktauslese und das freie Unternehmertum mit einer Mobilisierung derjenigen traditionellen amerikanischen Weltbilder, die sonst Hollywood-B-Western transportieren. Danach ist Schlichtheit des Gemüts eine Tugend und die Teilung der Welt in Gut und Böse erste Voraussetzung guter Taten, die allerdings nicht dem vom Bösen bedrohten Normalbürger zustehen, sondern dem einsamen Reiter aus der Prärie (cf. Jewett/Lawrence, 1977). Seine Wähler haben Reagan offenbar die Rolle des Aufräumers im Washingtoner Sumpf zugetraut.

Der Krieg gegen die Armen

Reagan hat keine Sümpfe trockengelegt. Er ist vielmehr eifrig dabei, mehr und mehr Amerikanern die Forderung nach Butter statt Kanonen auf erhöhtem technologischem Niveau aufzuzwingen. Schon die erste, mit großer Mehrheit vom Kongreß verabschiedete Haushaltsvorlage Reagans kam einer Kriegserklärung gegen die Armen gleich — und immerhin gelten offiziell fast 30 Millionen Amerikaner als arm, und 80% der als arm gezählten Haushalte erhielten bisher Sach- oder Geldmittel aus Washingtoner Umverteilungsprogrammen. Gegenüber dem noch von der Carter-Regierung ausgearbeiteten Haushaltsentwurf für 1982 schlug Reagan Kürzungen von insgesamt 6% vor, bei gleichzeitiger Steigerung der Militärausgaben auf einen Haushaltsanteil von 27,2% (Carter 24,9%). Nach erwartbaren Modifikationen dieses Vorschlags im Kongreß ergab die erste Haushaltsrunde eine Kürzung der Sozialausgaben um rund 8%. Hinter dieser Zahl stecken Abstriche in fast 300 verschiedenen Haushaltstiteln, die z. T. auf Streichung ganzer Programme hinauslaufen. Besonders hart betroffen sind die armenzentrierten Wohlfahrtsprogramme, wie CETA, ein Ausbildungs- und Arbeitsbeschaffungsprogramm für ca. 800000 Arbeitslose, Medicaid, ein Beihilfesystem für die medizinische Versorgung der Armen, das Food-Stamps-System, in dessen Rahmen ca. 22 Millionen Amerikaner Lebensmittelgutscheine erhielten; schließlich die Beihilfen für alleinstehende Mütter und für Miet- und Heizkosten. Auffällig an den ersten Kürzungen Reagans war, daß sie die weitgehend einkommensunabhängigen Programme der Altersversorgung (social security und medicare) unangetastet ließen und bei der Arbeitslosenunterstützung zunächst nur die Fristen und Zumutbarkeitsregelungen geändert wurden. Gekürzt wurde primär im armenzentrierten Bestand der Wohlfahrtsprogramme, der Bevölkerungsschichten betrifft, die als

Wähler kaum (und wenn, dann nur für die Demokraten) in Erscheinung treten. Diese Umstände haben sicherlich die Zustimmung des Kongresses zum ersten Haushalt unter Reagan erleichtert, genauso wie der Effekt der auf 5% heruntergeschraubten ersten Senkung der Einkommensteuersätze. Sie kommt, bezieht man Inflationseffekte und Sozialversicherungserhöhungen mit ein, hauptsächlich den Reichen zugute, beläßt die mittleren Einkommenschichten wie gehabt, während die Armen sogar höher belastet werden (Tabb, 1981, S.5). Hinzu kommen gelockerte Abschreibungsregelungen für Unternehmen, die auf effektive Steuersenkungen hinauslaufen. Man versteht, warum Ronald Reagan als Robin Hood »in reverse« gilt: Er nimmt von den Armen und gibt den Reichen.

Genau dies ist auch der von den »supply-side«-Ideologen gewünschte Effekt. Nach ihrer Auffassung folgt aus dieser Umverteilung per Steuerentlastung aber nicht einfach, daß die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer werden. Vielmehr soll aus dem erhöhten Einkommen der Reichen ein größerer Anteil investiert werden, womit ein positiver Beschäftigungs- und Einkommenseffekt induziert wird, so daß alle, die arbeiten wollen, auch Arbeit bekommen, es allen besser geht, und sogar der Staat schließlich über ein erhöhtes Steueraufkommen verfügt. Der Vorteil dieser Sorte Wirtschaftspolitik ist, daß zuallererst auf jeden Fall die Reichen reicher werden sollen. Ob dann der gewünschte »trickle down«-Effekt, d.h. das Durchsickern von Einkommenserhöhungen in die unteren Stufen der Einkommenspyramide, auch noch eintritt, läßt sich in Ruhe abwarten, solange man nicht selbst dort unten sitzt. Sollte unten nichts ankommen, sind die Betroffenen sogar selbst schuld. Denn nur wenn der Tisch der Reichen üppig genug gedeckt wird, läßt sich hoffen, daß er überläuft.

Der Mißerfolg der Reaganschen Wirtschaftspolitik

Fast zwei Jahre nach der Wahl Reagans sieht es um sein wirtschaftspolitisches Programm schlecht aus. Alle Prognosen erwiesen sich als zu optimistisch. Die Arbeitslosigkeit hat mit 9,4% (April 1982) eine neue Rekordhöhe für die Nachkriegszeit erreicht. Die industrielle Produktion ist entsprechend gesunken. Viele traditionsreiche amerikanische Konzerne sind vom Bankrott bedroht. Die Zinsen sind nach wie vor hoch. Einzig an der Inflationsfront lassen sich Erfolge vorweisen: zum ersten Mal seit Jahrzehnten ist der Preisindex für die Lebenshaltung (auf Monatsbasis) gesunken, so daß sich, wie versprochen, ein Ende der Periode mit zweistelligen Inflationsraten anzubahnen scheint. Doch dieser Erfolg ist mit einer Krise erkaufte, die nur noch mit der Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre vergleichbar ist. Der Glaube, daß man gleichzeitig die Hochzinsbremse betätigen und einen Boom durch Seelenmassage und Steuersenkungen auslösen könnte, sollte damit eigentlich zerstört sein. Offenbar sind Wall Street und das Finanzkapital konservativer als die Neuen Rechten. Man reagiert erst auf Taten, und nicht schon auf ihre Ankündigung. Für die Börsen und Banken, allen voran die »Fed« (Bundeszentralbank), ist die Staatsverschuldung Dreh- und Angelpunkt der Wirtschaftspolitik. Steuersenkungen sind schön und gut, der Abbau staatlicher Beaufsichti-

gung (sei es für Sicherheit am Arbeitsplatz, für Umweltschutz oder für Schutz gegen Rassendiskriminierung) nur recht und billig. Aber Staatsverschuldung ist nur eine höfliche Umschreibung für Inflation (so »Fed«-Präsident Volcker, *Financial Times*, 8.9.81). Man erwartet von einer konservativen Regierung den Ausgleich des Staatshaushalts. Daß die Regierung dies Ziel verfehlt und für den Rest ihrer Amtszeit inzwischen nicht mehr anstreben kann, wird sich wohl als kritischer Wendepunkt in der kurzen Geschichte der »reaganomics« herausstellen. Deren Popularität beruht ja nicht zuletzt auf dem Versprechen, den Haushalt auszugleichen. Nun stellt sich heraus, daß das Rekorddefizit von 1982 in den nächsten Jahren noch überboten wird, wenn nicht nochmals drastische Haushaltskürzungen vorgenommen werden.

Inzwischen kann Reagan derartige Kürzungen gegenüber dem Kongreß nicht mehr durchsetzen, zumal er auf Kanonen statt Butter besteht. Seine Kürzungsvorschläge für den nächsten Haushalt, die das Defizit im Rahmen von 100-110 Milliarden Dollar halten sollen, betreffen wiederum hauptsächlich wohlfahrtsstaatliche Programme, während die Militärausgaben praktisch unangetastet bleiben sollen. Für die Kongreßabgeordneten wäre das Akzeptieren dieses Haushaltsvorschlages in einem Wahljahr politischer Selbstmord, während Reagan nun in die wenig beneidenswerte Lage gerät, daß er selbst für die Ausdehnung der Staatsschuld verantwortlich gemacht werden kann. Noch wichtiger als der Popularitätsschwund der »reaganomics« ist aber wohl, daß sich die Banken für das an den Defiziten ablesbare Fehlverhalten der Regierung mit hohen Zinsen revanchieren. Im Nebeneffekt wird dadurch zwar jegliches Investitionsvorhaben verhindert, für das die (realen) Profiterwartungen unter dem (realen) Zinsniveau liegen. Aber die Regierung kann zahlen, und sie wird auch dann noch zahlen, wenn das Steueraufkommen wegen weiterer Steuersenkungen und verlangsamter Akkumulation noch mehr sinkt und die Haushaltsbelastungen wegen erhöhter Restsozialausgaben bei Arbeitslosigkeit noch mehr steigen.

Erkennbar ist, daß eine solche Konstellation in eine sich beschleunigende Abwärtsspirale münden kann, gerade dann, wenn die Regierung unter dem Druck des Finanzkapitals sich zu immer weitergehenden Haushaltskürzungen entschließt, um die entstehenden Defizite einigermaßen in Grenzen zu halten. Die Haushaltskürzungen können selbst negative Einkommens- und Beschäftigungseffekte auslösen, so daß jede Kürzungsrunde eine neue (oder eine erhöhte Verschuldung) notwendig macht. Die Abwärtsspirale ist kein bloßes Hirngespinnst. Die Regierung Thatcher hat die britische Wirtschaft unter ähnlichen wirtschaftspolitischen Prämissen einer beispiellosen Roßkur unterzogen, die im Resultat einer Deindustrialisierungskampagne gleichkommt. Abgesehen davon, daß auch in Großbritannien die selbstgesteckten Ziele des Haushaltsausgleichs und der Reduktion der Inflationsrate nicht erreicht wurden, ist die industrielle Produktion, solange je Daten erhoben wurden, noch nie in einer derartigen Geschwindigkeit zurückgegangen wie in den Jahren 1979-81. Man schätzt, daß es inzwischen selbst unter Voraussetzung einer systematischen Reindustrialisierungsstrategie über 10 Jahre dauern würde, bis das Vor-Thatcher-Volumen von Produktion und Beschäftigung wieder erreicht werden

könnte (Coutts et al., 1981, S.84,92). — Ein ähnlich rapider Zerfall der industriellen Basis ist für die US-Ökonomie nicht zu erwarten, da sie gegenüber der britischen Vorteile hat sowohl in Bezug auf natürliche Ressourcen als auch in Bezug auf die Konkurrenzfähigkeit etlicher Branchen auf dem Weltmarkt. Aber die amerikanische Wirtschaft steckt in einer tiefen Krise, aus der es unter den Bedingungen der Reaganschen Deflationierungspolitik vorerst keine spontane Erholung geben wird.

Konfliktpotentiale

Ob beabsichtigt oder nicht, diese Politik ist durch die Zurücknahme wohlfahrtsstaatlicher Programme und durch die mit der Duldung von Arbeitslosigkeit verbundene stramm antigewerkschaftliche Haltung⁴ auf die Provokation von sozialen Konflikten angelegt.

Die Gewerkschaften sind in die Defensive gedrängt worden, obwohl sie bereits in einer schwachen Position waren. Der Organisationsgrad der Arbeiterschaft liegt bei nur knapp 20%; die durchschnittlichen Reallöhne sinken oder stagnieren schon seit Jahren; die Gesamtorganisation ist zersplittert in mehr als hundert z.T. gegeneinander konkurrierende Einzelgewerkschaften; zu den alten Übeln der Korruption treten Schwächen in den betrieblichen Organisationsformen und Konfliktstrategien; schließlich haben die Gewerkschaften ihre traditionellen Hauptbastionen in den inzwischen wachstumsschwachen Regionen und Industrien. Die Lohnabschlüsse in der Automobilindustrie machen deutlich, wie sehr selbst die mächtige Automobilarbeitergewerkschaft unter Druck geraten ist. Die meisten neuen Tarifverträge sehen keinen automatischen Inflationsausgleich mehr vor. Unter bestimmten Bedingungen (Investitionsauflagen, Sitz und Stimme im Aufsichtsrat) wird auf Lohnerhöhungen verzichtet. Massenentlassungen werden akzeptiert, um die Weiterexistenz z.B. von Ford und Chrysler nicht zu gefährden. Diese schwierige Situation hat zwar zu Konflikten innerhalb der Gewerkschaften geführt, andererseits sind sie enger zusammengerückt (die Automobilarbeitergewerkschaft ist in den Dachverband AFL-CIO zurückgekehrt) und haben ihre Zurückhaltung gegenüber Formen des Massenprotestes abgelegt. Zum »solidarity day« im September 1981 demonstrierten 400 000 in Washington gegen die Reagansche Politik. Dennoch gibt es bisher wenig Anzeichen dafür, daß die Reagan-Regierung mit ihrer Taktik, unter populistischen Vorzeichen an den Gewerkschaften vorbei zu operieren, ein großes Risiko einginge, zumal die traditionelle Allianz zwischen Gewerkschaften und Demokratischer Partei brüchig erscheint.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bezüglich des Konfliktpotentials bei den von der Kürzung der Wohlfahrtsprogramme hauptsächlich betroffenen Armen, insbesondere der armen Angehörigen von Minderheiten. Selbst an den Punkten, an denen die Effekte von wirtschaftlicher Krise, Branchenniedergang, Bodenspekulation und Rassendiskriminierung sich bündeln, in den Zentren der nördlichen und östlichen Großstädte, hat sich in den letzten Jahren kein den Unruhen der 60er Jahre vergleichbarer Konflikt ergeben (mit Ausnahme von Miami).

Aber bedeutet das Ausbleiben von Rassenunruhen, daß die als Antwort ent-

standenen Pazifizierungsprogramme des Johnsonschen »war against poverty« problemlos zurückgenommen werden können? Oder: Lassen sich, weil die Gewerkschaften schwach sind, die spärlichen wohlfahrtsstaatlichen Programme für Altersversorgung oder Unfall- und Arbeitslosenversicherung aus der Zeit des Rooseveltischen New Deal wieder Stück für Stück abbauen? Die Antworten hängen sicher von den Reaktionen der Betroffenen ab, die wiederum Zeit brauchen. Noch haben viele der in Washington beschlossenen Maßnahmen die Adressaten nicht spürbar erreicht.

Mehr Markt

Jenseits dieser Ebene zielen derartige Fragen aber auf ein Kernproblem der Erklärung wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung in kapitalistischen Gesellschaften: handelt es sich bei dieser Entwicklung um die Herausbildung notwendiger Strukturelemente zur Stabilisierung kapitalistischer Systeme mittels politischer Steuerung? Oder handelt es sich, im Gegenteil, um Elemente der Destabilisierung sich selbst regulierender Marktsysteme, die in der »Massendemokratie« politisch oktroyiert wurden — und deshalb auch mittels eines politischen Konsensus oder mittels politischen Zwangs wieder zurückgenommen werden können?

Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive stellt sich der Versuch der Reagan-Regierung, den US-amerikanischen Wohlfahrtsstaat zu demontieren, als ein gigantisches Experiment zur Beantwortung dieser Fragen dar. Obwohl ansonsten immer ein Mangel an echten Experimentiermöglichkeiten für Sozialwissenschaftler beklagt wird, handelt es sich in diesem Fall um ein überflüssiges Experiment. Es gibt genügend Erfahrungen aus genügend kapitalistischen Ländern — und entsprechende Untersuchungen —, die die dem Experiment zugrundeliegende Hypothese widerlegen, wonach wohlfahrtsstaatliche Expansion mit Wachstumsschwäche, Umverteilung zugunsten der Einkommensschwachen mit Verminderung der Leistungsanreize bezahlt werden müßten (Wilensky, 1975; Thurow, 1981). Obwohl das Gesamtbild uneindeutig ist, weil relative Spätentwickler auf der kapitalistischen Weltszene wie Japan oder Australien alle Regeln zu sprengen scheinen, zeigt sich im Vergleich von westeuropäischen und US-Kapitalismen im Trend, daß die Wachstumsschwäche der USA eher auf deren Status als sozialpolitisches Entwicklungsland zurückführbar ist als umgekehrt auf ein Übermaß an Staatsintervention. Jedenfalls gibt es empirische Belege für die Hypothese, daß nicht nur eine positive Korrelation zwischen Wirtschaftswachstum und wohlfahrtsstaatlichem Umverteilungsvolumen besteht, sondern daß wohlfahrtsstaatliche Leistungen sogar das Arbeitsvolumen und die Arbeitsproduktivität steigern (Wilensky, 1981, S.193). Dagegen ist die von den wissenschaftlichen Protagonisten der Neuen Rechten vertretene Hypothese, wonach die Grenzen des Wohlfahrtsstaats bereits erreicht oder gar überschritten seien, gerade für die USA abwegig. Im Vergleich von 18 OECD-Ländern rangieren die USA Mitte der 70er Jahre mit einem Staatsanteil von 35,1% des Bruttoinlandsprodukts auf Platz 14 (vor der Schweiz, Australien, Spanien und Japan, während es Spitzenreiter Niederlande auf 53,9% Staatsanteil brachte); mit einem Sozialausgabenanteil von 10,4%

des Bruttoinlandsprodukts auf Platz 15 (vor Griechenland, Australien und Japan, während Spitzenreiter Niederlande 24,2% für Sozialausgaben aufwandte); dagegen mit einem Militärausgabenanteil von 5,8% des Bruttoinlandsprodukts auf Platz 2 (ausnahmsweise nahm Griechenland dank Junta und Zypernkonflikt in den Jahren 1974-76 die Spitzenstellung ein). Traditionsgemäß befinden sich die USA und Großbritannien an der Spitze der Militärspendierer (OECD, 1978, S.14f., 25), zugleich aber auch am Ende der Wachstumsrangfolge mit Großbritannien als Schlußlicht (Thurow, 1981, S.138). Seit Mitte der 70er Jahre hat sich an dieser Situation nichts in der Richtung verändert, die die ökonomischen Argumente der amerikanischen Rechten in irgendeiner Weise stützen könnte. Im Gegenteil. Während sich die Ausdehnung des Staatsanteils insgesamt in sehr engen Grenzen hielt, nahm noch unter der Carter-Regierung der seit Ende der 60er Jahre rückläufige Anteil der Militärausgaben wieder zu, so daß die beklagte Belastung des privaten Sektors durch den öffentlichen sich dem kombinierten Effekt von forcierter Aufrüstung und ökonomischer Krise verdankt.

Was den Argumenten der Neuen Rechten entgegenkommt, sind nicht so sehr belegbare Entwicklungstendenzen, sondern ein Stimmungsumschwung in der Beurteilung der Zukunft des amerikanischen Kapitalismus. Abgesehen von außenpolitischen Schwierigkeiten, die das Bild der USA als »god's own country« überschatteten, schälten sich aus der Krise von 1975 einige Dauerprobleme heraus, die mit den traditionellen wirtschaftspolitischen Maßnahmen nicht mehr bearbeitbar schienen. Etliche früher wichtige Industriezweige (Stahl, Automobile, Unterhaltungselektronik, Textil) haben sich entweder nicht erholen können oder sehen sich einer scharfen Bedrohung von z.T. neuen Weltmarktkonkurrenten ausgesetzt. Auf das Energieproblem haben die USA zunächst nicht in einer Weise reagiert, die eine Verminderung der Abhängigkeit von der Öleinfuhr erlaubte. Nimmt man hinzu, daß die Massenkaufkraft stagniert und die Investitionen auf Niedrigstniveau verblieben, dann wird deutlich, daß ein wirtschaftspolitischer Umschwung anstand und nach wie vor ansteht, nachdem sich die wirtschaftspolitische Rezeptur der Neuen Rechten hinreichend blamiert hat.

Daß dieser Umschwung bisher nicht in Richtung »Mehr Wohlfahrtsstaat«, sondern in Richtung »Mehr Markt« ging, wird sich für die meisten Lohnabhängigen in den USA als ein kostspieliger Umweg erweisen. Ob sich dieser Umweg für die Kapitalisten dauerhaft lohnt, ist ebenfalls zweifelhaft. Er kann noch fortgesetzt werden, aber dann müssen die weiterhin absehbaren wirtschaftspolitischen Mißerfolge und die folgende Zuspitzung sozialer Konflikte mit einem erhöhten Einsatz politischer Repression kompensiert werden. Man kann nicht erwarten, daß lang- oder auch nur mittelfristig ein mit Ländern der Dritten Welt vergleichbares Armutsniveau für breite Teile der Bevölkerung vereinbar bleibt mit der gegenwärtigen Funktionsweise des amerikanischen politischen Systems. Die Neue Rechte deutet klar genug in die Richtung seiner Veränderung: der Antikommunismus blüht derart, daß hinter jeder kollektiven Interessenvertretung der Arbeiter oder der Armen eine von Moskau ferngesteuerte Verschwörung steckt.

Sollte die Neue Rechte bei der Taiwanisierung der USA versagen, hält sich hinter ihr ein ökonomisch konservativer Flügel bereit, den man als »modernizing right« (Resnick, 1981, S.11) bezeichnen kann. Die »modernizing right« orientiert sich eher an dem europäischen Muster, nach dem die wohlfahrtsstaatlichen Vorreiter mit der Expansion der Sozialleistungen politische Konfliktregulierungsmechanismen (im Dreieck von Kapital, Gewerkschaften und Staat) ausgebildet haben, die den Grad an anomischer Konfliktaustragung deutlich herabsetzen. Solche Mechanismen fehlen bisher in relevantem Ausmaß in den USA (u.a. weil die Gewerkschaften zwar die organisierten Arbeiter recht effektiv vertreten, aber für den großen Rest keine Verhandlungskompetenz besitzen), und die Reagan-Regierung ist eifrig bestrebt, die vorhandenen Mechanismen abzubauen. Ob sich diese Tendenz umkehren läßt, hängt nicht zuletzt von den Gewerkschaften selbst ab.

Als der Vizepräsident der USA, George Bush, noch gegen Reagan in den Vorwahlen kandidierte, bezeichnete er dessen Wirtschaftsprogramm als »voodoo economics«. Voodoo ist ein Aberglaube, dessen Anhänger Feinde nicht direkt bekämpfen, sondern mittels einer Beschwörung zu vernichten trachten, die die rituelle Zerstörung eines Feindbildes einschließt, z.B. das Durchbohren eines Püppchens mit Nadeln. George Bush hatte Recht, insofern die gegenwärtige amerikanische Wirtschaftspolitik nicht auf die wirklichen Ursachen von Stagnation, Arbeitslosigkeit, Inflation und Armut zielt, sondern den Glauben an die Selbstheilungskraft des Marktes beschwört. Er hatte Unrecht, insofern diese Politik sich nicht gegen tote Bilder, sondern gegen die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung richtet.

Anmerkungen

- 1 Diese Hilflosigkeit zeigt sich z.B. darin, daß offenbar niemand in der Lage ist, ein vernünftiges Argument gegen die sog. Laffer-Hypothese zu entwickeln, derzufolge bei Überschreiten einer bestimmten Steuerlastquote das Steueraufkommen sinkt. Die Hypothese wird zur Rechtfertigung der Steuersatzsenkungen Reagans herangezogen.
- 2 Gestiegen sind im Trend insbesondere die Ausgaben für soziale Sicherung, darunter für die Sozialversicherung, deren Anteil an der Abgabenbelastung von ca. 12% auf 25% stieg in den Jahren 1955-1975. Gleichzeitig fiel der Anteil der Körperschaftsgewinnsteuern am Steueraufkommen von 22% auf 10%. Typisch für die USA ist außerdem, daß die Staatsausgabenerhöhungen der letzten Jahre fast alle der kommunalen oder bundesstaatlichen Ebene zurechenbar sind. Die erhöhten Sozialausgaben der Bundesregierung gingen bis zur Umkehr dieses Trends 1979 zu Lasten der Militärausgaben, deren Anteil seit 1979 wieder steigt (OECD, 1978, S.14f., 80, 93; DIW 1982, S.45).
- 3 Hauptsächlich handelt es sich um die Bewegungen gegen legalisierte Abtreibungen, gegen eine Verfassungsänderung zur Gleichberechtigung der Frauen, gegen Steuern, gegen den zwangsweisen Transport von Schulkindern zur Desegregation von Schulen, gegen das Verbot von Gebeten in Schulen.
- 4 In dieser Hinsicht war nicht so sehr die Umgangsweise der Reagan-Regierung mit der Fluglotsengewerkschaft Patco bezeichnend, als die Tatsache, daß der Dachverband AFL-CIO in der Regierung keinen Ansprechpartner für einen Vermittlungsversuch fand. D.h. die Gewerkschaften haben nicht nur keinen Einfluß auf die Regierungspolitik, sondern sie finden auch keine Möglichkeit mehr, ihre Position so darzustellen, daß, wie in der Vergangenheit, Raum für informell vereinbarte Kompromisse bleibt. Vgl. Raskin, 1981, S.100f.

Literaturverzeichnis

- Coutts, K. et al., 1981:* The Economic Consequences of Mrs. Thatcher. Cambridge Journal of Economics, Vol. 5, Nr.1
- DIW-Wochenbericht 3/82:* Die öffentlichen Haushalte im internationalen Vergleich
- Jewett, R., Lawrence, J.S., 1977:* The American Monomyth. Garden City, N.Y.
- OECD, 1978:* Public Expenditure Trends. Paris
- OECD, 1981 (Hrsg.):* The Welfare State in Crisis. Paris
- Plotke, D., 1981:* The Politics of Transition, in: Socialist Review, vol.11, Nr.55, dt. in diesem Heft
- Raskin, A.H., 1981:* Unionist in Reaganland, in: New Yorker, 7.9.1981
- Resnick, B., 1981:* The Right's Prospects, in: Socialist Review, vol.11, Nr.56
- Tabb, W.H., 1981:* The Prospects of Reaganomics. Urpe Newsletter, vol.13, Nr.4
- Thurow, L.C., 1981:* Equity, Efficiency, Social Justice and Redistribution, in: OECD, 1981, S.137-150
- Wilensky, H.L., 1975:* The Welfare State and Equality. Berkeley
- Wilensky, H.L., 1981:* Democratic Corporatism, Consensus and Social Policy, in: OECD 1981, S.185-195



Weltwirtschaftskrise u. Gewerkschaften.
RGO-Politik. Wirtschaftsdemokratie.
Arbeiterkulturbewegung.
Argument-Sonderband AS 74
194 S., 16,80 DM/f. Stud. 13,80 DM

ARGUMENT- SONDERBAND AS 94

Arbeiteralltag — Mode oder Methode?
Bäuerliches Gesinde: Lebensweise
und Lebensperspektiven. Erziehung in
der Fabrik. Arbeiter berichten über
ihren Ehealltag.
Argument-Sonderband AS 94
160 S., 16,80 DM/f. Stud. 13,80 DM

Stuart Hall

Die Konstruktion von Rasse in den Medien*

Redaktionelle Vorbemerkung: Stuart Hall arbeitete an zwei Filmen mit, die 1979 und 1980 von anti-rassistischen Fernsehjournalisten und Medienpädagogen erstellt wurden: »It Ain't Half Racist, Mum« von der »Campaign Against Racism In The Media« (CARM) — der Titel spielt auf die Fernseh-Serie »It Ain't Half Hot, Mum« an, die von britischen Soldaten in Kolonialgebieten handelt — und »The Whites of Their Eyes« von einem Team der Thames Television School. Der zweite Film wurde im Schulfernsehen gesendet, der erste im »dritten Programm« der BBC. Beide Filme lösten heftige Diskussionen aus, auch Kontroversen innerhalb der Linken über einen wirksamen Antirassismus und die Wirkungsmöglichkeiten von Linken in den Medien.

Die Medien sind eine mächtige Quelle von Vorstellungen über Rasse. Aber nicht nur das. Sie sind auch einer der Orte, an dem diese Vorstellungen artikuliert, transformiert, aus- und umgearbeitet werden. Wir sprechen von »Vorstellungen« und »Ideologien« im Plural, denn es wäre falsch und irreführend, würden wir die Medien als etwas betrachten, das einförmig und verschwörerisch einer einzigen rassistischen Weltanschauung verpflichtet ist. Innerhalb der Medienwelt wirken liberale und humane Vorstellungen — z.B. unter vielen Fernsehjournalisten und Zeitungen wie dem *Guardian* — neben dem expliziteren Rassismus anderer Journalisten und Zeitungen wie dem *Express* und der *Mail*. Die Scheidelinie zwischen letzteren und der extremen Rechten ist allerdings in gewisser Hinsicht, z.B. in der Politik der gezielten Rückführung der Schwarzen in ihre Heimatländer, sehr dünn.

Es wäre einfach und bequem, fungierten sämtliche Medien schlicht als Bauchredner einer einheitlichen und rassistischen Weltanschauung der »herrschenden Klasse«. Aber es gibt weder solche einheitlich verschwörerische Medien noch eine einheitlich rassistische »herrschende Klasse«. Ich bestehe nicht auf Komplexität um ihrer selbst willen. Wenn aber Kritiker der Medien von einem vereinfachten oder reduktionistischen Verständnis ihrer Wirkungsweisen ausgehen, machen sie sich zwangsläufig unglaubwürdig und schwächen ihre eigene Sache, da die Theorien und Kritiken nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmen. So wissen wir z.B., daß die Sendeanstalten keine solche staatliche »Unabhängigkeit und Autonomie« besitzen, wie es die offizielle Version will. Aber wenn wir versäumen, danach zu fragen, warum »Unabhängigkeit« und »relative Autonomie« für die Funktionsweise der Medien so wichtig sind, und sie stattdessen einfach auf das reduzieren, was wir für ihre wesensmäßige Natur halten — auf reine Instrumente rassistischer Ideologie oder der Ideologie der herrschenden Klasse —, dann werden wir unfähig sein, ihre Glaubwürdigkeit und Legitimationsgrundlage auseinanderzunehmen, die sie nämlich tatsächlich besitzen (und zwar genau deswegen, weil die »Autonomie« kein reines Betrugsmanöver ist). Außerdem führt es uns zu einer vereindeutigten Welt-sicht, in der der Staat nicht als eine notwendig widersprüchliche Formation be-

* Gekürzte Fassung von: *The Whites of Their Eyes. Racist Ideologies and the Media*, in: G. Bridges/R. Brunt (Hrsg.): *Silver Linings. Some Strategies for the Eighties. Contributions to the Communist University of London*. London 1981. Wir danken dem Verlag *Lawrence and Wishart* für die freundliche Abdruckgenehmigung. Aus dem Englischen übersetzt von Gabi Mischkowski.

griffen wird, sondern als eine einfache, durchsichtige Instrumentalität. Diese Sichtweise mag dem ultraradikalen Bewußtsein schmeicheln, aber sie beläßt keinen Raum für den Begriff des Klassenkampfes, und sie bestimmt kein praktisches Terrain, auf dem solche Kämpfe geführt werden könnten. Wir müssen uns also mit den komplexen Wegen befassen, auf denen Rasse und Rassismus in den Medien konstruiert werden, um überhaupt in der Lage zu sein, eine Veränderung herbeizuführen.

Ein anderer wichtiger Unterschied liegt zwischen dem, was wir den expliziten und den impliziten Rassismus nennen können. Mit *explizitem* Rassismus meine ich die vielen Fälle einer offenen und bevorzugten Berichterstattung über Argumente und Positionen oder über Wortführer, die eine offene rassistische Politik oder Sichtweise verbreiten. Mit *implizitem* Rassismus meine ich jene scheinbar naturalisierten Repräsentationen von Ereignissen im Zusammenhang mit Rasse — ob in Form von »Tatsachen« oder »Fiktion« —, in die rassistische Prämissen und Behauptungen als ein Satz *unhinterfragter Vorannahmen* eingehen. Diese ermöglichen die Formulierung rassistischer Aussagen, ohne daß die rassistischen Behauptungen, die ihnen zugrunde liegen, je ins Bewußtsein drängen.

Wir können beide Arten des Rassismus — verschieden kombiniert — in den britischen Medien antreffen. Natürlich ist der offene oder unverhüllte Rassismus trotz seiner mangelnden Salonfähigkeit politisch gefährlich. Die offene Parteinahme von Teilen der Massenpresse für diese Front ist eine äußerst ernstzunehmende Entwicklung. Nicht nur, daß sie offen rassistische Politik und Ideen verbreiten und popularisieren und sie in die anschauliche populistische Umgangssprache übersetzen (in den Sensationsblättern mit ihrer großen Leserschaft in der Arbeiterklasse). Die bloße Tatsache, daß solche Dinge jetzt offen ausgesprochen und verteidigt werden können, genügt, um ihre öffentliche Äußerung zu legitimieren und erhöht die öffentliche Toleranzschwelle gegenüber dem Rassismus. Der Rassismus wird »akzeptabel« — und nicht allzu lange danach »wahr«; er wird zum gesunden Menschenverstand: zu dem, was jeder weiß und allgemein gesagt wird. Aber der implizite Rassismus ist verbreiteter — und in vieler Hinsicht heimtückischer, denn er ist weitgehend *unsichtbar*, sogar für die, die die Welt in seinen Begriffen formulieren.

Beispielhaft für *diesen* Typ rassistischer Ideologie ist jene Art von Fernsehsendung, die irgendein »Problem« der Rassenbeziehungen behandelt. Sie wird wahrscheinlich von einem aufrichtigen liberalen Fernsehmoderator gestaltet, der hofft, damit in der Welt etwas Gutes für die »Rassenbeziehungen« zu tun, und der bei der Befragung von Menschen, die für die Sendung interviewt werden, eine sorgfältige Ausgewogenheit und Neutralität bewahrt. Die Sendung endet dann mit einer Moralpredigt: verschwänden nur die »Extremisten« auf beiden Seiten, dann könnten die »normalen Schwarzen und Weißen« besser lernen, miteinander ein harmonisches Leben zu führen. Aber jedes Wort und jedes Bild derartiger Sendungen ist von einem unbewußten Rassismus durchsetzt, denn sie fußen sämtlichst auf der ungenannten und unerkannten Annahme, daß die *Schwarzen* die *Quelle des Problems* sind. Im Grunde genommen basiert dieses ganze »Problem«-Fernsehen über Rasse und Einwanderung —

das ohne Zweifel oft von gutmeinenden und liberal gesinnten Moderatoren gemacht wird — auf eben solchen rassistischen Prämissen. Das war unsere Kritik in der CARM-Sendung *It Ain't Half Racist, Mum*, und sie traf die Moderatoren bis ins innerste Mark ihrer Berufsehre. Die Kritik untergrabe ihre berufliche Legitimation, da sie zu verstehen gebe, sie seien parteiisch gewesen, wo sie hätten ausgewogen und unparteiisch sein sollen. Sie sei ein Affront gegen den liberalen Konsens und das in Rundfunk und Fernsehen vorherrschende liberale Selbstverständnis. Beide Reaktionen beruhen auf dem grundsätzlichen Mißverständnis, daß sich Rassismus und liberale Überzeugung per definitionem gegenseitig ausschließen — wogegen die beiden innerhalb des impliziten Rassismus recht leicht miteinander klarkommen. Und sie basieren auf der Annahme, daß dem Fernsehdiskurs nur dann Rassismus nachgewiesen werden kann, wenn einzelne Moderatoren bewußt und vorsätzlich rassistisch sind. Tatsächlich aber hängt ein ideologischer Diskurs *nicht* von den bewußten Intentionen derjenigen ab, die innerhalb dieses Diskurses Aussagen formulieren.

Wie wird nun Rasse und ihr »Problem« im britischen Fernsehen konstruiert? Das ist eine komplizierte Thematik, und ich kann an dieser Stelle nur kurz ihre Dimensionen beschreiben. Ich beziehe mich dabei auf einige der Themen, die in den beiden Sendungen, an denen ich beteiligt war, ausgearbeitet wurden. Eines, was wir in *The Whites Of Their Eyes* zu zeigen versuchten, war der reiche Vokabelschatz und die reiche Syntax über Rasse, die den Medien zur Verfügung stehen. Der Rassismus hat eine lange und bedeutsame Geschichte in der britischen Kultur. Er wurzelt in den Verhältnissen von Sklaverei, kolonialer Eroberung, ökonomischer Ausbeutung und Imperialismus, die die Beziehungen der europäischen Rassen zu den »Eingeborenen« der kolonialisierten und ausgebeuteten Peripherie prägten.

Drei Merkmale bestimmten die diskursiven und Machtkoordinaten der Diskurse, in denen diese Beziehungen historisch konstruiert wurden. 1. Ihre Bilder und Themen wurden um das fixierte Verhältnis von Unterwerfung und Herrschaft polarisiert. 2. Ihre Klischees gruppieren sich um die Pole natürlich »überlegener« und natürlich »minderwertiger« Arten. 3. Beides wurde aus der »Sprache« der Geschichte in die Sprache der Natur verschoben. Natürliche physische Kennzeichen und Rassenmerkmale wurden zu unveränderlichen Zeichen der Minderwertigkeit. Untergeordnete ethnische Gruppen und Klassen erschienen nicht als Resultate spezifisch historischer Verhältnisse (Sklavenhandel, europäische Kolonisation, aktive Unterentwicklung der »unterentwickelten« Gesellschaften), sondern als die gegebenen Eigenschaften einer minderwertigen *Abstammung*. Verhältnisse, die durch ökonomische, soziale, politische und militärische Herrschaft abgesichert waren, wurden in eine von der Natur zugewiesene Standesordnung transformiert und »naturalisiert«.

Was wir in unserer Sendung u.a. beschreiben wollten, war das »vergessene« Ausmaß, in dem zur Zeit der Sklaverei und des Imperialismus die Massenliteratur mit diesen festgesetzten negativen Attributen der kolonialisierten Rassen durchsetzt war. Diese zugeschriebenen Eigenschaften finden wir in den Tagebüchern und Berichten, den Notizbüchern, ethnographischen Protokollen und Kommentaren von Reisenden, Forschern, Missionaren und Verwaltungsbe-

amenten in Afrika, Indien, dem Fernen Osten und in Nord- und Südamerika. Und noch etwas: das »abwesende«, aber alles beherrschende »weiße Auge«, der ungenannte Standort, von dem aus all diese »Beobachtungen« gemacht werden, und von dem aus sie allein einen Sinn ergeben. Es ist die Geschichte der Sklaverei und der Eroberung, geschrieben, betrachtet, dargestellt und fotografiert von den Siegern. Sie kann von keinem anderen Standpunkt aus *gelesen* und mit Sinn versehen werden. Das »weiße Auge« befindet sich stets außerhalb des Rahmens — aber es sieht und ordnet alles innerhalb.

Einige der vielsagendsten Szenen, mit denen wir arbeiteten, stammten aus frühen Filmen über die Britischen Raj in Indien — heute die Quelle endloser Radio-»Reminiszenzen« und historischer Paradestücke im Fernsehen. Die Annahme lässiger Überlegenheit strukturiert jedes Bild — sogar die Anordnung im Bildfeld: im Vordergrund das koloniale Leben (tea-time auf der Plantage), im Hintergrund die eingeborenen Träger ... In den späteren Stadien der Hochzeit des Imperialismus wuchert dieser Diskurs durch die neuen Medien der Massenkultur und Massenpresse — Zeitungen und Journale, Karikaturen, Zeichnungen, Werbung und Unterhaltungsroman. Neuerliche Kritiker imperialistischer Literatur sind der Meinung, daß wir, wenn wir unser Verständnis der Belletristik des 19. Jahrhunderts über den einen Zweig der »gehobenen Literatur« auf die Massensliteratur ausdehnen, neben dem bürgerlichen Roman einen zweiten mächtigen Strang englischer literarischer Imagination finden würden: die männlich beherrschte Welt imperialer Abenteuer. Ich erinnere mich an einen Diplomanden, der über die Konstruktion von Rasse in der Massensliteratur und Kultur am Ende des neunzehnten Jahrhunderts arbeitete und völlig verzweifelt zu mir kam: der Rassismus war dermaßen *allgegenwärtig* und zugleich dermaßen *unbewußt* — einfach selbstverständlich —, daß es unmöglich war, ihn irgendwie in den Griff zu kriegen. In dieser Zeit wurde die Vorstellung von *Abenteurer* gleichbedeutend mit der Demonstration moralischer, sozialer und physischer Herrschaft des Kolonisators über den Kolonisierten.

Später marschierte dieser Begriff von »Abenteurer« — eine der Hauptkategorien moderner *Unterhaltung* — über die Druckseiten schnurstracks in die Kriminal- und Spionageliteratur, in die Kinderbücher, die großen Hollywood-»Schinken« und Comics. Und dort gibt es ihn noch, periodisch wiederkehrend, bis heute. Viele dieser älteren Fassungen sind durch die Zeit etwas verschlissen. Sie sind uns scheinbar fremd geworden durch unser überlegenes Wissen und unseren Liberalismus. Aber dennoch erscheinen sie immer wieder erneut auf dem Bildschirm, besonders in Form »alter Streifen« (einige dieser »alten Streifen« werden natürlich nach wie vor produziert). Wir können ihre ständig wiederkehrende Resonanz besser fassen, wenn wir einige der Grundbilder in der »Grammatik der Rasse« identifizieren.

Da gibt es z.B. die vertraute *Skavenfigur*: zuverlässig und auf eine einfache, kindliche Weise liebend — die hingebungsvolle »Mammy« mit den rollenden Augen, oder den treuen Feldarbeiter oder Hausdiener, der »seinem« Herrn zusetzen und ergeben ist. Der bekannteste Hollywood-»Schinken« (*Vom Winde verweht*) enthält von beiden reichhaltige Varianten. Die Figur des Sklaven ist keineswegs beschränkt auf Filme und Sendungen über Sklaverei. Manche »Rot-

häute« und viele Asiaten sind in dieser Verkleidung auf der Leinwand erschienen. Eine tiefe und unbewußte Ambivalenz durchzieht diese Klischees. Sind die »Sklaven« auch treu und kindlich, so sind sie zugleich unzuverlässig und unberechenbar — imstande, »unangenehm« zu werden oder verräterische Komplote zu schmieden, verschlossen, arglistig und mörderisch, sobald ihr Herr oder ihre Herrin sich umdreht; und auf unerklärliche Weise neigen sie dazu, bei der geringsten Gelegenheit in den Busch zu verschwinden. Die Weißen können sich nie sicher sein, ob dieser kindische Einfaltspinsel — »Sambo« — nicht hinter vorgehaltener Hand seines Herrn weiße Manieren verspottet, selbst dann, wenn er sich bemüht, die weiße Kultiviertheit nachzuäffen.

Ein anderes Grundbild ist das des »Eingeborenen«. Die gute Seite dieser Figur wird als eine Art primitiver Adel und als einfache Würde gezeigt. Die schlechte Seite als Betrug und Arglist und darüber hinaus als Wildheit und Barbarei. Bis heute wimmelt es in der Massenkultur von zahllosen wilden und ruhelosen »Eingeborenen«, und die Tonaufnahmen wiederholen beharrlich den drohenden Laut nächtlicher Trommeln, die Andeutung primitiver Riten und Kulte. Kannibalen, herumwirbelnde Derwische, prächtig herausgeputzte indianische Stammesangehörige drohen beständig die Leinwand zu überrennen. Man sieht sie jeden Augenblick aus der Dunkelheit auftauchen, um die schöne Heldin zu enthaupten, die Kinder zu kidnappen, das Lager niederzubrennen; sie drohen, den unschuldigen Forscher zu kochen und aufzufressen, oder den Kolonialverwalter und seine Gattin. Solche »Eingeborenen« bewegen sich stets als eine anonyme gemeinschaftliche Masse — in Stämmen oder Horden. Ihr Gegenstück ist stets die Figur des einzelnen Weißen, der — ganz allein »da draußen« — seinem Schicksal die Stirn bietet oder im »Herz der Finsternis« (Joseph Conrad 1902, Vorlage für »Apocalypse Now«) die Bürde auf sich nimmt (R. Kipling, *The White Mans Burden*), unter Beschuß Gelassenheit und eine unerschütterliche Autorität demonstriert — er bändigt die rebellischen Eingeborenen oder erstickt den drohenden Aufstand mit einem einzigen Blick seiner stahlblauen Augen.

Die dritte Variante ist die des »Clowns« oder »Entertainers«. Sie fängt sowohl den »angeborenen« Humor als auch die körperliche Geschmeidigkeit des professionellen Unterhaltungskünstlers ein, der für »die Anderen« eine show abzieht. Wenn wir seine physische und rhythmische Anmut bewundern, die offene Ausdruckskraft und Emotionalität des »Entertainers«, oder wenn uns die Dummheit des »Clowns« aus der Fassung bringt, ist niemals ganz klar, ob wir mit ihm oder über ihn lachen.

Was man bei all diesen Bildern feststellt, ist ihre tiefe Ambivalenz — die doppelte Vision des weißen Auges, durch das sie betrachtet werden. Der primitive Adel des alternden Stammesangehörigen oder Häuptlings und die rhythmische Anmut der Eingeborenen enthalten sowohl die Sehnsucht des Zivilisierten nach einer für immer verlorengegangenen Unschuld als auch die Gefahr der Zivilisation, überrannt oder unterwandert zu werden durch die Rückkehr der Barbarei, die stets dicht unter der Oberfläche lauert, oder durch eine rohe Sexualität, die »auszubrechen« droht. Gute wie böse Seiten sind beides Aspekte eines *Primitivismus*. In diesen Bildern wird »Primitivismus« definiert

durch die solchen Menschen anhaftende Naturnähe. — Ist nun all dies, wie wir manchmal annehmen, so weit entfernt von der Repräsentation von Rasse, wie sie unsere Bildschirme heute füllt? Die *spezifischen* Versionen mögen verblieben sein. Aber ihre *Spuren* können wir noch immer in umgearbeiteter Form in vielen neueren und modernisierten Bildern finden. Und auch wenn sie eine andere Bedeutung zu tragen scheinen, sind sie oft nach einer uralten Grammatik konstruiert. Die ruhelosen Eingeborenenhorden sind nach wie vor da, wohl auf und quicklebendig, als Guerilla-Armee und Freiheitskämpfer in Angola, Zimbabwe oder im namibischen »Busch«. Schwarze sind immer noch die angsteinflößendsten, gewieftesten und blendendsten Schieber (und Polizisten) der New Yorker »Bullen«-Serien. Sie sind leichtfüßige, Unsinn quatschende Untermenschen, die Verbindung von Starsky und Hutch zum drogen-durchtränkten Ghetto. Die hinterlistigen Schurken und ihre bulligen Schlägertypen in der Welt von James Bond und seiner Nachkommenschaft werden gewöhnlich immer noch von »irgendwo da draußen« in Jamaika rekrutiert, wo die Barbarei noch andauert. Das sexuell verfügbare »Sklavenmädchen« lebt und gedeiht, es schwebt dahin in exotischen Fernsehapparaten oder auf Taschenbuch-Umschlägen, obwohl sie jetzt, in ein glitzerndes Gewand gehüllt und von einem Chor aus Weißen umrahmt, im Zentrum besonderer Bewunderung steht. Primitivismus, Barbarei, Tücke und Unzuverlässigkeit — alles »dicht unter der Oberfläche« — können noch immer an den Gesichtern schwarzer Politiker in der ganzen Welt, die heimlich die Unterwerfung der »Zivilisation« planen, abgelesen werden: So wurde z.B. Robert Mugabe — bis zu dem Zeitpunkt, wo er sowohl einen Krieg als auch eine Wahl gewann und, zumindest zeitweise, der beste (weil politisch glaubwürdigste) Freund wurde — von Großbritannien auf diesem letzten Außenposten des Eduardischen Traums belassen.

Die weiße Version des »Old Country« ist immer noch ein häufiges Thema nostalgischer Dokumentarsendungen: »Old Rhodesia«, dessen verlässliche Diener, wie man ja erwarten konnte, im Nebengebäude Verrat brüteten und sich heimlich hinwegstahlen, um sich mit der ZAPU im Busch zu vereinigen ... Stammesmänner in grünen Khaki. Schwarze Stegreifkomiker bestätigen immer noch ihre zwiespältige Aufnahme in den britischen Unterhaltungssektor: sie sind die ersten, die einen rassistischen Witz erzählen. Kein Staatsbesuch der Queen im Commonwealth ist vollständig ohne eine Truppe hin- und herwogender Körper oder ohne berittene, huldigende Stammesmänner. Schwarze können sich ja so gut bewegen, so *rhythmisch*, so *natürlich*. Und die Abhängigen, die keinen Tag ohne den Schutz und das Wissen ihrer weißen Herren auskommen könnten, kehren in den hungernden Opfern der Dritten Welt wieder, wo sie passiv auf die Ankunft von Technologie und Hilfe warten, als Gegenstand unseres Mitleids. Sie werden nicht als die Objekte (subjects) ständiger Ausbeutung und Abhängigkeit oder der weltweiten Verteilung von Arbeit und Reichtum dargestellt. Sie sind Opfer des Schicksals.

Diese neueren, aufpolierten und modernisierten Bilder scheinen die alte Welt von Sambo hinter sich gelassen zu haben. Ja, viele von ihnen sind Brennpunkt versteckter, verbotener, genüßlicher aber tabuisierter Bewunderung. Viele besitzen aktivere und tatkräftigere Eigenschaften — z.B. einige der schwarzen

Athleten und natürlich die Entertainer. Aber die Konnotationen und Echos, die sie tragen, hallen von sehr weit her wider. Sie formen nach wie vor das Bild der Weißen von den Schwarzen — auch wenn der weiße Abenteurer nicht als *Sanders of the River* (Kolonialfilm der 30er Jahre) den Dschungelfluß entlangsegelt, sondern als Stanley oder Livingstone in einem historischen Film; und auch wenn das, was gezeigt werden soll, nicht mehr die Brutalität, sondern die Heiterkeit des afrikanischen Dorflebens ist: die Sitten eines alten Volkes, »unverändert bis in die moderne Zeit hinein« (oder anders ausgedrückt: in unseren anthropologischen Augen sind sie immer noch konserviert in ökonomischer Rückständigkeit, eingefroren in der Geschichte durch ihnen unbekannte Kräfte, die — wie es scheint — auf der Leinwand nicht zeigbar sind).

»Abenteurer« ist die eine Form, in der wir Rasse begegnen, ohne dem Rassismus der eingesetzten Perspektiven ins Auge sehen zu müssen. Eine weitere, noch komplexere Form ist die »Unterhaltung«. Im Fernsehen wird scharf getrennt zwischen »ernsthaften« informativen Sendungen, die wir uns ansehen, weil es gut für uns ist, und der »Unterhaltung«, die wir uns ansehen, weil es Spaß macht. Und die reinste Form von Vergnügen in Unterhaltungssendungen ist die Komödie. Die Komödie ist per definitionem eine freigegebene Zone, losgelöst von allem Ernst. Alles ist »netter, sauberer Spaß«. Im Reich von Spaß und Vergnügen ist es verboten, ernsthafte Fragen zu stellen, zum Teil, weil es so puritanisch klingt und durch das Umschalten den Spaß verdirbt. Und dennoch ist Rasse eines der wichtigsten Themen in Situationskomödien. Diese Komödien werden auf ordentlicher »antirassistischer« Grundlage verteidigt: Das Auftreten von Schwarzen neben Weißen in Situationskomödien, so wird argumentiert, trägt dazu bei, ihre Anwesenheit in der britischen Gesellschaft natürlich und normal zu machen. Und ohne Zweifel funktioniert das auch so in einigen Fällen. Aber wenn man die Anlässe der Scherze genauer untersucht, wird man — so wie wir in unseren zwei Sendungen — oftmals feststellen, daß diese Komödien Schwarze nicht einfach einbeziehen: es geht dort *um Rasse*. Die gleichen alten Kategorien rassistisch definierter Charaktere und Eigenschaften und die gleichen Verhältnisse von Über- und Unterlegenheit bilden den Angelpunkt, um den sich die Witze dann drehen, die Spannungspunkte, die die Situationen in den Situationskomödien herbeirufen und verändern. Aber die Komik-Schublade, in der sie stecken, schützt und bewahrt den Zuschauer davor, seinen beginnenden Rassismus einzugestehen.

Das gilt noch viel mehr für die Stegreifkomiker im Fernsehen, deren Repertoire in den letzten Jahren zu ungefähr gleichen Teilen von sexistischen und rassistischen Witzen beherrscht wird. Manchmal hört man, wiederum zu ihrer Verteidigung, daß dies ein Zeichen für das Akzeptiertsein der Schwarzen sein müsse. Aber es *könnte* auch einfach sein, daß Rassismus normaler geworden ist — schwer zu sagen. Man sagt auch, daß die besten Erzähler antijüdischer Witze selbst Juden seien, genauso wie Schwarze auch die besten, gegen sich gerichteten »weißen« Witze erzählen. Aber diese Argumentation tut so, als ob Witze in einem Vakuum existierten, völlig losgelöst von den Zusammenhängen und Situationen, in denen sie erzählt werden. Jüdische Witze, die Juden unter sich erzählen, sind Bestandteil des Selbstbewußtseins der Gemeinschaft. Ihre

Wirkung wird kaum dadurch erzielt, daß sie über die Rasse herziehen, denn sowohl Erzähler als auch Zuhörer gehören unter den gleichen Bedingungen zur selben Rasse. Werden rassistische Witze jedoch über die Rassenschranke hinaus erzählt und unter Bedingungen, in denen Verhältnisse rassistischer Minderwertigkeit und Überlegenheit vorherrschen, dann vertiefen sie die *Unterschiede* und reproduzieren die ungleichen Beziehungen. Denn in diesen Situationen basiert die Pointe auf dem Vorhandensein von Rassismus. So reproduzieren sie die Kategorien und Verhältnisse des Rassismus, indem sie sie durch das Lachen normalisieren. Die erklärtermaßen guten Absichten der Witze-Erzähler sind hier keine Lösung des Problems, denn die Witze-Erzähler haben keine Kontrolle über die Umstände — Umstände eines andauernden Rassismus —, in denen ihr Witz-Diskurs gelesen und gehört wird. Die *Zeit mag* kommen, wo Schwarze und Weiße sich gegenseitig Witze über sich erzählen können, ohne die rassistischen Kategorien der Welt, in der sie erzählt werden, zu reproduzieren. In Großbritannien ist die *Zeit* dafür mit Sicherheit *noch nicht reif*.

Zwei weitere Schauplätze, die wir in beiden Sendungen zu beschreiben versuchten, beziehen sich auf die »ernstere« Fernsehproduktion — Nachrichten und aktuelle Berichterstattung. Hier wird Rasse als *Problem* konstruiert und als Anlaß von Konflikten und Diskussionen. Es gab durchaus gute Beispiele für Sendungen, in denen die Schwarzen nicht ausschließlich als Ursprung des »Problems« auftauchten, und in denen ihnen nicht ausschließlich die aggressive Urheberschaft zur Last gelegt wurde. Aber im allgemeinen tendieren die Sendungen in diesem Bereich dazu, die Schwarzen — insbesondere den bloßen Fakt ihrer Existenz (ihre »Zahl«) — als den Auslöser eines Problems für die weiße Gesellschaft Englands zu betrachten. Sie erscheinen als Gesetzesbrecher mit verbrecherischer Veranlagung, als »Schererei«, als kollektiver Urheber gesellschaftlicher Ruhestörung.

Jedesmal, wenn schwarze Gemeinden auf rassistische Provokationen (wie in Southall) oder auf Schikane und Provokation seitens der Polizei (wie in Bristol) reagierten, gingen die Medien tendenziell davon aus, daß das »Recht« auf der Seite des Gesetzes stand, und sie verfielen in die Sprache von »Krawall« und »Rassenkriegsführung«, die die bestehenden Klischees und Vorurteile nährt. Die die Auseinandersetzungen herbeiführenden Umstände sind gewöhnlich *abwesend*: so — um nur zwei aktuelle Beispiele zu nennen — die skandalöse und provozierende Demonstration der Nationalen Front durch eine der größten schwarzen Bezirke, durch Southall, und die unzähligen Polizeirazzien im letzten Zufluchtsort schwarzer Jugendlicher, die Bristol hochgehen ließen. Diese Zusammenhänge fehlen entweder völlig oder werden so spät in den Prozeß der Sinngebung einbezogen, daß sie die vorherrschenden Definitionen dieser Ereignisse nicht verdrängen können. So sind sie ein weiteres Zeugnis der zerstörerischen Natur der schwarzen und asiatischen Völker *an sich*.

Die Analyse der Berichterstattung über Southall zeigt, wie rasch die Medien, Fernsehen wie Presse, durch die offiziellen Polizeierklärungen mit der autoritativen Definition des Ereignisses versorgt wurden. Jene ordneten, was ein- und ausgeblendet wird, und formten die Berichterstattung der Medien und ihre Erklärung der Vorfälle. Indem sie sich nach den autoritativen Quellen richteten,

reproduzierten die Medien eine Darstellung des Ereignisses, die — mit einigen wichtigen Ausnahmen — den Kampf zwischen Rassismus und Antirassismus übersetzte in a) einen Kampf zwischen Asiaten und Polizei und b) einen Kampf zwischen zweierlei Arten des Extremismus: den sogenannten rechten und linken »Faschismus«. Das führte dazu, daß die beiden zentralen Probleme der Southall-Affäre heruntergespielt wurden: die Stärke und wachsende Legitimation der extremen Rechten und ihre dreiste provozierende, gegen die Schwarzen gerichtete Politik der Straße einerseits, und der Rassismus und die Brutalität der Polizei andererseits. Beide Themen mußten dem Programm der Medien durch militanten und organisierten Protest *aufgezwungen* werden. Die meisten Presseberichte waren so sehr mit der Ausschmückung grauerregender Details über »umherziehende Horden farbiger Jugendlicher«, die junge Weiße »mit einem Brotmesser« jagen, beschäftigt, daß sie versäumten, den Tod des von der »Special Patrole Group« erschlagenen australischen Lehrers, Blair Peach, auch nur zu erwähnen.

Ein gutes Beispiel dafür, wie die wirklichen Ursachen der Rassenauseinandersetzung durch den von den Medien gesetzten Rahmen verschluckt und transformiert werden können, ist die Southall-Berichterstattung von *Nationwide* (allabendliche Regional-Berichterstattung) einen Tag nach den Ereignissen dort. Diese Sendung wurde von zwei ineinander verschränkten Erklärungsrahmen beherrscht. Im ersten wird die Auseinandersetzung verschwörerisch als links-außen gegen rechts-außen — Anti-Nazi League gegen National Front — abgebildet. Das ist die klassische Fernsehlogik, bei der sich die Medien mit dem gemäßigten, konsensuellen, neutralen Durchschnitts-Betrachter identifizieren und im Kontrast dazu den Extremismus beider Seiten herausstreichen und dann miteinander gleichsetzen. In dieser spezifischen Übung in »Ausgewogenheit« werden Faschismus und Antifaschismus als *Gleiches* repräsentiert — beide sind gleichermaßen *schlecht*, denn die Mitte bewahrt unter allen Umständen das Wohl aller. Dieser Balanceakt eröffnete Martin Webster von der Nationalen Front die Möglichkeit, auf dem Bildschirm zu erscheinen, um das Terrain der Diskussion mitzubestimmen: »Nun,« sagte er, »wir sollten uns über die Trotzlisten, die Ultrakommunisten der verschiedensten Sorte, über hysterische Marxisten und andere dazu passende linke Spinner unterhalten.« Ein ordentlicher Rundumschlag also. Dann, nach einer überleitenden Passage — »Southall, ein Tag danach« — Übergang zum zweiten Erklärungsrahmen: krawallmachende Asiaten vs. Polizei. »Ich habe gestern abend ebenfalls Fernsehen gesehen«, äußerte Mr. Jardine, der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft, »und ich habe mit Sicherheit keine Polizisten Steine werfen sehen ... Also kommen Sie mir nicht damit.« Die Stärke des organisierten politischen Rassismus und die Umstände, die ihn heraufbeschoren, waren für *Nationwide* als eine mögliche alternative Problemstellung schlichtweg unsichtbar.

Im CARM-Programm *It Aint Half Racist*, *Mum* versuchten wir die Wirkungsweise des impliziten Rassismus in einer anderen Sendung zu beschreiben: in der »Großen Debatte« der BBC über Einwanderung. Wir brauchten hier gar nicht erst mit irgendwelchen vorgefaßten Meinungen anfangen, am wenigsten mit Spekulationen über die persönlichen Ansichten der beteiligten Mode-

ratoren über Rasse. Es genügt, sich das Programm mit einem bestimmten Fragenkatalog im Kopf anzusehen: Hier gibt es ein Problem, das definiert wird als »das Einwanderungsproblem«. Was ist das? Wie wird es durch die Sendung definiert und konstruiert? Welcher Logik folgt die Definition? Und von was leitet sich diese Logik selbst ab? Ich denke, die Antworten sind klar. Das Einwanderungsproblem besteht darin, daß »es hier zu viele Schwarze gibt«, um es klar auszudrücken. Definiert wird es durch die *Zahl der Schwarzen* und mit der Frage, was man dagegen tun kann. Die Logik des Arguments lautet: »Einwanderung = Schwarze = zu viele davon = schickt sie nach Hause«. Das ist eine rassistische Logik. — Wenn die Medien auf eine systematisch rassistische Weise operieren, dann nicht deshalb, weil sie ausschließlich von aktiven Rassisten betrieben und organisiert werden; das wäre ein Fehler in den Kategorien. Es käme der Behauptung gleich, man könne den Charakter des kapitalistischen Staates durch den Austausch seines Personals verändern. Dagegen haben sowohl die Medien als auch der Staat eine *Struktur*, einen Komplex von *Praxen*, die nicht auf die darin angestellten Individuen reduzierbar sind. Das, was die Funktionsweise der Medien definiert, ist das Resultat einer Reihe komplexer, oftmals widersprüchlicher gesellschaftlicher Beziehungen und nicht die persönlichen Neigungen der Medienangehörigen. Wichtig ist nicht, daß diese eine rassistische Ideologie produzieren — ausgehend von einer vermeintlich einzigen und einheitlichen Weltanschauung —, wichtig ist vielmehr, daß sie so wirksam durch einen spezifischen Komplex ideologischer Diskurse gebunden — »ausgesprochen« — werden. Die Macht dieses Diskurses liegt in seiner Leistung, eine Vielzahl von Individuen zu binden — Rassisten, Antirassisten, Liberale, Radikale, Konservative, Anarchisten, Nichtswisser und schweigende Mehrheitler. — Dennoch stimmte das, was wir über den *Diskurs* des Problemfernsehens gesagt haben, und zwar nachweisbar, trotz der verletzten Gefühle einzelner Individuen. Die Prämisse, auf der die »Große Einwanderungsdebatte« aufbaute, und die aufgestellte Argumentationskette waren rassistisch. Die Beweise dafür liegen in dem, was gesagt und wie es formuliert wurde. Wenn das Thema eingeführt wird mit »die Zahl der Schwarzen ist zu hoch« oder »sie vermehren sich zu schnell«, dann ist die Opposition daran gebunden oder genötigt, damit zu antworten, daß »die Anzahl nicht so hoch ist, wie sie angegeben wird«. Diese Sichtweise richtet sich gegen die beiden ersten, bleibt aber in derselben Logik gefangen — in der Logik des »Zahlenspiels«. Liberale, Antirassisten, ja zornige Revolutionäre können sich so »frei« in dieser Debatte äußern — und sind tatsächlich auch oft dazu gezwungen, um die Sache nicht durch Passivität zu verlieren. Allerdings, die Bedingungen der Diskussion zu verändern, die Annahmen und Ausgangspunkte in Frage zu stellen, die Logik zu brechen — das ist eine gänzlich andere, langwierigere und schwierigere Aufgabe. Das aber hängt davon ab, daß das sichtbar gemacht wird, was gewöhnlich unsichtbar ist: die Annahmen, auf denen die jetzigen Praxen beruhen. Man muß bloßlegen, was man auseinandernehmen will. Natürlich ist das nicht die *einzig*e Interventionsmöglichkeit — und ein Problem der Strategie-Diskussion in der Linken besteht in eben dieser ihrer Inflexibilität: in der Annahme, daß es nur einen Schlüssel zur Tür gibt.

Bell Hooks

Aint't I A Woman*

Zu einem Zeitpunkt amerikanischer Geschichte, als sich schwarze Frauen in allen Teilen des Landes hätten vereinigen können, um soziale Gleichheit für Frauen zu fordern und die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung des Sexismus für unsere soziale Lage zu richten, waren wir im großen und ganzen stumm. Unser Schweigen war nicht nur eine Reaktion gegen weiße Feministinnen oder eine Geste der Solidarität mit schwarzen Patriarchen. Es war das Schweigen der Unterdrückten — jenes abgrundtiefe Schweigen aus Resignation und Schicksalsergebenheit. Wir schwarzen Frauen konnten nicht zusammenkommen, um für Frauenrechte zu kämpfen, weil wir das Frausein nicht als einen wichtigen Aspekt unserer Identität auffaßten. Eine rassistische und sexistische Sozialisation hatte uns dazu gebracht, unsere Weiblichkeit zu entwerten und Rasse als das einzige relevante Identitätsmerkmal anzusehen. Mit anderen Worten, wir wurden aufgefordert, einen Teil von uns selbst zu verneinen — und wir taten es. Als dann die Frauenbewegung die Frage der sexistischen Unterdrückung aufbrachte, wandten wir folglich dagegen ein, daß Sexismus im Lichte der rauheren und brutaleren Realität des Rassismus unbedeutend sei. Wir fürchteten uns einzugestehen, daß Sexismus genauso unterdrückerisch sein konnte wie Rassismus. Wir klammerten uns an die Hoffnung, daß die Abschaffung von Rassenunterdrückung schon ausreichen würde, uns zu befreien. Wir waren eine neue Generation von schwarzen Frauen, die gelernt hatte, sich zu unterwerfen, geschlechtliche Minderwertigkeit zu akzeptieren und zu schweigen.

Anders als wir waren sich die schwarzen Frauen im 19. Jahrhundert der Tatsache bewußt, daß Befreiung vom Rassismus nicht automatisch die Befreiung von einer sexistischen Sozialordnung, die systematisch allen Frauen die vollen Menschenrechte versagt, nach sich ziehen würde. Diese schwarzen Frauen beteiligten sich sowohl am Kampf für Gleichberechtigung der Rassen als auch an der Bewegung für die Rechte der Frauen. Als die Frage aufkam, ob die Beteiligung von schwarzen Frauen in der Frauenrechtsbewegung schädlich sei für den Kampf um die Gleichberechtigung der Rassen, vertraten sie den Standpunkt, daß jegliche Verbesserung des sozialen Status der schwarzen Frauen allen Schwarzen zugute käme. Auf dem »World Congress of Representative Women« im Jahre 1893 äußerte sich Anna Cooper zum Status der schwarzen Frauen:

»Die höheren Früchte der Zivilisation können nicht aus dem Stegreif erlangt werden; sie können normalerweise auch nicht in dem kurzen Zeitraum von 30 Jahren entwickelt werden. Sie wachsen langsam und schmerzhaft über Generationen. Doch selbst in der dunkelsten Periode der Unterdrückung von schwarzen Frauen in diesem Land, ist ihre noch ungeschriebene Geschichte voll von heroischem Kampf. Es war ein Kampf gegen eine furchtbare und überwältigende Übermacht, der oft mit schrecklichem Tod endete, um das zu erhalten und zu beschützen, was Frauen

* Gekürzte Einleitung aus: Bell Hooks: *Ain't I A Woman. Black Women and Feminism*. Boston 1981. Mit freundlicher Genehmigung des Verlags Southend Press. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Ulrike Jans, Barbara Nemitz, Gisela Nietsch, Nora Rätzsel und Angelika Rodewald.

wertvoller ist als das Leben. Die schmerzhafteste, geduldige, stille und mühselige Arbeit von Müttern, um das Recht auf ihre Töchter zu gewinnen und der verzweifelte Kampf, wie der einer gefangenen Tigerin, um die Würde ihrer Person zu wahren, würde Material für Epen liefern. Daß mehr in den Fluten untergingen; als der Strömung standhielten, ist nichts Außergewöhnliches. Die Mehrzahl unserer Frauen sind keine Heldinnen — aber ebensowenig sind dies die Frauen irgendeiner anderen Rasse. Mir genügt es zu wissen, daß, während die afro-amerikanische Frau in den Augen des höchsten Tribunals von Amerika als Eigentum, als unzurechnungsfähiges Ding und geistloser Klotz betrachtet wurde, dem Willen des Eigentümers ausgeliefert, sie die Ideale von Weiblichkeit bewahrte — unbeschämt trotz aller Erniedrigungen. Aber in ungeschulten Köpfen schlummernd oder gärend konnten sich solche Ideale vor dem Gerichtshof der Nation kein Gehör verschaffen. Die weiße Frau konnte sich wenigstens für ihre eigene Emanzipation einsetzen; die doppelt versklavte schwarze Frau konnte nur leiden, sich quälen und schweigen.«

Zum ersten Mal in der amerikanischen Geschichte brachen schwarze Frauen wie Mary Church Terrell, Sojourner Truth, Anna Cooper, Amanda Berry Smith und andere die langen Jahre des Schweigens und begannen, ihre Erfahrungen zu artikulieren und aufzuzeichnen. Sie betonten insbesondere den »weiblichen« Aspekt ihres Daseins, der dazu führte, daß ihr Schicksal sich von dem des schwarzen Mannes unterschied. Die Tatsache dieses Unterschieds wurde offensichtlich, als weiße Männer die Einführung des Wahlrechts für schwarze Männer unterstützten, aber allen Frauen das Wahlrecht vorenthielten. Horace Greeley und Wendell Phillips nannten dies »the Negro's hour«, aber in Wirklichkeit war das, was Wahlrecht für Schwarze genannt wurde, ein Wahlrecht für schwarze Männer. Indem die weißen Männer das Wahlrecht für schwarze Männer unterstützten und weiße Frauenrechtlerinnen verurteilten, offenbarten sie die Tiefe ihres Sexismus — ein Sexismus, der in diesem kurzen Moment amerikanischer Geschichte größer war als ihr Rassismus. Bevor weiße Männer für das Wahlrecht für schwarze Männer eintraten, hatten weiße Kämpferinnen geglaubt, ein Bündnis mit schwarzen politischen Kämpfern würde ihrer Sache förderlich sein; als es aber den Anschein hatte, daß schwarze Männer das Wahlrecht erlangen könnten, während es ihnen selbst jedoch vorenthalten blieb, war politische Solidarität mit Schwarzen vergessen, und sie nötigten die weißen Männer, ihre Pläne zur Unterstützung des Wahlrechts für schwarze Männer zugunsten weißer Rassensolidarität zu verdrängen.

Als der Rassismus der weißen Frauenrechtlerinnen offen zutage trat, brachen die zarten Bande zwischen ihnen und den schwarzen Kämpfern. Obwohl Elizabeth Stanton in ihrem Artikel »Frauen und schwarze Männer«, der 1869 in der »Revolution« erschien, zu zeigen versuchte, daß der republikanische Ruf nach »Männlichkeitswahlrecht« darauf zielte, einen Antagonismus zwischen den schwarzen Männern und allen Frauen zu schaffen, konnte der Bruch zwischen den beiden Gruppen nicht wieder gekittet werden. Obwohl schwarze politische Kämpfer mit der Sache der Frauenrechtlerinnen sympathisierten, waren sie nicht bereit, ihre eigene Chance, das Wahlrecht zu erhalten, zu vergeben. Schwarze Frauen befanden sich in einer »double-bind«-Situation: das Frauenwahlrecht zu unterstützen, bedeutete zugleich, sich mit jenen weißen Kämpferinnen zu verbünden, die sich öffentlich zum Rassismus bekannt hatten; aber nur das Wahlrecht für schwarze Männer zu befürworten, hieß, eine patriarchalische Sozialstruktur zu billigen, die ihnen keine politische

Stimme zugestehen würde. Die radikaleren schwarzen Kämpferinnen forderten das Wahlrecht für schwarze Männer und alle Frauen. Am deutlichsten äußerte sich Sojourner Truth zu diesem Problem. Sie sprach sich öffentlich zugunsten des Wahlrechts für Frauen aus: »Es wird großes Aufsehen um die Rechtsfrage des farbigen Mannes gemacht, aber kein Wort über die farbige Frau verloren; wenn aber farbige Männer ihre Rechte erhalten und die farbigen Frauen die ihrigen nicht, dann werdet ihr die farbigen Männer als Herren über den Frauen sehen, und es wird genauso schlecht sein wie zuvor.« Diese berühmte Rede erinnerte die amerikanische Öffentlichkeit daran, daß sexistische Unterdrückung die Freiheit der schwarzen Frauen ebenso bedrohte wie rassistische Unterdrückung. Aber trotz des Protestes weißer und schwarzer Kämpferinnen trug der Sexismus den Sieg davon, und die schwarzen Männer erhielten das Wahlrecht.

Obwohl schwarze Frauen und Männer gleichermaßen für die Befreiung während der Sklaverei und nach dem Bürgerkrieg (»Reconstruction-Ära«) gekämpft hatten, hielten schwarze politische Führer patriarchalische Werte aufrecht. Als schwarze Männer in alle Bereiche des amerikanischen Lebens vordrangen, bestärkten sie schwarze Frauen darin, eine mehr untergeordnete Rolle zu übernehmen. Allmählich wurde der radikale revolutionäre Geist, der den intellektuellen und politischen Beitrag der schwarzen Frauen im 19. Jahrhundert charakterisiert hatte, erstickt. Im 20. Jahrhundert vollzog sich ein entscheidender Wandel in der Rolle der schwarzen Frauen bei politischen und sozialen Angelegenheiten der Schwarzen. Er war ein Indiz für den umfassenden Zusammenbruch der Anstrengungen aller amerikanischen Frauen, radikale soziale Reformen zu erwirken. Als sich die Bewegung für die Rechte der Frauen in den 20er Jahren auflöste, wurden die Stimmen der schwarzen Feministinnen zum Schweigen gebracht. Der Krieg hatte die Bewegung ihrer ursprünglichen Leidenschaft beraubt. Obwohl sich schwarze Frauen gleichermaßen wie Männer am Kampf ums Überleben beteiligten und wenn immer möglich in den Arbeitsprozeß eintraten, standen sie nicht für eine Beendigung des Sexismus auf. Die schwarzen Frauen des 20. Jahrhunderts hatten gelernt, Sexismus als natürlich, als gegeben, als eine Tatsache in ihrem Leben zu akzeptieren. Wären schwarze Frauen in den 30er und 40er Jahren nach der mächtigsten Unterdrückung in ihrem Leben befragt worden, so hätte Rassismus und nicht Sexismus an oberster Stelle der Liste gestanden.

Als sich in den 50er Jahren die Bürgerrechtsbewegung bildete, vereinigten sich schwarze Frauen und Männer wieder im Kampf für Gleichberechtigung der Rassen, doch fanden schwarze Kämpferinnen nicht in gleicher Weise öffentliche Anerkennung wie schwarze männliche Führer. Sexistische Rollenverteilung war in schwarzen Gemeinschaften genauso die Regel wie in jeder anderen amerikanischen Gemeinschaft. Es war eine akzeptierte Tatsache unter Schwarzen, daß die verehrtesten und respektiertesten Führer Männer waren. Für schwarze Kämpfer bedeutete Freiheit das Recht der Teilhabe an amerikanischer Kultur als vollwertiger Bürger; sie wiesen das Wertesystem dieser Kultur nicht zurück und stellten also auch nicht die Berechtigung patriarchalischer Strukturen in Frage. In der Bewegung für die Befreiung der Schwarzen in den

60er Jahren wurden erstmalig in einem Kampf der Schwarzen gegen Rassismus klare Grenzen zwischen den Rollen von Frauen und Männern gezogen. Schwarze Kämpfer bekannten sich öffentlich zu der Auffassung, daß sich schwarze Frauen in der Bewegung einer sexistischen Rollenverteilung anzupassen hätten. Sie forderten eine untergeordnete Stellung der schwarzen Frauen. Man verwies sie auf ihre Aufgaben im Haushalt und auf ihre Pflicht, Krieger für die Revolution zu gebären.

In ihrem Artikel »Zur Frage der Geschlechterrollen« diskutiert Toni Cade die sexistischen Haltungen, die in den schwarzen Organisationen während der 60er Jahre vorherrschten:

»Es scheint, als ob jede Organisation irgendwann einmal eine Auseinandersetzung mit offensichtlich rebellierenden Kadern von Frauen hatte, die sich darüber aufregten, daß sie die Telefone beantworten oder Kaffee machen mußten, während die Männer Stellungnahmen schrieben oder über Politik entschieden. Einige Gruppen bewilligten Frauen herablassend zwei oder drei Stellen in der Verwaltung. Andere ermutigten die Schwestern, eine selbständige Fraktion zu bilden und etwas auszuarbeiten, was die Organisation nicht spalten würde. Wieder andere wurden unangenehm und zwangen die Frauen hinauszustürmen und eigene workshops zu organisieren. Im Laufe der Zeit haben sich die Dinge beruhigt. Aber ich muß mir immer noch kaltblütige Analysen darüber anhören, wie jede einzelne Gruppe zu dieser Frage steht. Ständig höre ich von irgendwelchen Gecken, daß schwarze Frauen sie geduldig unterstützen und stärken müßten, damit schwarze Männer ihre Männlichkeit wiedergewinnen könnten. Der Begriff von Weiblichkeit, so argumentieren sie — und nur wenn sie gezwungen sind, sich diesem Begriff zuzuwenden, denken sie überhaupt daran und argumentieren — hängt davon ab, wie der Mann seine Männlichkeit definiert. So geht die Scheiße weiter.«

Während einige der aktiven schwarzen Frauen den Versuchen der Männer widerstanden haben, ihnen eine sekundäre Rolle in der Bewegung aufzuzwingen, kapitulierten andere vor der männlichen Forderung nach Unterordnung. Was als Bewegung zur Befreiung aller schwarzen Menschen von rassistischer Unterdrückung begonnen hatte, wurde zu einer Bewegung mit dem Hauptziel, ein Patriarchat der schwarzen Männer zu errichten.

Es überrascht nicht, daß es einer Bewegung, die so engagiert ist, die Interessen der Schwarzen voranzutreiben, mißlingt, den doppelten — sexistischen und rassistischen Druck auf die soziale Lage der schwarzen Frauen deutlich zu machen. Von den schwarzen Frauen war gefordert worden, in den Hintergrund zurückzutreten, um dem Licht der Aufmerksamkeit zu erlauben, sich einzig auf die schwarzen Männer zu richten. Es erschien unbedeutend, daß die schwarze Frau durch sexistische und zugleich rassistische Unterdrückung gepeinigt wurde, denn das Leiden der Frau, wie groß es immer war, konnte keinen Vorrang einnehmen vor männlichem Schmerz.

Während die neue Frauenbewegung die Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenkte, daß schwarze Frauen ein Opfer doppelter, rassistischer und sexistischer Unterdrückung waren, tendierten weiße Feministinnen ironischerweise dazu, die Erfahrungen schwarzer Frauen zu romantisieren, statt die negativen Auswirkungen dieser Unterdrückung zu diskutieren. Wenn Feministinnen einerseits bestätigen, daß schwarze Frauen unterdrückt sind und andererseits nachdrücklich deren Stärke betonen, dann behaupten sie damit, daß schwarze Frauen zwar unterdrückt sind, es ihnen aber gleichwohl gelingt, durch das Stark-Sein die zerstörerischen Auswirkungen der Unterdrückung zu umgehen

— und das ist einfach nicht der Fall. Gewöhnlich, wenn Leute über die »Stärke« schwarzer Frauen sprechen, beziehen sie sich auf Formen, in denen sie zu sehen glauben, daß schwarze Frauen mit der Unterdrückung zurecht kommen. Sie ignorieren die Tatsache, daß, stark zu sein im Angesicht der Unterdrückung, nicht dasselbe ist, wie sie zu überwinden, und daß Ertragen nicht verwechselt werden darf mit Verändern. (...) Die Tendenz, die Erfahrungen schwarzer Frauen zu romantisieren, die in der Frauenbewegung begann, spiegelte sich wieder in der gesamten amerikanischen Kultur: Das Stereotyp der »starken« schwarzen Frau erschien nicht länger als menschenunwürdig, es geriet zum neuen Ruhmeszeichen schwarzer Frauen. Als die Frauenbewegung auf dem Höhepunkt war und weiße Frauen die Rolle der Gebälerin, des geduligen Lasttiers, des Sexualobjekts zurückwiesen, wurden schwarze Frauen gerühmt für ihre einzigartige Hingabe an die Mutterschaft, für ihre »angeborene« Fähigkeit, ungeheure Belastungen zu ertragen und für ihre ständig wachsende Verfügbarkeit als Sexualobjekt. Man schien uns einmütig auserwählt zu haben, um dort fortzufahren, wo weiße Frauen gerade aufhörten.

Sie hatten Bücher über die negativen Folgen von Sexismus für ihr Leben, wir hatten Bücher, die begründeten, warum schwarze Frauen nichts durch die Frauenbewegung gewinnen konnten. Man sagte schwarzen Frauen, wir würden unsere Würde nicht in der Befreiung von sexistischer Unterdrückung finden, sondern in der gelungenen Einordnung, Anpassung, im Durchhalten. Wir waren aufgefordert worden, aufzustehen und uns beglückwünschen zu lassen, weil wir »gute kleine Frauen« waren; dann befahl man uns, uns hinzusetzen und den Mund zu halten. Niemand plagte sich damit, mit uns zu diskutieren, wie der Sexismus sowohl unabhängig vom Rassismus wirkt, als auch zugleich mit ihm uns unterdrückt. Keine andere Gruppe verlor so sehr ihre Identität wie schwarze Frauen: Wir werden kaum anerkannt als eigenständige, von den schwarzen Männern unterschiedene Gruppe; ebensowenig sind wir in dieser Kultur als Teil der größeren Gruppe »Frauen« präsent. Wenn über Schwarze gesprochen wird, verhindert Sexismus, daß die Interessen der *weiblichen* Schwarzen erkannt werden; wenn über Frauen gesprochen wird, verhindert Rassismus, daß die Interessen *schwarzer* Frauen gesehen werden. Wenn über Schwarze gesprochen wird, ist der Tendenz nach die Aufmerksamkeit auf schwarze *Männer* konzentriert; wenn über Frauen gesprochen wird, stehen tendenziell *weiße* Frauen im Mittelpunkt.

Nirgendwo ist dies offenkundiger als in dem weiten Feld feministischer Literatur. Ein Fall, der das deutlich macht, ist die folgende Passage, die die Reaktionen weißer Frauen auf die Unterstützung weißer Männer für das Wahlrecht schwarzer Männer beschreibt, entnommen aus dem Buch »Everyone was Brave« (Jeder war tapfer) von William O'Neill: »Ihre schockierte Ungläubigkeit, daß Männer sie so demütigen konnten, das Stimmrecht für Neger zu unterstützen statt für Frauen, demonstrierte die Grenzen ihrer Sympathie für schwarze Männer und entfernte die früher Verbündeten noch weiter voneinander.« (...) In der Feststellung, »... daß Männer sie so demütigen könnten, das Stimmrecht für Neger zu unterstützen, statt für Frauen«, bezieht sich das Wort »Männer« nur auf *weiße* Männer, das Wort »Neger« bezieht sich nur auf

schwarze *Männer* und das Wort »Frauen« meint ausschließlich *weiße* Frauen. Aus Bequemlichkeit wird weder nach Rasse noch nach Geschlecht spezifiziert, oder beides wird sogar absichtlich verheimlicht.

Der rassistische Imperialismus der Weißen hat während der ganzen amerikanischen Geschichte die Gewohnheit der Gelehrten unterstützt, den Begriff »Frau« zu benutzen, selbst wenn sie sich ausschließlich auf die Erfahrungen weißer Frauen beziehen. Eine solche Gewohnheit, ob bewußt oder unbewußt praktiziert, verewigt den Rassismus, weil damit die Existenz nicht-weißer Frauen in Amerika geleugnet wird. Auch der Sexismus wird verewigt: Es wird unterstellt, weiße Frauen definierten sich allein durch ihr Geschlecht, ihre rassistische Identität wird so geleugnet.

Weißer Frauenrechtlerinnen bekämpften diese sexistisch-rassistische Praxis nicht, sie setzten sie fort. Ein leuchtendes Beispiel ihrer Beteiligung am Ausschluß schwarzer Frauen gaben sie, als sie Analogien zwischen »Frauen« und »Schwarzen« herstellten, während sie in Wirklichkeit den sozialen Status *weißer* Frauen mit dem der schwarzen Bevölkerung verglichen. Vergleiche beziehen ihre Kraft, ihren Reiz und ihre Existenzberechtigung daraus, daß sie eigentlich unvergleichbare Phänomene zusammenbringen. Würden weiße Frauen die Überschneidung der Begriffe »Schwarze« und »Frauen« erkennen (durch die Existenz schwarzer Frauen), würde der Vergleich unsinnig und unnötig werden. Da sie aber beständig diesen Vergleich anstellen, suggerieren sie unwissentlich, der Begriff »Frau« sei ein Synonym für »weiße Frau« und der Begriff »Schwarze« ein Synonym für »schwarze Männer«. Dies zeigt: In der Sprache gerade der Bewegung, die eigentlich sexistische Unterdrückung abschaffen will, gibt es eine sexistisch-rassistische Haltung gegenüber schwarzen Frauen. Sexistisch-rassistische Haltungen existieren nicht nur im Bewußtsein von Männern der amerikanischen Gesellschaft, sie formen alle unsere Denk- und Lebensweisen. Allzu häufig wurde in der Frauenbewegung angenommen, man könnte von sexistischem Denken frei sein, indem man einfach den entsprechenden feministischen Sprachgebrauch übernahm; weiter wurde angenommen, Unterdrückte könnten nicht selbst unterdrücken. Dieses Denken hinderte weiße Feministinnen, ihre eigenen sexistisch-rassistischen Haltungen gegenüber schwarzen Frauen zu verstehen und zu überwinden. Sie brachten es fertig, Lippenbekenntnisse abzulegen für »Schwesternschaft« und Frauensolidarität und gleichzeitig die schwarzen Frauen abzuweisen.

So wie die Zeit des Konflikts um Frauenwahlrecht und Wahlrecht für schwarze Männer im 19. Jahrhundert die schwarzen Frauen in eine schwierige Lage brachte, so fühlten sich zeitgenössische schwarze Frauen gezwungen, sich zu entscheiden zwischen einer schwarzen Bewegung, die vor allem den Interessen der schwarzen Patriarchen diene und einer Frauenbewegung, die vor allem die Interessen rassistischer weißer Frauen verfolgte. Ihre Reaktion bestand nicht darin, eine Veränderung in diesen beiden Bewegungen zu fordern und auf Anerkennung der Interessen schwarzer Frauen zu dringen. Stattdessen verbündete sich die große Mehrheit der schwarzen Frauen mit dem schwarzen Patriarchat, von dem sie glaubte, es würde ihre Interessen schützen. Einige wenige schwarze Frauen entschieden sich für die Frauenbewegung. Diejenigen, die

es wagten, öffentlich für die Rechte der Frauen einzutreten, wurden angegriffen und kritisiert. Die anderen schwarzen Frauen, die sich weder mit den sexistischen schwarzen Männern, noch mit den rassistischen weißen Frauen verbünden wollten, fanden sich auf dem Abstellgleis. Daß schwarze Frauen sich nicht als Kollektiv zusammaten gegen den Ausschluß ihrer Interessen durch beide Gruppen, war ein Indiz dafür, daß eine sexistisch-rassistische Erziehung uns einer effektiven Gehirnwäsche unterzogen hatte: Wir glaubten, unsere Interessen seien es nicht wert, für sie zu kämpfen, wir glaubten, die einzige Wahl, die wir hätten, sei die Unterordnung unter die Ziele anderer.

Wir provozierten nicht, wir fragten nicht, wir kritisierten nicht, wir reagierten. Viele schwarze Frauen denunzierten die Frauenbewegung als »Verrücktheit weißer Frauen«. Andere reagierten auf den Rassismus weißer Frauen mit der Gründung schwarzer Feministinnen-Gruppen. Während wir männliche Konzepte des schwarzen Macho als abstoßend und ekelhaft denunzierten, sprachen wir nicht über uns selbst, darüber, schwarze Frauen zu sein und darüber, was es heißt, Opfer sexistisch-rassistischer Unerdrückung zu sein.

Der bemerkenswerteste Versuch schwarzer Frauen, ihre Haltungen gegenüber der weiblichen Rolle in der Gesellschaft und ihre Erfahrungen über die Auswirkungen des Sexismus auf ihr Leben zu artikulieren, stellt die Anthologie »The Black Woman« (die Schwarze Frau) von Toni Cade dar. Dort endete der Dialog. Die wachsende Forderung nach Literatur über Frauen schuf einen Markt, auf dem sich beinahe alles verkaufen ließ oder zumindest Aufmerksamkeit erhielt, vor allem Literatur über schwarze Frauen. Der größte Teil der Literatur über schwarze Frauen, die aufgrund der Nachfrage auf dem Literaturmarkt entstand, war voller sexistisch-rassistischer Unterstellungen. Schwarze Männer schrieben mit sexistischen Vorurteilen über schwarze Frauen. Viele Anthologien beinhalten Materialsammlungen mit Auszügen von Schriften schwarzer Frauen aus dem 19. Jahrhundert; diese Arbeiten wurden gewöhnlich von Weißen veröffentlicht. (...) Als Michele Wallace's Buch »Black Macho and the Myth of the Superwoman« erschien, wurde es als das entscheidende feministische Buch über schwarze Frauen angekündigt. (...) Wenn das Buch auch eine interessante und herausfordernde Darstellung von Wallace's persönlichem Leben ist, das eine geistreiche Analyse der patriarchalischen Impulse schwarzer politischer Männer beinhaltet, so ist es doch weder eine wichtige feministische, noch eine wichtige Arbeit über schwarze Frauen. Wichtig ist es als Geschichte einer schwarzen Frau. Allzuoft wird in unserer Gesellschaft angenommen, daß man lediglich durch die Kenntnis der Lebensgeschichte und der Meinungen einer schwarzen Person alles über Schwarze weiß. Gloria Steinem geht von dieser engstirnigen und rassistischen Annahme aus, wenn sie nahelegt, daß Wallace's Buch eine ähnliche Wirkung habe wie Kate Millets »Sexual Politics«. Millets Buch ist eine theoretische, analytische Untersuchung der Sexualpolitik Amerikas, die eine biologische Bestimmung des geschlechtlichen Rollenverhaltens einschließt. Sie diskutiert dessen historischen Hintergrund ebenso wie die Durchdringung der Literatur mit patriarchalischen Werten (...) Man kann glauben, Steinem sei der Meinung, die amerikanische Öffentlichkeit sei ausreichend über die Sexualpolitik in Bezug auf Schwarze informiert, wenn

sie die Diskussion innerhalb der schwarzen Bewegung der 60er Jahre liest, eine oberflächliche Untersuchung der Rolle schwarzer Frauen zur Zeit der Sklaverei kennt und Michele Wallace's Autobiographie zur Kenntnis nimmt.

Die Vorstellung, wir könnten den Zusammenhang von Rasse und Geschlecht trennen, hat das Denken und Schreiben der Amerikaner über die »Frauen-Frage« so verwirrt, daß die meisten Diskussionen über Sexismus, sexistische Unterdrückung oder die Stellung der Frau in der Gesellschaft falsch sind und voller Vorurteile. Wir können kein genaues Bild der Frau bekommen, wenn wir nur die festgelegten weiblichen Rollen im Patriarchat beachten. Ebenso wenig können wir die Stellung schwarzer Frauen analysieren, wenn wir uns nur auf rassistische Hierarchien konzentrieren.



Zum Streit um die Frage, wie Frauen sich politisieren, dokumentieren wir Kritik und (zum Teil nicht abgedruckte) Repliken.

86 Seiten, 7,- DM



Alltagsgeschichten und Entwurf einer Theorie weiblicher Sozialisation. Das Buch, von dem die »Opfer-Täter-Diskussion« ausging.

Argument-Sonderband AS 45

230 S., 16,80 DM/f. Stud. 13,80 DM

Ulrich Wacker

Literaturbericht Preußen

500.000 Besucher in der Berliner 15-Millionen-Ausstellung, ein großes Preußen-Fest-Programm, zahllose Artikel, Bücher, Funk- und Fernsehsendungen — worin ist dieses neue auf Preußen gerichtete Geschichtsinteresse, das im vergangenen Preußen-Jahr kulminierte, begründet?¹ Können die Konservativen, die die ihnen so teuren Sekundärtugenden Preußens wieder ins Spiel gebracht haben², das Preußenjahr auf der Haben-Seite verbuchen? Haben gar die kritischen Kräfte der Historikerzunft mit dem Anspruch eines »demokratischen Preußenbilds« — vor allem mit der großen Berliner Ausstellung — Terrain gewinnen können?

Bereits in der Vorschau auf die kommenden Ereignisse wurden Erklärungsversuche für das neue Preußeninteresse vorgebracht. *H.-U. Wehler* beispielsweise sah 1979 in Sachen Preußen diejenigen am Werk, die das bisher überwiegend kritische (wenn auch unreflektierte) Preußenbild revidieren wollen und den »Obrigkeitsstaat in ein Goldrähmchen« stecken möchten.³ »Meines Erachtens handelt es sich um eine Flucht in eine verklärte Vergangenheit, die angeblich ohne die Schwächen der Gegenwart war und deshalb, bewußt oder unbewußt zum Paradigma stilisiert wird.« (96) Bessere Traditionen ständen uns zu Gesicht und zu Gebote. Nur eine Gesellschaftsgeschichte könne den fruchtlosen Schwarz-weiß-Kontrast der vielbeschworenen Ambivalenz Preußens überwinden. Für Wehler, der auf der Haben-Seite seiner Bilanz »Allgemeines Landrecht, Aufklärung, Effektivität der Verwaltung und Industrialisierungspolitik« aufführt, überwiegen schließlich die negativen Seiten am preußischen Erbe: »der Interessenegoismus der Junker, die Illiberalität der Bürokratie, der Starrsinn der Militärs, der reaktionäre Anachronismus von Politikern, die Liberale und Katholiken, Sozialdemokraten und Polen verfolgten, die das Dreiklassenwahlrecht als ihr Non-plus-ultra verteidigten, 1914 das Risiko des heißen Krieges akzeptierten ... und schließlich jener konservativen Allianz angehörten, die sich mit dem großen Trommler gegen die Wirtschaftskrise, die Dauerarbeitslosigkeit, die organisierte Arbeiterbewegung rückversichern wollte.« (95)

Auch *D. Blasius*⁴, gegenüber einem neu erwachten Geschichtsinteresse in der Bundesrepublik eher skeptisch: »Geschichte als Abschied von der Gegenwart« und: »Die Preußen-Rezeption in der Bundesrepublik ist zweifellos auch ein Spiegel des politischen Klimas und damit auch des politischen Klimawechsels in der Bundesrepublik« (11, 15). Er lenkt den Blick auf die neue Akzentsetzung im Preußenbild, die in *Haffners* »Preußen ohne Legende« (1979) zur neuen Preußenlegende gerät. Haffner stimmt im sicherlich erfolgreichsten Buch der Preußenwelle ein wahres Loblied des »klassischen Preußen« des 18. Jahrhunderts an. Er greift damit auf ein Motto zurück, das er bereits in einer früheren Runde der Preußen-Renaissance vorgetragen hatte: »Preußen war ... der Staat als Selbstzweck.«⁵ 1979 empfindet Haffner geradezu »ästhetisches Vergnügen an dem Kunstwerk des preußischen Vernunftstaats«. Der »modernste Staat des 18. Jahrhunderts« setzt ihn in verzücktes Staunen: »Wie hier eins ins andere greift, wie alles sich zusammenfügt und demselben Zweck dient, wie sauber und solide diese rauh zusammengezimmerter Staatsmaschine funktioniert, ... das ist wundervoll zu betrachten und erregt das gleiche ästhetische Wohlgefühl wie eine perfekt komponierte Fuge oder ein restlos aufgehender Sonatensatz.« (120)⁶

Darauf hat *I. Mittenzwei* die ernüchternde Frage gestellt, was das denn überhaupt sei, ein moderner Staat im 18. Jahrhundert und die Tatsache ins Gedächtnis gerufen, daß Preußen zu dem Zeitpunkt zu den ökonomisch rückständigen Ländern Europas gehörte. »Die Verharmlosung der Machtpolitik und die Überbewertung des Reifegrads der so-

zialökonomischen Entwicklung sind Teil einer Gesamtkonzeption, die das 'klassische' Preußen dem wilhelminischen entgegensetzt.«⁷ Konsequenterweise »stirbt« Preußen für Haffner denn auch mit der Reichsgründung ab. Für Blasius drückt sich in der Feier des Vernunftstaats, welcher das Preußen des »aufgeklärten« Absolutismus gewesen sein soll, die »unterschwellige Sehnsucht nach einem Zuordnungsverhältnis von Staat und Gesellschaft« aus, »das der Phase des Spätabsolutismus entsprach« (29). Gerade die von Haffner betonte Spezifik des »rauen Vernunftstaats« Preußen wird in den jüngsten Beiträgen zum Absolutismus-Problem (P. Anderson, I. Mittenzwei) bestritten. Während P. Anderson — ausgehend von einer west- und osteuropäischen Entwicklungsvariante des Absolutismus — den preußischen Absolutismus in den osteuropäischen Weg einreihet⁸, hat I. Mittenzwei jüngst die preußischen Spezifika weiter relativiert. »Von Spanien bis Rußland seien zwei Drittel bis vier Fünftel der Staatseinnahmen für die militärischen Machtinstrumente aufgewendet worden. Militaristische Tendenzen seien in den absolutistischen Staaten als allgemeine Erscheinung gut vergleichbar — in Preußen hätten sie nur eine extreme Form gefunden.«⁹

Ein zweites Motiv neuer Preußenlegenden knüpft unmittelbar an Argumentationsmuster der borussischen Geschichtsschreibung (etwa O. Hintzes) an: Militarismus, Machtstaat und Aggressionskriege werden aus der »Mittellage« Preußens hergeleitet und sollen durch europäische Einbettung exkulpiert werden. Nachdem Preußen »30 Jahre lang kein großes Thema mehr« gewesen sei, die wichtigsten Beiträge zum Preußenbild von — vor allem angelsächsischen — Sozial- und Wirtschaftshistorikern wie Craig, Carsten, Rosenberg, Büsch kamen und Hintzes dynastisch-verwaltungsgeschichtliche »Hohenzollern« von 1915 keine Nachfolger gefunden haben, sei jetzt die Zeit reif, vom Primat der Innenpolitik wieder Abschied zu nehmen und sich wieder der außenpolitischen »conditio Borussiae« zuzuwenden.¹⁰ Wenn die drei Möglichkeiten der Existenz Deutschlands in Mitteleuropa Neutralisierung, Hegemonie oder Teilung heißen — so M. Stürmer —, dann müsse deren Wurzel in der eingekreisten Lage Preußens und dann Preußen-Deutschlands nachgegangen werden. Preußen war »von Anfang bis Ende Kernstück, bedroht und bedrohlich, mitteleuropäischer Machtpolitik.«¹¹ Anstatt Defizite an Freiheit und Gleichheit zu Lasten deutscher Sonderentwicklung gegenüber den bürgerlichen Nationen Westeuropas zu beklagen, sollen wir uns wieder den preußischen Spezifika, der auf sich selbst bezogenen Staatsräson des Machtstaats nach innen und außen zuwenden: »Den Staat vom Krieg her zu denken und von der Prävention des religiösen und sozialen Bürgerkriegs, ist radikales Prinzip frühmoderner Staatlichkeit und zeigt eine Konsequenz, die nur zu denken den unwilligen Erben Preußens schon gefahrbringend erscheint ... Preußen wurde nicht allein von jenen Kräften geformt, die ins Fach der Sozialgeschichte einschlagen, sondern auch von Charakter, Wagemut und — wertfrei gesprochen — historischer Größe« (12). Daraus den Auftrag für eine Hohenzollern-Geschichte abzuleiten, blieb dem »Abteilungsleiter für die Geschichte Brandenburg-Preußens in der Historischen Kommission zu Berlin«, G. Heinrich, vorbehalten.¹³ Die einzige im Preußenjahr neu entstandene Gesamtdarstellung offenbart schon mit einer Kapitelgliederung nach der Reihenfolge der Hohenzollern-Herrscher (mit den Gliederungsgeschichtspunkten: Herrscher und Hof, Außenpolitik und Kriege) das methodische Grundbekenntnis: »Kraft und Ehrgeiz der Dynastie, die den Staat auf seine Bahn brachte, sind ebenso bedeutsam wie die Leistungsfähigkeit verschiedener sozialer Gruppen.« (15) Als Gegenbild zu einer staatsstützenden Elite (»Je gefährdeter ein Staatswesen von einer regionalistischen Struktur her ist, desto mehr bedarf es einer geschlossenen und zugleich erneuerungsfähigen Führungsschicht«, 19) wird uns eine genuin staatszersetzende, vaterlandsverräterische bis feige Linke vorgestellt: sie »flüchtete, sah sich zur Abwanderung gezwungen, scheiterte an sich selbst oder vereinigte sich wieder mit den machthabenden Mehrheiten« (20). Wir sehen die preußische Geschichte als Charaktergeschichte

seiner Herrscher vorgeführt, eine »Anhebung der herrscherlichen Qualitäten« bis zum Gipfel Friedrich II. (»aggressiv-tapferer Standhaftigkeit, disziplinierte Härte, stoische Zuversicht«), der dann bedauerlich rasch abfällt — mit Tiefpunkten bei Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm II., die in den Bewährungen 1848 und 1918 kläglich versagten. Waren die Revolutionäre im März 1848 doch schon »Ausländer, Auswärtige, Bewohner der Vorstädte«, schmerzt das Versagen des Monarchen doppelt: »richtig wäre es gewesen, die Regierung nach Charlottenburg zu verlegen, Berlin defensiv zu behaupten« (361). Und wie in einem Lehrbuch für angewandte Konterrevolution: »Wer gute Truppen in der Hand hat, wird Stadtaufstände durch Ermattungsstrategien in aller Regel zum Zusammenfallen bringen.« (363) Auch für die zweite, für die Dynastie schließlich tödliche Krise, hält Heinrich Ratschläge parat. »Im Osten wie im Westen gab es ... intakte Truppenteile, zu denen sich Wilhelm II. auf dem Land-, Luft- oder Seewege hätte begeben können. Der Ebert-Regierung wäre eine Erklärung zuzustellen gewesen, daß die Funktionen des Monarchen bis zu einer Volksabstimmung ... ruhten.« (457) Die Dynastiegeschichte mündet in die Nutzenanwendung für die Gegenwart, wie sie bereits *H.-J. Schoeps* in seiner *Preußen-Geschichte* formuliert hatte¹⁴: »Heute, da der preußische Staat von der Landkarte Europas verschwunden ist, vermögen wir erst die klassischen Tugenden dieses Staats gerecht zu würdigen: saubere Verwaltung, unbestechliches Beamtenamt, korruptionsarme Wirtschaft, gerechte Justiz, relativ geringe Kriminalität und betonte Sparsamkeit.« (298)

Es ist diese Auferstehung der »Staatsgesinnung«, des Pflichtgedankens, der »intakten Leitbilder« (Heinrich, 446) preußischer Sekundärtugenden, vor der *Greiffenhagen*, von *Krockow* und von *Thadden* in ihren im Preußenjahr erschienenen Essays warnen. — *Greiffenhagens* »Aktualität Preußens — Fragen an die Bundesrepublik« ist innerhalb der Preußen-Publikationen die Schrift, die am unbefangenen die Parallele Preußen — Bundesrepublik zieht.¹⁵ Der Verfasser schließt sich im wesentlichen der von Haffner aufgebrauchten neuen Preußen-Legende vom aufgeklärten, rechtsstaatlichen, effizient-modernen Preußen des 18. Jahrhunderts an und fragt nach »Orientierungspunkten für unsere politische Kultur« (15). Schließlich sei ja auch die Bundesrepublik »einer der aufgeklärtesten, tolerantesten und wirtschaftlich effektivsten Staaten der Erde«, dem es aber — wie schon Preußen — an politischer Kultur und Gesicht gebreche (16). Haffner wie Greiffenhagen dient die unter Friedrich II. angeblich zum »politischen Prinzip« gewordene Aufklärung als Beleg für die unterstellte Modernität Preußens. Es war allerdings, so konzediert Greiffenhagen, eine merkwürdig kastrierte Aufklärung, die zwar für allerlei Sottisen gegen die Religion gut war, der aber Attacken gegen fürstlichen Absolutismus und für Bürgerfreiheit untersagt waren (vgl. 21f.).

Das eigentlich Originelle an Greiffenhagens Argumentation aber ist seine Analyse der Wechselbeziehung von politischer und religiöser Ideologie in Preußen und Deutschland. »Lutherische Staatstheologie und absolutistische Aufklärung« amalgamierten, dadurch wurden in Preußen/Deutschland ideologische Bezirke religiös eingefärbt, die andernorts — etwa in der angelsächsischen Welt oder in den Niederlanden — für säkular galten. »Religion wanderte aus ihren eigentlich transzendenten Bezügen aus und wurde in einer Aufklärung untergebracht, die, als staatliche Veranstaltung, bald den Weg zur Staats'vergottung' und Pflicht'religion' beschritt.« (27f.) Spuren dieser Theologisierung der Politik will Geiffenhagen für die Bundesrepublik im »weltanschaulich überanstrengten Politikverständnis« mit zu hohler politischer Philosophie aufgeblasener »Grundwertediskussion« bis hin zum »religiösen Impuls« in der Ökologiebewegung ausmachen. Die Misere der Intellektuellen in Preußen resultierte aus der politischen Schwäche des Bürgertums und der allzu großen Staatsnähe. Mit der Restaurationsepoch begann — rationalisiert als Enttäuschung über die Wende der französischen Revolution zur Jakobinerdiktatur — der Rückzug in Innerlichkeit, unpolitische Romantik, Wehleidigkeit.

Greiffenhagen verbindet die Parallele zwischen der Zeit der Karlsbader Beschlüsse und der Bundesrepublik heute mit einer Schelte der Alternativszene, welche für eine Abkehr von Rationalismus, Aufklärung und Politik verantwortlich zeichne (52).

Im Abschnitt über »politische Kultur Preußens« erfahren wir, daß Preußen nicht auf der Grundlage einer spätfudalen Produktionsweise, durchsetzt von kapitalistischen Elementen und der »Militarisierung des Soziallebens« (Büsch), sondern auf »reine Rationalität« (56) gebaut war. Greiffenhagen braucht die Anknüpfung an Haffners Thesen, um Wertrelativismus und Mißbrauch der Sekundärtugenden herleiten zu können. Die Nutzenanwendung für die Bundesrepublik läuft darauf hinaus, im technokratischen »Modell Deutschland« mit der Herrschaft von Sachverstand, Sachzwang und Technokratie die Staatsidee zu vermissen. Zum preußischen Sekundärtugenden-Fetisch sieht Greiffenhagen indes in unserer politischen Kultur kaum Parallelen, von den Ideologen eines neuen Bildungskonservatismus (»Mut zur Erziehung«) einmal abgesehen.

Nachdem Greiffenhagen im Kontrast zu vorausgegangener Geistesgeschichte die Grundtatsachen der »Militarisierung des Soziallebens«, der Bedeutung der 2. Leibeigenschaft, des Bündnisses von Adel und Krone im preußischen Absolutismus durchaus treffend dargestellt hat, setzt er erneut an, Tendenzen aufzuspüren, die die Bundesrepublik in das preußische Politikverständnis einreihen. Als erste Tendenz gilt ihm die »Heiligsprechung des Grundgesetzes, Vergottung der Verfassung«. Zum zweiten sieht er Kontinuitäten durch die Rolle des Verfassungsgerichts geknüpft. Mittels Verfassungsgerichtsentscheidungen werde »das Verfassungshaus auf systemkonforme Weise möbliert« und eine »die Parteiendemokratie überwölbende Superstruktur« geschaffen (100). Damit trete eine vorgeblich neutrale Instanz analog zum Selbstverständnis preußischer Staatlichkeit neben und über das souveräne Volk. Schließlich sieht Greiffenhagen im Berufsbeamtentum »die deutlichste Erinnerung an Preußen«. »Der Beamte ist zum Hauswart des Grundgesetzes avanciert, mit der Berufung, dieses Verfassungshaus reinzuhalten und notfalls von allen störenden Elementen zu säubern.« (107) Die Rezepte Greiffenhagens, uns vom preußischen Alp zu befreien: das Berufsverbot könnte durch Stellung des Verbotsantrags gegen die DKP in Karlsruhe und die Abschaffung des Beamtenstatus für Lehrer und Professoren gelöst werden (109).

Das neu erwachte Geschichtsinteresse — so Greiffenhagen im Nachwort — sei nicht auf historische oder politische Identität gerichtet. Das neue »Heimatbewußtsein«, die Beschäftigung mit Regional- und Ortsgeschichte, gilt ihm als mit wahrer historischer Identität unverbundene Nostalgie. Eine solchermaßen fragmentierte Tradition, verknüpft mit Ansprüchen auf »Selbstverwirklichung, Spontaneität, Emotionalität« ist ihm zutiefst suspekt. Für Greiffenhagen sind aber auch die Anstrengungen vergebens gewesen, die deutsche Geschichte gegen den Strich zu bürsten und neue, demokratische Traditionslinien zu knüpfen. Dem hält er entgegen: »Die Unterschichten sind buchstäblich sprachlos, können keine Tradition bilden, weil sie nicht geschichtsmächtig waren, keine eigene Kultur auszubilden vermochten. In den gescheiterten Befreiungskriegen siegen die Unterdrücker, und das Volk bleibt sprachlos.« (143) Greiffenhagen ist sicherlich beizupflichten, daß auch eine Geschichte von unten die da oben nicht aus dem Blick nehmen kann. Eine demokratische deutsche Geschichte aber ist eben notwendig eine Geschichte der »Besiegten, Gefangengesetzten, Emigranten, Geschlagenen«. Mit dem Katzenjammer gegen Ende einer halbherzigen, gescheiterten sozialliberalen Ära fühlt Greiffenhagen den Sinn liberaler Bemühungen schwinden.

Auch von Thadden, der in sieben Kapiteln Fragen an Preußen stellt, die aber eher oberflächlich und pauschal beantwortet werden, geht von »Wertkrisenanzeichen« und »Demokratiemüdigkeit« in der Bundesrepublik¹⁶ aus. Er sieht nach dem Ende der Reformzeit im Rückgriff auf »Realpolitik« eine Analogie zur Entwicklung in Preußen nach der 48er-Revolution (151). Aus den Reformen nach dem Zusammenbruch des

»klassischen« Preußen könne man lernen, wie man bei leeren Staatskassen reformiert (157). Ansonsten benötige die Bundesrepublik keine Anleihen bei preußischen Tugenden.

Von Krockows Studie ist um einiges ideenreicher.¹⁷ Da Preußen »in den Fundamenten unserer politischen Kultur« stecke, gebe es bis heute eine »untergründige Wirksamkeit« Preußens. Diese Prägungen seien zum Großteil Vorbewußt, teils aber auch in bundesdeutschen Institutionen und der politischen Kultur real aufzufinden. Preußen gehe im immer noch virulenten »Mythos vom Staat« um, in der Herrschaft der Beamten getreu dem Motto: »Staatsformen kommen und gehen, aber der Staatsdienst bleibt bestehen«, in der Staatsbindung intellektueller Arbeit, in der Tabuisierung von sozialer Gleichheit und im »knechtischen Bewußtsein«, geprägt durch Jahrhunderte preußischer Erziehung, die zur Verinnerlichung eines »Bewußtseins von Hierarchie« geführt habe.

Auch die staatliche Existenz der heutigen Deutschländer sieht von Krockow in historischer Parallele. »Für die Bundesrepublik und für die DDR gilt — wie einst für Preußen —, daß sie gewichtige Staaten auf deutschem Boden, aber keine Nationalstaaten sind.« Der Zustand vor der Reichseinigung 1871 scheint wiedererstanden. Die Flucht aus der bundesdeutschen Ideenlosigkeit in eine Anlehnung an die Tradition der westlichen Demokratien geschah laut von Krockow nur äußerlich. Dort haben wir es mit selbstbewußten Nationalstaaten zu tun, die auf ganz andere Weise mit ihrer Nationwerdung identisch sein können. Was dann noch als Substrat bundesdeutschen Selbstbewußtseins übrig bleibt, ist der Stolz auf ein »erfolgreiches Wirtschaftsunternehmen« (191). Wo die westlichen Demokratien als Bezugspunkte des nationalen Bewußtseins die »Erhebung der Eidgenossen, den Freiheitskampf der Niederlande ..., die Magna Charta ..., die große Revolution in Frankreich« vorweisen könnten, bleibe Preußen nur »Organisationsqualität und Leistungstüchtigkeit«, erworben im Kampf gegen die Stände und zu unterwerfende Territorien (57).

Die besondere Künstlichkeit des preußischen Staats sei erst nach 1789 zum Defizit geworden — bis dahin war gerade die technokratische Ausschaltung jeglicher Bürgerbeteiligung der besondere Hebel für »Leistungen«, Effektivität und Erfolg Preußens. Aus dem Zusammenstoß mit dem revolutionären Frankreich resultierte dann ein nur »technisch modernisierter Obrigkeitsstaat« (65), der mit der »modernen« Produktionsweise nicht mehr Schritt halten konnte. Nach 1789 »schlägt die preußische Modernität in eine grundsätzliche ... Antimodernität, in die Frontstellung gegen Aufklärung, Volkssouveränität und politische Emanzipation der Massen um« (82). Die Beschränktheit des Modernisierungsschemas wird darin sichtbar, daß von Krockow Preußen-Deutschland weiterhin »technisch-organisatorische Modernität« zugestehen muß.

Die Ausstellung, der Katalog

Was im Lichthof des Gropius-Baus von Theaterleuten inszeniert worden war, wurde in den Feuilletons überwiegend fachmännisch gewürdigt: in Theaterkritiken. Das »Prunkstück der Preußenschau«¹⁸ unter dem »Wunder eines riesigen, glasüberdachten« Innenhofs¹⁹, diese »Saalschlacht aus Marmor und Eisen, aus Bombast und Kanonen, aus Maschinen und Majestäten, aus Göttinnen und Schulbänken«²⁰ mochte manchen überwältigten Rezensenten und Besucher vergessen machen, daß man Informationen über die Lage der Arbeiter im nachempfundenen Preußen von 1867 verschämt mittels einer Zeitung für 10 Pfennige nachbessern mußte.²¹ Abgesehen vom einhellig überwältigenden Eindruck, den der Lichthof hinterließ, waren die Stimmen der Kritik über die Inszenierung Preußens geteilt. Der Verriß von rechts kam vom Direktor des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz, F. Benninghoven, der, kommendes Unheil ahnend, die Vorbereitungsgremien zeitig mit Eklat verlassen hatte.²² Benninghoven spürt die Arithmetik der Indoktrination auf: 1% Reformzeit, 2% Ausstellungsfläche für 400 Jahre Ge-

schichte preußischen Aufstiegs, »kein Kolberg, kein Tauroggen«, keine Gneisenaus und Scharnhorsts: dafür aber 10% für den Vormärz. Angeekelt betrachtet der Besucher im Raum zur Aufklärung: Klistierspritze und Wasserleitungsrohr neben Kant. Was unge-
 trübt genossen werden kann — die Kroninsignien, die Barock-Kunstschätze —, ist nur den Leihgebern und deren Auflagen zu verdanken. Auch, daß eine Schändung beson-
 ders perfider Art vereitelt werden konnte: der Rock Friedrich d.Gr. sollte »in rohen,
 übereinandergewürfelten Transportkisten« gezeigt und nicht um eine Puppe drapiert
 werden.²³ Gilt die Ahnengalerie der Hohenzollern dem Rezensenten des Geschichtsleh-
 rer-Verbandsblatts noch als »Prunkstück«, als »ein vorzüglich ineinander komponiertes
 Ensemble von Gemälden, Stammbäumen und Totenschilden«²⁴, so deckt Benningho-
 ven auch hier noch Indoktrination durch die Ausstellungsmacher auf. Beklemmung soll
 der Besucher fühlen, nicht Achtung und Einfühlung: deshalb wurden »aus großen hel-
 len Räumen« enge düstere Gemäcker durch den »Einbau eines Kabinetts mit herabgezo-
 gener Decke«. Überall wo die Ausstellungsmacher den Original-Stück-Fetisch außer
 acht ließen und Verhältnisse visuell eindrücklich veranschaulichten — mit dem Kornfeld
 vor dem Museum, den Ähren und unterschiedlich reich gedeckten Tischen im Raum zur
 Gutsherrschaft — urteilten die Kritiker von rechts: Mätzchen, Klassenkampf, Struktur-
 geschichte. »Statt rationalen Wissens werden bloße Eindrücke mobilisiert.«²⁵ Wer das
 »identitäts- und legitimitätsstiftende« Einfühlen vermißte²⁶, konnte auch die besondere
 Qualität der Ausstellung nicht sehen: »Sie ist besser durchdacht und phantasievoller,
 witziger gestaltet als alle ihre Vorgänger.«²⁷

Gerade daß die Ausstellungsmacher auf halbem Weg stehengeblieben sind, eindeutige
 Thesen hinter »Sklavensprache«²⁸ versteckten, mit ihren 2500 Ausstellungsstücken vom
 Eigengewicht der »Authentizität« erdrückt wurden, begründet gewichtige Einwände ge-
 gen die Ausstellung — nicht aber die sterile Forderung: »Das historische Museum hat
 zwischen Buch und Film nur eine einzige Aufgabe: die Präsentation des authentischen
 Objekts, und gegebenenfalls die Erläuterung der Authentizität.«²⁹ Die Grundtendenz
 der Ausstellung wird von *D. Hoffmann* zutreffend charakterisiert: »Im Gropius-Bau
 wurde ... die Ausstellung nicht aufgebaut, die Konservative oder Sozialisten für notwen-
 dig hielten. Damit entspricht sie den Machtverhältnissen in unserem Staat, sie wurde so-
 zialliberal wie die Mehrheit, die die Gelder bewilligte.«³⁰ Diskutiert wurde die Konzep-
 tion in vielfältigen Vorbereitungsgremien, seit der ehemalige Berliner Bürgermeister
 Stobbe die Ausstellungsidee aufgebracht hatte. Daß »der Gegenstand äußerst kontro-
 vers, schillernd und emotionsträchtig«³¹ war, schlug sich vor allem im massiven Einwir-
 ken auf diese Diskussion und Planung durch Pressekampagnen und Pressionen auf die
 Ausstellungsmacher nieder. Im Sinn der Ansprüche eines demokratischen Geschichts-
 bilds wurden vor allem im '*Journal für Geschichte*' von Mitgliedern des wissenschaftli-
 chen Beirats Ansprüche erhoben. Die Langeweile einer unentschiedenen Ausgewogen-
 heit sollte vermieden, klare Akzente gesetzt werden. Der besondere preußische Weg, den
 Kapitalismus mittels Reformen von oben und Staatseingriff bei Konservierung der poli-
 tischen Machtverhältnisse zu befördern, sollte herausgestellt werden. Auch eine kritische
 Betrachtung der Preußen-Konjunktur sollte den Besucher zur Stellungnahme anregen.
H. Böhme plädierte für eine »mehr strukturgeschichtliche Aufbereitung, für Ausstel-
 lungskomplexe, die um Leitfragen gruppiert sind.«³² Es sollte exemplarisch gearbeitet
 werden, der Vergleich mit der europäischen Sozialgeschichte angestellt, Alltagsgeschich-
 te einbezogen werden: »dabei wird vieles, vielleicht das meiste, was 'Preußenfreunden'
 wert ist, wegzulassen sein.« Auch *G. Korff* sah in dieser Planungsphase noch die Gefahr
 einer Fetischisierung der Originalstücke.³³ Die fertige Ausstellung wurde dann im »Ma-
 gazin der 31. Berliner Festwochen« als »Dialog mit Preußen« offeriert, »der weder nur
 ereignisgeschichtlich noch ausschließlich strukturgeschichtlich noch lediglich personen-
 geschichtlich geführt« werde. »Je nach Thematik der Ausstellungsabteilung bilden epo-

chale Ereignisse (1701, 1848), politische und gesellschaftliche Strukturen (z.B. Ständegesellschaft, Militär- und Beamtenstaat, Bürgertum) oder Persönlichkeiten ... Ausgangspunkte für die Präsentation des Ausstellungsmaterials.«³⁴ Leitmotiv sei dabei, die Doppelseitigkeit, die Antinomien und Ambivalenzen von Toleranz und Intoleranz, Absolutismus und Aufklärung, Elementen des Rechtsstaats und militaristischer Zuchtanstalt, Reform und Reaktion, politischer, gesellschaftlicher Rückständigkeit und industrieller Fortschrittlichkeit hervorzukehren.

Im ersten Band des Katalogs begründete *G. Korff* die Schwerpunktsetzung. Man habe drei Schwerpunkte gewählt: das absolutistische Preußen des 18. Jahrhunderts mit den »sozialen und kulturellen Entwicklungen hinter der politisch-militärischen Schauseite«, »Preußens Entfaltung zur Industrie-, Wirtschafts- und Hegemonialmacht im 19. Jahrhundert« und schließlich das »demokratische Preußen der Weimarer Republik« mit der Darstellung des »politischen Einsatzes von Symbolen, die vom Preußen-Mythos der Vergangenheit zehrten und den Weg zum Nationalsozialismus ebnen halfen.«³⁵ Auswahlkriterium war, daß diese Phasen »von besonderer Bedeutung für die deutsche Geschichte« gewesen seien und »schließlich im Sinne einer historischen Langzeitwirkung, auch die politische Kultur der Bundesrepublik mit geprägt haben«. Dabei sei versucht worden, »alle Wirklichkeitsbereiche der preußischen Geschichte« — also auch den Alltag — »in ihrer jeweiligen Verflechtung« (25) darzustellen. Der dazu gewählte praktische Weg — Rauminzenierungen, thematische Ensembles, Kontrastierung von Überlieferungsstücken der Hochkultur mit Alltäglichem, — stößt aber an die Schranke des »Prinzips der authentischen Dokumentation« (26). Die 'Objekte' der preußischen Politik können vermittels dieses Konzepts nicht als alltägliche Subjekte vortreten.

Neu und hoch gesteckt war auch der Anspruch des Katalogs. Die Ausstellungsstücke wurden nicht einzeln erläutert, »sondern im Zusammenhang der durch Sachüberlieferung, Auswahl und Gestaltung geprägten thematischen Ensembles vorgestellt.« (28) Ein Katalog müßte eigentlich für den Besucher dokumentieren, was sich die Veranstalter bei der Visualisierung, Inszenierung etc. gedacht haben, welche Leitfragen, welches Geschichtsbild als Maßstab galt. Das Konzept für den ersten, wichtigsten Band des Katalogs der Preußen-Ausstellung lautete hingegen: ein fiktiver erster Besucher (*W. Ranke*) führt mit »Thesen und Texten« durch die Ausstellung. Herausgekommen ist ein durchgehend chronologisch beschreibender Lehrbuchtext, oft ohne Bezug zum Ausgestellten, vermehrt durch bloße Inventarisierung der Objekte, aufgelockert durch »repräsentative« Farbproduktionen der prächtigsten Ausstellungsstücke.

Die editorische Bequemlichkeit, einen Autor mit dem Katalogtext unabhängig von den Texten der Ausstellung zu betrauen, wurde von *U. Eckhardt* im »Festwochen-Magazin« zur besonderen Tugend verklärt: »Der aufmerksame Besucher soll darauf stoßen, daß Titel und Texte für die einzelnen Ausstellungsräume nicht identisch« mit dem Katalog-Text sind.³⁶ Diese »Dialektik« zweier Textebenen, die den Betrachter aus dem eindimensionalen Gleis des Konsumenten werfen und zu »eigenen Fragen« führen soll, bewirkte eher Überforderung und Überdruß mit der Folge eines nur noch oberflächlichen Rundgangs. Die Ausstellung selbst hielt nämlich schon genügend Textebenen bereit. Da gab es einen Lehrbuchtext zu den einzelnen Epochen der preußischen Geschichte auf Tuchbahnen im Lichthof (übrigens durchgehend prägnanter formuliert als der *Ranke*-Text des Katalogs), zum zweiten einführende und zusammenfassende Texttafeln in den einzelnen Räumen, zum dritten Auszüge aus Quellen und der Sekundärliteratur in und bei den Schaukästen.

Unter dem Titel »Preußen — ein Kunststück« kommentiert *Ranke* die Diaschau zur Expansion und Geographie Preußens. Nach einer Mischung von Politik- und Verfassungsgeschichte quer durch drei Jahrhunderte wird postuliert: Geschichte wird von Menschen gemacht. In der Diktion *Rankes* indes ist häufig von »sich durchsetzenden

Tendenzen und Entwicklungen« die Rede. So auch bei einer mit unzähligen wenn und aber durchsetzten Charakterisierungen der Gutsherrschaft: »Trotz all ihrer oft brutalen Auswirkungen war (die Gutsherrschaft) jedoch nicht das Ergebnis rein wirtschaftlichen Zweckdenkens ..., sondern entwickelte sich im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen und Kompromissen, die Landesherren und Stände ausfochten.« (58f.) Ranke beschreibt zwar zutreffend die Charakteristika absolutistischer Herrschaft, läßt aber eine Klärung der sozialen Grundlagen beiseite. Es sind nicht »neue Auffassungen von Herrschaft« und »staats-theoretische Schriften«, die diese neue Herrschaftsform fundierten (155).

Ein brauchbares Kapitel findet sich zu »Soldatenalltag und Offizierskarrieren«. Die Auseinandersetzung mit der Expansionspolitik Friedrichs II. blieb jedoch in gut gemeinten Halbheiten stecken. »Der schwarz ausgeschlagene Raum wirkt ... ernst und bedrückend ... In die schrägen Bodenflächen sind zwei Vitrinen eingelassen. Unter starken Glasplatten liegen Waffen, mit denen damals gekämpft wurde.« (178) Der dadurch auf Bedrückung und Trauer eingestimmte Besucher konnte sich aber an den Schlachtgemälden wieder aufrichten, die an den Wänden hingen. Mit dem Friedrich II. gewidmeten Raum wollte man »keine Antwort auf die Frage nach der Person des legendenumwobenen Preußenkönigs« geben, nur Denkanstöße zum Friedrichbild. Dazu wurden 'Anti-machiavel' und ultra-machiavellistisches Testament von 1752 kontrastiert, das Kriegsgerechtsurteil über den Kronprinzen zwischen junglichem Friedrich und fast schon mumifiziertem alten Fritz sollte die widersprüchliche Charakterprägung andeuten. Im Raum zu »Bevölkerungspolitik und Minoritätenschutz« wurde die neue Preußen-Legende etwas zurückgerückt, von unerwünschten Minderheiten (Zigeuner) und Diskriminierung der Juden berichtet. Die Schwierigkeit, die Reformen 'auszustellen' und dabei auf »Erinnerungs- und Belegstücke« zurückgreifen zu müssen, wird von Ranke reflektiert. »Die Präsentation hat zwangsläufig etwas von einer Heroengalerie und verleitet dazu, den Reformern und ihren Absichten mehr Beachtung zu schenken als den Wirkungen und Folgen ihres Handelns.« (290) Diese werden von Ranke differenziert gewertet: der Adel sei weiterhin ökonomisch und rechtlich bevorzugt gewesen, an der unkontrollierten Stellung der Bürokratie habe sich nicht viel geändert, die Keime einer Kapitalisierung der Landwirtschaft seien freigesetzt und mit der Gewerbefreiheit auch der industrielle Kapitalismus begünstigt worden.

Eine der gelungensten Inszenierungen der Ausstellung bot das Ensemble 48er-Revolution und Emigration. »In rohen Holzkisten — Schiffsgepäck der Emigranten — sind persönliche Hinterlassenschaft und literarischer Nachlaß der politischen Flüchtlinge ausgestellt.« (374) Hier findet sich im Materialteil des Katalogs die einzige Passage, wo mehr als bloßes Inventar geboten wird: Kurzbiographien und Schriftenverzeichnisse der Emigranten.

Daß man die Lage der Arbeiter in Preußen nur filmisch darstellte, wird von Ranke ausstellungstechnisch begründet. Die noch überlieferten authentischen Zeugnisse der Arbeitenden nähmen sich neben den ungleich »reizvolleren« Ausstellungsstücken der Ober- und Mittelschichtenkultur nur »armselig, verschlissen und unscheinbar« aus. Auch habe man die Inszenierung der Armut gescheut: »die alltägliche Feuchtigkeit einer Kellerwohnung läßt sich so wenig nachgestalten wie Staub, Schweiß, Lärm und Gestank eines Sechzehnstundentags in der Gießerei oder der Kornscheune.« Scheute man davor zurück, »naturalistische Mitleidsarchitekturen aus Spanplatten und Sperrmüll« zu basteln, so umso weniger davor, Architektur und Instrumente der Herrschenden, wenn es sein muß, auch in Styropor (Kaiser-Wilhelm-Denkmal, am Ballon über dem Lichthof schwebend) oder Sperrholz (Krupp-Kanone) nachzubauen. Mit dem Original-Stücke-Purismus blieb dann auch von der Arbeiterbewegung nur eine kleine Ecke mit Bebel- und Liebknechtportraits, Fahnen und Maipostkarten übrig.

Zum Thema Preußen und Nationalsozialismus bescheinigt der Katalog-Autor den Ausstellern sinnvolle Zurückhaltung. Viel hätte man zeigen und aufeinander beziehen müssen, »um die gegenseitige Durchdringung und Abstoßung von preußischer Tradition und nationalsozialistischer Wirklichkeit in ihrer Vielfalt und Verschiedenheit erkennbar zu machen« (592). Die Stationen eines »Bündnisses von rechtsgerichteten Parteien, nationalistischen Verbänden und politisierenden Militärs« sei durch die ausgestellten Wahl- und Propagandaplakate deutlich gemacht, die Folgen des Nationalsozialismus durch Gedenksteine für die Opfer und den einfachen Augenschein durch Blick aus dem Fenster »auf eine im 2. Weltkrieg geschaffene Trümmerlandschaft« und die Reste des Prinz-Albrecht-Palais eindrucklich wahrnehmbar geworden. Entlassen wurde der Besucher mit einer Diaschau, die, jeder Stellungnahme ausweichend, nur Phänomene registrierend, auf die Preußenwelle Bezug nahm.

Kommen wir nach der zugestandenermaßen nur fragmentarischen Rückschau auf das Preußenjahr auf die eingangs gestellte Frage, wem das alles nützte, zurück. Die unmittelbar im Preußen-Geschäft Tätigen — sei's auf konservativer, sei's auf eher Preußenkritischer Seite — konnten trotz aller Geschäftigkeit nur eine magere Bilanz vorweisen.

Von Thadden konnte als Beobachtung auf zahlreichen Preußen-Veranstaltungen quer durch die Bundesrepublik ein Nord-Süd-Gefälle im Preußen-Bild feststellen. Auf der Haben-Seite verbucht er die Suche nach »Identifikationsmöglichkeiten in der deutschen Geschichte« — ein denkbar vages Resultat — und eine nach der überstandenen Identitätskrise des Fachs wieder »stärker gewordene Wechselbeziehung von Öffentlichkeit und Fachhistorie.«³⁷

Das FAZ-Feuilleton schrieb das Preußen-Jahr als »das letzte und endgültige Leichenbegängnis« des abgeschafften Staats Preußen ab. Daß dieses »archäologische Unternehmen« Preußenjahr indes die »Nation auf sich selber gestoßen« haben soll, daß die »deutsche Frage hochgekommen« sei, entspringt eher dem Wunschbild des Verfassers, denn der Preußen-Diskussion von 1981.³⁸ Beide Seiten blieben in Halbheiten stecken. Für eine konservative Restauration preußischer Tradition war offensichtlich trotz »Wertkrise« das Terrain noch nicht bereitet. Allerdings muß hier jedes Urteil zurückhaltend ausfallen, solange nicht empirisch die Rezeption und Wirkung der Preußen-Literatur-Flut der letzten Jahre — die überwiegend Preußen-konservativ eingefärbt war — analysiert worden ist. Das Lager einer demokratisch engagierten Geschichtswissenschaft konnte zwar mit den liberalen kritischen Preußen-Essays und den in die Preußen-Schau von Berlin eingebrachten Elementen von Sozialgeschichte und kritischen Denkanstößen für den Besucher (auch hierfür fehlt jede empirische Basis für eine Einschätzung der Wirkung der Ausstellung) einiges Terrain gutmachen, scheute aber letztlich vor offensiv vorgetragenen Problematisierungen zurück.

Anmerkungen

- 1 Für den Preußenjahr-Nachruf-Verfasser im Verbandsorgan »Geschichte in Wissenschaft und Unterricht«, H. Schulze, ist das neue Traditionsbedürfnis geradezu eine gesunde Reaktion auf den »progressiven Überschwang« der 70er Jahre, der nur »staatliche und kulturelle Identitätskrisen« zeitigte. »Kollektive Selbsterfahrung« schlage in dem elementaren Preußen-Bedürfnis durch, denn Preußen sei noch in der Mentalität vieler Deutscher lebendig und diesen inneren Preußen dränge es jetzt zur Äußerung (GWU 11, 1981).
- 2 Stellvertretend sei hier Axel C. Springer zitiert: »Was ist dran an Preußen?« Wochenendbeilage des Hamburger Abendblatts: »Nüchternheit, Unbestechlichkeit, Sparsamkeit, Pflichterfüllung und Gemeinsinn. Wenn nur begriffen würde, daß der Bürger nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten hat, wäre die Besinnung auf Preußen nicht vergeblich ...«
- 3 H.U. Wehler, Preußen ist wieder chic. Der Obrigkeitsstaat im Goldrähmchen, in: Der Monat 3/1979.

- 4 Preußen in der deutschen Geschichte, hrsg. von D. Blasius, Königstein 1980.
- 5 S. Haffner, in: Preußen, Portrait einer politischen Kultur, München 1968 (Rundfunkvorträge), S.197.
- 6 S. Haffner, Preußen ohne Legende, Taschenbuchausgabe München 1981.
- 7 I. Mittenzwei, Preußens neue Legenden, in: Journal für Geschichte 4/1981.
- 8 P. Anderson, Die Entstehung des absolutistischen Staats, Frankfurt/M. 1979.
- 9 So I. Mittenzwei nach Bericht der FAZ über ein west-östliches Preußen-Kolloquium in Tübingen, in: FAZ 17.11.1981.
- 10 M. Stürmer, Preußens Erbe an die deutsche Gegenwart, in: FAZ 14.10.1981.
- 11 Ebenda; ähnliche Argumentation auch im Handelsblatt vom 14.8.1981: »Aus Gründen der Staatsräson zum Überleben entschlossen«.
- 12 Stürmer, a.a.O.
- 13 G. Heinrich, Geschichte Preußens. Staat und Dynastie, Propyläen/Ullstein-Verlag, Frankfurt/M. und Berlin 1981 (450 S., br., 48,— DM).
- 14 H.-J. Schoeps, Preußen. Geschichte eines Staats. Ullstein-Verlag, Frankfurt/M.-Berlin 1981 (Nachdruck) (672 S., br., 29,80 DM).
- 15 M. Greiffenhagen, Die Aktualität Preußens. Fragen an die Bundesrepublik, Fischer-Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1981 (154 S., br., 6,80 DM).
- 16 R. von Thadden, Fragen an Preußen. Zur Geschichte eines aufgehobenen Staats, Verlag C.H. Beck, München 1981 (196 S., Ln., 28,— DM).
- 17 C. Graf von Krockow, Warnung vor Preußen, Severin und Siedler, Berlin 1981 (224 S., Ln., 30,— DM).
- 18 K.H. Janßen, in: Die Zeit v. 21.8.1981.
- 19 D. Hildebrandt, in: Süddeutsche Zeitung v. 22.8.1981.
- 20 Ebenda.
- 21 Dieses Defizit hob auch F. Chaslin in Le Monde hervor (29.8.1981). A. Osiecki schrieb in der deutschsprachigen Ausgabe von Zycie Warszawy: »... sehr oberflächliche Behandlung der Rolle der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse« (5.9.1981).
- 22 F. Benninghoven, in: Die Welt v. 15./16.8.1981.
- 23 S. Wirsing, in: FAZ v. 22.8.1981: »So ist es den Ausstellern gelungen, sogar Friedrich den Großen ... so vorzustellen, daß einem vom Geist dieses Mannes nichts anweht als ein Hauch von Gruftkälte.«
- 24 H. Schulze, GWU 11/1981, 655.
- 25 Benninghoven, a.a.O.
- 26 Ebenda.
- 27 D. Hoffmann, Happy Preußen. In: Journal für Geschichte 6/1981, 39.
- 28 H.M. Bien, in: Die Neue v. 18.8.1981.
- 29 H. Schulze, a.a.O., 662.
- 30 Hoffmann, a.a.O., S.40.
- 31 G. Korff, in: Preußen. Versuch einer Bilanz, Katalog, Band 1, Ausstellungsführer, Text von W. Ranke, Rowohlt-Taschenbuch Verlag, Reinbek 1981 (611 S., br., 15,— DM). Die folgende Besprechung beschränkt sich auf den eigentlichen Katalogband. Band 2 der Kasette enthält eine etwas beliebig anmutende Aufsatzsammlung, in der K.D. Brachers polemische Abfertigung von Kritik am konservativen Widerstand auffällt. Band 3 umfaßt eine sehr nützliche Sozialgeschichte Preußens, in die Quellen eingearbeitet sind, die von einem der Herausgeber dieses Bands (P. Brandt) auch in einem — besonders für die Schulpraxis — empfehlenswerten »Lesebuch« (LitPol Verlagsgesellschaft, Berlin 1981) ergänzt wurden. Katalog in 5 Bänden, Rowohlt-Taschenbuch Verlag (5 Bände in Kasette, 45,— DM).
- 32 Journal für Geschichte 5/1979.
- 33 Ebenda.
- 34 M. Schlenke, Dialog mit Preußen. Magazin der 31. Berliner Festwochen 1981.
- 35 Katalog, Band 1, S.24.
- 36 U. Eckhardt, Preußen im Herbst, Magazin ...
- 37 R. von Thadden, Preußen — Ein Weg in die Moderne. In: aus politik und zeitgeschichte B 52, 53/81, S.11.
- 38 W.J. Siedler, Unbetrüet und ohne Nachruhm, in: FAZ v. 31.12.1981.

Jörn Garber

Literaturgeschichte als Sozialgeschichte

Methodenüberlegungen zu vier Literaturgeschichten des 18. Jahrhunderts*

I

Die topische Klage über die Verdrängung aufklärerischer Traditionen in Deutschland ist angesichts der Aufklärungsforschung der letzten 15 Jahre gegenstandslos geworden. Geschichtswissenschaft, Begriffsgeschichte, Pädagogik-, Philosophie- und Literaturgeschichte haben das Zeitalter der Aufklärung in einem solchen Maße aufgeheilt, daß diese Epoche zu den am besten erforschten überhaupt gehört. Die Suche nach dem Ursprung und der Struktur moderner bürgerlicher Denktraditionen, die Konvergenz von Spätaufklärung und bürgerlicher Revolution, der Dualismus von emanzipativen und instrumentellen Denkformen, die Entstehung der modernen literarischen und politischen Öffentlichkeit sowie die Vereinheitlichung des Geschichtsdenkens durch die aufklärerische Geschichtsphilosophie sind die primären Gegenstandsbereiche der Erforschung des 18. Jahrhunderts. Die einzelnen Phasen der Aufklärungsentwicklung sind gleichwohl sehr unterschiedlich intensiv erforscht worden. Während die Spätaufklärung (ca. 1760 bis 1790/1800) in dem Maße ins Blickfeld der Forschung rückte, wie sie ins Einflußfeld der Französischen Revolution geriet, sind wir über die Frühaufklärung (Christian Thomasius und seine Schule) sowie den Hochrationalismus (Christian Wolff und seine Schule) nur unzureichend unterrichtet. Diese Uneinheitlichkeit der Durchdringung bewirkte eine Verzerrung des Gesamtbildes von den Zielsetzungen und Funktionen der Aufklärung in Deutschland. Die vorschnelle Gleichsetzung der Intentionen der Spätaufklärung mit jenen der Aufklärung als Gesamterscheinung führte zur undifferenzierten Identifizierung von Aufklärung mit der Herausbildung moderner bürgerlicher Bewußtseinstaditionen und zur Polarisierung von Aufklärung und Ancien régime. Daß die Aufklärung in ihrer Anfangsphase vorbürgerlichen Sozial- und Politiktraditionen (politischer Aristotelismus und Neustoizismus) verhaftet ist, daß das ältere Geburtsständeschema rezipiert, dann zu

- * Der umfangreiche Anmerkungsapparat dieses Aufsatzes mußte einschneidend gekürzt werden. Zur Orientierung des Lesers sei auf die beiden ausgezeichneten Forschungsberichte verwiesen von: Franklin Kopitzsch: Die Sozialgeschichte der deutschen Aufklärung. In: ders. (Hrsg.): Aufklärung, Absolutismus und Bürgertum in Deutschland. Zwölf Aufsätze. München 1976, S.11ff.; Peter Pütz: Die deutsche Aufklärung. Darmstadt 1978. Unentbehrlich für die politisch-soziale Theoriegeschichte der Aufklärung ist das Lexikon von Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Stuttgart 1972 ff., vgl. insbesondere den Artikel »Aufklärung« von Horst Stuke, ebd., Bd.1, S.243ff. — Die folgende Sammelbesprechung analysiert vier neuere »Sozialgeschichten der Literatur« im Zeitalter der Aufklärung: Geschichte der deutschen Literatur vom Ausgang des 17. Jahrhunderts bis 1789. Von einem Autorenkollektiv. Berlin (Verlag Volk und Wissen) 1979 (= Geschichte der deutschen Literatur von den Anfängen bis zur Gegenwart Bd.6; zit. als DDR-LG); Rolf Grimminger (Hrsg.): Deutsche Aufklärung bis zur Französischen Revolution 1660-1789. München und Wien (Carl Hanser Verlag) 1980 (= Hansers Sozialgeschichte der deutschen Literatur vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart Bd.3; zit. als Hanser-LG) (Taschenbuchausgabe München: dtv 1980); Viktor Zmegac (Hrsg.): Geschichte der deutschen Literatur vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Bd.1,1 und 1,2: 1700-1848. Königstein/Ts. (Athenäum Verlag) 1978 (zit. als Athenäum-LG) (Taschenbuchausgabe im gleichen Verlag 1979); Ralph-Rainer Wuthenow (Hrsg.): Zwischen Absolutismus und Aufklärung: Rationalismus, Empfindsamkeit, Sturm und Drang 1740-1786. Reinbek bei Hamburg (Rowohlt Verlag) 1980 (= Horst Albert Glaser [Hrsg.]: Deutsche Literatur. Eine Sozialgeschichte Bd.4; zit. als Rowohlt-LG).

einem Berufs- und Funktionsständeschema umgewandelt und endlich in Privatrechtsmodelle aufgelöst wurde, daß der Absolutismus als rationaler Anstaltsstaat mit naturrechtlicher Souveränitätsfundierung zunächst die idealisierte Zielfigur gelehrt-bürgerlichen Denkens war, daß die Aufklärung nicht nur eine normative, sondern zugleich eine positivistische Denkströmung ist — diese theoriegeschichtlich prägenden Faktoren bleiben einer einlinigen Bewußtseinsrekonstruktion »bürgerlichen Geistes« im Zeitalter der Aufklärung verborgen.

Die Frage nach der Epocheneinheit ist zureichend beantwortbar nur, wenn die Strukturanalyse verknüpft wird mit einer plausiblen Phasenbestimmung, einer Funktionsanalyse und Wirkungsgeschichte von »Aufklärung«. Stellt man zwischen der Endform der Aufklärungsgenese (Spätaufklärung) und der Strukturaufschlüsselung von Aufklärung einen teleologischen Zusammenhang her, indem man immanente Programmstimmigkeiten der Früh- und Hochaufklärung sich allererst in der Spätaufklärung auflösen läßt, dann wird man den in der Spätaufklärung erreichten bürgerlichen Bewußtseinsstatus verallgemeinernd auf die gesamte Aufklärungsepoche übertragen wollen. Umgekehrt gilt: In dem Maße, wie die Gleichsetzung von Aufklärung und bürgerlicher Bewußtseinsbildung aufgegeben wird zugunsten einer historischen Funktionsbestimmung aufklärerischen Denkens im Spannungsfeld von altständischer Gesellschaft (Spätfeudalismus), territorialem Absolutismus und keimhaft sich entfaltenden bürgerlichen Produktions-, Tausch- und Rechtsbeziehungen, läßt sich ein Ablaufmodell der immanenten Aufklärungsentfaltung formulieren, das zugleich Aufschluß über die Funktionsmodi der Aufklärung in ihrem sozialen Umfeld ermöglicht. Die »Aufklärungsgesellschaft« besitzt eigene Vergesellschaftungsstrukturen (geheime, gelehrte, patriotische und Sprachgesellschaften), die inselhaft im Rahmen der alten Ständegesellschaft moderne Kommunikationsformen verwirklichen. Diese Sonderexistenz der aufgeklärten Intelligenz im Rahmen des Ancien régime prägt deren Denkinhalte. Die Aufklärer müssen die Differenz zwischen ihren vorwärts gerichteten Sozialprojektionen und der Beharrungskraft der altständischen Gesellschaft überwinden durch Anpassung an vorgegebene Normen (insbesondere im Berufsfeld) oder (theoriegeschichtlich) durch geschichtsphilosophisch fundierte Evolutionstheorien, die die verworfene Gegenwart transformieren zur Realisation jener Normen von Denken und Gesellschaft, die als Bedingung der Verwirklichung der »Aufklärungsgesellschaft« im Rahmen der »bürgerlichen Gesellschaft« fungieren.

Eine Sozialgeschichte der Literatur sollte (idealer) folgende Leitaspekte der Literaturanalyse vor der konkreten Darstellung reflektieren:

Die zeitliche Dimension der Gesamtepoche muß in gleichem Maße durch Strukturbestimmungen legitimiert sein wie deren Phasendifferenzierung. Innertheoretisch ist eine Relationsbestimmung korrespondierender Wissenschaftssysteme auf synchroner Ebene (Literatur, Ästhetik, Anthropologie, Philosophie, Ökonomie, Pädagogik, Recht) zu leisten, bevor der Zusammenhang zwischen Sozialentwicklung und dichterischer Weltanschauungsgestaltung thematisiert werden kann. Die Entwicklungsvorsprünge bzw. Entwicklungsverzögerungen innerhalb der einzelnen Wissenschaftsdisziplinen, deren Wechselwirkung bzw. Ausschließlichkeitsverhältnis kann entscheidende Auskünfte über die Funktion dieser Wissenschaftsdifferenzierung für die sie übergreifende Wissenschaftsgeschichte indizieren. Der in der Aufklärung durchgehaltene Anspruch, die Grundsätze der Einzeldisziplinen aus philosophisch zu ermittelnden Axiomen deduzieren zu können, erzwingt die Berücksichtigung metawissenschaftlicher Begründungstheorien ebenso wie die präzise Bestimmung der Beziehungen (Hierarchisierung) der Wissenschaftsdisziplinen untereinander und deren Einfluß auf die Theorie und Praxis der »Poesie«. Erst nach einer solchen wissenschaftsgeschichtlichen Bestimmung der Funktion der Poesie im Bewußtseinsystem der Aufklärung lassen sich die Texterschließungsmethoden, die Be-

stimmung des zu analysierenden Textkanons, die Selektion der Textsorten, Leitautoren, Gruppenbildung, Kommunikationssysteme etc. fixieren. Zugleich wird eine synchronsystematische und eine diachronische Betrachtungsweise kombinatorisch die Substitution der sich zeitlich überschneidenden literarischen Epochenbildungen (Aufklärung, Empfindsamkeit, Sturm und Drang, Klassik) vorzunehmen haben, indem die Kriterien der Abgrenzung nach sozialgeschichtlichen, ästhetischen und dichtungspraktischen Gesichtspunkten nachgewiesen werden. Insbesondere die Harmonie bzw. die Diskrepanz zwischen sozialgeschichtlichen Epochenzäsuren und literarischen Epochenabgrenzungen wird zum Zentralproblem einer »Sozialgeschichte der Literatur«. Da die sozialgeschichtlich argumentierende Literaturwissenschaft durchweg historische Daten und Zusammenhänge (mehr oder minder ungeprüft!) von der Geschichtswissenschaft übernimmt, diese Zusammenhänge verallgemeinert und auf (mögliche) analoge Veränderungen von Stilhaltungen, Genera, Inhaltsinnovationen und allgemeinen Mentalitätswandel hin interpretiert, wird zumeist mit allgemeinen Begriffsmarken (»höfischer Absolutismus«, »aufgeklärter Absolutismus«, »Feudalismus«, »bürgerliche Gesellschaft«, »Adel«, »Bürgertum«) gearbeitet, die nicht mehr präzisiert werden. Die Evidenz der angezogenen, dichtungsexternen Daten und historischen Zusammenhänge erschließt sich dem Leser allein durch ihren plausiblen Bezug zu Dichtungsinhalten, deren sozialer Genese (Auftraggeber, Adressat, literarisches und kommunikatives Medium, Wirkungsgeschichte) sowie der formalen ästhetischen Struktur. Wenn die »Sozialgeschichte« als determinierende Norm oder als abweichende Folie von »Dichtung« begriffen wird, dann kommt der Bestimmung der sozialgeschichtlichen Epochenstrukturen eine erkenntnisleitende Funktion zu, die sich nachhaltig auf Selektion und Wertbestimmung von »Dichtung« auswirkt.

Welche deskriptiven und normativen Bestimmungsfaktoren der literarischen Aufklärungsepoche in den untersuchten Literaturgeschichten zugrundegelegt werden, wie sich diese methodischen und inhaltlichen Prämissen auf die Literaturanalyse auswirken und welche langfristigen, die Epochenarstellung übergreifenden historischen Erkenntnisinteressen sich aus der Analysemethode ableiten lassen, diese Fragen sind ein Leitaspekt der folgenden Erörterungen.

II

»Es ist erstaunlich, daß für die Aufklärung seit mehr als einem Jahrhundert eine umfassende Deutungstradition entwickelt wurde und daß der Zeitraum dieser Bewegung bis heute überhaupt nicht feststeht. Das nächstgelegene Ziel erscheint oft erst am Ende einer Wissensbemühung.«¹ Die zeitliche Epochenabgrenzung bestimmt zumeist die Festlegung der Epochenbinnenstruktur. Dieses Problem ist von einigen Autoren umgangen worden, indem man das 18. Jahrhundert als Epochenbezeichnung wählte, so Hettner in seiner bis heute unersetzlichen »Geschichte der deutschen Literatur im achtzehnten Jahrhundert«.² Eine Personalisierung des Epochenbildes ist die subjektive Lösung der Epochenengrenzung, wie Richard Newald sie praktiziert, wenn er die folgende Titelformulierung wählt: »Von Klopstock bis zu Goethes Tod. 1750-1832. Erster Teil: Ende der Aufklärung und Vorbereitung der Klassik«.³ Eine umstandslose Gleichsetzung einer literarischen Epoche mit der Lebens- und Schaffensgeschichte eines literarischen Protagonisten dieses Zeitraumes wird heute nur noch mit Einschränkungen praktiziert. In Anlehnung an die von den Aufklärern selbst formulierte Epochenzeit »Friedrichs des Großen« setzt der Aufklärungsbandherausgeber der Rowohlt-LG die Aufklärungsepoche gleich mit der Regierungszeit Friedrichs II. von Preußen (1740-1786), kombiniert in der Titelformulierung eine historische Epoche (»Absolutismus«) mit einer geistesgeschichtlichen Bewegung (»Aufklärung«) und differenziert beide durch die additive Nennung der zugehörigen literarischen Entwicklungsabschnitte (»Rationalismus, Empfindsamkeit, Sturm und

Drang«). Ein solches Verfahren ist praktikabel, wenn die für Deutschland spezifische Verklammerung von Aufklärung und Reformabsolutismus im Reflex der Dichtung perspektivisch aufgeschlossen und die Implikationen einer solchen Evolutionstheorie der »Reform von oben« für die Ästhetik analytisch konsequent durchgeführt werden. Da aber gerade der angezeigte Band die zeitliche Entfaltungsgenese der Aufklärung im innerliterarischen Bereich nicht aufzuzeigen vermag und sich explizit gegen einen sozialgeschichtlichen Determinismus der Literaturproduktion ausspricht, hätte es näher gelegen, die Selbstorganisation der literarischen Kommunikationssysteme der Aufklärungsgesellschaft (literarische Öffentlichkeit) als Epochenzäsur anzusetzen. Will man deren Verklammerung mit der Versachlichung der Politik des Spätabsolutismus im Herrschaftsprogramm der Regenten (Friedrich II., Joseph II., Katharina II.) aufweisen, dann hätten die Möglichkeiten und Grenzen dieses Ideologiekonzepts des »aufgeklärten Absolutismus« anhand der staatlichen Kulturpolitik und deren Rezeption bzw. Ablehnung durch die sich selbst organisierende Intelligenz aufgezeigt werden müssen. Als temporale Einheit wäre der Zeitraum ca. 1760 bis 1789, also die Zeit zwischen dem siebenjährigen Krieg und dem Ausbruch der Französischen Revolution, anzusetzen. Das Datum »1740« läßt sich nur in Hinblick auf den Abschluß des Hochrationalismus (Wolff und seine Schule) und den Differenzierungsprozeß zwischen Aufklärung und Empfindsamkeit (Beginn: Auseinandersetzung zwischen Gottsched und den »Schweizern« Bodmer und Breitinger), nicht aber in Bezug auf eine Entwicklungszäsur der Sozial- und Staatsgeschichte legitimieren.

Die umfangreichere Banddimensionierung der DDR-, Hanser- und Athenäum-Literaturgeschichten gestattet eine übergreifende Epochendarstellung sowie die Begründung der aufklärerischen Phasenzäsuren. Neben der neuerdings bevorzugten engeren zeitlichen Epochenbestimmung (1760-1789) wird zumeist eine weitere (ca. 1680-1800) bevorzugt. Mit der Emanzipation von Dichtung, Wissenschaft und Philosophie aus der Einflußsphäre von Theologie (Säkularisierung) und Hof (Verbürgerlichung) beginnt die Epoche der Aufklärung, im Zeichen der Französischen Revolution und der neuen Literaturepochen von Klassik und Romantik endet sie.

Die DDR-LG eröffnet die Aufklärungsdarstellung mit der »Literatur im Zeichen der Lösung vom höfischen Absolutismus«, die Hanser-LG stellt diesen Zeitraum unter den Titel »Politische und galante Klugheit in der Übergangsphase« (1660-1720/40), deren politische Epoche der »höfische Absolutismus« ist. Die Athenäum-LG verortet den zeitlichen Beginn der Aufklärung um 1670 und läßt die »Frühaufklärerische Sprachkritik und Literatur« um 1730 enden. Sozialgeschichtliche und innerdichterische Faktoren werden für die immanenten Epochengliederungen begründend herangezogen. Am engsten ist die Verzahnung von struktur- und literaturgeschichtlichen Daten zum Zweck der Periodisierung in der DDR-LG, während die westdeutschen Literaturgeschichten durchweg die Autonomie der ästhetischen Produktion gegenüber historischen Basisprozessen betonen, gleichwohl aber auf politische und soziale Prozesse verweisen, wenn Epochenzäsuren inhaltlich zu legitimieren sind.

III

Die DDR-LG sieht die Wendepunkte der Aufklärungsentfaltung als Folge der sich zunehmend verschärfenden Auseinandersetzungen zwischen Handels- und Manufakturbürgertum mit dem Feudalismus. Am Anfang steht das Bündnis des Bürgertums mit dem Absolutismus (ca. 1650), am Ende die volle Entfaltung »kapitalistischer Produktivkräfte«. Die ideologische Funktion der Aufklärung ist erst aus deren Bezogenheit auf die gleichzeitigen sozialen und rechtlichen Entwicklungsprozesse erklärbar. Fluchtpunkt der historischen Gesamtentwicklung im Zeitalter der Aufklärung ist die Französische Revolution als Auflösungsform des Feudalismus; die Vorphasen dieser Defeudalisierung

erscheinen als »vorrevolutionäre Kampfperioden«. Bündnis und Auseinandertreten von Absolutismus und Aufklärung, die Entdeckung des Volkes als Adressat der Literatur, die Überhöhung des gegenfeudalistischen Kampfes durch aufklärerische Ideologien des Humanismus sind einerseits Prozesse der »Selbstaufklärung« des Bürgertums über seine geschichtliche Funktion, andererseits Verallgemeinerungen bürgerlicher Klasseninteressen, die von dem Bürgertum selbst nicht eingelöst werden können.⁴ Diese Funktionsanalyse kann die Notwendigkeit der Korrespondenz von ökonomischem Entwicklungsprozeß (Manufaktur- und Handelsbürgertumsinteressen) und aufklärerischer Emanzipations- und Humanitätsideologie nicht erklären, sondern lediglich behaupten. Die Aufklärung als Bindeglied zwischen der frühbürgerlichen Revolution des 16. Jahrhunderts und der klassisch-bürgerlichen Revolution des 18. Jahrhunderts erscheint in der marxistischen Deutung immer dann als Verblendungsideologie, solange sie den Traditionskräften (vorbürgerliche Korporationen, seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts: territorialer Absolutismus) verhaftet bleibt.

Ob die Hof- und Feudalismuskritik als Klammer der Einheitlichkeit der frühen, mittleren und späten Aufklärung gelten kann, scheint mir zweifelhaft zu sein. Die Stadtkultur des 17. Jahrhunderts (Hamburg, Leipzig, Halle, Frankfurt a.M. und Nürnberg) ist (gerade unter sozialgeschichtlichen Vorzeichen!) nur schwer zu den modernen bürgerlichen Ordnungsmodellen des späten 18. Jahrhunderts zu vermitteln. Solange der Bürgerstand in den Kategorien der ständisch-korporativen Gesellschaft denkt und handelt, solange er mithin nicht den Begriff des überständischen »dritten Standes« ausformuliert, solange bleibt er der vormodernen Partikularität in Wirtschaft (Zunftverfassung), Recht (ständische Einengung der Berufschancen) und der Staatsbestimmtheit (Absolutismus) unterworfen und vermag weder als Privatbürger (»bourgeois«) noch als Staatsbürger (»citoyen«) oder gar »Weltbürger« seinen Weltanschauungsuniversalismus zu postulieren oder gar revolutionär durchzusetzen. Zudem wird verkannt, daß gerade in Deutschland die Theorie des rationalen Anstaltsstaates (Absolutismus) eine gelehrt-bürgerliche Aufklärungsprojektion ist, die bis 1760 dominiert und selbst 1789 in Form utilitaristischer Aufklärungs- und Arbeitstheorien (»Staat als Maschine«) fortwirkt, zumindest aber in Konkurrenz zur politischen Emanzipationsliteratur fortexistiert. Eine nahezu endogene Entwicklungshypothese bürgerlich-aufklärerischen Denkens unterschätzt die Bedeutung des Staatsbegriffs für die deutsche Aufklärung, überbetont die Nationalitätsfixierung (»Patriotismus«), schlägt einen einlinigen Bogen vom gelehrten Bürgertum des späten 17. Jahrhunderts zum modernen Typus der bürgerlichen Intelligenz des 18. Jahrhunderts (»bürgerliche Aufklärung«) und erstellt einen Idealtypus »deutsche Aufklärung«, der zu stark die utopischen Züge der Aufklärung betont und die Anpassungstendenzen dieser Bewegung an die Stände- und Staatsstruktur der Zeit weitgehend unberücksichtigt läßt.

Die Betonung der Stände-, Hof- und Absolutismuskritik der »konsequent antifeudalen Literatur« (243ff.) als Ausdruck »der spürbaren Kräftigung der bürgerlichen Schichten auf ökonomischem Gebiet — im Handel und zunehmend auch im Manufakturwesen« (244) — reflektiert angeblich die »akuten Krisenerscheinungen der Feudalordnung«; andererseits ist die marxistische Aufklärungsanalyse immer wieder gezwungen, die Zurückgebliebenheit der Entwicklung des deutschen Bürgertums gegenüber Westeuropa zu betonen, um die Differenz zwischen der deutschen und der französischen Aufklärung im 18. Jahrhundert erklären zu können. Daß in Deutschland seit 1770 eine Rückwendung des Absolutismus zum Adel zu beobachten ist, daß die altständischen Herrschaftsträger sich gegen den absolutistischen Despotismus zur Wehr setzten (Württemberg!), daß die Aufklärung gegen solche »Ständeromantik« den Absolutismus als funktionsteilige Arbeitsgesellschaft konzipiert, darf nicht übersehen werden. Umgekehrt gilt, daß die Aufklärer nicht erkannten, daß der staatliche Eudämonismus zumeist aus

fiskalischem und militärischem Interesse betrieben wurde und in Konflikt mit den Wirtschaftsinteressen der nicht für Hof und Militär produzierenden bürgerlichen Erwerbsklassen geriet. Die Absorption des gebildeten Bürgertums in den Administrationsapparat des Spätabsolutismus führte zu einer Kompromißkonstruktion der politischen und sozialen Zielsetzungen der Aufklärer, die erst in den 80er Jahren (Verbot des Illuminatenordens, Wöllnersches Edikt) aufgegeben wurden.

Die Verwendung von makrosoziologischen Erklärungsmustern im Bereich der sozialgeschichtlichen Darstellung (»Formationsbedingungen des Frühkapitalismus«) sowie die starre Anbindung der theorie- und dichtungsgeschichtlichen Analysen an epochenspezifische historische Entwicklungsstrukturen führt zu einer falschen Vereinheitlichung von Einzelbeobachtungen, die als normativer Beurteilungsparameter wertbestimmend verwandt werden. Der fortwährende Rekurs auf die »historische Illusion« und »Irrtümer« der Aufklärer beruft sich begründend auf eine Geschichtskonstruktion, die in sich keineswegs widerspruchsfrei ist. Einerseits werden literarische Aussagen (Kritik des Adels und des Absolutismus) als Indikatoren für die Krisenhaftigkeit der alten Feudalordnung in Deutschland herangezogen, andererseits der Aufklärung verborgen vorgeworfen, weil sie ihre Klassenlage, die identisch sein soll mit jener des modernen (kapitalistischen) Bürgertums, verkennt, wenn sie sich den vorbürgerlichen Bedingungen des Ancien régime anzupassen versucht. Die Teleologie dieser Konstruktion klassifiziert vom Ende der Aufklärungsentfaltung her die Normstruktur der Aufklärung als Gesamtperiode: Erst in »der Endphase des Feudalabsolutismus und am Vorabend der bürgerlichen Revolution in Frankreich« (S.437ff.) gewinnt die Aufklärung Einsicht in die »Gesetzmäßigkeiten von Natur und Geschichte« (S.439). Durch Religionskritik, Volksverbundenheit und künstlerischen Realismus sowie durch direkte politische Agitation (deutscher Jakobinismus nach 1789) kommt es zur Einlösung des historischen Auftrags der Aufklärung. Abweichende Entwicklungsprozesse erscheinen als »Zufälligkeiten und Imponderabilien«, weil sie sich dem »bürgerlichen« Auftrag der Aufklärung entziehen.⁵

Die Analogisierung von Kapitalismusergenese und Aufklärungsentfaltung, die Überbetonung der revolutionären Gelenkpunkte innerhalb der frühen Neuzeit (frühbürgerliche und klassisch-bürgerliche Revolution) überdeckt in der marxistischen Darstellung den vorindustriellen Charakter der deutschen Aufklärung, die nur im Hinblick auf die Entfaltung moderner Privatrechts- und Repräsentativsysteme »bürgerliche« Gesellschaftsstrukturen begrifflich antizipiert und (in ihrer radikalsten Ausprägung) mittels Revolution (ab 1789!) politisch durchsetzen will. Selbst in dieser Spätphase der Aufklärung orientiert sich der Großteil der Aufklärer an dem Konzept einer Rationalisierung der alten Ständeordnung, an der Zielfigur eines durch Rechtssicherung in seinen »Machtansprüchen« eingeschränkten Absolutismus, an der Theorie von bürgerlichen Reservatrechten (Menschenrechten), also an einem Evolutionskonzept des Übergangs vom Absolutismus zur bürgerlichen Gesellschaft. Organisationssoziologisch hat die Aufklärung durch die Ausbildung des »freien« literarischen Marktes in nuce die Bedingungen einer privatrechtlich gesteuerten Wirtschaftsordnung vorweggenommen. Solche auf die spätere Wirtschaftsverfassung der modernen bürgerlichen Gesellschaft vorausweisenden Organisationsstrukturen sind eingelassen in eine ständisch-korporative »Umgebung«. Die von den Aufklärern angestrebte Autonomie der Kultursphäre von ständischen und absolutistischen Eingriffsmöglichkeiten scheiterte im 18. Jahrhundert. Die marxistische Deutung berücksichtigt durchaus solche vormodernen Sozialbedingungen der Aufklärungsentfaltung, sie verweist auf den Unterschied des Bürgertums als Stadtstand und Drittstand, sie mißt gleichwohl die Aufklärung an einem linearen Fortschrittsmodell, dessen Normcharakter letztlich auf den entfaltenen Kapitalismus und nicht auf eine absolutistisch überformte Ständegesellschaft zugeschnitten ist.

Daß gerade die DDR-LG gleichwohl ein außerordentlich differenziertes Bild der Lite-

raurentfaltung zwischen 1680 und 1789 zu entwerfen vermag, liegt paradoxerweise an einem literaturwissenschaftlichen Positivismus, dessen kartographisch präzise Erfassung der »Literaturlandschaft« unabhängig von allgemeinen Kontinuitätshypothesen erfolgt. Literarische Wertung und deskriptive Analyse kommen nicht zur Deckung. Anders formuliert: Die gelungene Literaturanalyse setzt sich durch gegen die zu allgemeine Bestimmung der gesellschaftlichen Basisprozesse der Literaturentfaltung.

IV

Die Entflechtung von gesellschaftlicher Basisentwicklung und kultureller Produktion bei gleichzeitiger Betonung der literarischen Autonomie gegenüber dem historischen Umfeld; zieht sich als methodische Grundforderung durch die drei westdeutschen Literaturgeschichten. In der Darstellungspräsentation unterscheiden sich diese Analysen allerdings erheblich. Lediglich die Athenäum-LG schickt den Einzelepochendarstellungen eine historische Grundlegung voraus, die den »geschichtlichen Erfahrungshorizont« der behandelten Autoren dem Leser vermitteln soll (Bd.1.1., S.1ff., 194ff., 349ff.). Die Rowohlt-LG stellt jedem Band eine historische Darstellung (mit verfassungsgeschichtlicher Akzentsetzung) voran, erörtert dann die Strukturen des literarischen Kommunikationssystems (Publikum, Lesegesellschaften, Bibliotheken, Buchmarkt, Verlagswesen, Zeitschriften, Öffentlichkeit, Zensur), geht auf die Ästhetiktheorie ein, um nach diesen programmatischen Analysen die Dichtungspraxis anhand der literarischen Gattungsschemata vorzustellen. Dieses methodisch gut überlegte Darstellungsschema wird durch die unkoordinierte Form der Zuordnung der Einzelbeiträge, durch die Kürze der Einzelanalysen und durch die Ungleichgewichtigkeit der behandelten Objektbereiche weitgehend wirkungslos. Am weitesten vom Basis-Überbau-Schema entfernt sich die Hanser-LG, die zwar unter dem Titel »Sozialgeschichte der deutschen Literatur« firmiert, aber bereits in der Einleitung Rolf Grimmings mehr sozialen Systemtheorien denn einer Sozialgeschichte verpflichtet ist.

Der innere Gliederungsaufbau der Hanser-LG ist jenem der Rowohlt-LG ähnlich (I: Institutionen der Aufklärung, II: Phasen der Aufklärung, III: Sozialer Wandel und literarische Gattungen [S.103ff., 219ff., 365ff.]). Bei der Bestimmung der strukturge-schichtlichen Determinanten der Dichtungsentwicklung werden in der Hanser-LG vornehmlich Theorie- und Wissenschaftsgeschichte zu einem Weltanschauungstypus »Aufklärung« verdichtet und sodann auf ihre historische Funktion befragt. Die im Zeitalter der Aufklärung sich ausbildenden literarischen Epochen (Aufklärung, Empfindsamkeit, Sturm und Drang, Frühklassik) werden als eine in sich heterogene Totalität gefaßt. Das dabei angewandte Analyseschema nähert sich dem methodischen Konzept einer »verstehenden Soziologie« (Max Weber) an, wenn die sozialgeschichtliche Basisanalyse ersetzt wird durch den Aufweis handlungsleitender sozialer Werthierarchien. Dieses systemanalytische Verfahren berücksichtigt Sozialgeschichte nur soweit, wie diese literaturrelevant ist und beschränkt sich letztlich auf den Aufweis der Bewußtseinsidentität einer Epoche im Spiegel von deren Selbstausslegungshorizont. Externe, nichtintentionale historische Daten fließen lediglich in Form historiographischer Nomenklaturen ein (»Absolutismus«, »bürgerliche Gesellschaft« etc.).

Wie in der historisch ausgerichteten Wissens- und Kultursoziologie⁶ eines Karl Mannheim oder Norbert Elias wird historische Kontingenz begrifflich derart verdichtet, bis Theorie- und Sozialgeschichte als Einheit erfaßbar werden. Die Umschlagprozesse in Literatur, Wissenschafts- und Erkenntnistheorie werden zu Indikatoren sozialer Umbrüche. Die Literatur- und Textnähe dieses Verfahrens wird erkaufte durch den weitgehenden Verzicht auf präzise historische Kontextbestimmung von Literatur. Die Begründung für dieses Verfahren lautet: »Literaturgeschichte wird also nicht an Sozialgeschichte angehängt, und die Sozialgeschichte wird nicht nach der beliebigen Metapher des 'Hinter-

grunds' der Interpretation von Literatur ferngehalten.« (8) Zu fragen wäre, ob das Zusammenbinden von historiographischer Begrifflichkeit (Absolutismus, bürgerliche Gesellschaft) mit mentalitätsgeschichtlichen (staatliche und private Rationalität) und literaturgeschichtlichen Bestimmungsformen (Frühaufklärung, Empfindsamkeit, Sturm und Drang, Klassik) nicht letztlich zu einer Auflösung von Gesellschaftsgeschichte in Bewußtseinsgeschichte führt und auf ein Konzept der politisierten Geistesgeschichte zurückfällt. Dieser Ansatz erlaubt die funktionale historische Interpretation von Literaturentwicklung ohne Dauerintervention des Interpreten vom Standpunkt eines objektiven strukturgeschichtlichen Bewertungsparameters, allerdings um den Preis der Überführung von Sozial- in Mentalitätsgeschichte.

Neu und fruchtbar für die weitere Aufklärungsdiskussion ist Grimmingers Absage an die Gleichsetzung von Aufklärung und Bürgerlichkeit. Die Früh- und Hochaufklärung orientiert sich in der Abwendung vom ständischen Partikularismus an der »Utopie« staatlich hergestellter Ordnung, die sich in der Vernunftdisziplinierung der Untertanen mittels Moralisierung im Konzept des »aufgeklärten Absolutismus« programmatisch nachweisen läßt und ihren Ausdruck u.a. auch in der Dichtung der Zeit findet. Der rationale Anstaltsstaat, die auf diesen Staat bezogene utilitäre Gesellschaft sowie der tugendsame »Untertan« fordern im Namen von Vernunft und Moral die »Domestizierung der menschlichen Triebnatur« (22). Diese bürgerliche Theorie staatlichen Systemdenkens beherrscht das Aufklärungsdenken bis ca. 1750/60, um dann von der Empfindsamkeit (»Mitleids- und Liebesethik des Herzens«; 25) kritisiert zu werden. Die im Sturm und Drang und in der Frühklassik radikalisierte »Ich«-Bezogenheit der Dichtung, später verstärkt mit dem Selbstleitungsanspruch des »Bürgers«, verbindet sich seit 1770 mit gleichzeitigen politischen Emanzipationsprozessen. Das Programm staatlich verbürgter Rationalität von Gesellschaft und Individuum wird unterlaufen durch die Entdeckung der Individualpsychologie, individueller Erfahrungs- und Gefühlskultur, durch die Sentimentalisierung von Sozialbeziehungen sowie durch die Individualisierung von Denk- und Erkenntnisprozessen. Der Systemmonismus der Früh- und Hochaufklärung weicht einer Vielzahl von objektangepaßten Erklärungsmustern: Mit der Entstehung eines freien literarischen Marktes wird die Konkurrenz und das Gegeneinander dieser aufbrechenden inneraufklärerischen und gegenaufklärerischen Kulturformen geradezu zur Signatur der Aufklärungsgesellschaft. Analog zur Universalisierung des »Ich«, rechtlich abgesichert in der Trennung von Privatrecht und öffentlichem Recht, verliert die Aufklärung ihre Einheitlichkeit und Staatsbezogenheit.

Wenn man davon absieht, daß diese Deutung beansprucht, »Sozialgeschichte der Literatur« zu sein, dann ist die von Grimmingen aufgewiesene Heterogenität der Aufklärungsepoche ein stimmiges hermeneutisches Zugriffsmodell, das die Doppelpoligkeit der Aufklärung als staats- und bürgerbezogene Bewegung erkennt und damit einer falschen Rückprojektion der »Bürgerlichkeit« ins späte 17. Jahrhundert entgeht bzw. die strukturelle Differenz von aufklärerischer Früh- und Spätphase erkennt. So überzeugend einzelne Beiträge dieses Bandes sind (dies gilt insbesondere für Ungern-Sternbergs Abschnitt »Schriftsteller und literarischer Markt«), so wenig wirkt das Gesamtkonzept zurück auf die Einzelbeiträge. Lediglich Teil I (»Institutionen der Aufklärung«) führt zu Präzisierungen der Einleitung, während die gattungsspezifischen Untersuchungen (in durchweg gelungener Präsentationsform) im literaturimmanenten Horizont der Auslegung verbleiben.

In der Historiographie ist mit der Einführung sozialgeschichtlicher Methoden die Eliminierung persönlichkeitsbezogener Darstellungsformen zugunsten quantitativ-kollektiver Analyseverfahren zu beobachten. Diese Tendenz hat hinübergewirkt in die Literaturgeschichtsschreibung. So artikuliert Grimmingen: »Nicht das Wissen um einzelne Texte und Autoren, sondern eine systematisch geführte Argumentation über den historischen

Gesamtprozeß soll vermittelt werden.« (10f.) Ähnlich die Rowohlt-LG: »Die Themenbereiche, von denen im folgenden auf recht unterschiedliche Weise gehandelt wird, also Ästhetik, Literaturtheorie, Formen und Gattungen, sind durch das Material vorgegeben; die Individuen mit ihrer Biographie treten in einem solchen Kontext allerdings zurück.« (9) Durch die Verallgemeinerung des Gegenstandsbereichs entsteht in der Rowohlt-LG dennoch keine innere Geschlossenheit der Konzeption, da auf zu kleinem Raum zu viele und zu ungleichgewichtige Themen nach einem numerischen Gleichheitsprinzip (Seitenzahl) behandelt werden.

Daß gerade die Verbindung von Biographie und Werkanalyse (wie sie auch in der DDR-LG durchgehend praktiziert wird) entscheidende Einsichten in den intellektuellen Sozialisationsprozeß von Autoren vermitteln kann, zeigen die gelungenen Partien der Athenäum-LG. Die Zuteilung großer Stoffkomplexe an die Mitarbeiter, die Berücksichtigung der Aufklärungsentwicklung nach 1789, die parallele Behandlung von Aufklärung, Empfindsamkeit, Sturm und Drang und Frühklassik sowie die handfesten Einleitungen zu jedem Abschnitt (mit historischem Akzent) bieten dem Leser ein differenziertes Bild der Aufklärungsepoche. Meisterhaft sind die Klassikabschnitte (I.1, S.257ff. und I.2, S.1ff.) von Dieter Borchmeyer, der die sozialgeschichtliche Herausforderung und die literarische Antwort nicht monokausal verknüpft, sondern durch die Berücksichtigung der biographischen Entwicklung der Autoren die Autonomie des Ästhetischen zurückbezieht auf historische Kontextbedingungen. In der Durchbrechung gattungsspezifischer Betrachtungsweisen und der systematischen Analyse sozialgeschichtlicher Probleme und ihrer innerdichterischen Auflösung (Spannung von Berufswelt und dichterischer Freiheit, Differenz von tradiertem Weltbild und sozialer Herausforderung, dichterische Bewältigung der individuellen Lebenspraxis) wird unambitioniert das eingelöst, was die marxistische und systemtheoretisch-dialektische Literaturwissenschaft nur abstrakt fordern, aber nicht durchführen.

V

Abschließend sollen einige übergreifende Charakteristika der beschriebenen Literaturgeschichten sowie Lesehinweise formuliert werden:

Alle untersuchten Darstellungen beziehen sich affirmativ auf ihren Objektbereich »Aufklärung«. Die durch die Aufklärung formulierten Emanzipationspostulate werden keineswegs als nur historisch klassifiziert, sondern als Normvorgaben einer »humanen« Gesellschaft anerkannt.

Der sozialgeschichtliche Interpretationsanspruch ist von den Autoren sehr unterschiedlich realisiert worden. Über Ziele, Methoden und Funktionen der sozialgeschichtlichen Literaturdeutung besteht kein Konsens. Abgrenzbar sind folgende Zugriffsmodelle:

- Das in der DDR-LG praktizierte Basis-Überbau-Modell begreift objektiv fixierbare historische Strukturprozesse als Determinante von Bewußtseins- und Dichtungsprozessen. Demgegenüber betonen die westdeutschen Literaturgeschichten den Autonomiecharakter der Dichtung gegenüber ihrem sozialen Umfeld, ohne die Zusammenhänge von Strukturgeschichte und Dichtungsentwicklung aufzeigen zu können.
- Die Zuordnung von literarischen zu historischen Epochenstrukturen wird durchgehend nicht begründet. Während die DDR-LG die Formationsperiode des Kapitalismus der Aufklärungsentstehung analogisiert, spaltet die Hanser-LG die Aufklärungsbewegung in eine absolutistische und eine bürgerliche Systemvariante, während die Rowohlt-LG und die Athenäum-LG von einer pragmatischen Definition der »bürgerlichen« Aufklärung ausgehen.

- Sozialgeschichtliche Literaturbetrachtung setzt nicht nur neue Interpretationsakzente, sondern erschließt auch neue Quellengattungen für die Deutung. »Niedere« literarische Gattungen sowie die literarischen Kommunikationsbedingungen und -techniken werden erstmals dargestellt.
- Die Vereinheitlichung der im Teamwork erarbeiteten Ergebnisse ist nur in der DDR-LG gelungen. Allenfalls der Athenäum-LG wird man eine geschlossene Konzeption und Durchführung bescheinigen können, während die Rowohlt- und Hanser-LG über den Status von Aufsatzsammlungen nicht hinausgelangen.
- Die Einarbeitung von Schaubildern, Statistiken, Karten und Bildmaterial weist nur die DDR-LG auf. Hier besteht ein Nachholbedarf bei den westdeutschen Literaturgeschichten.⁷

Wer sich über Autoren und deren Werke zuverlässig informieren will und zudem Überblicke über literarische Zirkel, Literaturzentren etc. sucht, der wird von dem Positivismus der DDR-LG zuverlässig bedient. Für eine Differenzierung der Aufklärungsepoche bietet Grimingers Einleitung in der Hanser-LG wichtige Anregungen. Die Darstellung der Einzelepochen ist in der Athenäum-LG durchweg gelungen. Über die Entwicklung der dichterischen Gattungen informieren die Hanser- und die Rowohlt-LG.

Insgesamt sind alle Darstellungen wissenschaftlichen Leitvorstellungen in einem solchen Maße verpflichtet, daß nur das interessierte Fachpublikum (Professoren, Assistenten, Studenten) als Leserkreis in Frage kommt. Während die Geschichtswissenschaft in den letzten beiden Jahrzehnten anspruchsvolle Gesamtdarstellungen von Fachleuten für ein breites Publikum produziert hat, verschließt sich die Literaturwissenschaft eine solche Wirkungsmöglichkeit durch Spezialisierung und Verwissenschaftlichung.

Anmerkungen

- 1 Werner Krauss: Zur Periodisierung der Aufklärung. In: ders. und Hans Mayer (Hrsg.): Grundpositionen der französischen Aufklärung. Berlin 1955, S.VII.
- 2 Hermann Hettner: Literaturgeschichte des 18. Jahrhunderts. 3 Teile. Braunschweig 1856-1870.
- 3 München 1959 (= Helmut de Boor und Richard Newald: Geschichte der deutschen Literatur von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bd.6,1).
- 4 Die Literatur der Aufklärung formuliert »heroische Illusionen der Bürgerklasse von einer humanistisch-harmonischen Gesellschaft nach dem Sieg über die Feudalklasse« (ebd., S.19).
- 5 So Werner Bahner: Einleitende Bemerkungen zu einigen methodologischen Problemen. In: ders. (Hrsg.): Renaissance, Barock, Aufklärung. Epochen- und Periodisierungsfragen. Kronberg/Ts. 1976, S.13. Zur Periodisierung der Aufklärungsepoche durch die DDR-Forschung vgl. ebd., S.60ff., 149ff. und 170ff.
- 6 Vgl. hierzu die Dokumentation von Volker Meja und Nico Stehr (Hrsg.): Der Streit um die Wissenssoziologie. 2 Bde. Frankfurt/M. 1982.
- 7 Der Publikationszwang jüngerer Autoren, das Fehlen einer bedeutenden Forschungsinstitution für die Geisteswissenschaften in der Bundesrepublik, die Veränderung des politischen Klimas nach 1972 und die kurzfristigen Planungsstrukturen der Verlage verhindern langfristige Kooperationsformen von Autoren, die für die Realisierung von umfassenden Handbüchern unentbehrlich sind.

Dokumentation

Libanesische Volkshilfe bittet um Hilfe

Die libanesische Volkshilfe hat sich an die Weltöffentlichkeit mit einem dringenden Aufruf gewandt. Bis heute sind über 30000 Menschen dem israelischen Aggressionskrieg zum Opfer gefallen, über 80000 wurden verwundet. Durch die Zerstörung ganzer Städte und Dörfer wurden über 800000 Menschen obdachlos. Zahlreiche Krankenhäuser, Ambulatorien, Schulen, Kindergärten und andere soziale Einrichtungen wurden vernichtet. Es fehlt an allem, was zur Rettung des Lebens der Verwundeten nötig ist. Stunde für Stunde sterben Menschen, weil ihnen keine Hilfe geleistet werden kann. Wir brauchen Soforthilfe zur Rettung des Lebens tausender Zivilisten und zum Wiederaufbau der zerstörten medizinischen und sozialen Einrichtungen.

Wir appellieren an die deutsche Öffentlichkeit und alle humanitären Organisationen, durch finanzielle, medizinische und andere Hilfe einen Beitrag zur Linderung der großen Not der Bevölkerung im Libanon zu leisten.

Spendenkonto: Libanon-Hilfe e.V., Konto-Nr. 19397-104, Postscheckamt Berlin West.

Kontaktadresse: Telefon: 030/314 49 74, Kennwort: Libanon-Hilfe, Dr. Beydoun, Telefon: 030/614 60 15, Dr. Mahjoub, Telefon: 030/852 70 15/796 33 82.

Intervention

Betrifft: Nora Rätzkel, Thesen zur Facharbeiter-Identität (Argument 130)

Der Frauenaspekt fließt in diese Thesen nur beschreibend ein, es wird festgestellt, daß Frauen »von Natur« für technisch unbegabt, intellektuell unterlegen und körperlich schwächer gehalten werden, was zwar als gängiges Vorurteil nicht zu bestreiten ist, aber keinen Zusammenhang zum Problem der Identität erkennen läßt. Gerade aber am Problem der mehr oder minder möglichen Identifizierung mit dem Arbeitsinhalt angesichts der Automatisierung in Industrie und Verwaltung und weltweite Ökologiekatastrophen hätte es sich gelohnt, die Betroffenheit von Frauen systematischer zu untersuchen:

Geht man von einer krisenhaften Wirtschaftsstruktur auch in der BRD aus, so stellt die forcierte Technologie-Entwicklung durch Staat und Industrie wohl den stärksten Hebel dar, die prekär gewordenen Verwertungsbedingungen wieder zu verbessern. Von der Verlagerung menschlicher Arbeit in automatisierte Systeme zwecks Kostenersparnis sind in erster Linie einfache und standardisierbare Tätigkeiten betroffen, an denen in der Regel weibliche Arbeitskräfte anzutreffen sind. Wenn also traditionelle Arbeitseinstellungen in eine Krise geraten, so logischerweise primär die der Frauen! Daß sich bei ihnen der ökonomisch-technologische Wandel trotzdem weniger als krisenhafte Orientierungslosigkeit bemerkbar macht, könnte an der stärkeren Bindung an familiäre und personelle Maßstäbe und Normen liegen, die eine Identifikationskrise aufgrund von Problemen im Arbeitsbereich weniger wahrscheinlich machen als beim traditionellen Facharbeiter; obwohl gerade Frauen wegen ständig sich reduzierender Arbeitsinhalte am ehesten Anlaß zur Identitätskrise hätten!

Auf diesem Hintergrund müßte eigentlich eine weitergehende These formuliert werden: Frauen erweisen sich auf Grund ihrer stärkeren Verankerung in vielfältigen Lebensbereichen weniger den Problemen des Arbeitsbereichs ausgeliefert, können demzufolge vom Kapital als belastbarer, sprich ausbeutbarer und zugleich billiger angesehen werden. Damit gewinnen sie Vorsprünge im Konkurrenzkampf (mit Männern) um die insgesamt knapper werdenden Arbeitsplätze, wenn auch gleichzeitig die Doppelbelastung von Haus- und Lohnarbeit, die »Gefahr« von Schwangerschaft und bezahltem Mutterschaftsurlaub solche möglichen »Vorsprünge« aus Unternehmersicht wieder zunichte werden läßt.

Oder provozierender: Frauenarbeit erweist sich dem anarchischen kapitalistischen Verwertungsprozeß in Krise und Prosperität als besonders funktional, weil je nach Wirtschaftslage den Bedingungen leichter anpaßbar (industrielle Reserve-Armee, Heim- und Herd-Ideologie) und dem herrschenden Wertesystem relativ geringen organisierten Widerstand entgegensetzend (verschwindende Prozente in Parteien und Gewerkschaften).

Fazit: Kümmern wir uns lieber um das, was bei Frauen anstelle der »Identitätskrise« vor sich geht — was ist mit Depressionen, Alkoholismus, Tabletensucht, stress-bedingten Erkrankungen und deren Zusammenhängen mit weiblicher Lohnarbeit?

Gisela Hartwig

Kongreßberichte

Dritte Westberliner »Volksuni«

28.-31. Mai 1982

Die Gründung der Volksuni 1980 wurde ein Erfolg — vielleicht spielte Überraschung dabei mit. Damals gab es bereits eine Klimaänderung auf der Linken — die »Alternativen« und die »Grünen« hatten sich formiert und die sozialistischen Fraktionen redeten wieder miteinander. Das wechselseitige Exkommunizieren ließ nach. Eine Art ökumenischer Geist, wie das bei den Christen heißt, breitete sich unter Sozialisten aus. Auf dieser Linie lag das Projekt Volksuni nun auch. Aber das war nur ein Aspekt, nicht der wichtigste. Im Zentrum ging es um eine neuartige Struktur des Zusammenwirkens der Kräfte der Arbeit und der Wissenschaft, der Frauenbewegung, der Christen, wie sie sich auf katholischer Seite beim »Kirchentag von Unten« zusammengefunden oder beim evangelischen Kirchentag eine riesige Friedensdemonstration organisiert haben, dazu die ökologischen Kräfte und kulturelle Bewegungen und weitere »neue soziale Bewegungen« ... Die Volksuni ist ausdrücklich als kulturelles Projekt konzipiert, handelt also nicht nach der Logik politischer Organisationen. Dennoch hat das Kulturelle immer auch eine politische Dimension, und ein Projekt des Zusammenbringens der unterschiedlichen sozialen Bewegungen auf kultureller Ebene muß dies ganz besonders haben. Das Politische der Volksuni besteht nicht in erster Linie in den Themen als vielmehr in der *Anordnung* der unterschiedlichen Tendenzen. Dies ist die strategische Grundfrage. In meinem Vortrag über »Strukturelle Hegemonie« (veröffentlicht in *Argument 129*) habe ich auf der 2. Volksuni diese Frage theoretisch bearbeitet. Vermutlich ist die Hegemonialstruktur-ohne-Hegemon, wie sie für die Volksuni wesentlich ist, einerseits ungewohnt, andererseits ruft sie das Mißtrauen all der organisatorischen oder publizistischen Zentren der Linken hervor, die nach der alten Regel der Machtlogik handeln, entweder selber Hegemon zu sein oder ein nicht selbst kontrolliertes hegemoniales Feld zu zersetzen.

War die erste Volksuni ein Überraschungserfolg, so stand die zweite im Zeichen der Verdreifachung der Veranstaltungen, damit auch der Unübersichtlichkeit, des Nebeneinanders autonomer Bereiche, der Non-stop-Atenlosigkeit. Und die Neugier trieb mehr Besucher her als beim erstenmal. Die dritte Volksuni stellte den Test dar, ob es gelingen würde, den Übergang zur festen Institution zu finden. Ist das gelungen? Ich bin mir nicht ganz sicher, aber vermutlich kann man die Frage bejahen. Die Teilnehmerzahl ging im Vergleich zum Vorjahr zurück, ziemlich genau um 12 Prozent. Dafür hatte sich das Diskussionsklima in vielen Bereichen ruckartig verbessert. Vielleicht sollte ich besser sagen: die *Diskussionskultur*, denn in vielen Veranstaltungen (wenn auch nicht in der Polen-Diskussion) wurde unerhört intensiv und geradezu forschend diskutiert, der alte Ton der Konfrontation, der Anklage, des Aufmachens alter Rechnungen, der auf den ersten beiden Volksunis noch viele Diskussionen belastete, wurde jetzt kaum mehr gehört. Und überdies trat in vielen Diskussionen der Lebensbezug der Ideen in den Vordergrund. Es war spürbar, daß diejenigen, die hier ihre Fragen, Zweifel, Erfahrungen vorbrachten, aus der Schule des eigenen Lebens plauderten. Mein Eindruck war, daß das, worum es bei der Volksuni ging, für diese Teilnehmer in ihre Lebensweise verwoben war. Aus vielen Beiträgen und Gesprächen ging hervor, daß die Redenden in ihrem Bereich oder an ihrem Ort ähnliche Projekte wie die Volksuni betreiben oder ähnliche Dimensionen in ihre Projekte aufnehmen. Nach meiner Erfahrung war der Anteil der auswärtigen und ausländischen — vor allem der schweizer — Teilnehmer gewachsen. Auch bezieht sich eine Reihe von Projekten außerhalb Berlins auf die Volksuni. So stellte sich in einer Veranstaltung die Volksuni Hamburg vor, in einer anderen wurde das Projekt einer Volksuni Zürich besprochen. Aber auch die zu zwanzig angereisten Aktiven vom Göppinger

autonomen Jugendzentrum sprachen von Parallelen zwischen ihrer Praxis und dem Volksunikonzept. (Eine Woche später adoptierte Eckart Holler für das Tübinger Friedensfestival, das wie jährlich vom Club Voltaire organisiert war, den Namen Volksuni.) Aus München war eine Gruppe angereist, die sich mit dem Gedanken trägt, dort eine Volksuni zu gründen. Insgesamt schien der Anteil der selber organisierenden Aktiven sehr hoch. Der Anteil der »Laufkundschaft« schien stark zurückgegangen.

Andererseits spielten vermutlich unterschiedliche Gründe zusammen, daß erheblich weniger Gesamtkarten verkauft werden konnten. Es waren zwar über 10 Prozent mehr vollbezahlte Gesamtkarten als im Vorjahr gekauft worden, aber nur etwa halb soviel ermäßigte Karten. Über den Grund oder die Gründe kann man nur Vermutungen anstellen. Letztes Jahr konnten alle, die sich mit bis zu 2.000 DM Netto-Monatseinkommen einstuften, die auf 20 DM verbilligten Karten nehmen, diesmal nur die Nichtverdiener. Für viele betrug der Preisunterschied zu einer Tageskarte im letzten Jahr nur 5 DM, in diesem Jahr 25 DM. Andere Gründe wie das Sommerwetter, die vielen Konkurrenzveranstaltungen, klammere ich (weil unbeeinflussbar) aus und frage lieber nach den Schwächen des Programms. Vielleicht gab es zu wenige »Zugpferde« unter den Referenten. Vermutlich hat auch Hartwig Bögeholz recht, der (in: »zitty« 11/1982) das Fehlen einiger »heiße Eisen« der Linken unter den Themen kritisierte (z.B. zur Berliner Wohnungspolitik). Aber Bögeholz schreibt auch: »Besonders hervorzuheben ist die Frauenrocknacht«, und gerade dieses Konzert wurde von den Teilnehmer(inne)n kaum akzeptiert. Die Gewerkschafter unter den Organisatoren, die sich diesmal entscheidend in die Gestaltung des Musikprogramms eingemischt hatten, hatten geglaubt, der Rocks Schwerpunkt würde mehr Kollegen aus den Betrieben und mehr Jugendliche anziehen. Beide Rechnungen gingen nicht auf. Die Neugründung eines Jugendressorts in diesem Jahr brachte so gut wie keine neuen Jugendlichen zur Volksuni. Auf der anderen Seite fehlte es abends an Veranstaltungen für die Nicht-Rockfans. Man denke nur an die ungemein intensiven Biermann-Konzerte der ersten beiden Volksunis.

Die Volksuni ist dieses Jahr gefährlich in die roten Zahlen gekommen. Aber sie hat auch weiterweisende rote Tatsachen geschaffen. Noch hinkt bei manchen Kreisen das Verständnis hinterher, was zwar nicht der Rock, aber der Ruck nach vorn, den die Frauenbewegung in der Volksuni getan hat, für progressive Kultur und Politik auf Dauer bedeutet. Aber darüber werden die Frauen selbst berichten. Wie überhaupt das Angebot der Volksuni so vielfältig ist, daß es für einzelne unübersichtlich bleibt.

Ich denke, daß die Volksuni vor einigen Fragen steht, die nicht leicht zu lösen sein werden. Werden sich Organisator(inn)en finden, die das Bündel von Widersprüchen, mit dem die Volksuni leben muß, begreifen, aushalten und damit zurecht kommen? Werden sie Pluralismus und Einheit ins Gleichgewicht bringen? Werden wir, die Laien, auch Rechenhaftigkeit lernen? Werden wir die Intrigen der traditionellen Machtzentren durchschauen und abwehren?

Man muß auch sehen, daß manche politische Umweltbedingungen sehr ungünstig sind. Man schaue sich die »Berichterstattung«, die eher einem Gericht mit anschließender Bestattung gleicht, der »Tageszeitung« an. Am Tag nach der Volksuni erschienen 10 Zeilen unter der Überschrift »Zu wenig Besucher«. Tags darauf erschienen weitere 20 Zeilen unter der Überschrift »Die Jugend blieb fern«. Wer aber wirklich fern blieb, war irgendein Mitmensch aus der TAZ. Nicht daß die TAZ das nicht zu Protokoll gegeben hätte. »Samstag: Volksuni — Nein danke. Das ist Mindfucking für Gewerkschafter und latzbehoste Friedensjunkies. Lieber abends in die Philharmonie: Gato Barbieri bläst ...« (TAZ, 2.6.82, S.14, »Lob des braven Konsumenten«). So mancher Blick von anderer Seite war von Anfang an in der Hoffnung, sie werde mißlingen, auf die Volksuni gerichtet. So wußte man von vornherein, das »Volk« würde nicht erschienen sein, sehr wahrscheinlich würden es nur Studenten gewesen sein. Viele, selbst Organisatoren, fielen auf

diese vom Umfeld herangetragene Sichtweise herein. An der Kleidung, an der Haartracht sieht man nämlich die Klassen- oder Schichtenzugehörigkeit kaum noch, zumindest nicht bei den Volksunibesuchern. Ein Dauerverwirrspiel bestand darin, daß sich die anwesenden Betriebsarbeiter(innen) wechselseitig für Studenten hielten. Mein Eindruck ist sogar, daß dieses Jahr relativ weniger Studenten kamen, keinesfalls mehr als ein gutes Drittel, was sich an der Zusammensetzung der verkauften Karten ablesen läßt, denn für Studenten kostete eine Gesamtkarte fast gleichviel wie eine Tageskarte. Daher ist anzunehmen, daß vollbezahlte Gesamtkarten + Tageskarten auf jeden Fall von Nichtstudenten (und auch nicht von den anderen zum ermäßigten Preis berechtigten Gruppen, wie die wachsende Zahl der Arbeitslosen etc.) gelöst waren. Ich habe mir in meinen Diskussionen so geholfen, daß ich dafür gesorgt habe, daß wir uns einander wechselseitig vorstellten.

Eine besonders wichtige Kraft im Umfeld hat sich für die Volksuni günstig entwickelt: die Gewerkschaften. Die Organe des Berliner Landesverbands sowie des Bundesvorstands des DGB, die sich anfangs abwartend zurückgehalten hatten, berichteten sehr positiv. Vor allem die Redakteurin der »Welt der Arbeit« (DGB), Beatrix Geisel, verband zwei bemerkenswerte Akzente in ihrem Bericht, den Klassenstandpunkt mit der Perspektive der Frauenbewegung. »'Volksuni': Frauen geben den Ton an/An Privilegien gekratzt« — so ist ihr Bericht überschrieben. Die Zeichen für eine bessere Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften stehen also nicht ungünstig.

Die Volksuni muß gleichzeitig Ziele anstreben, die sich widersprechen. Zum Beispiel brennende Themen durch Leute bearbeiten lassen, von denen es viele wissen wollen, was zu Großveranstaltungen führt, andererseits muß sie die vielen unberühmten, aber für die progressive Kultur lebenswichtigen Projekte sich vorstellen lassen und Kleingruppendiskussionen fördern. Vielleicht ringen wir uns durch, die Vormittage für wenige aber größere Veranstaltungen zu nutzen, die Nachmittage dagegen für eine unbegrenzte Vielfalt der Projekte.

(In den folgenden *Argument*-Heften bringen wir weitere Berichte, dazu eine Reihe von Volksuni-Beiträgen.)

Wolfgang Fritz Haug

Marxistische Volksuniversität in Stockholm

(Marxistiskt Folkuniversitet i Stockholm) 20.-23. Mai 1982

In diesem Jahr kamen etwa 1.300 Menschen zur jährlichen Volksuniversität: Schüler, Rentner, Arbeiter und Intellektuelle. Das schwedische Vorbild ist der Berliner Volksuni vergleichbar und doch auch ganz anders. Das Andere bezieht sich z.B. auf die Bedingungen. Folkuniversitet wird veranstaltet vom Zentrum für marxistische Studien (CMS), einer Institution, die organisatorisch und finanziell mit der kommunistischen Partei zusammenhängt. Diese Partei sieht ihre Aufgabe offenbar darin, so viele sozialistische Projekte als möglich zu unterstützen. Was den Namen »sozialistisch« verdient, entscheiden die Projekte selber (so kann etwa eine Initiative gegen den Nestle-Konzern wegen des Babinahrungsskandals mit Unterstützung durch das CMS rechnen, ohne dabei gleichzeitig seine Eigenständigkeit aufgeben zu müssen). Entsprechend sind im CMS wissenschaftlicher organisiert, die für sich entschließen, dazuzugehören.

Die meisten Redner auf der Folkuniversitet waren Kommunisten (einige aus der Parlamentsfraktion), aber auch Sozialdemokraten, unabhängige Linke und einige ausländische Referenten trugen vor (Heidi Hartmann aus Washington: Patriarchat und Kapitalismus; Frigga Haug: Küche und Klassenkampf, Fragen an einen feministischen Marxismus; Elmar Altwater: Ökonomische Krise und alternative Arbeiterklasse; Sam Aaronovitch: Über den Thatcherismus; Vertreter der kommunistischen und linkssozialistischen Parteien Norwegens, Finnlands und Dänemarks diskutierten den Sozialismus des Nordens). Der Rahmen: die Folkuniversitet findet in einem etwas düsteren Gymnasium in

einem Arbeiterviertel (Söder) statt. Dort haben die Kommunisten 25% Stimmen bei den Wahlen. Die Schulumgebung kann trotz vieler roter Fahnen, Nelken, Ausstellungen und Organisationstische nicht wirklich durchbrochen werden. Aus der eigenen Behinderung begreift man, daß die Schüler sich nicht zentral begegnen können, außer in der Ordnung der Aula. So kam auch die Selbsttätigkeit der Teilnehmer in den vier Tagen Volksuni viel zu kurz, beschränkte sich auf einige Diskussionen, ein vollständig überfülltes Tanzfest, auf dem 150 Menschen vor der Tür bleiben mußten, weil einfach keiner mehr hineinzustopfen war.

Sprachlich gewissermaßen behindert konnte ich leider nur wenigen der über 40 Vorträge folgen, weil die geflüsterten Übersetzungen aus dem Schwedischen auf Dauer zu anstrengend und auch störend waren. Das Programm ist ähnlich wie das Berliner aus Vorträgen und Workshops aus den Bereichen: Grundfragen, Frauen, Kultur, Massenmedien, Europa und Internationales usw. zusammengesetzt. Die Zuhörer waren selbst bei großen Schwierigkeiten, wie fremdsprachlichen Vorträgen, von intensiver Aufmerksamkeit. Die Diskussion war weniger polemisch als bei uns, eher wurden Lösungen und Orientierungen gesucht.

Das Fremdeste war für mich das Kulturprogramm. Lange, mir leider unverständliche Reden eines Komikers, Rezitationen aus Majakowski und ein vollständiger Verzicht auf Aktivitäten der Zuhörer, obgleich ein geradezu drängendes Aktivitätspotential spürbar im Raum hing. Die abschließende gemeinsam gesungene Internationale überbrückte so mehr als nur verschiedene Sprachen.

C.H. Hermansson, der als einer der wenigen, wenn nicht der einzige nicht korrupte Politiker gilt, ist eine zentrale Gestalt dieser schwedischen Volksuni. Es ist schwierig, sein Wirken dort einigermaßen angemessen zu beschreiben. Am beeindruckendsten war mir seine bescheidene Allgegenwärtigkeit.

Als ein schwerer Schatten lag in diesem Jahr der Tod von Peter Weiss über der gesamten Folkuniversität. Seine Ästhetik des Widerstands ist auf eine gewisse Weise dieser Anstrengung, das Volk in die Universität zu holen, eine Universität mit und für das Volk zu machen, verwandt. Die Eröffnungsveranstaltung mit Texten aus Marat galt ihm.

Frigga Haug (Berlin/West)

Bericht* über den 2. Kongreß für klinische Psychologie und Psychotherapie 14.-19. Februar 1982 in Berlin. Veranstalter: Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie und Gesellschaft für wissenschaftliche Gesprächstherapie

Über mangelnde Resonanz brauchten sich die Veranstalter dieses Kongresses nicht zu beschweren. Es kamen an die 3.000 Besucher, es hatten 450 Referenten Beiträge angemeldet und die Medien nahmen sich des Kongresses ebenso aufmerksam an. Was muß das für eine spektakuläre Veranstaltung gewesen sein, zu der »Der Deutsche Arzt« (7/1982) — Zentralorgan des Hartmannbundes — zu der Überschrift griff »Auch Psychologen wollen Steine werfen« und seinen Lesern mitteilt, daß »die Mehrheit der 14.000 Mitglieder der beiden engagierten Gesellschaften spektakuläre Aktionen im Zusammenwirken mit militanten Gruppen (plant)«? Angesichts einer relativ konfliktscheuen und gelegentlich auch lahmen Kongreßatmosphäre wirkt dieser Bericht in einem Maß unreal, daß man hier nur Übereifer im berufsständischen Diffamierungsgeschäft am Werke sehen kann. Und trotzdem ist auf diesem Kongreß ein wenig spektakulärer Prozeß der Politisierung in Gang gekommen, allerdings in einem völlig anderen Sinne als es der

* Eine ausführliche Einschätzung dieses Kongresses ist im »Jahrbuch für Kritische Medizin 8«, (AS 86): Pflege und Medizin im Streit, erschienen. Vgl. dort H. Keupp u.a.: Psychologie auf der Suche nach einer neuen politischen Identität.

zitierte Berichterstatter wahrnehmen wollte oder konnte. Der Anspruch des Kongresses zielte auf die Politisierung einer Profession, jedoch nicht im Sinne jener ritualisierten Erkenntnisse zu einer programmatischen Fortschrittlichkeit, die nichts kostet, sondern im Sinne einer »inneren Politisierung«, die auf das eigene professionelle Selbstverständnis zielt.

Das Thema »gemeindepsychologische Perspektiven« sollte ausdrücklich keine neuen Pfründe einer von zunehmender Arbeitslosigkeit bedrohten Berufsgruppe eröffnen, wie es wiederum der Beobachter des »Der Deutsche Arzt« unterstellt. Es steht vielmehr für den Versuch, die Funktion und reale Form psychosozialer Praxis in einer Gesellschaft vom Typus der BRD zu reflektieren. Es signalisiert den Bruch mit einem therapeutischen Technizismus, der in dem kompetenten Experten die Garantie für eine richtige und verantwortungsvolle Praxis sieht. Es vermittelt die Bereitschaft, sich über den Zusammenhang von persönlichen Krisen und Leidenszuständen und gesellschaftlichen Krisensymptomen mehr Klarheit zu verschaffen. Und schließlich steht dieses Thema für das wachsende Bewußtsein, daß die aktuellen politischen Entwicklungen (Abbau des Sozialstaates, Aufrüstungspolitik oder Gesundheitssicherstellungsgesetz) das eigene Berufsfeld direkt betreffen und zu einer politischen Reflexion und Auseinandersetzung zwingen.

Dem Berliner Kongreß hatte keine geschickt operierende Kongreßdramaturgie zu einer eindrucksvollen politischen Manifestation verhelfen können. Es lief als berufs- und gesundheitspolitischer Suchprozeß ab, an dem sich noch nicht einmal die Mehrheit der Referenten und Teilnehmer aktiv beteiligen wollte. Insofern bestand der etwas größere Teil dieses Kongresses aus Symposien, Referaten und Workshops, die sich mit spezifischen klinisch-therapeutischen Problemstellungen beschäftigten. In diesem Trend kam sicherlich einerseits das Interesse vieler Teilnehmer zum Ausdruck, bei einem solchen Kongreß in erster Linie etwas für ihre fachliche Weiterbildung zu tun. Andererseits drückt er auch aus, daß der Prozeß der »inneren Politisierung« viel weniger positive Identifikationen bietet. Er fordert eine selbstkritische Reflexion, die gelegentlich Zuge von Destruktivität annimmt, er vollzieht sich als Öffnung zu anderen Disziplinen (vor allem Soziologie, Politologie und Ökonomie), deren Denkweisen befremdlich abstrakt erscheinen, er zielt auf die Herausarbeitung spezifischer Grundhaltungen, die nicht identisch sind mit der Fähigkeit, in konkreten Situationen auf ein bewährtes Handlungsrepertoire zurückgreifen zu können.

Gründe dafür, daß der Suchprozeß nach einer neuen politischen Identität auf diesem Kongreß nicht von der Mehrheit der Kongreßteilnehmer voll mitgetragen wurde, liegen in der aktuellen politischen Situation und in der Schwierigkeit begründet, die Ebene programmatischer Fortschrittlichkeit verlassen zu müssen. Der Kongreß hat sich inhaltlich mit der aktuellen Krise des Wohlfahrtsstaates auseinandergesetzt, aber zugleich hat diese Krise viele Teilnehmer nach Berlin getrieben. Sie wird als bedrohlich anwachsendes Reproduktionsproblem tagtäglich spürbar. Dadurch sinkt auch die Motivation, sich mit der Einschätzung der Krise noch eine ganze Woche zu konfrontieren. Die Erarbeitung einer professionskritischen Grundhaltung ist für Leute, die auf Stellensuche sind, wenig ermutigend. Und selbst bei vorhandener Bereitschaft, sich an diesem Prozeß zu beteiligen, ergaben sich enorme Schwierigkeiten. Es ist eine Sache, fortschrittliche politische Optionen abzugeben (für den Frieden, gegen den Abbau sozialstaatlicher Leistungen), wesentlich schwieriger ist es jedoch, die inneren Vermittlungen zwischen Politik und psychosozialer Arbeit aufzuspüren. Das konnte den Psychologen auch nicht von den einbezogenen sozialwissenschaftlichen Experten abgenommen werden. Deren durchschnittlicher theoretisch-analytischer Vorsprung ließ sich nur schwer auf die Erfahrungsebene psychosozialer Praktiker beziehen. Es gelang nur in Ansätzen, die Alltagserfahrungen in psychosozialen Praxisfeldern politisch zu reflektieren.

Abgesehen davon, daß es wichtig und positiv war, daß dieser Kongreß einen Suchpro-

zeß eingeleitet und eine neue Form von Politisierung unter Psychologen angestoßen hat, bleiben einige Einsichten festzuhalten, die sich im sozialpolitischen Schwerpunkt gewinnen ließen. Die Beiträge der Ökonomen verhalten zu der Einschätzung, daß es keine zwingenden ökonomischen Sachgesetzmäßigkeiten gibt, die in einer gesellschaftlichen Situation wie gegenwärtig einen Abbau von Sozialleistungen notwendig machen. Es ist allein eine politische Entscheidung, die möglich in einer ideologischen Grundströmung und Atmosphäre ist, die soziale Leistungen in ein Assoziationsfeld von Überversorgung bringen (z.B. Hängematte, soziales Netz, Wohlfahrt). Daß in Zeiten knapper werdender öffentlicher Ressourcen am ehesten dort Abstriche gemacht werden, wo am wenigsten gesellschaftliche Macht zu erwarten ist, erklärt zudem, warum auch kostensparende Strukturreformen im gesellschaftspolitischen Feld kaum durchsetzbar sind. Es ist gerade im psychosozialen Bereich der gegenteilige Trend zu beobachten: Er wird real nach konservativen Vorstellungen neu strukturiert mit der Stärkung der ärztlichen Position, der Gefährdung ambulanter, multiprofessionell zusammengesetzter Teams und mit der Tendenz, die Psychologen ganz auf den privaten Psychomarkt zu drücken, was für die Mehrheit der Psychologen zur beruflichen Deklassierung führen muß.

In besonderem Maße wurde der Kongreß durch die Teilnahme von zwei starken Gruppen aus Holland und Italien geprägt. Für die Holländer war es die erste größere Gelegenheit, einem deutschen Publikum die besonderen Formen psychiatriepolitischer Reformentwicklungen in Holland darzustellen. Es wurde mit großem Interesse und Überraschung zur Kenntnis genommen, in welchem Umfang die ambulante Versorgung in Holland ausgebaut worden ist und wie wenig politischer Zündstoff in diesen Maßnahmen enthalten war. Es wirkte irritierend, daß in der praktischen Konsequenz zwischen dem holländischen und dem italienischen Weg sich keine tiefreichenden Differenzen auftraten. Die erreichten Umstrukturierungsprozesse in beiden Ländern ließen deutlich werden, daß in der Bundesrepublik der Aufbau einer gesetzlich und finanziell abgesicherten ambulanten Versorgung nach wie vor absolute Priorität haben muß. In der politisch-ideologischen Reflexion der eigenen Praxis unterschieden sich die Holländer und Italiener bemerkenswert. Die holländischen Kollegen demonstrierten die friedliche Koexistenz von Reformbereitschaft und Fachlichkeit, die sich kaum zu politisierbaren Formeln verdichten läßt. Zwar waren auch die Italiener weniger politisch-programmatisch als bei früheren Anlässen (etwa Basaglias Auftritt beim ersten Gesundheitstag), doch zielt ihr Diskurs nach wie vor zentral auf die Vermittlung gesellschaftspolitischer und professioneller Perspektiven. Ihr Diskurs kann in der bundesrepublikanischen Diskussion nicht rezeptiv kopiert werden, das haben die italienischen Kollegen auch selbst immer wieder betont. Sie haben in ihrer spezifischen Form der politischen Thematisierung von psychosozialer Praxis jedoch eine Tendenz wesentlich mitgetragen, die bei diesem Kongreß sehr ausgeprägt war: »Gemeindepsychologische Perspektiven« wurden nicht als psychologisierende Beglückungsphantasien eröffnet.

Heiner Keupp (München)

Die Industriesoziologie und ihre Anwendungsprobleme

Tagung der Sektion Industrie- und Betriebssoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Frankfurt/M. 5. und 6. Februar 1982

Die zahlreichen Sektionen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie versammeln von Zeit zu Zeit zum Zwecke des Meinungsaustauschs und der Berichterstattung aus der »Werkstatt« ihrer Mitglieder, die »Zunft«, wie manche Fachkollegen gerne sagen, ein Name, der die Art, wie diese Sektionen sich und ihre Tätigkeit organisieren, ziemlich genau bezeichnet. Das muß nicht immer von allgemeinem Interesse sein. Wenn aber die Sektion Industrie- und Betriebssoziologie, anläßlich organisatorischer Restriktionen im Programm »Humanisierung des Arbeitslebens«, die Tätigkeit vieler ihrer Mitglieder im

Rahmen dieses Programms reflektiert, das Verhältnis der Disziplin zur Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeit zur Debatte stellt, sich über die wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Aufgaben ihres Fachs verständigt, dann ist das, was dabei an (gegensätzlichen) Argumentationen und an Orientierungstendenzen herauskommt, über die Zunftgrenzen hinaus von Bedeutung. In Frankfurt wurde über Erfahrungen von Industriosociologen mit ihrer Tätigkeit und deren Verschiebungen in Humanisierungsprojekten berichtet (von der Evaluation im Staatsauftrag zur Beratungsfunktion im betrieblichen Kräftefeld; R. Lichte, Dortmund), über Erfahrungen in institutionalisierten Kooperationsbeziehungen zwischen Hochschule und Gewerkschaften (M. Osterland, Bremen), über Probleme des Verhältnisses von Wissenschaft und betrieblicher Praxis in Humanisierungsprojekten (F. Weltz, München), über Formen politischer Wirksamkeit sozialwissenschaftlicher Forschung am Beispiel von Qualifikationsforschung und Bildungsplanung (U. Teichler, Kassel). Über die wissenschaftliche und gesellschaftliche Aufgabenstellung der Industriosociologie angesichts der Widersprüche und Umbrüche in der gesellschaftlichen Arbeit (»Intervention oder Information?«) stritten auf dem Podium: E. Fricke (Bonn), B. Lutz (München), K. Krahn (Bielefeld); streckenweise in Anknüpfung an eine Kontroverse über das praktische Leistungsvermögen der Soziologie auf einer Tagung über Probleme neuer Fertigungstechnologien im Karlsruher Kernforschungszentrum (vgl. meinen Bericht in *Argument* 123, S.734ff.).

Glanzpunkt der Tagung war der Vortrag von F. Weltz, als Selbstkritik industriosociologischer Forschung ein seltener Augenblick im Leben einer Wissenschaft, die bislang eher um die eigene Legitimation, darum, daß nach Möglichkeit kein Schatten auf sie fällt, besorgt ist. Weltz ging von persönlichen Erfahrungen aus einem Humanisierungsprojekt im Kraftfahrzeugbundesamt in Flensburg aus und mit der Tätigkeit der Soziologen darin ins Gericht (bei durchaus günstigen Rahmenbedingungen und positiven Ergebnissen: Realisierung einer arbeitsorganisatorischen Alternative, Demonstration der Möglichkeit von Gruppenarbeit in einer Behörde, Erhalt des Konsenses aller Beteiligten bis zum Projektabschluß etc.). Trotz einschlägiger Vorarbeiten seien das Vorwissen und die Vorbereitung unzulänglich gewesen, und der Mangel an Primärerfahrungen schmerzhaft spürbar. An der Realitätshaltigkeit des soziologischen Fachwissens sei entschieden zu zweifeln, es behindere praktisches Problemverständnis (»wir waren schlicht doof«). Mit der Kommunikationsfähigkeit der Soziologen gegenüber den Arbeitenden sei es schlecht bestellt (»mir ist im Laufe des Projekts klar geworden, wie schrecklich langweilig ich bin«). Gelernt wurde an Widerständen von unten gegenüber Veränderungsvorschlägen der Soziologen »die Weisheit der Uneinsichtigkeit von Personalräten und Beschäftigten«. Überhaupt »ging es mehr um die Lernfähigkeit von uns, als um die der Beschäftigten«. Das Programm »Humanisierung des Arbeitslebens« begriff Weltz als eine enorme Herausforderung für die Industriosociologie; es habe Chancen eines leichteren Zugangs zu den Betrieben, der Erarbeitung neuer Methoden, der Erweiterung der Forschungsschwerpunkte eröffnet. Die Chancen seien jedoch nur schlecht genutzt worden. Wo Erfolge erzielt wurden, seien sie ziemlich undramatisch gewesen; wo Projekte scheiterten, sei nur unzureichend daraus gelernt worden. Mit der Formulierung von Konsequenzen hielt sich Weltz zurück. Die Soziologie-Ausbildung sei zu verbessern; in jedem Falle sei Wissen über Technik und fachliche Aufgaben notwendig. Die Aufgabenbestimmung der Industriosociologie in Form der Alternative Intervention oder Information hielt er für falsch; eins ohne das andere gehe nicht.

Der Streit zwischen denen, die am praktischen Eingriff von Industriosociologie interessiert sind, und denen, die sie auf analytisch-diagnostische Funktionen beschränken wollen, litt unter Unklarheiten und Mißverständnissen, etwa wenn sie sich auf unterschiedliche betriebliche Akteure bezogen: die ersteren (primär) auf die Arbeitenden, die letzteren (mitunter) auf betriebliche oder administrative Eliten. Die Forderung, die So-

ziologie dürfe nicht in eine Position der Vordenkerei gedrängt und ihre Forschungsarbeit nicht pädagogisiert werden (L.v. Friedeburg, E. Hoerning), wurde von den »Praktikern« nicht bestritten: an eine Stellvertreterpolitik durch Wissenschaftler hatten auch sie nicht gedacht, eher an gemeinsame Forschungs- und Lernprozesse von Arbeitenden und Wissenschaftlern oder an die Initiierung und Durchsetzung betrieblicher Veränderungsprozesse von unten, in denen je nach Bedarf auf Sozialwissenschaftler zurückgegriffen werden kann (E. Fricke, W. Schuchardt). Dem Einwand, soviel Wissen, das man Betriebsräten guten Gewissens in die Hand geben könne, gebe es gar nicht, die Industriosociologie habe bislang mit dem Entwicklungsrhythmus der Wirklichkeit nicht Schritt halten können (B. Lutz), wurde entgegnet, wo und wann denn fehlendes Wissen erarbeitet werden solle, wenn nicht in auf praktische Veränderung gerichteter Forschung, solches Wissen könne nicht einfach aus den Köpfen gezogen, sondern müsse durch probierendes Handeln in der betrieblichen Praxis erarbeitet werden (K. Krahn, E. Fricke).

Gewichtiger war der Streit um die Frage nach der praktischen Dimension des Wissens, das Industriosociologie produziert. Die Mehrheit der »Zunft« neigte der These zu, Soziologie sei eine analytisch-diagnostische und keine »Gestaltungswissenschaft«; der Typus von Wissen, den sie zu produzieren in der Lage sei, habe einen anderen Praxisbezug als die Medizin oder die Ingenieurwissenschaften. Ingenieure würden etwa an Industriosociologen folgende Fragen stellen: »Sagt uns, wie die Kooperation aussehen soll, sollen wir an diese Anlage 1 Meister und 3 Hilfsarbeiter oder 2 Meister und 1 Hilfsarbeiter stellen, wie soll deren Qualifikation beschaffen sein und wie die Lohngestaltung; wir bauen dann entsprechend die Arbeitsplätze.« Müssen Industriosociologen zu solchen Fragen schweigen, auch wenn die Fragen von den Arbeitenden gestellt werden? Unterstellt, Industriosociologie untersuche die Entwicklungstendenzen gesellschaftlicher Arbeit, die widersprüchliche Verschränkung von Handeln und Strukturzwang unter sich verändernden Produktivkraftanforderungen und Gesellschaftsverhältnissen, in der Perspektive der Entwicklung der Fähigkeiten und Eingriffe der Arbeitenden, so könnte sie Möglichkeiten und Beschränkungen, Widersprüche und Bewegungsrichtung des Handelns der Arbeitenden bestimmen. Auf einer solchen Basis ließen sich sehr wohl Antworten auf Fragen wie die zitierten entwickeln: wie soll beispielsweise die Qualifikation beschaffen sein? Zu den genuinen Forschungsgegenständen der Industriosociologie gehört die Untersuchung, welche Anforderungen die Entwicklung der jeweiligen Arbeitsprozesse an die Arbeiterpersönlichkeiten und -kollektive jetzt und perspektivisch stellt, wie die individuellen und kollektiven Arbeitsvermögen unter widersprüchlichen Bedingungen entwickelt und gehemmt werden etc. Bei der Frage, wie eine solche Untersuchung in Lerninhalte und Lernformen ausdifferenzieren sei, wird der Industriosociologe sich (beispielsweise) der Kooperation mit Fachdidaktikern versichern; und bei der Frage, wie die gemeinsamen Ergebnisse in Lehrpläne und Ausbildungsprozesse Eingang finden können, wird er auf die Notwendigkeit bildungspolitischer Anstrengungen verweisen. — Das mag nun eine stark vereinfachte Fassung des Problems sein; immerhin kann sie verdeutlichen, daß die Trennung von Analyse/Diagnose und Gestaltung und ihre arbeitsteilige Zuweisung an verschiedene Wissenschaften das Problem der Gestaltung erst recht an die Ingenieurwissenschaften verlieren würde.

Wie ist der Hang vieler Industriosociologen zum Rückzug aus dem Feld praktischer Eingriffe zu erklären? Natürlich kamen in Frankfurt die mannigfachen Zumutungen der Betriebe und staatlichen Verwaltungen (und streckenweise auch der Gewerkschaften) zur Sprache, das, was C. Offe das Zu-Tode-Akademisieren der Sozialwissenschaften genannt hat, über die sich ein Netz von Aufträgen, Projektförderungen und Karrierechancen gelegt habe, und zu deren entwicklungsbestimmendem Kriterium die »administrative Verdaulichkeit« geworden sei (vgl. Sonderband 1 der Sozialen Welt, S.107ff.). Weniger deutlich wurden die eigenen theoretisch-praktischen Versäumnisse herausgearbeitet:

Man kann einen großen Teil der industriesoziologischen Forschung im letzten Jahrzehnt abbilden als einen schleichenden Erosionsprozeß jeglicher Entwicklungslogik gesellschaftlicher Arbeit. Eine an Selbsttätigkeit der Arbeitenden orientierte Praxis kann schlecht an Untersuchungen anknüpfen, die als Haupttendenz Niedergang, Zersetzung und Verlust diagnostizieren und schließlich die tendenzbestimmenden Zusammenhänge von Ökonomie, Technik, Organisation und arbeitenden Subjekten überhaupt zur Disposition stellen. Das liefert den praktischen Eingriff beliebigem Wollen aus und läßt ihn wissenschaftlich ungeschützt. Einen dritten Grund (der in Frankfurt gar nicht angesprochen wurde) sehe ich in Veränderungen des Gegenstandes der Industriosociologie selbst: Wissenschaft zieht gegenwärtig in bislang unbekanntem Maße in die gesellschaftliche Arbeit ein; ihre technisch-organisatorischen Veränderungen setzen ihre analytische Durchdringung voraus, die in nicht unerheblichem Umfang von den Arbeitenden selbst geleistet werden muß. Es mehren sich die Impulse auf Seiten der Beschäftigten, die Analyse der eigenen Arbeit im eigenen Interesse zu betreiben. Damit wächst ihr Bedarf an Wissenschaft. Es entstehen Ansätze eines verwissenschaftlichten Arbeitsalltags, die die überlieferten akademisch-disziplinären Weisen der Wissensgewinnung und Wissensvermittlung nicht unberührt lassen. Hier entwickeln sich neuartige Spannungen, deuten sich Funktionsverschiebungen der Sozialwissenschaften an, die deren Vertreter einstweilen in einem Gemisch von Irritation und Abwehr gefangen zu halten scheinen.

Werner van Treeck (Kassel)

»Frauen in der Musikpädagogik«

Fachtagung des Internationalen Arbeitskreises »Frau und Musik« vom 12.-14. Februar 1982 in Bremen

Erstmals nach dem 2. Weltkrieg trafen sich Musikpädagoginnen — wozu sollte das gut sein? Es gab zwar bereits in den zwanziger Jahren einen »Reichsfachverband Musiklehrerinnen« innerhalb des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins, doch ist über etwaige Aktivitäten nichts bekannt. Aus dem Eingangsvortrag Petra Millhoffers ging freilich hervor, daß es höchste Zeit ist, gegen die Situation aufzubegehren. Die schiefen Zahlen im schulischen Sektor (Frauen arbeiten überwiegend mit Kleinkindern, so daß es zu einer »Feminisierung« und Stabilisierung der Geschlechtshierarchie kommt) werfen Probleme auf, die es sich bewußt zu machen gilt. Das Phänomen ist auf den Musiksektor übertragbar: während Männer im Gymnasial- und Hochschulbereich überwiegen — und somit bestimmen, worüber geredet und veröffentlicht wird —, sind Frauen in den »unteren« Berufsgruppen der musikalischen Grundausbildung und Grundschule überrepräsentiert. Die Tagung konnte daher als erster Versuch, Frauen sichtbar und hörbar zu machen, gedeutet werden — fürwahr eine Pioniertat.

Eingeleitet wurde das Wochenende mit zwei Kompositionen der Französin Louise Farrenc (1804-1875). Der gängigen Konsumhaltung bei Konzerten wurde durch Dias und Textvorträge, die über die Situation der Frau und Musikerin im 19. Jahrhundert informierten, entgegengewirkt. Mit Farrenc wurde keine zweitklassige Salondiva, sondern eine mutig gegen die Modetrends angehende, qualifizierte Komponistin vorgestellt, so daß das gängige Klischee von der minderen weiblichen Leistung im Keim erstickt wurde. Der gelungene Auftakt wurde lediglich durch den Anblick eines graumelierten Dirigenten gemindert, der von einem Podest aus alle überragte und als Symbol männlicher Dominanz anzudeuten schien, daß sich so schnell nichts ändert.

Der Verlauf der Tagung ließ dennoch eher den Schluß zu, daß sich in den Köpfen durchaus einiges zu ändern beginnt. Von den drei Arbeitsgruppen war eine der Rockmusik-Praxis gewidmet. Mädchen haben aufgrund ihrer Sozialisation weit weniger Mut als Jungen, das Schlagzeug oder die elektrische Gitarre zu »erobern«, da sich aggressives, nach außen gerichtetes Verhalten nicht mit der Erziehung zur Unterordnung verträgt;

diese Scheu pflanzt sich bei Studentinnen und Lehrerinnen fort. Nach den Übungen wurde diskutiert, etwa darüber, inwiefern das Mikrophon-Singen die Schüler zum Umgang mit der eigenen Stimme motivieren könnte. Die Arbeitsgruppe »Frauen und Rhythmus« baute auf Stimmimprovisationen auf, die ermutigen sollten, eigene Wege zu gehen. Inge Latz legte dabei Wert darauf, die Klänge zunächst auf wenige Elemente zu reduzieren, um diese dann allmählich zu erweitern. In einer weiteren Arbeitsgruppe wurden Frauen-Opernrollen analysiert. Ausgehend von der Überzeugung, daß gesellschaftlich gewachsene Geschlechterrollen sich im kulturellen Überbau niederschlagen, wurde in Text und Musik der Wandel von der gleichberechtigten Frauenrolle in der alten italienischen Oper zur niedlich-untergebenen Frau in der deutschen romantischen Oper aufgezeigt. Die anschließende kontroverse Diskussion machte deutlich, wie vielseitig sich die Rollen in Opern auslegen lassen und wie differenziert und vorsichtig eine feministische Musikforschung vorgehen muß. Andererseits eröffnen sich ungeahnte Felder, da die bisherige sexistische Musikgeschichtsschreibung den Unterschied zwischen Mann und Frau als natürlich (und nicht gesellschaftlich) fixiert, und daher die Interpretation aller kulturellen Erscheinungen zwangsläufig einseitig geraten mußte.

Das Gefühl, in einer patriarchalisch bestimmten Umwelt auf Themen und Fragen gestoßen zu sein, deren Beantwortung die eigene Lebenserfahrung und Identität betrifft, ließ die Tagung über die sonst übliche Sterilität hinausgehen. Gertrud Meyer-Denkman, als Dirigenten-Chauvi verkleidet und agierend, leitete eine improvisierte Haushaltssinfonie, bei der ein mit Staubsaugern, Eierschneidern und Töpfen ausgerüstetes Frauenorchester vor einem enthusiastierten Publikum mithielt. Sie führte über den Spaß hinaus zu einer Diskussion, die das breite Spektrum anstehender Fragen sichtbar machte.

Wie wird durch den schulischen Musikunterricht und sogar in der Musik selber das Unterdrückungsverhältnis zwischen den Geschlechtern hergestellt? Welche Strategien müssen wir entwickeln, um dieses Unterordnungsverhältnis aufzubrechen? Brauchen wir dazu eine eigene feministische Musikpraxis und Musiktheorie? Ist Männermusik rundweg abzulehnen? Gibt es nicht in den Produktionen sensibilisierter Künstler utopische und verweigernde Elemente, die wir für uns nutzbar machen müssen? Wie können wir sie uns als Frauen aneignen? Mit unserer Frauenforschung, als fragende Forschung verstanden, wollen wir aufschlüsseln helfen, was an Unterdrückungsverhältnissen in und durch die Musikpraxis besteht und immer wieder hergestellt wird. In weiteren Treffen, die angesichts der gesellschaftlichen Brisanz der angesprochenen Themenbereiche sicher nicht lange auf sich warten lassen werden, sollten wir versuchen, sowohl für den Musikerziehungsbereich als auch für den Bereich der Musikwissenschaft konkrete Handlungsalternativen zu entwickeln.

Eva Rieger (Göttingen)

Eurokommunismus zwischen den Blöcken

Konferenz der AG »Eurokommunismus« der DVPW und des Österreichischen Instituts für Internationale Politik. Wien 5./6. Mai 1982

In seinem Eröffnungsreferat stellte *N. Leser* (Wien) die Propagierung des »Dritten Weges« als größte Gemeinsamkeit zwischen Eurokommunismus und Austromarxismus heraus. Während Otto Bauer den »Dritten Weg« als »Mittelweg zwischen Reformismus und Bolschewismus« definiert und diesen als historische Alternative begreift, hat der Eurokommunismus Schwierigkeiten sich zu entscheiden, den »Dritten Weg«, wie die linke Sozialdemokratie, als Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus sowjetischer Prägung zu verstehen oder zwischen Sozialdemokratie und realem Sozialismus. Im ersten Fall müßte es früher oder später zu einer Kollision mit der etablierten Sozialdemokratie kommen, im zweiten Fall könnte sich die Perspektive einer Bündnispolitik, vielleicht sogar der Vereinigung der beiden Lager entwickeln, die beide auf ihr Monopol bei

der Wahrung und Interpretation des Sozialismus verzichten müßten. Bei den Fragen der Anerkennung des Mehrparteiensystems und der Rolle der Diktatur des Proletariats haben die Vertreter des Eurokommunismus klarere Aussagen und schärfere Abgrenzungen vom kommunistischen Modell traditioneller Prägung gemacht als die Austromarxisten, die sich zwar in der Praxis untadelig — bis zum »selbstmörderischen Legalismus« — verhielten, in der Theorie jedoch eine eher verschwommene und mehrdeutige Haltung zum Parteiensystem, zur Rolle der Partei und der Parteien in der zukünftigen Gesellschaft einnahmen. Parallelen zwischen Eurokommunismus und Austromarxismus lassen sich ebenfalls in der Befürwortung der Möglichkeit einer Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien finden. Bei den Austromarxisten wurde diese Position jedoch nur von Karl Renner vertreten; der eigentliche Repräsentant des Austromarxismus, Otto Bauer, war ein prinzipieller Gegner von Koalitionsregierungen mit bürgerlichen Parteien. Die Nachkriegsbeteiligung der Österreichischen Sozialdemokratie an der Regierung verteidigte er mit dem Hinweis auf Engels' Theorem vom »Gleichgewicht der Klassenkräfte« als Ausnahme von der Regel. Eine weitere Gemeinsamkeit ist die Verbindung einer langfristigen sozialistischen Perspektive mit praktischer kommunaler Reformarbeit. Leser weist in diesem Zusammenhang auf die ambivalente Wirkung der praktischen kommunalen Reformarbeit hin: Das Beispiel des »Roten Wien« habe zwar einerseits werbend und anziehend gewirkt, andererseits jedoch die Gegner des Sozialismus zur Gegenwehr mobilisiert, um zu verhindern, daß aus dem Experiment im Kleinen ein Experiment im Großen wird.

In der faktischen und theoretischen Anerkennung eines weltanschaulichen Pluralismus im Rahmen der Partei und Gesellschaft sieht Leser einen weiteren Berührungspunkt zwischen Austromarxismus und Eurokommunismus. Beide verstehen den Marxismus lediglich als wissenschaftliche Methode und nicht als Gesamterklärung der Wirklichkeit. Der Eurokommunismus ist nach Ansicht Lesers kein temporäres Phänomen, sondern eine lebendige Bewegung von internationaler Ausstrahlung, deren historische Konsequenzen erst später absehbar sind.

Die nachfolgende Diskussion konzentrierte sich insbesondere auf die *Unterschiede* zwischen Eurokommunismus und Austromarxismus. *P. Fritzsche* (Braunschweig) betonte die scharfe Kritik der Eurokommunisten an der Sowjetunion im Gegensatz zu den Austromarxisten. Leser verteidigte seine Auffassung von der Ähnlichkeit beider Strömungen auch in diesem Punkt mit dem Hinweis darauf, daß die Haltung der Austromarxisten zur Sowjetunion keineswegs so einheitlich war. *Hejzlar* (Stockholm) bezweifelte die von Leser konstruierte Kontinuität von Austromarxismus und Eurokommunismus; er sah die Kontinuität des Eurokommunismus im theoretischen Denken der italienischen Parteiführer Gramsci, Togliatti und Berlinguer. Im Gegensatz zum Eurokommunismus, über dessen Perspektive noch keine klaren und endgültigen Aussagen zu machen seien, blieb der Austromarxismus nicht nur Theorie, sondern scheiterte in der politischen Praxis. *V. Gransow* (Bielefeld) wies in seinem Beitrag demgegenüber auf Übereinstimmungen zwischen Gramsci und Otto Bauer hin. Beide gehen von einer nicht-ökonomistischen, nicht-deterministischen und nicht-reduktionistischen Marxismusinterpretation aus.

In der weiteren Diskussion standen Fragen der Überwindung der Blockpolitik im Vordergrund. Die Eurokommunisten verstehen sich, ebenso wie die Austromarxisten, als Vertreter der »Dritten Kraft«, die eine eigenständige Rolle Westeuropas — unabhängig von den USA und der Sowjetunion — anstreben. In der Diskussion wurden die Begriffe »Dritter Weg« und »Dritte Kraft« z.T. synonym verwandt, was *E. Jahn* (Frankfurt) zu einer Abgrenzung beider Begriffe veranlaßte: Unter »Dritter Weg« verstehe man eine gesellschaftspolitische Strategie zwischen Kommunismus und Kapitalismus mit einer evolutionistischen historischen Perspektive. »Dritte Kraft« dagegen sei eine gesell-

schaftspolitische Strategie zwischen den Blöcken mit einer politisch-geographischen Perspektive und friedensideologischem Anspruch. Der »Dritte Weg« berufe sich auf die bürgerliche Demokratie. Als universalistische Perspektive sei der »Dritte Weg« heute jedoch überholt, daher falle er heute mit der »Dritten Kraft« zusammen, deren entscheidendste Vertreter die eurokommunistischen Parteien der peripher-kapitalistischen Länder sind. *A. Hegedüs* (Budapest) unterschied in seinem Beitrag zwischen Ideologie und Politik des Eurokommunismus: Als politische Erscheinung gebe es den Eurokommunismus erst kurze Zeit, die Revision des Marxismus-Leninismus begann jedoch bereits in den sechziger Jahren. Die ideologischen Rückwirkungen des Eurokommunismus, insbesondere auf Osteuropa, seien nicht zu unterschätzen. In den westlichen Ländern müsse der Eurokommunismus durch die Ökologie- und Friedensbewegungen ergänzt werden, in Osteuropa, insbesondere in Ungarn, seien eurokommunistische Ansätze bei jungen Wirtschaftsreformern erkennbar.

M. Strübel (Stuttgart) belegte das komplizierte und oft widersprüchliche Verhältnis der KPI zur Blockfreien-Bewegung anhand zahlreicher Beispiele. *R. Tetzlaff* (Hamburg) kritisierte das KPI-Konzept der multipolaren Welt als unrealistisch, da kein sozialistisches Land der Dritten Welt ohne Unterstützung der Sowjetunion auskäme. *U. Borchardt* (Bielefeld) widersprach dieser Kritik mit einem Hinweis auf die Frente Polisario, die von den eurokommunistischen Parteien unterstützt wird und für ein unabhängiges West-Sahara kämpft. Es sei bezeichnend für die internationale Politik der Eurokommunistischen Parteien, insbesondere diejenigen Kräfte anzusprechen, die dazu beitragen, die Bipolarität zu überwinden.

E. Jahn (Frankfurt) kritisierte die Autonomie-Bestrebungen eurokommunistischer Parteien. Autonomie sei immer mit Atom-Macht verbunden und keineswegs automatisch friedensfördernd. Eine Einbindung in das internationale System sei entscheidend für eine Friedenssicherung in Europa. Auch Hegedüs und Mlynar kritisierten das Konzept der Blockfreiheit als entspannungsfördernd. Insgesamt wurden die Perspektiven des Eurokommunismus, der heute de facto nur noch durch die KPI repräsentiert wird, eher skeptisch beurteilt. Lediglich A. Hegedüs, Hejzlar und Mlynar setzten ihre Hoffnungen auf langfristige positive Auswirkungen des Eurokommunismus auf osteuropäische Gesellschaften.

Ulrike Borchardt (Bielefeld)

Kongreßankündigung

Symposium der Internationalen Assoziation von Philosophinnen

Zürich, 1.-3. 10. 1982. Themenschwerpunkte sind aktuelle Ansätze der Philosophischen Frauenforschung, philosophiehistorische Aufarbeitungen aus weiblicher Sicht. Forschungsbedingungen, Studienbedingungen. Anfragen und Anmeldungen bei: Dr. Brigitte Weisshaupt, Rütlistraße 37, CH-8044 Zürich.



Unbewältigte Vergangenheit. Theater in den Westzonen. Reportageliteratur. Kabarett. Literaturpreise. »Politisierung« oder »geistige Freiheit«? Hermand, Scherpe, Peitsch u.a.
DM 16,80/f. Stud. 13,80 (Abo: 13,80/11,80)

Besprechungen

Philosophie

Meier, Johannes: Selig die hungern nach Gerechtigkeit. Aus dem Leben der Kirche in Mittelamerika. Echter-Verlag Würzburg 1981 (130 S., br., 18,- DM) zit.a

Reiser, Antonio, u. Paul Gerhard Schoenborn (Hrsg.): Basisgemeinden und Befreiung. Lesebuch zur Theologie und christlichen Praxis in Lateinamerika. Jugenddienst Verlag, Wuppertal 1981 (384 S. br., 16,80 DM) zit.b

Brandt, Hermann (Hrsg.): Die Glut kommt von unten. Texte einer Theologie aus der eigenen Erde (Brasilien). Neukirchener Verlag, Neukirchen 1981 (168 S., br., 14,80 DM) zit.c

Cabestrero, Teofilo: Mystik der Befreiung. Ein Portrait des Bischofs Pedro Casaldáliga in Brasilien. Jugenddienst Verlag, Wuppertal 1981 (196 S., br., 18,80 DM) zit.d

»Warum sollen unsere furchtsamen, resignativen und depressiven Glaubensaüßerungen nicht einmal durcheinandergewirbelt und lebendig gemacht werden?« fragen Antonio Reiser und Paul Gerhard Schönborn in der Einleitung zu ihrem »Lesebuch zur Theologie und christlichen Praxis in Lateinamerika«, und nachdem ich die Friedensdenkschrift der EKD gerade zur Kenntnis genommen habe, kann ich diesem Ausruf nur beipflichten. Der historische Ort, wo heute zu lernen ist, was Christsein bedeutet, ist Lateinamerika. Es besteht die Gefahr, daß die Theologie der Befreiung, in Westdeutschland kaum angekommen, höchst oberflächlich zur Kenntnis genommen, zum Schlagwort vermarktet, schon wieder vergessen wird. Die nach wie vor größte »Torheit des Jahrhunderts, der Antikommunismus« (Thomas Mann), hat viele subtile Formen; Realität nicht zur Kenntnis zu nehmen, ist eine. Es könnte geschehen, daß wir die Gelegenheit versäumen, uns von den Armen evangelisieren zu lassen; daß wir auf die Propheten nicht hören, vielleicht weil sie Indios sind und nicht in Rom, Louvain, Oxford oder Heidelberg studiert haben; daß wir das große Angebot, das die Armen der Weltchristenheit heute machen, nicht annehmen. Die vier Bücher, die ich hier besprechen will, handeln von dieser kirchengeschichtlich neuen Realität, dieser »zweiten Reformation«, die sich seit etwa 1968 (Konferenz von Medellín) in der Kirche Lateinamerikas vollzieht.

Den Herausgebern und Verlegern dieser Bücher ist hoch anzurechnen, daß sie das authentische Material einer »Theologie aus der eigenen Erde« zusammengestellt und publiziert haben. Mit Ausnahme des Gesprächsportraits des brasilianischen Bischofs Casaldáliga handelt es sich nicht um Übersetzungen früher erschienener Bücher, sondern um eigens für uns zusammengestellte und übersetzte Texte: Lageberichte, Protokolle, Liturgien, Gebete, Bibelauslegungen, Gedichte, Posters und Comics. Damit verhalten sich die Vermittler, Sammler und Übersetzer sachadäquat: »Je treuer ein Schriftsteller dem Volk gegenüber ist — und zwar bis in seine Sprache hinein — desto besser ist das, was er schreibt.« (c, 50)

Es handelt sich nicht um ein Reden »über« Gott, nicht um eine Reflektion darüber, wie Glauben erfahren und gelebt worden ist, nicht um Systematisierung von Schon-Gelebtem, nicht um Sekundärliteratur, sondern um Primärerfahrung, Reden »mit« Gott (auch da, wo sein Name nicht auftaucht) und miteinander. Die Sprechenden sind nicht subjekt-freie Theologen, denen man in der akademischen Erziehung das Ich-sagen abgewöhnt hat, sondern Christen, Laien und Priester (aber dieser Unterschied ebnet sich ein) in den Basisgemeinden. Als Primärtexte gehören solche Textsammlungen für mich zu den Büchern, die man nicht nur lesen, sondern haben sollte. Das »Lesebuch« (b) dokumentiert zum ersten Mal in solcher Breite die gesamte Bewegung, enthält ein vorzügliches »ausführliches Inhaltsverzeichnis« und wird auf Jahre hin die klassische Textsammlung sein, die in Religionsunterricht und Erwachsenenbildung, Gemeindekreisen und

Studentengemeinden als Grundlage für jede ernsthafte Beschäftigung mit dem Thema dienen kann.

Was sich heute politisch-theologisch in Lateinamerika abspielt, ist nach meiner Meinung das wichtigste Ereignis in der Geschichte des Christentums in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts. Für diese Bewertung gibt es zwei handfeste Begründungen, soziale und religionsgeschichtliche Fakten: das Martyrium und die Basisgemeindebewegung. Diese beiden miteinander zusammenhängenden Fakten sind der Hintergrund, von dem aus man die sie begleitende und reflektierende Theologie der Befreiung verstehen muß. Johannes Meier dokumentiert in seinem Buch das Leben der Kirche in Mittelamerika, er gibt in Impressionen, Reiseschilderungen und Fotos etwas vom ambiente der indianischen Kulturen, neben den aktuellen Texten, wie z.B. dem Brief von Saisonarbeitern in den Plantagen an die Ehrwürdigen Bischöfe in Puebla unter dem Titel »Wir sterben jeden Tag mehr«. Als Einführung in die Thematik ist dieses Buch besonders geeignet. In Meiers Bericht über El Salvador ist mir vor allem aufgegangen, daß es eine weiterlaufende Kette des Martyriums gibt: als der Jesuitenpater Rutilio 1977 von der Organisation der Großgrundbesitzer ermordet wurde, bedeutete das für Oscar Romero, der damals erst wenige Wochen lang Erzbischof war, eine Konversion in seinem Leben. Drei Jahre später wurde er ebenfalls zum Märtyrer der Kirche der Unterdrückten. Die amerikanische Maryknollschwester Ita Ford hat ein halbes Jahr später auf einer Konferenz in Nicaragua Romeros Wort über die Nachfolger Jesu zitiert: »Christus lädt uns ein, die Verfolgung nicht zu fürchten, weil, glaubt mir, Brüder und Schwestern, wer sich für die Armen entschieden hat, der muß dasselbe Schicksal wie die Armen durchmachen, und in El Salvador wissen wir, was das Schicksal der Armen bedeutet: zu verschwinden, gefoltert zu werden, Gefangener zu sein und tot aufgefunden zu werden.« Am nächsten Tag wurde sie mit drei Mitschwestern vergewaltigt und ermordet. In Meiers Buch gibt es ein Vaterunser der Campesinos aus Guatemala, in dem es heißt: »Vater der hundertneunzehn ermordeten Bauern in Panzós, ihrer Witwen und Waisen«, es folgt eine lange Aufzählung von Opfern, die wiederholte Anrufung »Vater aller Gefolterten, aller Verängstigten« — es ist nur ein Text unter vielen, die nicht nur das Martyrium einzelner namhafter Persönlichkeiten benennen, sondern das der einfachen campesinos.

Selbstverständlich sind die Begriffe Martyrium und Basis immer noch umstritten. Es seien politische, nicht religiöse Gründe, deretwegen die Subversiven gefoltert und getötet würden; man müsse, so ein führender lateinamerikanischer Antikommunist, zwischen denen, die von Christen eher zufällig oder aus menschlicher Bosheit getötet würden und denen, die von Nichtchristen im Dienste ihres teuflischen Systems getötet werden, unterscheiden (Roger Vekemans, S.J., vgl. Publik-Forum 1980/17). Das christliche Volk in Lateinamerika, die Basisgemeinden und die Befreiungsbewegungen können mit dieser subtilen Unterscheidung, die von den Folterern, nicht von den Opfern ausgeht, nicht mehr bedient werden. »Das Volk hat dich heilig gesprochen, San Romero de America.« Gegen die Basisgemeinden wird argumentiert, es handle sich um importierte ausländische Priester, die die Subversion von außen hereintrügen; auch diese Verleumdung läßt sich, wenn man die Fülle des vorliegenden Materials zur Kenntnis nimmt, nicht aufrechterhalten. Man sieht dann die Theologie aus der Praxis des christlichen Handelns hervorgewachsen, Pamphletliteratur, ähnlich den Flugblättern der Reformationszeit, bisher unübersetzte Texte meist anonym und oft kollektiver Autoren. Brandts »Die Glut kommt von unten« ist ein unentbehrliches Buch für jeden, der am heutigen Umgang mit der Bibel interessiert ist. Diese Texte korrigieren unsere Vorstellungen von dem, was Theologie eigentlich ist. »Wir, die Armen von heute, wir schreiben das Neueste Testament«, oder, wie ein Franziskaner, der in einer Favela lebt, sagte: »Die akademischen Theologen mit ihrer Bibelexegese sind Analphabeten, was das Leben angeht, Theologie beginnt und lebt nur in der konkreten Existenz.« (V. Schmid in DAS, 24.12.1981). Was

können wir Theologen, Analphabeten des Lebens, hierzulande lernen? Ich will drei Gesichtspunkte aus der neuen Theologie hervorheben: Das Lehramt der Armen, die Re-lecture, das Wiederlesen der Schrift und die Mystik, die in der Einheit von neuer Heiligung und Politik begründet ist.

»Die Armen sind Richter, zumindest beim letzten Gericht, meint der Herr.« Sie sind zugleich die Lehrer. Bischof Casaldáliga sagt: »Wie aus den Basisgemeinden der neue Laie entstanden ist und der neue Priester entstehen wird, so wird aus den Basisgemeinden auch der neue Bischof hervorgehen.« (d, 127) Oscar Romero spricht von »Inkarnation und Umkehr« als Annäherung an die Welt der Armen. Das bedeutet einmal einen neuen Respekt vor der Religiosität des Volkes. Da wird eine Kakaomesse gefeiert und eine andere, die auf die indianische Mythologie vom »Land ohne Böses, Gedächtnis, Buße, Verpflichtung« zurückgeht. Die indianische Jenseitsvorstellung wird benutzt und aktualisiert in den konkreten Auseinandersetzungen mit den multinationalen Konzernen, die die Ländereien aufkaufen, die Selbstversorgung der Menschen in Lateinamerika zerstören und die Bauern zu »retirantes«, Landflüchtigen, machen. »Wir haben mit Zäunen getrennt/Menschen gegen Menschen/um das Vieh fett zu machen/mit dem Hunger unserer Nation/um Soja zu pflanzen/mit Sklaverei der Exporte« (c, 74). In diesem Prozeß, in dem die Armen die Lehrer sind, wird die Theologie, wie der mystische Bischof sich ausdrückt, »immer mehr entkleidet«. Und in dem Maße, in dem der Glaube immer nackter wird, wird er mir »immer lieber, immer eigener, immer mehr Gottes und unser aller«. Die Kirche verliert an ökonomischer Macht. »Noch gibt es Menschen in der Kirche, die sich als Einkäufer in dem großen Supermarkt des Glaubens finden: sie kommen nur, um Taufen, Hochzeitsmessen und Beerdigungen zu kaufen.« (b, 89) Wenn die Kirche sich entkleidet, entledigt sie sich der bürgerlichen Kaufreligiosität. Sie beginnt, auf die Armen, ihre Bedürfnisse, ihre Religion, ihre Kultur zu hören. Sie verteidigt die Rechte der Armen. Die Welt der Armen wird der Schlüssel zum Verständnis des christlichen Glaubens.

Die Umkehr, die dabei stattfindet, führt zu einer neuen Lektüre der eigenen Geschichte, der Liturgie und der Bibel. Hermann Brandt dokumentiert diesen dreifachen Vorgang in Texten, die das reale Drama der Landflüchtigen, die zu Tausenden in die Slums strömen, auf biblische Themen beziehen. Die eigene Geschichte, Flucht, Emigration, wird ausgesprochen mit Hilfe der biblischen: kein Platz in der Herberge bedeutet, daß Gott marginal ist, an den Rand gedrängt. Ein Gottesdienst aus Honduras steht unter dem Thema »Der arbeitende Mensch setzt das Erlösungswerk Christi fort«. Der Aufbau einer gerechteren Welt wird als Schöpfung und Erlösung, an denen die Arbeitenden mitwirken, verstanden. Der neue Mensch entsteht, wo das Wort »Basis« wird, und ein anderes Verständnis der eigenen Geschichte entsteht.

Mystische Elemente findet man auf Schritt und Tritt in dieser Theologie. Da wird das marginalisierte Landproletariat »die Armen« genannt, da wird das Volk, das sich zusammenschließt (organizar), das »Volk Gottes« genannt, da wird Mystik des Todes gefeiert, in dem sich ein Mensch für die anderen gibt, da wird die Mystik der Arbeit verstanden, wenn Psalm 127 neugelesen wird: »Nichts wird es nützen, von Sonne zu Sonne zu arbeiten/und unter Mühsal verdientes Brot zu essen/wenn wir aus der Arbeit ein individuelles Anliegen machen ...« (b, 64). Zusammensein, Einswerden, die kleine Hoffnung auf den »kleinen Gott«, der einzelne rettet, eintauschen gegen die große — da sind mystisch-anarchistische Grundvorstellungen auch aus der spanischen Tradition lebendig. Der Bischof Casaldáliga stellt ein Beispiel der gelebten Einheit von Frömmigkeit und Befreiungskampf dar. Seine unmäßige Liebe zum Singen, sein Humor, sein Leben in der Präsenz des Todes, sein Wunsch, daß sein religiöses Leben »mit jedem Tag ärmer wird«, die gänzlich unverkrampfte Bejahung von Keuschheit und Armut — all das verkörpert ein Stück der neuen religiösen Kultur der Armen: »Ich werde aufrecht sterben

wie die Bäume ... Auf einen Schlag wird mit dem Tod mein Leben Wahrheit werden. Endlich werde ich geliebt haben!« (d, 87)

Konversion, Erweckung, Umkehr, Sünde, Buße, der neue Mensch — die Themen des Glaubens werden hier wieder eindeutig, weil sie weltbezogen in dem Kontext des historischen Kampfes erscheinen. Jeder dieser Texte enthält eine Botschaft an uns, die reichen Analphabeten des Lebens. Ich könnte mir vorstellen, daß die westeuropäische Friedensbewegung ein ähnliches Ereignis der Konversion sein wird. Aber bevor wir hier so evangelisiert sind, brauchen wir noch viele Missionare.

Dorothee Sölle (Hamburg)

Johannes Paul II: Der Wert der Arbeit und der Weg zur Gerechtigkeit. Die Enzyklika über die menschliche Arbeit. Mit einem Kommentar von Oswald von Nell-Breuning SJ. Herder Verlag, Freiburg 1981 (128 S., br., 7,80 DM)

Der historische Anlaß des Sozialrundschreibens Papst Wojtylas über die menschliche Arbeit mag die Erinnerung an das Rundschreiben *Rerum novarum* Leos XIII. gewesen sein, die aktuelle Herausforderung liegt zweifellos in der Bedrohung menschlicher Arbeit durch neue Technologien, durch einen Neo-Kapitalismus und durch den Nord-Süd-Konflikt.

Die sozialetischen Reflexionen des ersten Hauptabschnitts, die von biblisch-theologischen Erwägungen eingerahmt bzw. durchsetzt sind, widmen sich der Arbeit als einer grundlegenden Dimension des Menschen. Gegenüber der Arbeit im objektiven Sinn, d.h. der Technik, wird daran erinnert, daß der Mensch das eigentliche Subjekt der Arbeit bleibt. Wert und Würde der Arbeit gründen in erster Linie darin, daß der Mensch, der sie verrichtet, Person ist.

Wenngleich die Darlegungen dieses Abschnittes relativ allgemein gehalten sind, liegt doch eine Schlußfolgerung in zweifacher Richtung nahe: Menschengerechte Arbeitsgestaltung hat Vorrang vor Rentabilitätsinteressen der Unternehmen, die fast ausschließlich nach kurzfristigen bzw. einzelwirtschaftlichen Kriterien definiert und gleichzeitig in der Lage sind, die Folgekosten inhumaner Arbeit auf die Arbeitnehmer oder auf die Allgemeinheit abzuwälzen. Außerdem wird die Einkommensvorliebe der Arbeitnehmer in Frage gestellt, die eher bereit sind, belastende Arbeitsbedingungen in Kauf zu nehmen, um sich durch höheres Einkommen und mehr Konsum zu entschädigen.

Ein zweiter Hauptabschnitt spricht den seit der industriellen Revolution vorherrschenden Konflikt zwischen der Welt der Arbeit und der Welt des Kapitals an. Diesen Konflikt zwischen der Masse der von den Produktionsmitteln getrennten und deshalb abhängig Beschäftigten und den wenigen Produktionsmitteleigentümern sieht das Rundschreiben nicht durch programmierten Klassenkampf und die Kollektivierung der Produktionsmittel gelöst, sondern durch eine wechselseitige Zuordnung von Arbeit und Kapital, das heißt dann aber durch den Vorrang der Arbeit vor dem Kapital. Denn Arbeit ist die Hauptursache des Produktionsprozesses, während Kapital lediglich das Ergebnis vorangegangener Arbeit ist und laufend neu durch Arbeit entsteht. Deshalb besteht auch der einzige Grund, der das Privateigentum an Produktionsmitteln rechtfertigt, darin, der Arbeit zu dienen und die kollektive Zweckbestimmung der Güter der Erde für alle und das gemeinsame Recht auf ihren Gebrauch einzulösen. Der Primat der Arbeit gegenüber dem Kapital fordert die theoretische wie praktische Revision eines Kapitalismus, der den Menschen als Produktionsmittel erniedrigt, die Errichtung einer Wirtschaftsordnung, die schon in ihrer Grundlage den Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital überwindet, Mitarbeitergesellschaften, die den im Unternehmen Arbeitenden Beteiligungsrechte an der Entscheidungsgewalt, am Ertrag und am Kapital des Unternehmens gewährleisten.

Vergleicht man die strukturelle Option des Rundschreibens mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtsurteils 1979 in der Mitbestimmungsfrage, wird die Gegenläu-

figkeit der Argumentationsrichtung offenbar: Während das Urteil sich entlang der verfassungsrechtlichen Eigentumsgarantie aus Art. 14 GG bewegt und die vorliegende Mitbestimmungsregelung als verfassungsfest ansieht, weil (und solange) der Letztentscheid der Kapitaleigner gewahrt bleibt, funktionalisiert das Rundschreiben das Privateigentum an Produktionsmitteln bereits vom Ansatz her auf die Arbeit und eine halbwegs gerechte Güterverteilung hin.

Ein dritter Hauptabschnitt leitet aus dem Kontext sozialer Menschenrechte das Koalitionsrecht, das Recht auf Arbeit und angemessene Bezahlung ab. Den Gewerkschaften wird bescheinigt, daß ihr Kampf um die Interessen der Arbeitnehmer, der aus einer Position relativer Unterlegenheit geführt wird, zugleich einen Einsatz für soziale Gerechtigkeit darstellt. Das Recht auf Arbeit wird als vorrangige Verpflichtung der für die Wirtschaftspolitik Verantwortlichen, die mit dem Begriff des indirekten Arbeitgebers belegt sind, formuliert.

Die Reklamation eines Grundrechts auf Arbeit für jeden Menschen stellt die gängigen Methoden der Krisenbewältigung, Vollbeschäftigung durch weiteres Konsumwachstum im In- oder Ausland zu erzwingen, in Frage; sie lenkt das Phantasiepotential der Industriegesellschaften angesichts der Grenzen des Wachstums und neuer Technologien auf den Aspekt einer gleichmäßigen Verteilung der vorhandenen Arbeit zwischen Männern und Frauen, Erwachsenen und Jugendlichen, Industrie- und Entwicklungsländern bei gleichzeitig gravierenden Eingriffen in die existierende Einkommensstruktur, die mehr von traditionellen Rollenklischees, berufsständischen Privilegien und sozialen Statusdifferenzen bestimmt als funktional begründbar ist.

Friedhelm Hengsbach SJ (Frankfurt/M.)

Gremmels, Christian, und Franz Segbers (Hrsg.): Am Ort der Arbeit. Berichte und Interpretationen. Chr. Kaiser Verlag und Matthias-Grünwald-Verlag, Mainz 1981 (192 S., br., 25,- DM)

»Am Ort der Arbeit« ist der Versuch, Theologie aus dem Ghetto ihrer Begriffsdestillate herauszuführen. »Indem die Theologie die Bedingungen zur Kenntnis nimmt, unter denen Industriearbeit sich vollzieht (...), wird sie verstehen, warum viele ihrer Antworten am Ort der Arbeit so unverständlich sein müssen, wie sie es vielfach sind.« (178) Sozial-ethische Reflexionen entscheiden sich an einer präzisen Bestimmung des Problemfeldes, das sie zum Gegenstand haben. Nur allzuoft sollen allumfassende Begriffe gesellschaftliche Bereiche repräsentieren, deren Realität in der Abstraktion des Begriffs verloren geht. So geht der Blick an dem vorbei, worauf sich zu richten er vorgab. Dieses schon traditionell zu nennende Defizit der Theologie versuchen die »Berichte und Interpretationen« zum »Ort der Arbeit« in einer Umkehrung der Perspektive abzuarbeiten. Die Expedition der Autoren zum Originalschauplatz des 'Gottlobes', das Arbeit nach traditionellem theologischen Verständnis ist, nimmt mit dieser Intention einen Ortswechsel der Theologie vor.

Im Buch kommen abwechselnd Arbeiter und Theologen zu Wort; die Arbeiter schildern die Situation an ihrem Arbeitsplatz, die Theologen kommentieren diese Schilderungen. Diese Vorgehensweise stellt den Versuch dar, nicht »subjektlose Themen (zu) tradieren«, sondern »sich von den Erfahrungen derer unterbrechen (zu) lassen, die am Ort der Arbeit sind« (9). Dabei werden auf der einen Seite die typischen Erscheinungsformen industrieller Arbeit (Fließbandarbeit, Meßwarten-, Bildschirmtätigkeit), auf der anderen Seite exemplarische Konfliktfelder (Frauenarbeit, beruflicher Aufstieg, Streik und Aussperrung) vorgestellt. Den Abschluß bilden »Überlegungen zu einer Theologie der Arbeit«, die sich bemühen, »im theologischen Begriff von Arbeit die Sache dieses Begriffs wieder zur Geltung zu bringen«, um so eine christlich verantwortete Kritik an der industriellen Arbeitswelt zu formulieren.

Obwohl die gewählte Form den Anspruch der Autoren, sich von den Erfahrungen der Subjekte unterbrechen zu lassen, einlösen will, bleibt der Inhalt in den Widersprüchen einer Theologie verfangen, die den Arbeiter traditionellerweise zum Objekt ihrer Heilsveranstaltungen gemacht hatte. Die Interpretationen sind zuweilen schlichte Nacherzählungen des vorangestellten Berichtes bzw. Theologisierungen der beschriebenen Erfahrungen in einer Begrifflichkeit, die z.T. von großer interpretatorischer Entschlossenheit zeugt. Es gelingt den Autoren nur sehr selten, die Notwendigkeit gerade einer theologischen Betrachtung des Themas zu belegen. So entsteht beim Leser der Eindruck, es werde gerade das betrieben, was überwunden werden sollte, nämlich die Vereinnahmung des Arbeiters und seiner Erfahrungen für die Sache der Religion durch eine theologische 'Aufbereitung'. Dem steht die erklärte Absicht eines der Kommentatoren gegenüber. »So ist das erste, was dem Theologen ansteht, das *Zuhören*.« (108)

Es scheint sich ein grundlegendes Dilemma theologischer Betrachtung nicht religiös-kirchlicher Fragenkomplexe erneut zu manifestieren: Der Versuch, nicht mehr religiös begriffenes Leben theologisch zu interpretieren, muß notwendig in Postulaten enden, die nur noch *gegen* die Wirklichkeit gestellt werden können, nicht aber mit ihr vermittelt, weil die Theologie immer noch den Interpretationsanspruch auf die Totalität der Lebensverhältnisse erhebt, selbst aber partikular geworden ist. Kein einziger der Arbeiter formuliert Erwartungen an oder auch nur Erfahrungen mit Kirche oder Theologie, daher muß gerade der Versuch der Kommentare, Rückverbindungen z.B. zu biblisch-christlichen Traditionen zu schaffen, befremdlich wirken. Theologie kann hier sicherlich nicht allein einen Sinnzusammenhang herstellen, der von den Betroffenen zumindest in dieser Richtung gar nicht gesucht wird. Allerdings vermag sie Kriterien anzugeben, und darin besteht die stärkste Seite der »Überlegungen zu einer Theologie der Arbeit«, die einer christlichen Perspektive der Humanisierung der Arbeitswelt vorarbeiten. Für die Autoren bedeutet dies vor allem: »Wiedergewinnung des Menschen am Ort der Arbeit« im Gegensatz zur Vertagung von Sinn auf den arbeitsfreien Bereich; sie wird verstanden als Selbstverwirklichung im Sinne des christlichen Verständnisses der körperlichen, seelischen und sozialen Ganzheitlichkeit des Menschen. Dieses Konzept schließt als Forderung notwendig ein Recht auf Arbeit ein.

Sicherlich führt »Am Ort der Arbeit« die Theologie aus ihrem verengten Wirklichkeitsblick heraus. Die Beschäftigung mit der Situation am Arbeitsplatz entbindet jedoch nicht von der Reflexion über die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, innerhalb derer diktiert wird, was Arbeit ist und folglich auch erst klar werden kann, was sie einmal sein könnte. Darum ist der systematische Ort von »Überlegungen zu einer Theologie der Arbeit« eine Theorie der kapitalistischen Reproduktionserfordernisse. Nur von dort wird sich der erhoffte »Ortswechsel« der Theologie auch ganz vollziehen lassen. So ist der Verdienst des Buches, Materialien zur Realität der Arbeitswelt in die Theologie einzutragen, gleichzeitig mit dem Manko behaftet, nur sehr bedingt einen Weg zurück zu dem Ort, dem es sich verdankt, zu finden. Auch Theologie am Ort der Arbeit bleibt auf diese Weise Theologie für Theologen.

Ralph Möllers und Joachim von Soosten (Marburg/Lahn)

Bahr, Hans-Eckehard, Heike und Gottfried Mahlke, Dorothee Sölle und Fulbert Steffensky: Franziskus in Gorleben. Protest für die Schöpfung. Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt/M 1981 (142 S., br., 6,80 DM)

In dem Band sind verschiedene kleinere Arbeiten der Autoren zusammengefaßt: Gedichte, Predigten, ein Frauengottesdienst, persönliche Erlebnisse aus dem Widerstand in Gorleben, historische Skizzen und aktuelle Analysen. Die Stärke des Bandes ist der Bezug zur Praxis des gegenwärtigen Widerstandes gegen die Zerstörung der Natur und der Umwelt durch industrielle Gewalt, verbunden mit der Erinnerung an Vorbilder dieses

Kampfes in der christlichen und außerchristlichen Tradition. Für diese Tradition steht für die Autoren vor allem Franziskus von Assisi, »zärtlich und subversiv«, wie ihn Fulbert Steffensky beschreibt. Es geht darum, diesen Franziskus von seiner kirchlichen Domestizierung zu befreien, die ihn seiner Radikalität beraubte und seine »Träume zersstückelte«, bis er zu einem »sanften Naturfreund mit einigen Schrullen« verkam. Der wirkliche Franziskus in seiner kirchlich verbotenen Biographie besaß eine Ärgernis-erregende Freiheit im Umgang mit sakralen Dingen und kirchlichen Machthabern, er wußte, daß Geld und Herrschaft korruptiert und suchte deshalb die Armut, weil sie das Lebensschicksal des Volkes war. Warum sind solche Traditionen gerade heute wichtig? »Sich zu identifizieren in dem, was war, die eigene Herkunft zu verstehen, das ist eine grundsätzliche Notwendigkeit, so lange man dabei ist, das Leben zu erlernen.« (59) »Wir erinnern uns an das, was wir brauchen. Dies ist es, was uns vor einem versklavenden Traditionalismus bewahrt: das Vergangene gilt nicht, weil es war und weil alles Gewesene heilig ist. Wir haben bestimmte Interessen.« (61) »Ich finde es einfach schön, daß einem Menschen der Tradition, zu der ich mich bekenne und die ich als meine Heimat angenommen habe, das Leben so gelungen ist.« (62; alle Zitate von Fulbert Steffensky). Solches gelungene Leben findet sich ebenfalls in der Erinnerung an Martin Luther King oder an indianische Traditionen des Naturverständnisses, wie sie Dorothee Sölle an vielen Beispielen eindringlich darstellt (101ff). Der aktuelle Bezug zum Kampf in Gorleben, dem der Hauptteil des Buches gewidmet ist, bekommt auf diesem Hintergrund bei allem konkreten Scheitern eine positive Dimension. Besonders eindrücklich ist dies in den Berichten der Frauen (44, 50-53) und für mich in den persönlichen Aufzeichnungen von der Nacht der Besetzung und Zerstörung der »Freien Republik Wendland«, des selbstgebauten Dorfes auf der Borstelle 1004 (86ff.). Diese Nacht mit dem massiven Polizeieinsatz wird einmal aus der Sicht von Heike Mahlke, die auf dem Platz dabei war und dann noch einmal von Gottfried Mahlke, dem Pastor, der nach Absprache das Dorf mit einer Gruppe von Menschen verließ, beschrieben. Diese Berichte von den beiderseitigen Erfahrungen mit Angst, Ohnmacht, Resignation, Wut, aber auch Zusammengehörigkeitsgefühl, Fantasie und Hoffnung gehören zu den Teilen des Buches, die betroffen machen. Der vorliegende Band ist in all seinen Teilen leicht verständlich, voller Bilder und Beispiele. Die Lektüre eignet sich gut als Einstieg für Menschen, die den Hintergrund und die Motivation des christlichen Widerstandes in der Friedens- und Umweltbewegung kennenlernen wollen. Das Honorar des Buches kommt der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg zugute.

Antje Vollmer (Bielefeld)

Kunst- und Kulturwissenschaft

Vorbemerkung der Frauenredaktion: Das Projekt »Frauen-Kunst und Kultur« hat erstmals den Rezensionsschwerpunkt übernommen. Mit kritischen Frauenaugen stoßen wir beim Lesen von Rezensionen auf weiße Flecken. Zum Beispiel, wenn wir in einer Besprechung zur Wohnkultur, in der der Rezensent die Ausklammerung von Fragen der Frauenbewegung als Defizit aufdeckt, gleichwohl vom »bürgerlichen Menschen« erfahren, der »fürs Privatleben als das ... Leben außerhalb der Arbeit ... bereit ist, Geld auszugeben« für die Räume, in denen er sich »erst als Mensch entfalten kann« (*Argument* 130, 893). Wer ist hier »Mensch« und darf es sein? Unzufrieden macht uns auch, wenn wir in einer Rezension zu »Kinderkultur« (ebd. 894) nur von »den Kindern« lesen, die sich von »den Erwachsenen« unterscheiden. »Selbstverständliche« Redeweisen verleiten offenbar zur Ausgrenzung von Problemen, die uns Frauen angehen. Mit den ausgewählten Büchern wollen wir erste Orientierungen erhalten für eigene Problemformulierungen. Wir grenzen diese nicht auf ästhetische Praxen ein, die im allgemeinen mit »Kunst« gemeint werden. Uns interessieren die kulturellen Praxen von Frauen im Alltag, in denen sie sich einrichten und Widerstand entwickeln. Aus der konkreten Analyse dieser Praxen ergeben sich Ansprüche an die »hohe Kultur und Kunst«, ihre Aneignung durch Frauen und Veränderung. Die hier abgedruckte Zweitrezension zu der Untersuchung von X. Gauthier (vgl. *Argument* 131) soll zeigen, wie sich der Nutzen eines Buches vom Frauenstandpunkt anders darstellen kann.

Gauthier, Xavière: Surrealismus und Sexualität. Inszenierung der Weiblichkeit. Aus dem Französischen von Heiner Noger. Medusa-Verlag, Berlin/West 1980 (302 S., br., 29,80 DM)

Die Surrealisten haben das Bild der Frau nur verschieden inszeniert, es kommt aber darauf an, es neu zu imaginieren. So etwa könnte frau die 11. Feuerbach-These zur Umschreibung von Kunstgeschichte — hier speziell der surrealistischen Bewegung — paraphrasieren. Mit dieser Anspielung auf die Marxsche Dialektik von Philosophie und Praxis möchte ich zugleich zwei Begriffe miteinander konfrontieren, die in der jüngeren Diskussion über weibliche Ästhetik und die Kulturgeschichte weiblicher Aneignungsweisen verstärkt auftauchen. Titel wie der der Untersuchung von Silvia Bovenschen »Die imaginierte Weiblichkeit« (1979) oder der Arbeit von Luce Irigaray »Ein anderer geschlechtlicher Körper, ein anderes Imaginäres« in »Ware, Körper, Sprache« (1976) zeichnen Versuche kritischer feministischer Ansätze zur *imaginativen* Konstruktion eines *neuen Frauenbildes*. Ihnen stellt Gauthier bereits 1971 in 'Surrealismus und Sexualität' die *männliche 'Inszenierung der Weiblichkeit'* gegenüber. Sowohl den am 'Bild der Frau' herumpinselnden Männer-Künstlern als auch deren vielzüngigen kunstwissenschaftlichen Interpreten rückt sie darin scharf zuleibe. Schon das Titelbild der deutschen Übersetzung signalisiert anschaulich den Gauthierschen Ansatz: 16 Paßbilder der führenden Köpfe unter den Pariser Surrealisten bilden den Rahmen einer Guckkastenbühne, in deren leerem weißen Raum: die Frau. Die Portraitfotos weisen die Künstler durchweg als anständige, angepaßte Bourgeois aus — mit Krawatte oder Fliege, weißem Kragen, Jackett und sachlich-kurzem Haarschnitt statt etwa Bohème-Mähne. Verblüffend ist, daß sie sich nicht etwa als forsch dreinblickende jungdynamische Männer ablichten lassen, sondern sich vielmehr mit geschlossenen Augen präsentieren. Sie träumen, schlafen, meditieren. Der Blick ist also nach innen gerichtet — man(n) scheint Frau zu »imaginieren« ... Aber zu welchen Kontemplationen, Phantasien, Obsessionen, Wünschen und Träumen sind die Surrealisten fähig? Die im Zentrum des Bildes stehende Frau entlarvt sie uns: es ist ein süßliches Aktmodell der Pseudobohème, ein Frauenbild der Spießler. Ihre Nacktheit ist keusch, ihr Körper, ihre Haut idealisiert, ihre Pose künstlich-theatral. Eine billige Inszenierung bekommen wir vorgesetzt, eine Peepshow der zwanziger Jahre.

Dieser in der Bildmontage sichtbar gemachte Widerspruch bildet den Brennpunkt von Gauthiers Analyse der surrealistischen Bewegung. »Man hat eine Gattin«, wird so einer von Aragons Helden zitiert, »man hat Kinder, denn man muß ja leben ... Doch wenn er die Augen schloß, sah er wieder Berenice vor sich. Berenice war sein Geheimnis. Die Poesie seines Lebens. Jenes unerfüllte Etwas ...« (211). Gauthier hat eine äußerst sorgfältige Bestandsaufnahme unternommen: Sie untersucht alle Darstellungen von Frauen in den Werken der bildenden Künstler unter den Surrealisten, um sie zugleich mit literarischen Produkten zu vergleichen. Sie analysiert die Pamphlete, Manifeste und Programme der 'Denker' der Surrealisten, um deren Beziehung zu den fortschrittlichen sozialen bzw. politischen Kräften jener Zeit ebenso aufzuweisen wie ihre Vereinnahmung der Tiefenpsychologie Freuds. Im Marquis de Sade und in E.A. Poe, Rimbaud und Jarry erkennt Gauthier die bevorzugten Ahnen der Bewegung. An der Lebenspraxis der Surrealisten (einschließlich Gespräche und Diskussionen) mißt sie ihre bildgewordenen Theorien und Sprachmodelle — an ihrem Umgang mit Frauen, mit ihrer Frau, der Frau schlechthin, sei es als Ehefrau oder Kollegin, als Mitstreiterin und Genossin.

Derart grundlegend entrollt Gauthier auch zunächst die gesellschaftlich-politischen Auseinandersetzungen, wie sie vor allem nach der russischen Revolution unter den Intellektuellen und Künstlern der europäischen Metropolen angefaßt wurden. So tauchten ja gerade in der Pariser Surrealistengruppe häufig Fragen nach der Priorität von kultureller oder ökonomischer Revolution auf: Sollte man primär das eigene Leben zu ändern

versuchen oder die Gesellschaft? Natürlich entwickelten sich aus solchen Fragen konsequenterweise auch praktische Alternativen — etwa 'Parteieintritt, ja oder nein', 'Kunstproduktion, wo bzw. wo nicht' usw. Insbesondere der freien Sexualität sprach man die subversive Kraft zu, die zur Durchsetzung antibürgerlicher, emanzipierter Lebensformen notwendig schien. »Es ist die Kraft des Surrealismus«, heißt es bei Gauthier, »in seinen Voraussetzungen eingeschrieben zu haben, daß die Kunst wie die Revolution eine Gewalt ist, ein Raub und eine schmerzliche Metamorphose des Körpers!« (45) Die Surrealisten aber — das stellt Gauthier minutiös heraus — klammerten sich selbst weitgehend von dieser »Metamorphose des Körpers« aus. Sie machten ihren Körper nicht zum 'Objekt des Begehrens'. Sicher, verbal protestierten sie heftig gegen die herrschende Spießermoral, forderten lauthals die Abschaffung männlicher Besitzrechte an der Frau, propagierten beredt die Auflösung der bürgerlichen Ehe und beschworen die Macht der Sexualität zur Herstellung der permanenten Revolution. Aber schnell enthüllten sich ihre papiernen Manifeste als bloße Sprachhüllen: zu transparent scheinen auf ihren Bildern und in ihren poetischen Ergüssen auch nur die einfachen Wünsche und Ängste des kleinen Bourgeois durch. Das Bild der Frau, es erscheint wie immer schon gehabt: eines vom Naturwesen, von der Blumen- und Fruchtfrau, Erden- und Sternfrau — Mutter, Medium, Maria, Muse, Heilige, Göttin usw. Und natürlich wird eben dies Idol in den verdrängten Wünschen und pervertierten Rache- und Machtgelüsten verzerrt zur femme fatale, zur Scherin, Hexe, Prostituierten, zur Bestie mit der gefürchteten vagina dentata. Gerade in der Decodierung sexueller Überschreitungen, wie sie Bilder aufweisen, zeigt Gauthier schließlich die männerbündische Kraft des Selbstverständnisses, mit dem solche 'Imaginationen' bis heute konsumiert und goutiert werden. Die konkreten Bedürfnisse von Frauen, ihre realen Erfahrungen — sei's körperlicher oder geistiger Art — kommen in solchen Bildern nicht vor. Frauen werden begriffen als verfügbare Kunstfiguren — Körper-Posen, technische Verrenkungen, erotische Anspielungen, Obszönitäten anstelle von ...: ein Wachsfiguren-Kabinett, moduliert aus Männerängsten und Männergelüsten.

Die Imagination weiblicher Präsentation wird durch diese Enttarnung der von Männern präsentierten Frauenbilder und hinter ihnen wie ein Wetterleuchten sichtbar. Die wirkliche Imaginierung jedoch — dies meine durch die Lektüre der Gauthierschen Untersuchung verstärkte Erkenntnis — können nur wir Frauen selbst leisten. Frauen selbst müssen ihre Kraft und ihren Widerstand formieren und formulieren, sich — wie Gauthier dies etwa am Beispiel der Leonor Fini darstellt — in alle Bereiche deutlich einschreiben, das Persönliche politisch, das Politische persönlich machen! Das hier referierte Buch hat eine solche Haltung und Praxis exzellent vermittelt. Es sollte ein Standardwerk in der feministischen Kunstgeschichte werden.

Jula Dech (Berlin/West)

Nabakowski, Gisliind, Helke Sander und Peter Gorsen: Frauen in der Kunst. 2 Bände. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1980

(Bd. 1: 343 S., br., -zit. I; Bd. 2: 292 S., br., -zit. II; zusammen 30,- DM)

Zunächst schien es mir selbstverständlich: wo über Frauen in der Kunst oder im Film, über ästhetische Produktionen von Frauen geschrieben wird, stehen die Sexualität oder das Verhältnis der Männer und Frauen zum weiblichen Körper im Zentrum. Natürlich, die Unterdrückung der Frauen wird über ihre Geschlechtlichkeit und über die Sexualisierung ihres Körpers hergestellt. Wen wunderte es, daß auch die wenigen Frauen, die sich in die bislang von Männern besetzten Domänen vorgekämpft haben, sich auf eine Kritik des Sexismus und eine Neubestimmung ihres Verhältnisses zum Körper konzentrieren. Wo wir Frauen Unterdrückung erfahren, artikulieren wir Widerstand. Aber lassen wir uns, wenn wir uns selbst immer wieder um unsere Körperlichkeit drehen, nicht auch immer wieder erneut darauf ein, daß unsere Menschlichkeit auf die Geschlechtlichkeit fest-

geschrieben wird? Mein Unbehagen hat mich während der gesamten Lektüre nicht losgelassen, obgleich ich viel daraus gelernt habe und es für grundlegend für die Diskussion um »weibliche Kunst«/»weibliche Ästhetik« halte.

Im ersten von Helke Sander herausgegebenen Teil stehen Filme von und über Frauen im Zentrum. Sie will u.a. mit Beiträgen aus der angelsächsischen Diskussion um ein »feministisches Kino« vom Anfang der 70er Jahre einige der »Probleme in ihrer Bewegung« aufzeigen (I,13). Gisliind Nabakowski (früher Chefredakteurin von »heute kunst« und seit 1979 Lehrbeauftragte an der Düsseldorfer Kunstakademie) geht es im von ihr zusammengestellten Teil um »kulturgeschichtliche Belege für einen gewaltsamen Kodex von Konventionen«, der sich gegen Künstlerinnen durchgesetzt habe (I,137) und um »andere Lesarten« — gegen die Unterordnung des »weiblichen Diskurses« in akademischer Geschichtsschreibung (I,139). Peter Gorsen (Autor von »Prinzip obszön« (1969), früher Frankfurt, jetzt Wien) setzt sich im 2. Band in »Frauen und Frauenbilder in der Kunstgeschichte« mit dem tradierten Antifeminismus in der Kunsthistorik auseinander, analysiert die »Mythologisierung des Schönen Geschlechts« in der bildenden Kunst und die weibliche Opposition — einschließlich aktueller feministischer Produktion. Sein Anliegen: »die Konfrontation der weiblichen Kulturrevolution mit dem etablierten kunsthistorischen Problembewußtsein fördern anstatt beschwichtigen« (II,13).

In den Überlegungen zum Film und aktuellen Produktionen von bildenden Künstlerinnen (Aktionskunst, Performancen u.a.) spielt Sexualität/Körper eine große Rolle. Aus der Kritik des sexistischen Voyeurismus im Kino (vgl. Koch, Mulvey und Sheldon) und in der bildenden Kunst (vgl. Gorsen) folgt scheinbar zwangsläufig das Ansetzen von Feministinnen an der »Beschäftigung der weiblichen Integrität« (I,154), die Suche nach einer »femininen Körpersprache, die den Gesetzen der Werbung und der klassischen Grazien nicht mehr gehorcht« (I,163) — so V. Export. Ihre Performancen und Aktionen seit den frühen 70er Jahren verstanden es, männlichen Voyeurismus auf vielen Ebenen zu provozieren und die Unterdrückung der Frau in ihrer Fesselung an biologische Funktionen und Haushalt/Familie immer wieder zu skandalisieren. Aus ihren und Nabakowskis Ausführungen und Beispielen ist zu lernen, daß die ästhetische Bearbeitung des eigenen und fremden (sexistischen) Verhältnisses zum weiblichen Körper ein zentraler Aspekt der Entwicklung einer feministischen Kultur war und vielleicht auch ist. Auch daß die Klitoris und Vaginabilder und die Menstruationstopoi (mit Menstruationsblut gemalte oder auf diese anspielende Objekte) eine wichtige Funktion gegen den (überkommenen) Sexismus haben mochten. Die Ausklammerung des als »unrein« bestimmten weiblichen Körpers, etwa von realistischen Schwangerschafts- oder Geburtendarstellungen in der Geschichte der Kunst (vgl. Gorsen, II,38f.) — kann als Kehrseite tradierten Voyeurismus angesehen werden. Die »Aufhebung des mystischen Schweigens ..., mit dem die Sexualität der Frau umgeben ist« (I,237), ist in diesem Kontext ein Akt der Befreiung: »An den Tabus zu rütteln, die der weiblichen Sexualität als Subjekt der Subordination Gewalt antun und sie aus der ästhetischen Sprache verdrängen, und die dahinter stehenden tabuisierten Mechanismen der Gesellschaft zu enthüllen« — so programmatisch die feministische Kunsthistorikerin Judy Chicago (zit. I,245; vgl. auch I,224ff.). Nabakowski beobachtet bei aktuellen Produktionen kritisch, daß »sich bereits Nachahmung beobachten« liebe und der Anspruch, »sexuell mündig zu werden, um in die Politik einzugreifen«, verdrängt scheint (I,259). Der eigene Blick der Frauen sei noch ein vorläufiger, die Feministinnen »befinden sich in der Phase des Zertrümmerns« (I,251). — Ich denke, daß auch die Fixierung auf die Geschlechtlichkeit, in der viele Produktionen befangen sind, aufgebrochen werden sollte.

Gorsen sieht im Rückzug der Selbstdarstellungen von Frauen »auf die körperliche Ebene der weiblichen Erfahrung ..., wo die männliche Kompetenz höchst fragwürdig wird und die Domäne der 'Frauenkunst' beginnt« (II,13), einerseits einen subversiven

Ansatz, andererseits aber auch die Gefahr »einer unkritischen, bekenntnisthaften Identifikation mit weiblicher Unterdrückung« (II, 45). Daß wir Frauen uns darüber klar werden, wo unsere Widerstandsformen auch Anpassung bedeuten, finde ich wichtig. Gorsen kritisiert Versuche feministischer Kunsttheoretikerinnen, »weibliche« oder »männliche Eigenarten« in künstlerischen Produktionen festzumachen (II, 15) — wie z.B.: »offene, gebrochene« oder »geflechtartige Formung«, »biomorphe Tendenzen« = weiblich — oder: eckig, zackig, rechtwinklig, »klischiert aggressiv« u.a. = männlich. »Weibliche Eigenart und Kreativität sind gleichzeitig Synonyme für ihre Unterdrückung.« (II, 142) Seine Kritik ist begründet durch einen historischen Rückblick in die »Konstruktion der Weiblichkeit«. Er belegt die lange Tradition des mehr oder weniger aggressiven Antifeminismus in der Kunstgeschichtsschreibung. Darin finden sich die immer gleichen Verknüpfungen: z.B. Aktivität/Originalität = männliches Geschlecht; Passivität/Epigonentum/Bewahrung (des Lebens)/Kultivierung des Gemüts usw. = weiblich. Mir wurde deutlich, in welche Netze wir uns immer wieder verfangen können, wenn wir von einer spezifisch weiblichen Kreativität oder gar Ästhetik sprechen. Die überlieferte »Geschlechtsmetaphysik« (Gorsen) und ihre Funktion, die Frauen auch aus der Kunstproduktion auszugrenzen, bzw. ihre nicht zu verhindernde Produktivität unsichtbar zu machen (vgl. dazu die historischen Beispiele bei Nabakowski und Gorsen), sollte uns präsent sein, damit wir nicht übersehen, wenn und wie sich in unseren Befreiungsversuchen das Alte, das uns beherrscht, wieder — in anderer Form — durchsetzt.

»Wir müssen die Funktionsmechanismen der patriarchalischen Kultur analysieren ...« — Dies folgert Caroline Sheldon aus ihren spannenden Überlegungen zu »Lesbierinnen und Film«. Sie untersucht die Darstellung lesbischer Frauen in Pornos, Softpornos (z.B. Emanuela) und Unterhaltungsfilm. »... die Art und Weise, wie Lesbierinnen im Film dargestellt werden, (ist) für alle Frauen von Belang.« (I, 130) Als dominanten Mechanismus der Diskriminierung von weiblichen Homosexuellen arbeitet sie (u.a.) heraus, daß sie hauptsächlich über ihre Sexualität definiert werden. »Die Doppeldefinition lesbischer Sexualität (die Frau 'sollte' dem Mann zur Verfügung stehen, sie liebt jedoch andere Frauen) macht die Lesbierin zu einem bedeutungsgeladenen Sexsymbol ...« (I, 109) Lesbierinnen haben in den meisten Filmen kaum etwas anderes zu tun, »als sich mit ihren Beziehungen zu beschäftigen — ihr Beruf, wenn sie überhaupt einen haben (...), ist von sekundärem Interesse« (I, 130). Die Dominanz des »männlichen Diskurses« ist auch Problem feministischer Filmemacherinnen. — Daß wir unsere analytischen Fähigkeiten nicht nur der herrschenden, patriarchalisch bestimmten Filmpraxis, sondern auch ihren Wirkungen auf Frauen widmen müssen, darauf verweist Gertrud Koch. Sie fragt: Warum gehen Frauen ins Männerkino? Warum begeistern sie sich für Frauen, die sich dem männlichen Blick darbieten? Koch reklamiert das Desiderat einer »Subgeschichte der weiblichen Aneignung des Films oder des Kinos, die nicht ausschließlich vom Diktat des männlichen Blicks bestimmt war ...« (I, 23). Auf der Suche nach Ansätzen, die die subjektive Bedeutung der Bilder für die Frauen zu erfassen erlauben, greift Koch auf psychoanalytisch begründete Forschungen zurück. Damit entscheidet sie sich für die Einschränkung der möglichen Antworten auf die Sexualität und das, was die Psychoanalyse damit in Verbindung bringt. Das für den amerikanischen Film analysierte Muster des »gut-bösen-Mädchens« (Mutter-Hure, Treue-Zügellosigkeit u.a.) entspreche den »innerpsychischen Aufspaltungen der Frau zwischen der bösen, phallischen Frau und der sich mit ihrer Unterlegenheit abfindenden schwachen, dafür aber guten, familiär als Schwester, Mutter, Ehefrau oder Tochter bestimmten Frau« (I, 25). Oder: die Begeisterung für den Vamp hänge mit »Bedürfnissen nach ungezügelter Sexualität jenseits von Abhängigkeit und Normen« zusammen (I, 25). Ist da nicht die Perspektive einer »Befreiung der Sexualität der Frau« maßgeblich, wo keine(r) — außer Psychoanalytiker vielleicht — weiß, was das genau sein »soll«? Wäre es nicht auch denkbar, daß Frauen das

Abenteuer der Männer in den Filmen vielleicht mehr oder mindestens auch interessiert, das sie sich im alltäglichen Geschäft der Sorge für die Reproduktion von Mann und Kind versagen lassen? Laura Mulvey führt in »Visuelle Lust und narratives Kino« die Psychoanalyse als »politisches Mittel« vor. Trotz ihrer Kritik vom feministischen Standpunkt aus (vgl. I,31) hält sie die Psychoanalyse für brauchbar, »den Status quo, die patriarchalische Ordnung, in der wir gefangen sind, zu erhellen« (I, 30f.). Sie will zeigen, »wie das Unbewußte der patriarchalischen Gesellschaft die Filmform strukturiert« (I,30) und wie die »Lust am Schauen« durch das Kino strukturiert wird (I,32). Ihr Ziel: diese Form der Lust zu zerstören, »um zu einer neuen Sprache des Begehrens zu gelangen« (I,33). Die Durchführung ihres Programms ist schwierig und aufschlußreich zugleich. Es könnte sein, daß die — an Lacan orientierten — psychoanalytischen Instrumentarien nützlich sind, Aspekte der »patriarchalischen Ordnung« zu entziffern; zu hinterfragen wären jedoch ihre impliziten Vorannahmen (vgl. dazu die Reinterpretationsversuche der Kritischen Psychologie, — U. Holzkamp-Osterkamp — und auch W.F. Haug in Argument-Studienheft 33). Die Schwierigkeit des Textes wird durch die Übersetzung und die Form der Herausgabe verschärft (leser/innen-freundlich wäre es, auf übersetzbare Fremdwörter zu verzichten und den theoretischen Kontext der Autorin zu erläutern: warum sollen alle Lacans Begrifflichkeit kennen und verstehen?).

Die Diskussion und Entwicklung unserer begrifflichen Instrumentarien, mit denen wir Formen »patriarchalischer Kultur« auseinandernehmen können, ist ebenso Aspekt der Entwicklung einer feministischen Kultur, wie die Klärung unserer Ziele. Gorsen kritisiert den Mangel an positiven Utopien und das Vorherrschen von Elendsbildern (II, 153). Sein Vorschlag: eine Absage an den »alten Dualismus Mann-Frau« bei gleichzeitiger »selbständiger weiblicher Aneignung« des Überkommenen (II,147f.). Er hält sich selbst nicht heraus, indem er ein Bündnis eines »männlichen Feminismus« mit den sich befreienden Frauen vorschlägt (II,160f.). — Eine Bedingung für die Entwicklung einer Frauenkunst sind auch neue Produktions- und Organisationsformen. Auch darüber ist aus den Bänden einiges zu erfahren (vgl. I,278; II,140ff.).

Silke Wenk (Berlin/West)

Savier, Monika, und Carola Wildt: Mädchen zwischen Widerstand und Anpassung. Neue Ansätze zur feministischen Jugendarbeit. Verlag Frauenoffensive, München 21979 (201 S., br., 14,- DM)

Weder in der herkömmlichen — in den fünfziger Jahren begründeten Jugendforschung/-arbeit — noch in neueren emanzipatorischen Ansätzen der 60er Jahre werden Mädchen mit ihren spezifischen Erfahrungen und Problemen berücksichtigt. Das Anliegen der Autorinnen, in die Jugendarbeit den feministischen Standpunkt einzubringen und von ihm aus neue Ansätze zu entwickeln, gründet sich in ihrer langjährigen Erfahrung als Pädagoginnen in der Mädchenarbeit und ist von der Erkenntnis geleitet, daß die bisherigen Ansätze an den besonderen Problemen der Mädchen vorbeigehen.

Das vorliegende Buch ist meines Wissens der im deutschsprachigen Raum erste Versuch, diese Erfahrungen darzustellen und theoretisch zu verarbeiten. Es richtet sich an die, die »sich in ihrer beruflichen Praxis, gemeinsam mit Mädchen, neue, adäquate Wege in der Jugendarbeit erkämpfen wollen.«

Das Buch ist in zwei Teile gegliedert. Der erste von C. Wildt beschäftigt sich mit der frühkindlichen Sozialisation unter besonderer Berücksichtigung weiblicher Sexualerziehung und des Mutter-Tochter-Konflikts, um so die Ursachen und Determinanten der Probleme von Mädchen im Pubertätsalter — die vorwiegend sexueller Natur seien — herauszuarbeiten. Zur Entwicklung und Darstellung ihrer Hauptthese, daß die Lebensgeschichte der Mädchen »eine permanente Konditionierung, die mehr verhindert und unterdrückt als fördert und unterstützt« (23), sei, bedienen sich die Autorinnen vorhandener Theorien zur geschlechtsspezifischen Erziehung und übernehmen — ohne diese

ausdrücklich zu benennen oder sich kritisch damit auseinanderzusetzen — die darin enthaltenen rollentheoretischen Ansätze. Es würde hier zu weit führen, mich anstelle der Autorinnen kritisch mit diesen Theorieansätzen auseinanderzusetzen. Ich bezweifle allerdings, ob das damit übernommene begriffliche Instrumentarium nützlich ist, die im zweiten Teil des Buches dargestellten empirischen Phänomene zu begreifen. Dieser (von M. Savier) gilt dem Versuch, den »Alltag der Mädchen aus feministischer Sicht darzustellen und zu interpretieren« (86). Das Programm ist groß. Es geht nicht nur darum, den Einfluß der Sozialisationsinstanzen wie Familie, Schule, sondern auch das Verhalten der Mädchen in ihrer 'Freizeit' zu untersuchen (u.a. Peer-groups, Jugendclubs und Freizeitheime, Rockerbräute, Diskothekensubkultur).

Den Bereich »Mädchen in der Hauptschule«, der sich darauf konzentriert, die »psychosoziale Situation von Hauptschülerinnen in der Schulklasse aufzuzeigen« (105), werde ich im folgenden exemplarisch herausgreifen, um einige empirische Befunde und ihre Interpretationsmuster aufzuzeigen. Bei der Materialsammlung stützen sich die Autorinnen auf Interviews mit Lehrerinnen/Pädagoginnen; in der Hauptsache aber auch hier auf schon vorhandene Untersuchungen. Die Mädchen selbst — und dies ist fast durchgängig in allen Analysen der unterschiedlichen Bereiche so — kommen kaum zu Wort. Wir erfahren, daß Mädchen in der Schule — im Gegensatz zu Jungen — »Formen der passiven Verweigerung« (105) praktizieren. »Die Mädchen 'schalten einfach ab' ... tun so, als ob sie mitschreiben.« (106) Zur Erklärung wird das schon dargestellte Theorem herangezogen, daß Mädchen durch ihre geschlechtsspezifische Erziehung nicht nur passiver, sondern auch »anpassungsbereiter« seien. Aber von wessen Standpunkt aus wird hier das Verhalten der Mädchen einfach mit »passiv« beurteilt? Nehmen hier die Autorinnen nicht ungewollt den der Jungen(Kultur) oder den der Institution Schule ein? Die Beurteilung wird noch fragwürdiger, wenn wir einige Seiten später lesen: »so lesen sie lieber *Bravo* oder Romanhefte unter der Bank, lackieren sich die Fingernägel, gehen so oft sie dürfen, möglichst zusammen mit Freundinnen, auf die Toilette, um Frisur und Make-up zu überprüfen und schnell eine Zigarette zu rauchen.« (107) Sind das nicht Widerstands- oder Verweigerungspraxen von Mädchen, die genauerer Untersuchung bedürfen, jedenfalls mit einfachen Zuordnungen wie »passiv« (aktiv) nicht erklärbar sind? Die Erklärung, die die Autorinnen im Anschluß an obiges Zitat zur Hand haben (»die Konditionierung funktioniert perfekt«), verhindert durch das vorschnelle Produzieren von Antworten, die Praxen der Mädchen als solche ernsthaft zu untersuchen — sie möglicherweise als *Kultur* der Mädchen zu begreifen und ernstzunehmen. Die theoretischen Vorgaben, bzw. die unkritische Umgangsweise mit ihnen, wirken somit als Erkenntnisbarrieren und stehen eigentlich im Widerspruch zum Anliegen der Autorinnen.

Die pädagogischen Ansätze im letzten Teil des Buches sind im Rahmen einer Langzeitpädagogik gedacht. Als notwendige Voraussetzung sehen die Autorinnen die Bildung autonomer Mädchengruppen. Ziel der pädagogischen Ansätze sind Veränderung des (»typisch weiblichen«) Rollenverhaltens und die »Entwicklung einer eigenen Identität«. Als Mittel für das Aufspüren typischer weiblicher Verhaltensweisen wird u.a. die Arbeit mit Medien vorgeschlagen (z.B. Gruppenaufnahmen mit Videogeräten, Fotografieren des Alltags der Mutter), Rollen- und Planspiele sollen zur Ent-selbstverständlichung des Verhaltens beitragen.

Christine Thomas (Berlin/West)

Rieger, Eva: Frau, Musik und Männerherrschaft. Zum Ausschluß der Frau aus der deutschen Musikpädagogik, Musikwissenschaft und Musikausübung. Ullstein Verlag Frankfurt/Berlin 1981 (302 S., br., 28,- DM)

Was hindert Frauen zu komponieren und große Orchester zu leiten? Wo sind all die musizierenden Frauen in der männer-dominierten »hohen« Kunstmusik? Eva Rieger führt vor, wie das Geschlechterverhältnis im Bereich der Musik sowohl institutionell, als auch

»ästhetisch« (Frauen als Objekt in der Musik) als ein Unterordnungsverhältnis produziert und re-produziert wird. Frauen, in allen gesellschaftlichen Bereichen permanent unterdrückt, haben die männlich durchformten Strukturen so verinnerlicht, daß sie die männlich geprägten Erwartungen immer wieder erfüllen. »Das von der bürgerlichen Gesellschaft geschaffene Wesen 'Frau' wurde freiwillig hörig.« (13) Mit dieser These wendet sich Rieger gegen die von feministischer Seite häufig formulierte Behauptung, Frauen seien im *Kunstabereich* sehr schöpferisch gewesen, ihre Produkte seien nur von der männlichen Geschichtsschreibung unzureichend bzw. gar nicht gewürdigt. Dagegen Rieger: »Vom Ausmaß an Nichtproduktivität ist auszugehen und nicht von der Zahl der vernachlässigten Werke und Komponistinnen.« (13) Hiermit grenzt Rieger ihr Untersuchungsfeld auf das der hohen Kunstmusik ein. Im Zentrum steht bei ihr u.a. die Frage, warum die Frauen nicht zu künstlerisch qualifizierter Produktion kamen. An dieser Stelle möchte ich die Frage ausbauen: was *taten* die Frauen im Musikbereich? *Wie* kamen die wenigen Komponistinnen (bekanntestes Beispiel Klara Schumann) zum Komponieren und *wo* bestanden zugleich ihre Schranken? (»Ein Frauenzimmer muß nicht komponieren wollen ... «; Clara Schumann, 174) Gibt es vielleicht in ihren wenigen Kompositionen musikalische Widerstandselemente, die sich nicht herrschender Ästhetik unterordneten? In Riegers historischen Ausführungen lesen wir von vielfältig produktiven Frauen in der Musik der vorbürgerlichen Gesellschaft, den singenden und spielenden Frauen im Mittelalter (in Klöstern oder unter den fahrenden Spielern, deren Ausbildung denen der Männer gleichrangig war oder von den adligen Damen, die an den deutschen Höfen des 17. und 18. Jahrhunderts »z.T. gründlich in Komposition, Gesang und Instrumentalspiel ausgebildet wurden«, 173). Mit dem Entstehen des bürgerlichen Konzertwesens wurden die Frauen allmählich aus allen öffentlichen Bereichen des Musiklebens herausgedrängt und in den privaten Raum der Familie verwiesen. Rieger zieht daraus den Schluß, daß der weibliche Umgang mit Musik durch den häuslichen Rückzug zu einem eher »reproduktiven« als »produktiven« Umgang wurde. Hier entwickelten die Frauen jedoch eigene Betätigungsfelder, z.B. im häuslichen Musizieren und Organisieren von Hauskonzerten, was aber weiter von Rieger nicht untersucht wird.

Die im Bürgertum entstehende Musik stehe unter männlicher Dominanz. »Die Ausprägung dieser Musik war in hohem Maße von den Bedürfnissen des Mannes abhängig.« (36) Die Kunstmusik beruhe von ihrer gedanklichen und empfindungsmäßigen Konzeption her auf männlichem Selbstverständnis (130). Inspirations- und Schaffenskult haben zum Ziel, die Macht der Männer in der Kunst zu halten, zugleich diene die Frau weiterhin als Inspirationsobjekt. »Solange der Schaffensprozess über Gebühr mystifiziert wird, werden Versuche von Frauen, gleichrangig akzeptiert zu werden, zum Scheitern verurteilt.« (124) Auch *in* der Musik deckt Rieger Sexismus auf, wo das Geschlechterverhältnis als ein Unterordnungsverhältnis festgeschrieben ist. »Haydn trug zweifelsohne dazu bei, sowohl die patriarchalischen Strukturen der Kleinfamilie zu stützen, als auch die Geschlechterrollen zu formen.« (136) Denn, »das Geschlechterverhältnis wird musikalisch ausgedrückt. Während Adam mit punktierten Noten und dem Terzintervall Aktivität signalisiert, bedeuten Vorhalt und die abfallende Sekunde bei Eva Schwäche und Passivität.« (133) Rieger zeigt weiter auf, daß auch in der Redeweise über musikalische Sachverhalte ein Unterordnungsverhältnis Mann/Frau hergestellt wird. Noch immer wird in der traditionellen Musikwissenschaft bei der Sonate von dem ersten männlichen Thema und dem zweiten weiblichen Thema gesprochen. Gemeint sind jeweils musikalische Kontraste, die als geschlechterspezifisch gesetzten Eigenarten zugeordnet werden und umgekehrt. Männlich und weiblich finde laut Rieger in der Musik seinen Ausdruck in großen Intervallsprüngen, Lautstärke, rhythmischer Prägnanz = männlich; lyrische Melodien, piano und rhythmisches Gleichmaß = weiblich (138). Riegers Darstellungen fordern zu weiteren Fragen auf z.B.: Wenn bestimmte musikalische Ele-

mente in der herkömmlichen Musikwissenschaft dazu verwendet werden »Männliches« und »Weibliches« zu beschreiben, ergibt sich für mich die Frage, wie diese Elemente so geschlechtsspezifisch zugeordnet werden konnten? Es mutet an wie ein Teufelskreis: Die Frauen werden in der Musik/Kunst unterdrückt, indem sie als Unterworfenen und Schwache dargestellt werden. Wenn ich, angeregt durch Riegers Material, weiterdenke, könnte es eigentlich eine weibliche Musik geben, mit leisen Melodien und einer Menge Vorhaltsnoten. Das ist jedoch gerade das weibliche, was eine bestimmte Unterdrückung festschreibt. Also müßten wir ein feministisches Musikprogramm entwickeln und nur noch mit großen Intervallsprüngen komponieren?

Vielleicht sollten wir weniger vom Standpunkt »der Kunst« fragen als von den konkreten Praxen der Frauen aus, um darin unsere eigenen Stärken und Widerstände gegen eine normative Ästhetik ausfindig zu machen. Untersuchen wir auch die vielen *Ansätze* von Frauen, z.B. auch in der Volksmusik: Wenn Frauen versuchen, eine eigene Musik zu entwickeln und dabei z.B. mit Fingerhüten die Klaviersaiten bearbeiten oder in Stücken Stricknadeln verwenden, so steckt in diesem Vorgang vielleicht mehr, als nur ein »interessanter Aspekt« (267). Frauen greifen zu ihren eigenen Produktionsmitteln und transformieren sie zu Musikinstrumenten (ehemals zugleich Zeichen ihrer Unterdrückung in Hausarbeit) in einer von Männern bestimmten Musikpraxis. Oder?

Anke Bünz-Elfferding (Berlin/West)

Latz, Inge, Petra Lorenz und Gisela Meussling: *Sing, Frau, sing ...* Verlag Gisela Meussling, Bonn 1989 (120 S., br., 28,59 DM)

Latz, Inge: *Frauen-Lieder*. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1989 (214 S., br., 7,89 DM)

Als im Winter 73/74 Frauen der Bonner Arbeitsgruppe »Emanzipation und Gleichberechtigung« vom Diskutieren erstmalig genug hatten und »praktisch etwas machen wollten«, war das in der Frauenbewegung damals nichts Besonderes. Theoriemüde Frauen gab es und gibt es in der Frauenbewegung jede Menge, aber die wenigsten finden eine so lust- und wirkungsvolle Alternative wie die Frauen aus Bonn: Sie fingen an, Lieder zu machen und sie bei Straßenaktionen und politischen Veranstaltungen zu singen. Die »Bonner Blaustrümpfe« wurden die erste Frauensonggruppe der neuen deutschen Frauenbewegung; jahrelang blieben sie Beispiel für eine politisch-musikalische Arbeit, die sich nicht nur an Studentinnen und »Bewegungsfrauen« richtete, sondern diejenigen erreichte, die noch mitten in Familie, Büro und Haushalt steckten. Daß die Gruppe über so viele Jahre zusammenblieb und viele textlich schöne und musikalisch originelle Lieder hervorgebracht hat, lag an der Mitwirkung einer professionellen Musikerin: Inge Latz, Jahrgang 1929, gelernte Schulmusikerin und Pianistin, schrieb nicht nur die Musik, sondern studierte sie auch mit Stimmen und verschiedenen Instrumenten ein.

Unter dem Titel »Sing, Frau, sing« wurden 1980 etwa sechzig dieser Lieder zu einem Liederbuch zusammengestellt. Die Texte stammen von Gisela Meussling, die Vertonungen von Inge Latz, Petra Lorenz und Gisela Meussling. Wer sich Mitte der 70er Jahre über die Globalität und Platitude vieler Frauenlieder geärgert hat (vgl. die erste Frauenliederplatte aus dem Trikontverlag/später Frauenoffensive »Von heute an gibts mein Programm«) wird positiv überrascht sein, wie frühzeitig Gisela Meussling über Details nachgedacht hat (»Nicht, daß ich keine Blumen mag«), und wie unbefangen sie Alltägliches erzählt (»Da liegt er neben ihr und schnarcht«). Die Vertonungen sind unterschiedlich: teils nur Melodien mit Gitarrengriffen, teils ausgearbeitete Klaviersätze. »Was da für die ersten Straßenaktionen einer neuen Frauenbewegung entstand, war der unmittelbar erlebte Ausdruck für meine eigene Betroffenheit, aber auch für die Betroffenheit vieler anderer Frauen. Ich fühle mich einbezogen in eine große Bewegung, die ich bisher nicht gekannt hatte und in der ich mich nicht allein befand.« (Latz im Vorwort)

Wenn »Flugblattlieder«, die ihr Leben aus dem unmittelbaren Gebrauch in der politischen Öffentlichkeit beziehen, nach Jahren in einem aufwendigen Liederbuch (illustriert von Petra Kaster) versammelt werden, muß es besondere Gründe geben: Einer davon mag sein, daß es bis dahin noch viel zu wenig Frauenliederbücher gab. Gitarre spielende und singende Frauen waren auf Handschriftliches angewiesen — oder orientierten sich immer noch an männlichen Liedermachern. Latz dachte auch an »die vielen Klavierspielerinnen ..., die im Lauf ihres Lebens die Lust am Klavierspielen verloren haben«. Ihre Vorschläge zur Vereinfachung und Abwandlung der Klaviersätze, und zur Improvisation können auch Musiklehrerinnen anregen.

Wer mit Liedern öffentlich auftritt, bekommt auch einen Eindruck von der Vielfalt der Lieder, die anderswo in der Frauenbewegung entstehen: Inzwischen waren erste Frauenrockgruppen gegründet, gab es Lieder auf vielen Frauenfesten und Schallplatten, aber auch viele nur mündlich verbreitete Aktionslieder und noch kaum bekannte Liedermacherinnen. Deshalb war es naheliegend, daß sich Latz nach Auflösung der »Bonner Blaustrümpfe« darum bemühte, Lieder in der neuen deutschen Frauenbewegung zu sammeln und dokumentieren. Daraus und aus einigen amerikanischen und italienischen Beispielen entstand das Fischer-Taschenbuch »Frauen-Lieder«.

Unter professionellen Liedermacher-Bedingungen sind in diesem Band wohl die wenigsten Lieder entstanden, obwohl einige offensichtlich von literarisch-journalistischer oder musikalischer Vorbildung profitieren (Beispiele von Anni Becker und der Frauenmusikgruppe »Schneewittchen«). Viel wichtiger für die Machart sind das Bedürfnis nach persönlichem Ausdruck und Verarbeitung von Erfahrungen in Familie und Beruf und die Lust, politische Aussagen mit Liedern pointierter und auch witziger zu machen. Einige Songs stammen aus dem Kabarettprogramm der »Federhexen«, mehrere sind zu Aktionen der Frauenbewegung entstanden (Muttertagslied der Darmstädter Frauengruppe, Frauenzentrumslied, Intermatriale), und viele andere hat Latz aus der Versenkung der Küchenschublade geholt — von Frauen, die (noch) keinen Kontakt zur Frauenbewegung haben und auch Unfertiges mutig zur Diskussion stellen.

Die Liedproduktion der Frauenbewegung ist in den letzten Jahren weggekommen von dem Bestreben, möglichst umfassend sämtliche Bereiche der Frauenunterdrückung stropfenweise abzuhandeln. »Frauen gemeinsam sind stark« von 1973 und ähnliche Lieder haben in diesem Band nur noch dokumentarischen Wert. Sie werden übertroffen von Liedern wie z.B. das witzigparodistische »Was hat denn Kaiser Wilhelm als Vater getan?«, das schweizerische »Wiegenlied«, das »Lied von der Gleichberechtigung« oder »Ein Mann in den besten Jahren«. Melodien oder Melodiemuster werden nicht mehr wahllos übernommen, sondern selbst gemacht oder mit Hintersinn aus dem Moritaten-, Küchenlied-, Volkslied- oder Chanson-Repertoire ausgewählt. Die Sprache verrät nicht mehr studentischen Jargon (»Privilegien«, »Männerherrschaft«, »Gleichberechtigung«), sondern beschreibt konkrete Erfahrungen. Am besten haben mir die Dialektlieder gefallen: »Ich sing von Lautre«, »'s Marili«, »Ade, Mariechen«, am wenigsten literarisch bemühte Produkte wie »Menschen, friedlose Wesen«. Die Lieder werden ergänzt durch Karikaturen, Fotos, Zeichnungen, Zeitungsausschnitte und den Abdruck einer kabarettreifen Debatte des Kieler Landtags über das Schneewittchenlied »Unter dem Pflaster liegt der Strand«: eine Zusammenstellung, die den Gebrauchs- und Wirkungszusammenhang der Lieder deutlich macht, den Anspruch von »Kunst« vermeidet und zum Nachsingen und Selbermachen anregen kann.

Freia Hoffmann (Bremen)

Soziologie

Briefs, Ulrich: Arbeiten ohne Sinn und Perspektive? Gewerkschaften und »Neue Technologien«. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1980 (210 S., br., 14,80 DM)

Der Autor, Referent am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB, hat durch seine gewerkschaftliche und wissenschaftliche Arbeit wie kaum einer in den letzten Jahren zu einer vernünftigen Verbindung von Gewerkschaften und Wissenschaften beigetragen, die ja keineswegs selbstverständlich, historisch belastet, aber unter den Bedingungen eines enormen Bedeutungszuwachses von Wissenschaft und Technik für die gesellschaftliche Arbeit ebenso wie für die Politik unerlässlich ist. Briefs' Buch besticht durch seine Informationsfülle und das kämpferische Interesse am verändernden Eingriff der Arbeitenden und ihrer Interessenvertretungen in ihre Arbeitsbedingungen. Es gliedert sich in vier Abschnitte: eine (problemorientierte) Beschreibung der Vielfalt und Entwicklungsdynamik der Automations-Technologien, eine (kursorische) Analyse der wichtigsten sozialen Folgen ihres Einsatzes in Produktion und Verwaltung, die Herausarbeitung der ökonomischen Grundlagen und der Unternehmerstrategien im Automatisierungsprozeß, Kritik und Entwurf gewerkschaftlicher Politik in den technischen Umwälzungen der gesellschaftlichen Arbeit.

Den letzten Abschnitt halte ich für den interessantesten: Der Autor plädiert für die Erarbeitung eines »umfassenden Konzepts menschenwürdiger Arbeit unter heutigen Bedingungen« (139). Angesichts der Universalität und Dynamik der Technologie-Entwicklung genüge die herrschende Orientierung gewerkschaftlicher Politik an weitgehend reaktiven, defensiven und ökonomisch verengten Schutzmaßnahmen (d.h. Schutz des Lohns bzw. der Möglichkeit, Lohn zu erzielen) immer weniger. Herausgearbeitet werden die Defizite und Ansätze gewerkschaftlicher Politik in den Feldern Arbeitsplatzsicherung, Qualifikationsentwicklung, Kontrolle in Betrieb und Gesellschaft, in der Bildungspolitik, in der Wissenschaftspolitik und in der Politik der »Humanisierung der Arbeit«. Der Autor versucht, die verschiedenen im letzten Jahrzehnt von den Gewerkschaften verfolgten Strategien und Kampfziele in eine Systematik schrittweiser Erweiterung der Handlungs- und Einflußmöglichkeiten zu bringen, als deren logischer Scheitelpunkt (und vordringliche Zukunftsaufgabe) die Entwicklung von »Gestaltungskonzepten« zur »Beeinflussung der betrieblichen Bedingungen und damit der technologischen Entwicklung« (164f.) bestimmt wird. Solche Gestaltungskonzepte werden in Umrissen skizziert, etwa: Verkürzung der Arbeitszeit und Nutzung zeitlicher Freiräume für den Abbau übermäßiger Belastung, für Weiterbildung, für eine verstärkte Beteiligung der Beschäftigten an der Steuerung und Kontrolle der Produktion (166). Die Verfügung über Wissen aus Datenbanken, Auskunftssystemen etc. am Arbeitsplatz, der interaktive Gebrauch von Informationssystemen eröffne »Möglichkeiten auch für eine erweiterte und gesteigerte schöpferische Beteiligung der Beschäftigten an den Prozessen in den Betrieben und an der Weiterentwicklung von Produktion und Verwaltung« (167). Die »neuen Technologien« »ermöglichen prinzipiell die verstärkte Selbststeuerung von Beschäftigten, Arbeitsgruppen und Betrieben, indem sie wirklich dezentral getroffene, durch demokratische Diskussion zustande gekommene Entscheidungen dadurch zu unterstützen vermögen, daß sie hypothetisch formulierte Alternativen, z.B. für die Planung einer Abteilung, darzustellen erlauben, und zugleich die schwierige Aufgabe der Koordination dieser Entscheidungen der verschiedenen Abteilungen mit Hilfe der informationstechnologischen Infrastruktur besser gelöst werden kann« (168f.). »Eine ähnliche Möglichkeit für eine neue Gestaltung der Arbeit ergibt sich aus dem Einsatz der neuen Technologien für den Entwurf, die Gestaltung und die Produktion von Gebrauchswerten, d.h. Gütern und Dienstleistungen, die wirklich dringenden sozialen und vernünftigen individuellen Bedürfnissen entsprechen.« (169) — Der Autor erörtert Möglichkeiten

und Beschränkungen der Tarifpolitik und der Mitbestimmungspolitik. Entsprechend der Spezifik beider Instrumente werden konkrete Forderungen und Handlungsmöglichkeiten entwickelt. Die Grenzen solcher auf betriebliche Aktion gerichteten Strategien werden gesehen: sie seien »nur sinnvoll, wenn es gelingt, die Frage nach der grundsätzlichen Ordnung der Gesellschaft und der Wirtschaft aufzuwerfen und in diesem Zusammenhang auch die Frage nach dem Sinn und den Perspektiven menschlicher Arbeit einzubringen« (181).

Irritiert hat mich bei der Lektüre, daß den Analysen unausgesprochen zwei Konzepte zu Grunde liegen, die nicht miteinander kompatibel sind, zwischen denen uneindeutig hin und her gewechselt wird, die z.T. ineinander verschwimmen. Auf der einen Seite ein »Verelendungs-Diskurs« (zum Begriff vgl. Projektgruppe Automation und Qualifikation, in: Argument-Sonderband 55, IX): Die Entwicklung der »neuen Technologien« ist »geprägt von der ökonomischen Grundstruktur des gegebenen Wirtschaftssystems« (15). »Mit zunehmender Ausreifung verfestigen sich ... in den gegebenen Technologien immer mehr die durch die bisherige Entwicklung gegebenen kapitalistischen Orientierungen« (16). Die Folgen sind Marginalisierung der lebendigen Arbeit und Entleerung der Tätigkeitsinhalte; nicht nur bestehende Qualifikationen werden entwertet, es wird auch die »Schaffung neuer Qualifikationen« verhindert (10, 77 u.ö.); »der 'intelligente Terminal' richtet unter kapitalistischen Bedingungen seine 'Intelligenz' eben zwangsläufig gegen seinen 'Benutzer'« (81); »die Maschine übernimmt mehr und mehr schöpferische Tätigkeiten, die marginale Routine verbleibt den menschlichen Arbeitskräften« (85) etc. Die Entwicklung zielt auf Verlust und Zerstörung. Als Strategie bleibt die Abwehr und die Hoffnung auf »eine andere (Gesellschaft) als die bestehende« (10). — Auf der anderen Seite die Widerspruchs-Analyse: Die Entwicklung der »neuen Technologien« ist geprägt durch den Widerspruch von gewaltigen gesellschaftlichen Produktivkräften und kapitalistischer Zielbestimmung der Produktion. Dieser Widerspruch zwingt die Arbeitenden zum Aufrechtgehen in sie fesselnden Verhältnissen, und umgekehrt die Unternehmer zur Freisetzung der Kräfte, die sie zugleich binden: »Die unternehmerische Praxis ist aber auch bei der Frage der Zentralisierung oder Dezentralisierung gezwungen, die positiven Möglichkeiten zum Teil zu entwickeln und zu nutzen.« (168) Hier kann gewerkschaftliche Strategie etwa »zur aktiven inhaltlichen und vorausschauenden Gestaltung der Qualifikationsbedingungen und der Inhalte« (146) ansetzen: »die gewerkschaftlichen Forderungen nach einer breiten Grundausbildung decken sich im Prinzip mit Notwendigkeiten, die im Rahmen der Entwicklung der 'neuen Technologien' entstehen«; »die 'neuen Technologien' machen verstärkt eine Integration von theoretischer und praktischer ... Aus- und Weiterbildung notwendig.« (156) — Wo die beiden (unverträglichen) Konzepte aufeinanderstoßen, werden sie an den Bruchstellen mit Hilfskonstruktionen zu verklammern versucht: etwa mit Hilfe der Vorstellung, die widersprüchliche Wirklichkeit mit der Unterscheidung von *realer* Verelendung und *möglicher* »Verbesserung der Produktionsbedingungen im Interesse der Beschäftigten« (165) begreifen zu können; oder mit Hilfe abschwächender Formulierungen, die die Bruchstellen unscharf machen (etwa wenn die »neuen Möglichkeiten für menschlichere Produktionsbedingungen ... ganz überwiegend nicht im Interesse der Massen ... genutzt und weiterentwickelt werden«, 16). Wünschenswert wäre die weitere Präzisierung der Widerspruchs-Analyse, auch hinsichtlich der Frage, wie Widerspruchsdenken und produktiver Umgang mit einer widersprüchlichen Realität für die gewerkschaftliche Strategiebildung bestimmend werden kann.

Werner van Treeck (Kassel)

Stoll, Edgar: Produktion als Arbeitsprozeß. Zur Entwicklung einer materialistischen Theorie freier Arbeit. Campus Verlag, Frankfurt/New York 1981 (253 S., br., 38,- DM)

Der Titel der Studie deutet einen hohen Anspruch an. Der gesellschaftliche Produktionsprozeß, unter dem Gesichtspunkt der *menschlichen Arbeit* betrachtet, soll mit dem Ziel analysiert werden, aus der materialistischen Analyse der gegenwärtigen Produktionsverhältnisse und verdinglichten Arbeitsbeziehungen jene Elemente und Bestimmungen herauszuschälen, die einer objektiv möglichen *zukünftigen* Form der gesellschaftlichen Arbeit, in der planvoll individuelle und gesellschaftliche Bedürfnisse befriedigt werden, ihre wesentlichen Konturen verleihen. Stoll stellt sich die methodisch heikle und, wie er richtig hervorhebt, in der marxistischen Diskussion häufig aufgeschobene Frage, wie Arbeitsbeziehungen und Planungsprozesse aussehen könnten, »die nicht kapitalistisch sind, die sich also der 'Sachlogik' des Kapitals entziehen« (8).

In seinem Versuch einer genaueren Ausgestaltung zukünftiger 'freier' Arbeitsformen jenseits des Kapitalismus nimmt Stoll zunächst einen langen Anlauf. Er stellt die methodische Ausgangsposition seiner Untersuchung in der Auseinandersetzung mit zahlreichen, auf Marx sich berufenden Ansätzen vor (Teil I) und behandelt ausführlich mögliche 'utopiekritische' Einwände gegen das gesamte Unterfangen einer positiv formulierten 'arbeitsorientierten Theorie', als deren Teil er seine eigene Studie versteht. Sodann bestimmt er die zentrale Kategorie der Arbeit näher (Teil II) und weist ihren *zweckhaften*, auf die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse bezogenen Charakter aus. In der Zwecke setzenden menschlichen Arbeit sieht Stoll die allgemeine Voraussetzung und den Ausgangspunkt für den historischen Entfaltungsprozeß zur gattungsgeschichtlich neuen Stufe der 'freien Arbeit'. Diese Bestimmung der Arbeit wird im III. Teil weiter entfaltet und auf den Entwicklungsprozeß der menschlichen Bedürfnisse bezogen. Die individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse werden durch Arbeit befriedigt, sie entwickeln sich zugleich in der Arbeit, im Genuß ihrer Früchte weiter; sie richten sich schließlich gleichsam zurück auf die Arbeit selbst als 'erstem Lebensbedürfnis'. Zum Ausgang des III. Teils diskutiert Stoll die nach heutigen Erkenntnissen und nach dem Stand der gesellschaftlichen Entwicklung gegebenen Möglichkeiten einer 'freien', gesellschaftlich selbstbestimmten Organisation der Arbeit in deutlicheren Bezügen. In diesem empirisch gehaltvollsten Teil der Studie benennt er die institutionellen Rahmenbedingungen des auf Arbeit bezogenen Prozesses gesellschaftlicher Planung sowie die Phasen, in die er sich sinnvoll gliedern läßt. Hier greift der Autor auf kritische Ansätze der Psychologie, der Politikwissenschaft und der verhaltenstheoretisch orientierten Wirtschaftswissenschaften zurück. Im IV. Teil legt Stoll nochmals verschiedene Dimensionen der Arbeit in der Absicht dar, ihre Bedeutung für die als zurecht geforderte *Durchsichtigkeit* eines von den Produzenten selbstbestimmten Planungs- und Arbeitsprozesses aufzuweisen und mögliche Interessenkonflikte en detail zu erörtern. Er zerlegt dabei die menschliche Arbeit in die 'originären' Dimensionen (soziale, ökologische Dimension) einerseits, die 'derivativen' Dimensionen (gegenständliche, technologisch-organisatorische, räumlich-zeitliche, produkturale Dimension) andererseits, um mit einer Darstellung der 'Dimensionen-Gesamtheit' seine weit ausgreifende Studie abzuschließen.

Der Ertrag der vom Autor ausdrücklich als 'vorläufig' ausgewiesenen Analyse steht in keinem geglückten Verhältnis zu dem Aufwand, der mit der Diskussion der mehr oder weniger auf Marx sich berufenden Ansätze getrieben wird. Stoll zieht in seinen Überlegungen derart viele Autoren auf den unterschiedlichsten Ebenen der gegenständlichen und methodischen Reflexion zu Rate, daß darüber der rote Faden seiner Darstellung streckenweise verlorengeht. Am überzeugendsten und fruchtbarsten erscheint die allzu detailreiche Studie da, wo sich der Autor mit den institutionellen und informationstechnischen Voraussetzungen einer sozialistischen (vom Autor zumeist 'demokratisch' oder

'frei' genannten) Planung und Vollzugsweise des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses auseinandersetzt und viele richtige Fragen ohne den übereilten Anspruch auf allwissende Klärung zu stellen weiß. Freilich muß man sich, bis dies konkretere Stadium der Lektüre erreicht ist, damit abgefunden haben, daß aus Mangel an einem klar artikulierten und durchgehaltenen Problemverständnis die theoretische Vermittlung zwischen den neuen *ökonomischen* Bedingungen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses jenseits des Kapitalismus und den (möglicherweise vielfältigen) Formen der institutionellen Ausgestaltung des Arbeitsprozesses (im engeren Sinne) nicht geleistet worden ist. Weil ein eigenes, von Argument zu Argument schlüssiges Verständnis der Marxschen Theorie, bezogen auf den Erkenntnisgegenstand, von Stoll nicht dargelegt wird, bleibt häufig unklar, ob für die 'positive' Darstellung der Bedingungen 'freier Arbeit' ein Beitrag von Marx oder von 'anderen' Marxisten kritisiert, eine Bestimmung von Marx oder von 'anderen' Marxisten zustimmend herangezogen wird. Auch verhindern die inhaltlich sich eher durchkreuzenden Positionen von 'subjektiv orientierten' und 'objektivistischen' Marxisten, die Stoll in der eigenen Argumentationslinie aneinanderreicht und keiner gründlichen Beurteilung unterzieht, eine fundierte Aussage zu den konkreten gesellschaftlichen Bedingungen der Arbeit in Ländern des 'realen Sozialismus'. Ihnen gegenüber wird der Maßstab der Kritik nur auf der institutionellen Ebene klar: Stoll arbeitet überzeugend heraus, daß die Teilnahme der einzelnen und der arbeitenden Gruppen am Planungsprozeß erst die stufenweise Fortentwicklung des Arbeitsprozesses zu humaneren Bedingungen, eine vernünftige Klärung von Bedürfnissen nach sozialen Prioritäten und den schonenden Umgang mit den natürlichen Produktionsquellen ermöglicht. Das schwankende, undeutliche Bezugnehmen des Autors auf eine Vielfalt marxistischer Positionen ist auf seinen Umgang mit der originären Theorie selbst zurückzuführen. Stoll kann die Frage, welche Rolle *der Arbeit* als menschlicher Lebensäußerung in der Marxschen Gesellschaftstheorie zukommt, nicht überzeugend beantworten und behilft sich mit dem Hinweis auf 'Widersprüche' zwischen dem jungen und dem reifen Marx, die m.E. in einschlägigen Studien zur Entwicklung dieser Theorie zweifelsfrei geklärt sind. Damit wirft er im Fortgang seiner Gedankenführung Probleme auf, deren Bearbeitung in anderem Zusammenhang sinnvoll sein mag (z.B. die 'Deformationen' in der Organisation des Planungs- und Arbeitsprozesses in sozialistischen Ländern, die Frage eines verborgenen technischen 'Optimismus' in marxistischen Denktraditionen, die ökologische Dimension des Produktionsprozesses in ihrer ungeklärten Beziehung zum Konzept der Produktivkraftentwicklung und vieles mehr), die aber auf sein eigentliches Thema zu wenig einleuchtend bezogen sind.

Die Bedeutung der von Stoll erarbeiteten Thematik und der überreich aufgeworfenen Fragen, die viele Bezüge zur sozialwissenschaftlichen Diskussion über die 'Zukunft der Arbeit' in nachkapitalistischen Gesellschaften aufweisen, ist unbestreitbar. Der Anspruch, gleichsam einen Königsweg zwischen subjektlosem Materialismus und naïvem Utopismus hindurch einzuschlagen, ist freilich am gewählten Gegenstand der zukünftigen Perspektiven 'freier Arbeit' noch nicht eingelöst. Um deren Realisierungsformen in einer dem Kapitalverhältnis erwachsenen Gesellschaft näher zu bestimmen, wäre in künftigen Arbeiten das Problem sowohl begrifflich als auch historisch genauer zu umreißen und vom Ballast randständiger Überlegungen zu befreien. Die Studie regt zu fruchtbaren Fragen an, aber die Positionsbestimmung des Autors weist kaum deutliche Konturen auf; die in ihr ansatzweise enthaltene Kritik an Marx oder marxistischen Positionen bedürfte einer klärenden Darstellung. Indes können diese Defizite auch schon vom kritischen Leser produktiv bearbeitet werden.

Ulf Kadritzke (Berlin/West)

Stearns, Peter N.: Arbeiterleben. Industriearbeit und Alltag in Europa 1890-1914. Campus Verlag, Frankfurt/New York 1980 (391 S., br., 39,- DM)

Stearns wendet sich einer Zeit zu, die hinsichtlich der wissenschaftlichen Erforschung der politisch-organisatorischen Entwicklung der Arbeiterbewegung regelrecht »abgegrast« ist, in Bezug auf die Analyse der realen Entwicklung der menschlichen Arbeit und der Lebensweise der Arbeiterklasse hingegen stark vernachlässigt wurde. Zwischen 1890 und dem Ersten Weltkrieg durchlief — nach Stearns — die Industrie einen »Reifungsprozeß«, der die Arbeiter vor qualitativ neue Probleme der »Anpassung« an die veränderte Produktionsweise stellte. Denn einmal wurden viele Arbeiter nicht etwa in der ersten Phase der Industrialisierung, sondern erst gegen Ende des Jahrhunderts in einen industriellen Arbeitszusammenhang einbezogen; und zum anderen wurden große Teile der älteren industriellen Arbeiterklasse aufgrund technischer und arbeitsorganisatorischer Veränderungen in ihren gewohnten Methoden der »Anpassung« ernsthaft »bedroht« (2). Die Untersuchung, eine vergleichende Studie für England, Frankreich, Belgien und Deutschland, gliedert sich in neun relativ unverbundene Kapitel und eine zusammenfassende Schlußbetrachtung. In den Kapiteln 1 bis 6 wird versucht, die um die Jahrhundertwende sich wandelnden Arbeitsverhältnisse und Gesellschaftsbeziehungen in ihren ökonomischen und sozialen Grundlagen zu beschreiben. So geht es etwa um die Entwicklung der Beschäftigungs- und Berufsstruktur (18-41), die hauptsächlich durch das starke Anwachsen un- und angelernter Arbeiter gekennzeichnet ist. Diese Arbeiter rekrutieren sich allerdings nicht — wie vielfach angenommen wird — aus ehemaligen Facharbeitern oder Handwerkern, sondern weit mehr aus neu »erschlossenen« Arbeitskräftereservoirs: ländliche Bevölkerung, Ausländer und Frauen. Oder es geht um Ausmaß und Struktur der Arbeitslosigkeit (81-108), wobei neben dem Nachweis extrem hoher Arbeitslosenquoten (zwischen 10 und 20 Prozent) in den — immerhin acht — Krisenjahren zwischen 1891 und 1914 die offenbar damals schon ausgeprägte Spaltung der Arbeiterklasse in eine »privilegierte« Minderheit der Arbeiter mit relativ sicheren Beschäftigungsverhältnissen und die Mehrheit der Arbeiter, die ständig unter der Drohung der Arbeitslosigkeit leben mußte, beschrieben wird. In einem weiteren Kapitel (»Veränderungen des Produktionsprozesses: Technologie«, 109-136) wird neben einer kursorischen und nicht immer unproblematischen Schilderung technologischer Änderungen der weit verbreitete »Pragmatismus« der Arbeiter in Bezug auf den technischen Wandel herausgearbeitet. »Die Arbeiterklasse liebte die Maschinen nicht, aber sie stand der Mechanisierung im Prinzip auch nicht feindlich gegenüber.« (133) Opposition gegen die Einführung neuer Maschinen(systeme) kam allerdings v.a. dann in stärkerem Maße auf, wenn mit ihr der Verlust von Arbeitsplätzen befürchtet wurde. Weit eher Anlaß zu häufigen und heftigen Protesten und Kämpfen am Arbeitsplatz waren Veränderungen in der betrieblichen Organisationsstruktur (Entpersonalisierung, Bürokratisierung, Rationalisierung, paternalistische Kontrollsysteme, 137-180) sowie die Steigerung der Arbeitsgeschwindigkeit im Gefolge von Fließbandarbeit, Akkord- und Prämienlohnsystemen (181-218). Die Kapitel 7 bis 9 befassen sich mit den zunehmenden Möglichkeiten, außerhalb der Arbeit Kompensationen für die Anstrengungen und Erniedrigungen des Arbeitslebens zu entwickeln. Voraussetzung hierfür waren die erst um die Jahrhundertwende sich allgemein durchsetzende Trennung von Arbeit und Erholung, eine signifikante Senkung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit (231-260) und die erhöhte Bedeutung der Familie als Ort der Regeneration (261-292). Ausschließlich auf eine Verbesserung der Reproduktionsbedingungen waren denn auch die individuellen und kollektiven Protestaktionen der Arbeiter angelegt, was zur Folge hatte — und dies ist die zentrale These des Buches —, daß selbst noch dieser Widerstand die »Anpassung« der Arbeiterklasse an das »industrielle Leben« gefördert (335f.) und damit der (organisierten) Arbeiterbewegung die revolutionäre Perspektive verbaut habe. Stearns' Gegenentwurf, wonach allenfalls eine Konzentration der

Arbeiter auf die Veränderung der Arbeitsbedingungen und der -inhalte »potentiell Sprengkraft gehabt hätte und weitaus eher ein revolutionäres Klima erzeugt hätte als die Lohnforderungen« (325), bleibt spekulativ und geht zudem von der irrigen Annahme aus, die »Arbeitsinhalte« seien der »eindeutigste gemeinsame Nenner der Arbeiterklasse« (328).

Darüber ließe sich aber zweifellos mit Gewinn diskutieren. Die Schwäche der Untersuchung liegt m.E. woanders, nämlich gerade dort, wo H. Grebing in ihrem Vorwort einen großen Vorzug erblickt: in der — gewiß eindrucksvollen — Präsentation einer »vielfältige(n) Mischung aus Quellen, zu Quellen gewordenen Untersuchungen und späterer Forschung« (VII). Mit angelsächsischer Unbekümmertheit methodischen Fragen gegenüber läßt nämlich Stearns die Möglichkeit völlig kalt, daß es sich bei dieser Fülle statistischen und interpretatorischen Materials — man denke nur an die zahlreichen zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen, darunter viele Arbeitszufriedenheitserhebungen — um Quellen höchst unterschiedlicher Qualität und Aussagekraft handelt. Das pure Ancinanderreihen von Einzelergebnissen aus solchen Untersuchungen führt dann zu einem zwar bunten, allerdings auch sehr verwirrenden und in sich widersprüchlichen Gesamtbild. So, wenn beispielsweise unter der Kapitelüberschrift »Ein wahnsinniges Tempo« (!) davon die Rede ist, daß die »meisten Arbeiter« auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts »ein relativ traditionelles Arbeitstempo« beibehielten (188), während an anderer Stelle (Kapitel 7: Arbeitszeitverkürzung) die ständig »steigende Arbeitsgeschwindigkeit« als für die Jahrhundertwende »so charakteristisch« hingestellt wird (258). Oder wenn einmal behauptet wird, daß »Streiks für eine Arbeitszeitverkürzung ... nicht besonders schwer zu gewinnen« waren (243), ein paar Seiten später aber genau das Gegenteil festgestellt wird: »Auf jeden Fall war eine Arbeitszeitverkürzung nur schwer durchzusetzen.« (251) Auch das Schlußkapitel vermag solche Ungereimtheiten nicht aufzuklären, sondern wirft eher noch zusätzliche Probleme auf: z.B. wird völlig unvermittelt mit zuvor nicht eingeführten Kategorien und Begrifflichkeiten wie »Arbeiteraristokratie« (331) oder »Entfremdung« (343) operiert, ohne deren spezifische Bedeutung im Interpretationszusammenhang der vorliegenden Arbeit offenzulegen. Wenn sich schon Fehler beim Setzen des Textes nicht vermeiden lassen, so sollte man wenigstens bei der Wiedergabe von Tabellen die größten Unsinnigkeiten beim Korrekturlesen beseitigen: daß die Zahl der Erwerbstätigen Belgiens nicht doppelt so hoch sein kann wie die Deutschlands (Tabelle 1, S.23), müßte doch auffallen.

Peter Strutynski (Kassel)

Wetzlar, Konstanze: Gewerkschaftsbewegung und Persönlichkeitsentwicklung. Studien zur Kritischen Psychologie. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1981 (237 S., br., 18,- DM) Wer eine zitatreiche Zusammenfassung kritisch-psychologischer Aussagen zur menschlichen Subjektivität erwartet, wer eine Kurzfassung von Aussagen Huffschmids zum Charakter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise nachlesen möchte, oder wer eine Trendbeschreibung gewerkschaftlicher Kämpfe zwischen 1971 und 1979 erwartet, der kommt auf seine Kosten. Da es sich hierbei um Vorarbeiten zum eigentlichen Thema handelt, die ohnehin an anderer Stelle ausführlicher nachgelesen werden können, werde ich mich auf den letzten Teil der Arbeit beschränken.

Unter dem Titel »Zum Verhältnis von gesellschaftlichen Klassenbewegungen und Persönlichkeitsentwicklung unter den Bedingungen der Krise« wird die vorherrschende Bewußtseinsform in der Arbeiterbewegung der BRD als opportunistisch bestimmt, wobei in einen linken und einen rechten Opportunismus unterschieden wird. Die sozialökonomischen, politischen und ideologischen Ursachen des Opportunismus werden in der Teilhabe an Extraprofiten (»Bestechungshypothese«), in der quantitativen Ausweitung der Arbeiterklasse und der Aufnahme ständisch-bornierter Gruppeninteressen, in Qualifikationsprozessen und Aufstiegsillusionen, in Innovationsmöglichkeiten der bürgerli-

chen Ideologie u.a. gesehen. Das opportunistische Bewußtsein ist eng verbunden mit der Ideologie der Sozialpartnerschaft (hier wird in eine rechte und linke Strömung unterschieden). Die heutige Kritik aus Gewerkschafts- und SPD-Kreisen an der sozialliberalen Regierungspolitik faßt Wetzel als Kennzeichen für eine (beginnende) Krise des Sozialreformismus. Dem Sozialreformismus stellt sie die revolutionäre Arbeiterbewegung gegenüber, deren zentrale Aufgabe gerade in der Überwindung des Opportunismus bzw. damit gleichbedeutend in der Aufhebung der Zersplitterung der Arbeiterbewegung gesehen wird. Mittel hierzu ist das Angebot der Aktionseinheit in dialektischer Einheit mit der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Opportunismus. — Widersprüchliches Bewußtsein wird als das »normale« Bewußtsein von Arbeitern gefaßt. Unter heutigen Krisenzeiten werden neue Forderungen und Tendenzen in den Bewußtseinsinhalten gesichtet (z.B. Forderungen nach Sicherung der Arbeitsplätze, nach Sicherung der Qualifikation und erweiterter Mitbestimmung) und es werden Ansatzpunkte für Unzufriedenheit ausgemacht (z.B. Begrenzung der Aufstiegsmöglichkeiten, Dequalifizierung, Zerstörung traditioneller Berufsgruppen). Auf diesem Hintergrund sucht Wetzel nun nach Ansatzpunkten für die Weiterentwicklung des Bewußtseins. Eine empirische Untersuchung Werners zum Bewußtseins von Teilnehmern an gewerkschaftlichen Bildungsseminaren bildet hierbei das Kernstück. »Der 'Doppelcharakter' der Sozialpartnerschaftsideologie besteht darin, daß sie einerseits auf der Anerkennung der kapitalistischen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel basiert, ihr aber andererseits auch die realistische Zielvorstellung einer gesamtgesellschaftlichen Ausrichtung des ökonomischen Handelns zugrundelegt.« (209) »Die in der Staatsillusion vorhandenen berechtigten Ansprüche an die Tätigkeit des Staates können somit auch als Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung oder als 'Keimformen' des politischen Bewußtseins betrachtet werden.« (111/112) Die Nahtstelle des Übergangs von eingeschränktem zu fortschrittlichem Bewußtsein wird in psychischen Konflikten gesehen. Dabei wird auf die Bedeutung von theoretischem Wissen bei der Verarbeitung der psychischen Konflikte abgehoben. — In der Konsequenz dieser Herleitung beschäftigt sich der letzte Teil mit (An-)Forderungen an die Gewerkschaften, insbesondere an ihre Bildungsarbeit. Die fortschrittliche Wende innerhalb der Gewerkschaften wird dabei vom Erstarken der Kräfte erwartet, die die Autonomie der Gewerkschaften gegenüber einer Partei anstreben.

Mit dem beschriebenen Gang der Darstellung wird die zentrale These deutlich: Unter den Krisenbedingungen lösen sich Teile der Arbeiterbewegung vom »Angebot« der Realitätserklärung, wie sie der Sozialreformismus anbietet und wenden sich dem adäquateren »Angebot« einer revolutionären Weltanschauung zu. Die Umklappstelle ist dabei die psychische Krise; diese ist Folge der ökonomischen Krise.

Dieses Einfachschema wird jedoch dem überaus wichtigen Thema nicht gerecht. Es ist diesem Thema nicht angemessen, wenn Persönlichkeiten in der Gewerkschaftsbewegung auf zwei abstrakte Bewußtseinsformen verkürzt werden. Es wäre notwendig gewesen, auf die unterschiedlichen Strömungen in den Gewerkschaften einzugehen und hierbei wiederum Einflusssphären und Bewußtseinsinhalte in verschiedenen Gewerkschaftsbereichen der Basis, des unteren und mittleren sowie des oberen Funktionärskörpers zu untersuchen.

Es ist weiterhin eine unzulängliche Verkürzung, wenn die ökonomische Krise mit psychologischen Konflikten ohne Klärung der Zwischenschritte verbunden wird. (Gerade hier sehe ich Aufgaben der Kritischen Psychologie!) Zumindest plakativ bleibt denn auch der nächste Schritt. Vom psychischen Konflikt zum entwickelteren Bewußtsein. Hier steht auf der einen Seite eine »fertige« Weltanschauung, auf der anderen ein krisenhaft-widersprüchliches Bewußtsein. Es werden nun alle schwierigen, aber gerade wichtigen und somit der Klärung bedürftigen Zwischenglieder übersprungen. Dabei kommt heraus, daß von den fortschrittlichen Teilen der Gewerkschaften dieses nicht weiter er-

hellte »Zusammenbringen« von psychischem Konflikt und entwickelter Weltanschauung erwartet wird. An der Stelle, an der das Thema spannend würde, bricht die Arbeit ab. Sie überläßt der Praxis die Lösung eines Problems, dessen Erhellung eigentlich zentraler Mittelpunkt der Analyse hätte sein müssen.

Hier liegt jedoch kein grundlegender Mangel kritisch-psychologischer Untersuchung vor, sondern ein Mangel *dieser* Untersuchung. Was ich an der kritisch-psychologischen Vorgehensweise so schätze: die ausgesprochen reflektierten Analyseschritte, die historisch-funktionale Rekonstruktion des Gegenstandsbereichs, die Herausarbeitung und Entfaltung der inneren Widersprüche — dies wird in der vorliegenden Arbeit lediglich abstrakt vorangestellt, nicht aber auf den Untersuchungsgegenstand bezogen selbst entwickelt. Nicht gewerkschaftliche Praxis wird hier auf persönlichkeitsbildende Elemente hin untersucht, nicht empirisch vorfindbare Problem- und Konfliktbereiche werden in ihren Wechselwirkungen mit Persönlichkeiten und Persönlichkeitsentwicklungen untersucht, um wiederum Konsequenzen für gewerkschaftliche Strategien auszuloten. Es werden weder die Diskussionen über die Bildungs- und Freizeitarbeit in den Gewerkschaften berücksichtigt, noch Streikanalysen, die Aussagen über die Veränderung beteiligter Kollegen machen. Es wird weder auf den gewerkschaftlichen Alltag in der Betriebs-, Gremien-, Kultur- und Bildungsarbeit eingegangen, noch werden z.B. Biographien von Gewerkschaftern untersucht. Auch die aktuellen Analysen über die Auswirkungen der Krisenerscheinungen auf die Gewerkschaften (z.B. Ausgrenzung von »Randgruppen« abhängig Beschäftigter aus der Produktion, »Amerikanisierung« der Gewerkschaften) werden nicht berücksichtigt, obwohl hier gerade auch Auswirkungen auf die Persönlichkeitsentwicklung von Frauen, Jugendlichen und Ausländern einerseits, Facharbeitern andererseits zu untersuchen wären. Ebenso bleiben Arbeiten unberücksichtigt, die sich mit den Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die Politisierung der Betroffenen beschäftigen.

Nimmt man ernst, was Ute Holzkamp-Osterkamp in ihren Arbeiten über Motivationsforschung entwickelt, so kann es nicht genügen, Persönlichkeit bezogen auf Gewerkschaftsbewegung fast ausschließlich vom Bewußtsein her zu fassen. (Ganz abgesehen davon, daß die Bestimmung der Sein-Bewußtsein-Verhältnisse wie des Verhältnisses von subjektivem Bewußtsein und objektiven Bewußtseinsformen hier einiges zu wünschen übrig läßt.) Vielversprechender könnte ein Zugang sein, der sich auf die konkrete Untersuchung der Arbeiter- und Gewerkschaftskultur, der betrieblichen und innergewerkschaftlichen Strukturen im Hinblick auf individuelle und kollektive *Handlungsfähigkeit* bzw. auf *ihre Erweiterung* einläßt. Die konkrete Untersuchung von emotionalen Inhalten (z.B. der Solidarität), von bewußtseinsmäßigen Inhalten (z.B. im Hinblick auf Erkenntnisse, die die unmittelbare betriebliche Erfahrung betreffen) und handlungsbezogenen Inhalten (z.B. Übernahme von Verantwortung, kollektives Handeln) hätte m.E. eine Fundgrube für Erkenntnisse ergeben können. Unter Einbeziehung der aktuellen Problemstellungen hätten sich auch praktische Konsequenzen gezeigt und eine tatsächliche, empirisch fundierte Erweiterung der Kritischen Psychologie wäre möglich geworden.

Armin Wöhrle (Esslingen)

Erziehungswissenschaft

Arbeitsgruppe Schulforschung: Leistung und Versagen. Alltagstheorien von Schülern und Lehrern. Juventa Verlag, München 1980 (239 S., br., 24,80 DM)

Über die gesellschaftlichen Funktionen von Schule ist schon viel räsoniert und geschrieben worden. Wie indes die Beteiligten, Lehrer, Schüler und Eltern, sie wahrnehmen, erfahren und für sich in alltäglich handhabbaren Wirklichkeits- und Selbstkonzepten er-

klären — darüber denkt eine empirisch arbeitende Schulforschung erst seit kurzem nach.

Mittels narrativer Interviews von 40 Schülern und 40 Lehrern sowie mittels 20 begleitenden Elterninterviews versucht die schon vorgestellte Arbeitsgruppe (vgl. meine Rezension im *Argument* 125, 141ff.) unter dem jetzt Bielefelder Sozialisationsforscher, Klaus Hurrelmann, deren »Realitätsinterpretationen, Situationsdeutungen und Wissens-elemente möglichst differenziert und in ihrer vollen Komplexität zu erfassen« (34), und zwar anhand zweier konstitutiver Dimensionen: der gesellschaftlichen Sinnbestimmung von Schule, ihrer als zentral erachteten Funktionsdefinition als Leistungs- und Bewertungsinstanz (Selektionsfunktion) und des rollenspezifischen Umgangs der Beteiligten miteinander sowie der Einschätzung, Erklärung und subjektiven Verarbeitung von Versagen und Erfolg einzelner Schüler. (Dem weiteren Fragenkomplex »Schullaufbahn/Zukunft/Beruf« soll in einer avisierten Längsschnittuntersuchung und einer gesonderten Auswertung nachgegangen werden.)

Für dieses Vorhaben wurden jeweils 10 Schüler des 8. Jahrgangs aus für die sozio- und demographische Struktur Essens typischen Hauptschulen und Gymnasien zum Interview gebeten, und als »Kontrast-Stichprobe« wurden jeweils 10 Hauptschüler und Gymnasiasten mit »überdurchschnittlich guten Schulleistungen« hinzugewählt. Die »Partnerinterviews« wurden mit Lehrern durchgeführt, die die Schüler »mindestens ein Jahr kannten«, die nicht voll (besonders bei Eltern versagender Hauptschüler) erreichbaren Elterninterviews wurden als Ergänzungen den Aussagen von Schülern und Lehrern gegenübergestellt. Die etwa einstündigen, »leicht strukturierten« Interviews wurden zu themenspezifischen »Textextrakten« komprimiert und von der Arbeitsgruppe im wechselseitigen Verfahren auf »alltagsweltliche Deutungen« hin durchforstet. Beschränkt hat sie sich auf eindeutig explizite Aussagen, was zweifelsohne zu nicht unterschätzbaren Informationseinbußen führte. (Ein Beispiel: In dem einzigen, im Anhang vollständig dokumentierten Interview spricht ein nicht-versetzter Hauptschüler davon, daß er wie seine »Kollegen« »'ne Verlängerung gekriegt hat«, aber dafür voraussichtlich nun besser seinen »Abschluß kriegen wird«. Allein schon die Wortwahl signalisiert eine Interpretationsweise von Schule, die von der Untersuchung m.E. nicht genügend beachtet wird.)

Solche Abstriche sind zu gewissen Graden bei einem der qualitativen Sozialforschung verpflichteten und in den zeitlichen wie ökonomischen Zwängen hiesiger Forschungsförderung steckenden Projekt unvermeidlich, sie werden jedoch problematisch, wenn sie sich allzu pragmatisch rechtfertigen und der Realitätsdeutung der Forschenden innerhalb des »methodisch kontrollierbaren Fremdverstehens des Eigenverständnisses« zu geringe analytische Beachtung geschenkt wird. Dieses Manko wird m.E. besonders bei der Interpretation der Realitätsdeutungen und Selbsteinschätzungen der versagenden Hauptschüler deutlich, wo soziologisch bedingte Verzerrungen und Brechungen auf Seiten der Forschenden einzukalkulieren gewesen wären.

Doch zunächst zu den Gesamtergebnissen: Sie bestätigen eindrücklich, was landauf, landab von allen einschlägigen Gazetten moniert und beklagt wird: daß die Schule in den Augen der Schüler wie der Lehrer an einem katastrophalen »Sinndefizit« leidet, daß sie nur noch als Selektionsinstanz erfahren wird, die sich für die Schüler vornehmlich als »Gratifikations- und Distributionspotential« erweist, wohingegen die Lehrer, besonders die am Gymnasium, sie immer noch mit ihrer Qualifikationsfunktion und den nachschulischen gesellschaftlichen Anforderungen legitimieren. Allerdings ergeben sich unterschiedliche Akzentuierungen bei den verschiedenen Schülergruppen: Die versagenden Hauptschüler deklamieren zwar auch noch die gesellschaftlichen Funktionszuschreibungen der Schule, distanzieren sich aber individuell von ihnen und entziehen sich in teilweise »unrealistische« Nischen und Seitenwege. Umgekehrt können sich die erfolgreichen Gymnasiasten eine abstrakte Kritik an den schulischen Prinzipien und Mechanismen lei-

sten, ihrer persönlichen Schuleinstellung und Leistungsbereitschaft bleibt sie indes äußerlich. Vor dem existenzgefährdenden Absturz bewahrt die versagenden Gymnasiasten die Hierarchie des Schulsystems, während die erfolgreichen Hauptschüler am stärksten aufstiegsmotiviert sind und ihre Schule nur als schmachliche Zwischenstufe auf dem erträumten Weg nach oben ansehen. Im Fokus schulischer Erfahrung steht mithin in jedem Fall das Zensuren- und Bewertungssystem, das auch bei den alltagsweltlichen Versagens- und Erfolgstheorien von Schülern und Lehrern voll durchschlägt. Dabei läßt sich eine »dissonante Interpunktion«, wie sich die Sozial- und Gruppenpsychologen auszudrücken pflegen, zwischen den beteiligten Gruppen feststellen, die knapp auf folgenden Nenner zu bringen ist: Während die Lehrer Erfolg und Versagen auf die persönlichen Faktoren der Schüler einschließlich ihres sozialen Hintergrunds zurückführen — sie haben die traditionellen, in der populärwissenschaftlichen Diskussion zunehmend supekten Begabungstheorien als probate Argumentationsmuster abgelöst —, erklären die Schüler ihren Leistungsstand zum großen Teil aus den schulischen Gegebenheiten und den eigenen Unterrichtserfahrungen. Besonders für die Hauptschüler konkretisieren sie sich im sozialen Kontakt und pädagogischen Geschick des Lehrers. Hingegen schreiben sich die Gymnasiasten ihre schulischen Leistungen meist selbst zu.

Hintergrund dieser Interpretationen ist ein nach wie vor an den reformerischen Visionen der 70er Jahre orientiertes, fast schon idealistisches Schulkonzept der Autoren, das jedenfalls keine klassenspezifischen und schultypischen Differenzierungen kennt. Allzu umstandslos wird die generelle These von der wachsenden Funktion der Schule zumindest als Selektionsinstanz übernommen, ohne eingehender zu untersuchen, ob und wie sie sich für die unterschiedlichen Schichten und Gruppen ausmünzt. Während eine solche Einschätzung für die Gymnasiasten noch angehen mag, obwohl die anhaltende Dequalifikation der Mehrheit und die einhergehende Elitisierung einer Minderheit auch andere Schlüsse zuläßt, verfehlt sie m.E. die Funktion von Schule für die Reproduktion gesellschaftlicher Arbeitskraft und ihren subjektiven Erfahrungszusammenhang für die Hauptschüler weitgehend. Den Arbeiterkindern war Schule wohl nie Wert an sich, kaum jemals mehr als formales Tauschäquivalent zur Erlangung eines weitgehend vorgegebenen Arbeitsplatzes; inhaltliche Qualifikation, Aufstiegsversprechen und individuelle »Selbstverwirklichung« rangierten bestenfalls sekundär. Auf die naheliegende Funktionsbestimmung, daß in der Schule auch Versagen und seine sozial wie persönlich »unschädliche« Verarbeitung gelernt wird, um damit eine gesellschaftliche Legitimation für die Einweisung in den und die Akzeptanz des vorgeprägten Sozialstatus zu erhalten, rekurriert die Untersuchung nicht. In dem Maße, wie der schulische Abschluß nicht einmal mehr diesen formalen Tausch garantieren kann und obendrein die inhaltlichen Qualifikationsangebote der Schule für alle Beteiligten immer offenkundiger den Anforderungen des Beschäftigungssystems nicht mehr gewachsen sind, verliert sie vollends ihre subjektive Bedeutung. Sie wird zur bloßen, eigentlich zwecklosen Aufbewahrungs- und Disziplinierungsinstanz, an der man sich möglichst ohne Aufwand und Schaden für die eigene Identität vorbeidrückt. Die Interviewausschnitte sind voll von entsprechenden Formulierungen.

Den Schülern insgeheim Resignation und Desinteresse vorzuwerfen, weil sie den schulischen Inhalten nichts mehr abgewinnen können und weil sie die Veränderung der Schulstrukturen gemäß ihrer Bedürfnisse und Interessen weitgehend aufgegeben haben, grenzt schon ein wenig an jene idealistische Realitätsverklärung, die unter dem Etikett der »Chancengleichheit« firmiert, ebenso die am Ende vorgetragenen Reformvorschläge, mit denen die Schule ihre »lebensgeschichtliche Bedeutung für Schüler« (193ff.) wiedergewinnen soll: Da wird ein Abbau der »instrumentalistischen Gratifikationshaltung« der Schüler, der »verdinglichten Wahrnehmung« und des »eigentümlichen Produkt Denkens« bei Lehrern und Schülern, vergleichbar mit dem von »Arbeitnehmern« und

»Wohlfahrtsempfängern«, gleichermaßen gefordert und für ein größeres »Bewußtsein von der Selbstkontingenz des Systems« Schule plädiert. Den versagenden Schülern soll eine »realistische Orientierung an der Außenwelt« und eine »realitätsbezogene Einschätzung der eigenen Fähigkeiten und Interessen« vermittelt werden — als ob sie diese Kompetenz in den Interviews nicht deutlich genug artikuliert hätten! —, und den Lehrern werden in gruppentherapeutischen Trainings eine größere Sensibilität für die »Weltsicht« der Schüler und die Fähigkeit zur gemeinsamen Reflexion der Probleme und unterschiedlichen Realitätsdeutungen empfohlen — sofern und solange sich die »Rahmenbedingungen von Schule« nicht ändern lassen (was gegenwärtig gewiß nicht abzusehen ist). Denn »wie andere im Zugzwang Handelnde auch, generalisieren sie (die Lehrer) über Zeitdistanzen und wechselnde Begleitumstände hinweg auf der Basis von alltagsweltlichen Deutungen und Wissensbeständen, personalisieren, moralisieren und verdinglichen, wo vielschichtige Prozeßmodelle mit verzweigten Ableitungsketten der Realität gerechter werden ...« (208). Ob sich die Wissenschaftler bei jenem »auch« ein wenig mitbedacht haben?

Hans-Dieter Kübler (Bielefeld)

Lippitz, Wilfried: »Lebenswelt« oder die Rehabilitierung vorwissenschaftlicher Erfahrung. Ansätze eines phänomenologisch begründeten anthropologischen und sozialwissenschaftlichen Denkens in der Erziehungswissenschaft, Beltz Verlag, Weinheim 1980 (449 S., br., 68,- DM)

Lippitz' Anliegen ist es, durch eine Analyse des Lebensweltbegriffs, die sich gegen seine heutige nur-sozialwissenschaftliche Verwendung richtet, eine philosophisch-anthropologische Perspektive zu eröffnen, die zur Grundlage pädagogischer Theoriebildung dienen kann. Seinen Ausgangspunkt bildet dabei die Revision des Husserl'schen Standpunktes durch Merleau-Ponty: dieser hatte gegen die idealistische Konstruktion eines seiner selbst gewissen transzendentalen Bewußtseins die Endlichkeit der Vernunft hervorgehoben, die auch in der Distanzierung vom Alltag diesem als ihrer historisch-gesellschaftlichen Grundlage nicht zu entgehen vermag. Die Gebundenheit an die Lebenswelt wird so (auch in der Reflexion auf die Geltung der distanziierten Aussagen über diese) als Bedingung der Möglichkeit solcher Aussagen zu einem erkenntnis- und wissenschaftstheoretisch bedeutsamen Sachverhalt (134). Daß diese Dimension des Lebensweltbegriffs aus der Rezeption dieses Begriffs durch die kritische Theorie (Habermas) und ihrer pädagogischen Vertreter herausfällt, ist für Lippitz die Grundlage der Kritik an diesen Ansätzen. Der Lebensweltbegriff Merleau-Pontys wird so zum Kriterium der Überprüfung von Theorien — von der Position eines »phänomenologischen Positivismus« (289) aus.

Ein zweiter Aspekt ist hier ebenfalls von Bedeutung: die Ablehnung eines über die ahistorisch angelegte intellektuelle Kompetenz definierten emphatischen Subjektbegriffs. Das Subjekt als Bedingtes wie Bedingendes wird als an die Lebenswelt gebundenes betrachtet. Der Endlichkeit der Vernunft und ihrem relativen Wahrheitsbegriff korrespondiert so die Konzeption eines 'dezentralisierten Subjekts' (194). Auch dies ist wiederum Ausgangspunkt einer Kritik der kritischen Theorie Habermas' und ihres transzendentalphilosophischen Erkenntnisanspruchs (161f.).

Die Momente des Lebensweltbegriffs, d.h. die mit ihm gegebene erkenntnistheoretische und anthropologische Perspektive auf das 'Mensch-Welt-Verhältnis', dient nun zur Prüfung sowohl der 'anthropologischen Wende' in der Pädagogik der 50er und 60er Jahre wie der 'sozialwissenschaftlichen Wende' der heutigen Erziehungswissenschaft. Hauptkritikpunkt der 'anthropologischen Wende' der Pädagogik ist ihre mangelnde Reflexion auf die Geltung ihrer Aussagen: bei Bollnow etwa die fehlende Distanzierung der Wirklichkeit, der Glaube an die Positivität der Meinungen, bei anderen Autoren das Ausweichen in den Apriorismus. Einzig Langeveld hält der Prüfung durch das Lebenswelt-Kriterium stand (Kap. II).

An Mollenhauer als Repräsentanten der 'sozialwissenschaftlichen Wende' kritisiert Lippitz vor allem den Anspruch (auch der transzendentalphilosophisch gewendeten kritischen Theorie), hinter die Lebenswelt zurückgehen zu wollen, über diese als von außerhalb erkannte pädagogisch verfügen zu wollen. Die Gegenüberstellung eines totalen Verblendungszusammenhangs und einer Option gegen diesen verliert gerade den Sachverhalt aus den Augen, daß auch die Kritik dieses Zusammenhangs nicht von einem Standpunkt außerhalb von Gesellschaft und Geschichte erfolgt, sondern auf diese als empirische Bedingung ihrer Möglichkeit zurückverwiesen ist. Wenn Lippitz hier allerdings auch das Problem des »notwendig falschen Bewußtseins« bei Marx anspricht (346), so übersieht er, daß hier ein Ansatz vorliegt, der sowohl praktische Bedingungen von Verblendung wie auch praktische Bedingungen ihrer Aufhebung zu begreifen bemüht ist. Die fehlende Auseinandersetzung mit dieser Problematik stellt eine zentrale Schwäche des Buches dar.

Lippitz begrüßt die Handlungsforschung wie auch Ansätze einer sich über Praxisberichte ergebenden pädagogischen Kasuistik. Mit dem (vortheoretischen) Praxisverständnis setzen sich sowohl anthropologische Einzelwissenschaften wie auch die Erziehungstheorie auseinander: hier haben beide einen gemeinsamen Ausgangspunkt vor dem Hintergrund einer lebensweltlichen Philosophie (286). Auch hier zeigt sich allerdings das schon angesprochene Problem: wie ist eine ideologiekritische Perspektive mit der lebensweltlichen begründet zu verbinden, wenn man etwa an die Schwierigkeiten denkt, die der pädagogischen Theorie daraus entstehen, daß sie nicht nur praktische Erfahrungen verallgemeinert, sondern zugleich immer auch (schon mit der Gegenstandsbestimmung) rechtfertigt? Alfred Schäfer (Köln)

Prange, Klaus: Pädagogik als Erfahrungsprozeß. Band I: Der pädagogische Aufbau der Erfahrung. Klett-Cotta, Stuttgart 1978 (212 S., br., 27,- DM)

Band II: Die Epochen der Erfahrung. Klett-Cotta, Stuttgart 1979 (274 S., br., 28,- DM)

Band III: Die Pathologie der Erfahrung. Klett-Cotta, Stuttgart 1981 (194 S., br., 32,- DM)

Das, was vorab jeder pädagogischen Theoriebildung zu klären ist, besteht für Prange nicht in der Methodologie, sondern in der Gegenstandsbestimmung (9). Dieser Aufgabe stellt sich der erste Band, der den Erfahrungsprozeß zum Ausgangspunkt nimmt: Pädagogik sei nicht nur eine Erfahrungswissenschaft unter anderen (was zu zeigen wäre), sondern auch *die* Wissenschaft von der Erfahrung (34). Eine Klärung dieses (immer schon pädagogischen) Erfahrungsbegriffs bedeutet für Prange zugleich eine Klärung des Gegenstandes der Pädagogik, der Möglichkeiten und Grenzen des Erziehens (15). Der Weg dorthin besteht in einer 'anthropologischen Analyse des Daseins' (25), die das Allgemeine lebensweltlicher Erfahrung aufzuweisen versucht.

Ihre Grundlage findet diese Analyse in der anthropologischen These, daß Lernen die Grundbestimmung des Menschen sei, in deren Licht alle anderen Bestimmungen zu sehen seien (39). Die Selbstkonstitution des Menschen bestehe im 'Umgang', bei dem der funktionale Aspekt (das Machen, Einsetzen von Funktionen) mit dem medialen Aspekt (das Angeeignete als Medium des Selbstdarstellens) vermittelt sei (62f.). In solcher Praxis sind als Spezifika menschlichen Handelns zeitbezogene Vermittlungen zu vollziehen: eine praktische Synthesis (das Vollbringen in der gelebten Zeit), eine reproduktive Synthesis (das Begreifen des Gewordenen) und eine projektive Synthesis (der Vorgriff, von dem her das Vollziehen seinen Rahmen gewinnt; 57).

Der funktionale und der mediale Aspekt sind im mitgängigen Lernen verbunden, welches unter dem Primat der Anschauung steht (79), dem Erfassen von Handlungsschemata, und durch Üben sich vollzieht. Üben verlangt dabei die praxisrelevante Unterscheidung von allgemeiner Regel und ihrer Anwendung im konkreten Fall. Das Erfassen der Allgemeinheit von Handlungsschemata ist Voraussetzung ihres Vergleichs in der Er-

innerung — der Konstitution von Erfahrungen (89). — Wird dieser Lernprozeß, die Umgangserfahrung, zum Gegenstand theoretischer Überlegungen, die das Was des Gelernten und das Wie des Lernens betreffen, so erreicht man die Stufe theoretischer Erfahrung, die über Lehren erzielt wird. Die Theoretisierung der Erfahrung geschieht in Form einer Elementarisierung, Formalisierung und Generalisierung der Umgangserfahrung (100ff.). Für Pranges Bestimmung des Erziehungsbegriffs ist nun eine doppelte Grenze des (reflektierten) Lehrens gegenüber dem mitgängigen Lernen von Bedeutung: a) die Lehre kann nicht mehr beanspruchen, das Ganze des Lebensprozesses zu vermitteln und b) nicht den ihrer methodischen Reflexion zugrundeliegenden Prozeß. Prange bezeichnet diese Grenzen als 'didaktische Differenz' (133): Umgang und Erfahrung, funktionales und mediales Lernen treten auseinander — Ziel der Lehre ist allein die Verfügung über objektive funktionale Vorgänge (98f.). Die Abgrenzung von Lehre/Unterricht und Erziehung beruht nun auf dieser technologischen Reduktion des Lehrbegriffs. Bezogen auf das mediale Lernen ist jedoch zu fragen, inwieweit sich nicht nur die Form der Selbstdarstellung ändert, inwieweit also auch der funktionalen Orientierung nicht zugleich auch ein medialer (vielleicht kritikwürdiger) Sinnhorizont entspricht.

Ziel der Bestimmung des Erziehungsbegriffs ist es, den Richtpunkt für verantwortetes Lernen freizulegen — Umgangserfahrung und theoretischer Erfahrung ihren Sinn zu geben. Der starken Betonung des funktionalen Aspekts bei der Lehre entspricht hier die Hervorhebung des medialen Aspekts. Diese Abgrenzung betont die (sokratisch-platonische) These von der Nicht-Lehrbarkeit der Tugend, begründet sich jedoch aus einer (kantianisierenden) Vorstellung des erzieherischen Gegenstandes: des moralischen Subjekts, der Person. Während man Einsicht in Regelzusammenhänge lehren kann, entzieht sich das Handeln nach diesen Regeln der Verfügbarkeit des Lehrenden: Erziehung bezieht sich daher nur auf das »Selbstlernen des Subjekts« insofern, als es sich als Subjekt des Erfahrens begreift und sich als sich selbst erfährt (174). Der Integrität der moralischen Person korrespondiert die kantische Idealform des »Reiches der Zwecke«, dessen Vorschein in der pädagogischen Praxis sichtbar werden soll. Die Trennung von Lehre und Erziehung, die auf die Trennung von empirischer und intelligibler Welt bei Kant zurückverweist, tendiert so zu einer Selbstbeschränkung der Pädagogik einerseits (verantwortetes Handeln ist nicht lehrbar), aus der Prange eine Unstetigkeitspädagogik folgert. Der Pädagogik der spontanen, nicht geplanten, sondern vom pädagogischen Takt abhängigen Einwirkung entspricht andererseits eine idealistische Orientierung bei der Bestimmung des Kriteriums des Erziehens: abgehoben von den realen Praxisstrukturen des Lehrens wird das Erzieherische in der exemplarischen Allgemeinheit des beispielhaften Vormachens des Erziehers gesehen, das wiederum gegen planmäßiges, systematisch reflektiertes Handeln abgegrenzt wird. Die Differenz von pädagogischer Intention und Wirkung führt hier zum Verzicht auf eine Reflexion ihres Zusammenhangs.

II.: Die Dreiheit von Lernen, Lehre und Erziehen, die Prange dem Schema von Enkulturation, Sozialisation und Personalisation parallelisiert, liegt auch seiner Rekonstruktion der Epochen der Erfahrung zugrunde. »Der pädagogische Prozeß der Erfahrung, der von der Enkulturation über die methodische Sozialisation zur Personalisation führt, hat seinen Spiegel in den Manifestationen der geschichtlichen Epochen und den institutionellen Räumen, die die Epochen der Erfahrung ausmachen« (64). Die Enkulturationsstufe, die durch einübende Nachfolge und Initiationsriten unter der autoritativen Geltung geprägter Formeln gekennzeichnet ist, wird von zwei verschiedenen Seiten aufgelöst: von der griechischen Bemühung um die Erkenntnis der Welt sowie von der christlichen Theorie der Bekehrung als Bildungswert, die sich an einem zukünftigen transzendenten Zustand orientierte. Die Lehrbarkeit des griechischen Motivs institutionalisierte sich im römischen Schulwesen, während diejenige christlicher Motive eng an die Dog-

matisierung des Mittelalters gebunden war, die den offenen Sinn- und Erwartungshorizont verschloß. Mit dem Ausgang des Mittelalters, der bürgerlichen Subjektivierung und technischen Orientierung, erreicht der Gedanke der Lehre seinen Höhepunkt in der Suche nach der einzigen und unfehlbaren Methode des Lehrens (Ratke, Comenius). Erst mit der Aufklärung (Kant) sieht Prange eine »kopernikanische Wende« gegeben, die das (moralische) Subjekt als spezifischen Gegenstand des Erziehens sieht. Kants Theorie der menschlichen Freiheit als unbeweisbarer, nicht bedingter Anfang der Kausalkette, die Theorie der intelligiblen Person, dient auch hier wieder als Grundlage zur Bestimmung der Möglichkeiten und Grenzen von Erziehung. Die Versuche zur Überwindung dieser Grenzen (Hegel, Herbart, Schleiermacher, Neuhumanismus) mußten für Prange notwendig scheitern, da sie die Selbsterfahrung der moralischen Person zu verschulen suchten. Eine Theorie systematischen pädagogischen Vorgehens, eine Pädagogik von oben, ist nicht möglich: Pädagogik kann für Prange nur negativ sein — als praktische Antwort auf je situative und subjektive Problemkonstellationen ohne vorgeordnete Ziele. Wenn jedoch Theorie nur provisorisch ist, so stellt sich die Frage, wie denn pädagogische Handlungen jenseits systematisierender Einordnung gerechtfertigt werden können — ohne also die Orientierung an der abstrakten Norm und die Erfassung der je gegenwärtigen Situation im Licht dieser Norm (theoretisch) zu vermitteln. Spontaneität ist keine Rechtfertigung. Der mögliche Eindruck, daß die Bestimmung von Erziehung hier endet, wo ihre kategoriale Bestimmung erst beginnen müßte, wäre von der 'praktischen Pädagogik' auszuräumen.

III.: Die 'praktische Erziehung' bemüht sich um die Beantwortung der Frage, wie denn der normativ bestimmte Gegenstand der Pädagogik, die auf Selbsterfahrung des Educandus als moralischen Subjekts gerichtete negative Erziehung praktisch werden kann. Die negative Pädagogik bestimmt auch hier den Rahmen des Vorgehens: angestrebt wird eine pädagogische Topik, die sich einerseits des Zusammenhangs von Pathos, Logos und Ethos der Erfahrung im raumzeitlichen Zusammenhang bewußt ist (Lebenslauf), andererseits aber keine Systematik anstrebt, sondern ein »Fachwerk für allgemeine Begriffe« (Kant), das es dem Praktiker erlaubt, »taktvoll« zwischen allgemeinem Begriff und situativer Anforderung zu vermitteln (58f.). Pädagogische Topik will keine konkreten Handlungsanweisungen geben. Pathos, Logos und Ethos der Erfahrung entsprechen die drei Dimensionen der pädagogischen Topik: im Hinblick auf die Erziehung des Leibes die pädagogische Ästhetik, der Sprache die pädagogische Analytik und der Erziehung durch und in Institutionen die pädagogische Ethik. In der pädagogischen Ästhetik beklagt Prange die Leib- und Gefühlsfeindlichkeit gegenwärtiger Erziehung, diskutiert Spiel und Arbeit als Medien der Selbsterfahrung. Gegenstand der pädagogischen Analytik ist das Verfügen über Sprache sowie das Verfügen der Sprache über die Menschen, die systematische Täuschung der Menschen durch eine ideologisch oder psychogenetisch verzerrte Sprache. Für Prange gewinnt Erziehung hier einen therapeutischen Aspekt: der Erzieher soll in nicht-direktiver Beratung als Spiegel für den Lernenden fungieren (160). Wohin eine so anvisierte Emanzipation gehen soll, wie sie institutionalisiert werden soll, ist die Frage der pädagogischen Ethik. Die Rechtfertigung kritischer Erfahrung, die sich durch soziale Verantwortung, Wahrhaftigkeit in analytischer Selbstklärung und Vorläufigkeit in kritischer Skepsis gegen den Dogmatismus des eigenen Lebens auszeichnet (180f.), mündet in die (kaum neue) formale Perspektive einer »differenziellen Identifikation«, der jeweiligen Mitte zwischen Mitmachen und kritischer Distanz (189). Als Kriterium dieser Perspektive greift Prange auf den kategorischen Imperativ Kants zurück (190).

Läßt man einmal die starke Systematisierungstendenz außer acht, die auch in der Parallelisierung der anthropologisch rekonstruierten Erfahrungsebenen mit epochalen Ein-

schnitten deutlich wurde, so erhebt sich auch hier wieder die Frage, ob eine Theorie des Erziehens (auch wenn sie die von Prange gesetzten Grenzen akzeptiert) nicht einen weitergehenden Anspruch erheben müßte: ob nicht eine Theorie pädagogischen Handelns unter Auseinandersetzung mit traditionellen pädagogischen Kategorien die angegebenen Systematisierungen der »praktischen Pädagogik« sprengen würde. Alfred Schäfer (Köln)

Keitel, Christine, Michael Otte und Falk Seeger: Text, Wissen, Tätigkeit. Das Schulbuch im Mathematikunterricht. Scriptor Verlag, Königstein/Ts. 1980 (244 S., br., 24,80 DM) Wie ist das Verhältnis von Sach-, Text- und Tätigkeitsstruktur zu beschreiben und welche Schlußfolgerungen ergeben sich hieraus für die Gestaltung von Lehrbüchern und die Entwicklung der Schülertätigkeit; wie eignen sich Schüler Wissen aus Texten an; wie müssen Lehrbücher aussehen, daß sie die kognitive Tätigkeit der Schüler anregen, wie sinnvoll sind inhaltsneutrale Verfahren der Textoptimierung; kann die Schülertätigkeit durch die Vermittlung inhaltsunabhängiger Strategien und Verfahren des Umgangs mit Texten verbessert, entwickelt werden; wie können solche Strategien und Verfahren gelehrt werden; wie läßt sich eine stabile Motivation im Umgang mit Texten bei den Schülern aufbauen?

Wenn auch die wesentlichsten, so sind dies doch nur einige der Fragen, mit denen sich Keitel, Otte, Seeger — allesamt Mitarbeiter am Institut für Didaktik der Mathematik an der Universität Bielefeld — in ihrem Buch beschäftigen. Im Mittelpunkt steht der Versuch, das Problem des Zusammenhangs von Text-, Wissens- und Tätigkeitsstruktur theoretisch zu erfassen und der pädagogisch-praktischen Lösung wenigstens ein Stück näher zu bringen; denn von einer Lösung kann keine Rede sein: In der Tat geht die »Reise« der Autoren — wie sie selbst zu Recht hervorheben — in ein »unwegsames Gelände«.

Textforschung — die ihren Gegenstand unter lernpsychologischen Gesichtspunkten betrachtet — kann zwar auf eine lange (v.a. anglo-amerikanische) Forschungstradition zurückblicken, die von ihr bislang empirisch zusammengetragene Erkenntnisse nehmen sich allerdings in theoretischer wie praktischer Hinsicht mehr als bescheiden aus, wie allein ein Blick in die zahlreich vorliegenden »research reviews« zeigt. Der Grund hierfür — so die Autoren — liegt in einer unangemessenen Reduzierung des Problems, d.h. die Forschung hat sich bislang zum einen nicht auf den Zusammenhang, sondern auf die isolierte Betrachtung einzelner Problemdimensionen konzentriert, sie hat zum anderen die Tätigkeit des Lernenden gänzlich vernachlässigt. Im Gegenteil: Die zunehmend häufiger zu beobachtende übermäßige Methodisierung von Lehrbüchern, der Versuch also, »alle Vermittlungsprobleme im Text durch den Text selbst zu lösen, verkennt nicht nur die zentrale Bedeutung der Tätigkeit für den Lernprozeß«, sondern behindert letztlich die Entwicklung der Lerntätigkeit, weil sie sie zum Anhängsel der »Reizvorlage« Text macht (123).

Keitel, Otte und Seeger dagegen rücken die Tätigkeit des Lernenden als entscheidende, weil den Zusammenhang zwischen Text (als Zeichenfolge, Informationen und Fakten bestimmt) und Wissen (als theoretischer, begrifflicher Textinhalt bestimmt) vermittelnde (realisierende) Dimension in das Zentrum ihrer Erörterung. Ausgehend vom Tätigkeitskonzept Leontjews unternehmen die Autoren den m.W. originellen Versuch, den Zusammenhang von Text, Wissen und Tätigkeit theoretisch abzubilden, um hieraus praxisbezogene Vorschläge und Kriterien sowohl hinsichtlich der Entwicklung der Schülertätigkeit, der Vermittlung von Lesestrategien, als auch der Gestaltung und des Unterrichtseinsatzes von Lehrbüchern abzuleiten.

Dieses Vorhaben ist den Autoren sehr gut gelungen, ihr Buch ist in höchstem Maße informativ, es regt gleichermaßen zum Handeln wie zum Nachdenken an, es ist ein von der ersten bis zur letzten Seite spannendes Buch. Gleichwohl: Daß die Lektüre-»Reise«

durch »unwegsames Gelände« führt, ist v.a. in den lernpsychologischen Kapiteln allzu offenkundig. Vom Leser werden »Steh- und Gehvermögen« und ein beträchtliches Maß an Frustrationstoleranz abverlangt. Denn: Das Problem ist kompliziert, nicht alle von den Autoren aufgeworfenen Fragen werden zufriedenstellend beantwortet, manche bleiben sogar offen. Und: Vermeintlich gesicherte Erkenntnisse der Autoren werden von ihnen selbst oft durch auf die Widersprüchlichkeit des Problems hinweisende und seine Komplexität somit wahrende Einschränkungen wieder relativiert. Vordergründig mag dies dem praktisch interessierten Lehrer als ein Nachteil erscheinen. Man sollte hierin aber ein eher positives Moment sehen. Da der Gegenstand Textrezeption/-aneignung nun einmal sehr komplex und widersprüchlich ist, verbietet sich die Formulierung handlungsanweisender »Rezepte«, die inhalts- und kontextunabhängige Gültigkeit beanspruchen. Gerade weil die Autoren dies dem Leser ständig vor Augen führen, viele Fragen offen lassen oder nur ansatzweise beantworten, weist ihr Buch über sich selbst hinaus, bietet es dem Leser die Möglichkeit, produktiv und kreativ mit ihm umzugehen. Auch deshalb ist es so beeindruckend spannend und anregend. Es ist allen (nicht nur Lehrern) Lehrenden aller (nicht nur Mathematik) Fächer und Disziplinen (es wäre äußerst bedauerlich, wenn das Buch auf den Adressatenkreis Mathematiklehrer beschränkt bliebe) sehr zu empfehlen.

Abschließend noch ein Hinweis an die Adresse der Autoren: Die Überstrapazierung der Wörter »bloß«, »usw.«, »usf.« und »d.h.« sowie die schon beim ersten Lesen entdeckten 30 Satz-, Komma- und grammatikalischen Fehler und schließlich die »Ente« auf Seite 139 (»Für die Lesetätigkeit ... zentral«) sollten bei einer Neuauflage vermieden werden; denn, wie bemerken die Autoren doch zu Recht: »Texte sind wörtlich zu nehmen.«
Joachim Stary (Berlin/West)

Psychologie

Galperin, Pjotr J.: Zu Grundfragen der Psychologie. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1980 (224 S., br., 18,- DM)

In den letzten Jahren hat die Rezeption der kulturhistorischen Schule einen immer breiteren Raum eingenommen — besonders in der sich als Weiterentwicklung verstehenden Kritischen Psychologie, aber auch in Erziehungs- und Sprachwissenschaft. Dabei sind u.a. Kontroversen entstanden um die Begriffe »menschliche Natur« und »menschliches Wesen« sowie um den für die kulturhistorische Schule zentralen Handlungs- und Tätigkeitsbegriff. So darf man mit Recht gespannt sein auf das neue Buch von Galperin, einem der »Urväter« der kulturhistorischen Schule, zumal wenn es sich auch noch mit den hierzulande so heftig diskutierten Fragen im Konnex einer Gegenstandsbestimmung der Psychologie befaßt. Ein weiterer Grund, mit Interesse an dieses Buch heranzugehen, liegt in der hiesigen kontroversen Rezeption der Galperinschen Interiorisationstheorie begründet; im Zentrum der Diskussion steht die Frage nach der Übertragbarkeit der Theorie auf pädagogische Tätigkeit. Der Interiorisationstheorie als Lerntheorie wird vorgeworfen, die historisch konkrete Gesellschaftlichkeit des Lernens bezüglich der Lerngegenstände und bezüglich der Schülersubjektivität zu verkennen. Keseling geht als Herausgeber in seinem Vorwort darauf ein und vermittelt überdies eine auf wesentliche Punkte der Abhandlung gerichtete »Orientierungsgrundlage«. Er fordert auf, vor der Verwerfung der (praktischen Anwendung der) Interiorisationstheorie deren theoretische Grundaussagen zur Kenntnis zu nehmen, deren Hauptanliegen »gerade nicht die Herausarbeitung ... der Rolle der Erfahrung ..., sondern der Orientierung auf die neue ... Aufgabe sei« (15). Galperin verweist auf die sachlogische Notwendigkeit und Bedeutung der Gegenstandsbestimmung der Psychologie. Er zeichnet dabei vor allem den in der

Wissenschaftsgeschichte in sich wandelnder Gestalt auftretenden Dualismus von Psychischem und Physischem nach, der durch die neue Qualität des dialektischen Materialismus erstmals überwindbar sei. Daher sei auch die »Frage nach den objektiven Merkmalen der psychischen Tätigkeit ... bereits keine philosophische Frage mehr, sondern eine Frage der Einzelwissenschaft« (150). Immer wieder (22-26, 53-57, 114-125, 152f.) macht Galperin deutlich, daß es der Einzelwissenschaft Psychologie nicht um die Erforschung von Denken, Wahrnehmen, Verhalten, Gefühlen etc. schlechthin gehen dürfe, sondern um deren *psychischen* Aspekt. Dieser und damit der eigentliche Gegenstand der Psychologie sei die *Orientierungstätigkeit*. Ihre Aufgabe sei »Klärung der vorliegenden Problemsituation, Bestimmung des aktuellen Bedürfnisgegenstandes, Wahl des Weges oder der Handlungsweise, Regulierung ihrer Ausführung« (86). Darin kommt zum Ausdruck, daß die Orientierungstätigkeit eine *aktiv* aneignende Form der Auseinandersetzung zwischen Organismus und Umwelt ist und dann notwendig wird, wenn durch dessen Mobilität die *automatisierten* Reflexe als Reaktion nicht mehr ausreichen; es müssen Handlungsformen entwickelt werden, die dem Organismus eine Reaktion auf *neue* und zugleich für seine Lebenssicherung bedeutsame Situationen ermöglichen. Dem entspricht physiologisch eine Blockade der bedingt reflektorischen Tätigkeit. Damit wird deutlich, daß zwischen dem physiologischen Apparat des Gehirns und den äußeren Handlungsbedingungen eine eigenständige »dritte Instanz« entsteht, das Psychische, wodurch der Dualismus Psychisches-Physisches überwindbar sowie eine eigentliche Gegenstandsbestimmung der Psychologie erst möglich werde. Aus der antizipatorischen Funktion der Orientierungstätigkeit leitet Galperin ab, daß die Orientierung nicht allein durch die Versuch-Irrtum-Methode möglich sei, da die neuen Situationen, die eine Orientierung überhaupt erfordern, zugleich lebensbedeutende und einmalige Situationen sein könnten, die keine wiederholende Übung erlaubten. Nach Galperin besteht daher »das wichtigste im Leben darin, sich in einer Situation ... richtig zu orientieren« (117f.). Nachdem Galperin so Genese, Funktionsweise und Notwendigkeit des Psychischen erklärt hat, stellt er die der Entwicklung des Psychischen entsprechenden Evolutionsstufen der Handlung dar, wobei sich mit der Orientierungstätigkeit das tierische Subjekt und mit der gesellschaftlichen Tätigkeit die menschliche Persönlichkeit heranbilde.

In einem Anhang geht Galperin kritisch — dabei auch selbstkritisch — auf die Geschichte der sowjetischen Psychologie ein. Er beanstandet vor allem die Konzentration der Forschung auf die Motivationsfrage bei Vernachlässigung des gegenständlichen operativen Inhalts der Tätigkeit; dadurch sei weder die eigentliche Gegenstandsfrage der Psychologie beantwortet, noch sei der wirkliche Zusammenhang zwischen äußerer und psychischer Tätigkeit empirisch erforscht und theoretisch geklärt worden, vielmehr sei man eher der Intuition gefolgt, als man »die psychische Tätigkeit als eine Variante der 'gegenständlichen' Tätigkeit des Subjekts« (185) betrachtet habe. Demgegenüber sei für die sowjetische Psychologie mit der Interiorisationstheorie, die sich um eine theoretische Erklärung und empirische Untersuchung der Genese der psychischen aus der äußeren Tätigkeit bemüht, eine »neue Lösung« (192) dieser Fragen in Sicht. Daraus wird auch verständlich, daß die lernpsychologischen Experimente Galperins in ihrer Methodik auch der Forschungslogik in der sowjetischen Psychologie auf einem bestimmten Entwicklungsstand folgen und nicht ohne weiteres als »pädagogische Lösungen« übernommen werden dürfen. Daß solche Fragen nur implizit deutlich werden, ist ein Indiz für einen Mangel an methodischer Transparenz, der neben einer gewissen Redundanz das Buch partiell schwer lesbar macht. Auch wird man den Eindruck nicht los, daß der Anspruch auf Historizität der Methodik nicht wirklich eingelöst ist, da zumindest in der Darstellungsweise dem logischen Aspekt Vorrang eingeräumt wird, so daß auch die Konzentration der theoretischen Aussagen wie auch der empirischen Befunde auf den tierischen Bereich bei weitgehender Ausklammerung des Tier-Mensch-Übergangsfeldes

und bei einer andererseits tendenziell undialektischen Gegenüberstellung von Mensch und Tier nicht klar begründet erscheint. Insgesamt läßt sich zwar tatsächlich eine Kritik an Galperin nicht halten, die ihm einen auf reine Reproduktion reduzierten Lernbegriff unterstellt, da Galperin ja schon beim Tier die aktive Auseinandersetzung mit neuen Handlungssituationen herausarbeitet. Leider aber wird eben nicht deutlich, wie sich demgegenüber die m.E. mehr abstrakt benannte Gesellschaftlichkeit des Menschen in der Orientierungstätigkeit ausdrückt und welche Konsequenzen sich daraus für eine Lerntheorie und pädagogische Praxis ergeben könnten.

Diese kritischen Anmerkungen sollen aber keineswegs den Wert und die Notwendigkeit einer intensiven Beschäftigung mit diesem Buch mindern, die m.E. gerade aus der Sicht einer fortschrittlichen Psychologie und Pädagogik hierzulande unerlässlich ist. Wünschenswert wäre außerdem, die Reihe »Studien zur Kritischen Psychologie« mit weiteren, in der BRD nach wie vor viel zu seltenen Übersetzungen aus der sowjetischen Psychologie auszustatten.

Gabriele Kandzora (Hamburg)

Neisser, Ulric: Kognition und Wirklichkeit. Prinzipien und Implikationen der kognitiven Psychologie. Klett-Cotta, Stuttgart 1979 (176 S., br., 20,- DM)

Zunehmend werden Paradigmen und Ergebnisse der kognitiven Psychologie zur theoretischen Fundierung mehr anwendungsorientierter Gebiete der Psychologie herangezogen: Z.B. in der Pädagogischen Psychologie, in der Arbeitspsychologie und in Therapie-richtungen, die nicht das Verhalten, sondern das »Selbstkonzept« einer Person ändern wollen. Der Amerikaner Neisser, international bekannt geworden mit dem Forschungsbericht 'Cognitive Psychology. New York, Appleton 1967' (dt.: 1974), macht mit dem mehr grundlagentheoretischem 79er Werk (Orig.: 1976) darauf aufmerksam, daß der Großteil der kognitiven »Theorien« keine Gültigkeit über die Grenzen des Laboratoriums hinaus haben kann, weil diese auf Forschungen basieren, die den Menschen mit ihren experimentellen Bedingungen in künstliche Passivität zwingen (Kap. 3). Die daraus sich ergebende reduzierte und realitätsferne Sichtweise vom Menschen geht implizit durch die Rezeption kognitiver Psychologie in die anwendungsorientierten Disziplinen ein. Neisser will derartigen »in die Irre« (37) führenden Paradigmen eine Konzeption mit größerer »ökologischer Validität« (35) entgegensetzen, welche Kognition, »wie sie in der alltäglichen Umgebung und im Kontext natürlicher Handlungen geschieht« (17), analysiert. Ausgehend von J.J. Gibsons Arbeiten ist er der Auffassung, daß die reale Welt prinzipiell erkennbar ist (18); damit erhält die 'objektive Realität' einen neuen Rang in der kognitiven Psychologie und eine veränderte Forschungsweise ist die Folge: »Wir haben wohl zuviel Anstrengung an hypothetische Modelle des menschlichen Geistes vergeudet und nicht genug eingesetzt, um die Umwelt zu analysieren, auf die hin sich der Geist entwickelt hat.« (17)

Einen zentralen Stellenwert in seinem Ansatz mißt Neisser dem »kognitiven Schema« bei, dessen begriffliche Fassung an Bartlett und Piaget orientiert ist: »Ein Schema ist jener Teil des ganzen Wahrnehmungszyklus, der im Innern des Wahrnehmenden ist, durch Erfahrung veränderbar und irgendwie spezifisch für das, was wahrgenommen wird. Das Schema nimmt Information auf ..., und es wird durch diese Information verändert. Es leitet Bewegungen und Erkundungsaktivitäten, die weitere Information verfügbar machen, und wird durch diese wiederum verändert.« (50) Informationsverarbeitung ist also kein mechanistischer Vorgang (19; Kap.5), sondern wird von Neisser als Aktivität (28) aufgefaßt, bei der der Mensch seine Welt und sich selbst durch Handlung und/oder Lageveränderung erkundet, was eine gezielte perspektivische Variation der Gegenstände der realen Welt zur Folge hat (93ff.) und aufgrund dessen eine verbesserte Erfassung dieser Objekte erst möglich ist; gleichzeitig beschreiben die wahrgenommenen Muster dieser Variation (oder auch der Invarianzen) die eigenen Bewegungen des Sub-

jekts gegenüber den Gegenständen der realen Welt (94). Grundlage der Handlungen ist das »Schema«, welches 1. das Handlungsergebnis vorwegnimmt (also plant) und 2. das reale Handlungsergebnis an der Antizipation prüft. Mittels dieser Kontrolle kann die Richtigkeit des Wahrgenommenen bestimmt werden; damit hat Neisser die Realitätsverankerung von Informationsverarbeitung aufgewiesen.

Sein Ansatz, in dem das Verhältnis von »kognitiver Ebene — Handlung — objektiver Realität« analytisch adäquater gefaßt ist als in den mechanistischen Modellen, weist Parallelen zu den Handlungsregulationstheorien (Hacker; Volpert; Stadler u.a.) auf, jedoch ist die Kategorie »Handlung« bei Neisser unspezifischer gefaßt, da er das Verhältnis zur »Tätigkeit« und zur »gesellschaftlichen Arbeit« nicht bestimmt. Handlung und damit Informationsverarbeitung sind »gesellschaftslos« konzipiert. Die Besonderheiten von Informationsaufnahme bzw. Wahrnehmung in der kapitalistischen Gesellschaftsformation können folglich nicht ausgewiesen werden, wie das Holzkamp (1973) mittels der »funktional-historischen Methode« erreicht hat.

Trotzdem kann das Buch, in welchem Neisser seine theoretischen Vorstellungen zusammenhängend und leicht verständlich darstellt, wegen der kenntnisreichen Kritik an den mechanistischen Kognitionsmodellen (übertragbar auch auf die kognitiven Implikationen in den anwendungsorientierten Gebieten der Psychologie) und als Einführung in Problembereiche der kognitiven Psychologie empfohlen werden.

Hans-Peter Michels (Bonn)

Wöller, Friedrich: Psychische Störungen bei Studenten und ihre sozialen Ursachen. Eine empirische Untersuchung unter Göttinger »Lehrer«-Studenten. Beltz Verlag, Weinheim/Basel 1980 (340 S., br., 18,- DM)

Diese Untersuchung erschien zum ersten Mal 1978. Ihre Publikation traf damals zeitlich zusammen mit der Veröffentlichung von Zahlen zum Ausmaß psychischer Störungen bei Studenten durch das Ministerium für Bildung und Wissenschaft. Danach waren 1976 ca. 6% aller Studenten in psychotherapeutischer Behandlung; ein Anteil, der seit 1973 um 50% gestiegen war. Die Zahl derer, die psychotherapeutische Hilfe benötigen, wird heute allgemein auf ca. 15% geschätzt. Diese Zahlen sind beklemmend und auffällig. Wöllers Untersuchung verspricht hier weiteren Aufschluß.

Er stellt zunächst fest, daß trotz der vielen objektiven Daten (hohe Studienabbruchquoten; Studienwechslerquoten; Ausmaß psychischer Störungen bei Studenten etc.), die auf ernste Schwierigkeiten der Studenten mit dem Studium und der Hochschule verweisen, gegenwärtig noch nicht von einer systematischen empirisch fundierten Forschung zu Hochschulproblemen gesprochen werden kann. Speziell zur Frage des psychischen Leids der Studenten liegen bislang in der Regel nur Studien vor, in denen die Klientel der psychotherapeutischen Beratungsstellen an den Universitäten untersucht wurden. Eine soziale Ätiologie psychischer Störungen wird dabei — wenn überhaupt — nur sehr allgemein und vage in Betracht gezogen. Demgegenüber nimmt Wöller sich vor, psychische Störungen bei nichtklientelen Studenten und ihre sozialen Ursachen zum expliziten Gegenstand seiner empirischen Forschung zu machen. Er vermutet, daß die psychischen Schwierigkeiten der Studenten nicht nur als je individuelle, sondern auch als ein soziales Phänomen begriffen werden müssen. Um soziologischem und psychologischem Reduktionismus zu entgehen, entscheidet er sich für eine Art »Forschungsdoppelstrategie«. Mittels mehrerer Fragebogen (zu studentischen Problemen), zur Studiensituation, zum Elternverhältnis und ein Persönlichkeitstest) werden zunächst eine Reihe subjektiver Daten erhoben, die Aufschluß über Ausmaß und Art psychischer Störungen und ihre Differenzierung bei verschiedenen Studentenuntergruppen geben sollen. Die zweite Strategie sind studentische Gruppendiskussionen. In ihnen sollen tieferliegende Meinungen aktualisiert und die Vielfalt subjektiver Verarbeitungsmöglichkeiten von universitärer

Umwelt offensichtlich gemacht werden. Ihre wesentliche Funktion jedoch ist die Erfassung der Ursachen psychischer Schwierigkeiten, gerade wie sie von den Studenten wahrgenommen und erlebt werden. Dadurch will Wöller dem soziologischen Reduktionismus entgehen. Er nimmt an, daß Wirklichkeit nicht als solche schon zur Ursache von Leiden wird, sondern erst durch die je subjektive Wahrnehmung und Interpretation derselben. Hier nährt sich der Verdacht — der sich an Hand des Hauptteils der Studie als richtig erweist —, daß die studentische Sicht der Ursachenstruktur ihrer psychischen Schwierigkeiten umstandslos für die objektive genommen wird. Die studentische Alltagswahrnehmung der sozialen Ursachen wird mit einer gesellschaftstheoretischen, soziologischen Erklärung verwechselt.

Im Hauptteil des Buches sind — nach bestimmten Problembereichen geordnet — die Ergebnisse dargestellt, und zwar jeweils zuerst die Ergebnisse der Fragebogen und anschließend die der Gruppendiskussionen. Der erste Themenkomplex ist der des »Neurotizismus«. Hier stellt sich sogleich die Frage, ob so etwas überhaupt per Fragebogen erhoben werden kann. Gestattet man dies einmal, so bleibt die Schwierigkeit, ab wann »Neurotizismus« indiziert werden soll. Wöller umgeht diese Schwierigkeit, indem er fast ausschließlich auf der Ebene des Vergleichs von empirisch-statistischen Mittelwerten argumentiert. So gehören zu seinen wichtigsten Ergebnissen, daß die untersuchten Studenten im Vergleich zu Schülern signifikant höhere »Neurotizismus«-Werte haben; daß das Störungsausmaß im Verlauf des Studiums die Form einer Wanne annimmt, d.h. am Anfang ist der Grad der Störung am höchsten, nimmt in der Mitte des Studiums ab, um dann erneut am Ende des Studiums wieder anzusteigen; daß keine signifikanten Auswirkungen von Herkunft, Familienvollständigkeit, Wohnort usw. auf den Neurotizismus ermittelt werden konnten u.a. Auffällig scheint das erhobene Ergebnis, daß die Studenten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung neurotischer sein sollen. Ein anderes schlagendes Ergebnis besagt, daß 53% der untersuchten nichtklientelen Studenten unter gleichen Symptomen litten wie klientele Studenten einer Kölner Beratungsstelle. 15% der untersuchten Studenten bedürfen dringend einer psychologischen Betreuung. Demgegenüber reichen die derzeitigen Kapazitäten der psychologischen Beratungsstellen an den Universitäten bei weitem nicht aus. Die Gruppendiskussionen zu den Ursachen des Neurotizismus blieben verschwommen. Als zwei Hauptursachen kristallisierten sich jedoch Kontakt- und Arbeitsschwierigkeiten heraus. Da diese nun aber weniger Ursachen als vielmehr wesentliche Symptome des Neurotizismus sind, kann diese falsche Zuordnung als Hinweis darauf gelesen werden, daß der studentischen Alltagswahrnehmung doch nicht so blindlings zu trauen ist.

Als zweiter und dritter Themenkomplex ergaben sich folgerichtig »Kontakt- und Arbeitsstörungen«. Die Ergebnisse der Fragebogen hierzu lassen sich als Spezifikationen des Neurotizismus auffassen. In den Gruppendiskussionen zu den jeweiligen Ursachen wurden zahlreiche Meinungen vertreten, die Wöller akribisch in entsprechende Ursachenstrukturen bringt. Kontaktstörungen hatten demnach folgende Ursachenbereiche: a) sozialstrukturelle Ursachen des Universitätslebens, b) seminarbezogene Ursachen und c) mehr individuelle Ursachen. Arbeitsstörungen hatten ihre Ursachen nach Meinung der Diskutanten vorwiegend in folgenden Bereichen: a) in der Studienstruktur, b) in fehlenden Erfolgserlebnissen und Selbstverwirklichungschancen und c) in mehr persönlichen Problemen. Insgesamt geht Wöller kaum über eine ordnende Beschreibung der geäußerten Ursachen hinaus. Die von den Studenten unmittelbar wahrgenommenen sozialen Ursachen (Konkurrenz, Anonymität, Beliebbarkeit etc.) ihrer Misere werden von Wöller nicht mehr weiter reflektiert. Doch zweifelsohne hat die Arbeit auch einen theoretischen Wert. In ihr zeigt sich quasi rein empirisch, daß sowohl der Kommunikations- als auch der Arbeitsbereich von entscheidender Relevanz für die psychische Verfassung der Studenten ist. (Dies im Gegensatz zu bloß interaktionellen Theorien psychischen

Leids.) Beide sind sowohl Symptom- wie Ursachenbereiche. Auf der Symptomebene wird offenbar, daß Kommunikations- und Arbeitsstörungen und Neurotizismus unmittelbar miteinander zusammenhängen. Es gibt im Prinzip keine isolierbaren psychologischen Probleme. Und dies muß sich auch von der Ätiologie her aufschließen. Ursachenbereiche sind der Kommunikations- und der Arbeitsbereich in einem tieferen Sinn. Sie sind die wesentlichen Handlungs- und Tätigkeitsbereiche im Leben der Studenten an der Universität, die von einer institutionellen und gesellschaftlichen Wirklichkeit unmittelbar bedingt und bestimmt werden. Genau hier müßte eine systematische Analyse sozialer Ursachen psychischer Störungen bei Studenten ansetzen.

Werner Reimann (Berlin/West)

Geschichte

Holzbach, Heidrun: Das »System Hugenberg«. Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1981 (351 S., br., 42,- DM)

Im Gegensatz zu früheren Untersuchungen über den Hugenberg-Konzern handelt die Dissertation nicht von der Endphase der Republik, in der Hugenberg sich bekanntermaßen als 'Steigbügelhalter' der NSDAP betätigte, sondern konzentriert sich auf die Anfangsjahre und die Stabilisierungsphase der Weimarer Republik. Ausgehend von der These, daß in der bisherigen Historiographie die spezifische politische Bedeutung des Hugenberg-Konzerns weitgehend unterschätzt worden sei, daß die vorliegenden Arbeiten der Verschleierungstaktik, mit deren Hilfe sich der Hugenberg-Konzern tarnte, auf den Leim gegangen seien (13), will Holzbach »... die Hauptentwicklungstendenzen seiner Politik von 1918 bis 1928 und die Technik seiner politischen Einflußnahme darstellen.« (20) Breiten Raum nimmt die Frage nach Hugenbergs sozialer und politischer Verortung, die Bestimmung seines Verhältnisses zur Schwerindustrie und zur DNVP ein.

Hugenbergs Karriere im Kaiserreich als Mitbegründer des rechtsextremen Alldeutschen Verbandes, als Betreiber der ostpreußischen Agrarkolonisation, als preußischer Beamter, als Bankdirektor und schließlich als Vorsitzender und Generalmanager des Krupp-Konzerns legte das Fundament für das 'System Hugenberg': Dessen charakteristisches Kennzeichen war die 'Politik hinter den Kulissen' (254), die indirekte Lenkung von Verbänden, Parteien, Institutionen, ergänzt durch direkte politische Handlungsanweisungen und publizistische Wählerbeeinflussung. Hugenbergs Politik wird nach zwei Phasen unterschieden:

Während er anfangs eine breit angelegte bürgerliche Sammlungspolitik verfolgt (z.B. Fusionsbestrebungen DVP-DNVP), die sich in der Erhaltung des Kapitalismus und in der Abwehr sozialistischer Ansprüche einigte, schwenkte er ab 1925 auf einen verschärften Konfrontationskurs, auf die Formierung eines bürgerlichen 'Blocks', dessen explizit systemverändernde (d.h. antiparlamentarische und sozialreaktionäre) Zielsetzung offensiv, durch Gewinnung der politischen Macht durchgesetzt werden sollte: Hugenberg erhob einen Führungsanspruch gegenüber dem gesamten bürgerlichen Lager und wurde 1928 auch Vorsitzender der DNVP.

Hugenberg war ein, anfangs sogar *der* politische Repräsentant der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie; sein Medienapparat wurde aus diesen Kreisen finanziert, in der Dachgesellschaft saßen schwerindustrielle Freunde. Er »... unterschied sich von der Mehrzahl der in der Industrie großgewordenen Eigentümer-Unternehmer und Manager nicht durch seine politischen Anschauungen, wohl aber dadurch, daß er mehr an der Politik als am Profit interessiert war« (257). Gegenüber den *kurzfristigen* tagespolitischen und Profitinteressen der einzelnen Industriellen vertrat Hugenberg primär die

langfristigen Systeminteressen des schwerindustriellen Kapitals und des gesamten Bürgertums, in einer spezifisch deutschnationalistischen Ausprägung. Die daraus entstehenden taktischen Differenzen, die Hugenberg zeitweilig in eine Minderheitsposition führten, traten aber in dem Maße zurück, in dem die Schwerindustrie sich mehrheitlich auf den Kurs der kompromißlosen Konfrontation ausrichtete und — in diese These mündet das Buch — Hugenberg dadurch als der geeignetste Mann zur Herstellung des Kontakts zwischen Großkapital und NSDAP erschien (257).

Das Buch besteht aus zwei Teilen: aus der historisch chronologischen Darstellung der Entwicklung von Hugenbergs Politik und einem ausführlichen systematischen Anhang, der der Beschreibung von Umfang und Struktur des Hugenberg-Konzerns gewidmet ist. Durch die Zusammenstellung der Anzeigenbüros, Zeitungsbanken, Maternengesellschaften, Nachrichtenagenturen (Telegraphen-Union), Verlagen (Scherl), Filmunternehmen (Ufa), Rundfunk- und Finanzierungsgesellschaften (Ostdeutsche Privatbank) wird ein griffiges Register dieser enormen, stets aber vor Offenlegung geschützten Zusammenballung publizistischer Macht im Bereich von Presse und Film geliefert. Hier wird z.B. deutlich, daß sich der Konzern weniger auf die hauptstädtische, sondern viel stärker auf die Provinzpresse stützte und diese in vielen Regionen monopolistisch beherrschte.

Der systematische Anhangsteil ist in sich geschlossen, kann und soll als Ergänzung zum Textteil benutzt werden. Es ist aber nicht zu übersehen, daß diese beiden Teile in keinem direkten Zusammenhang stehen. Bemängelt werden muß vor allem, daß eine Analyse der Inhalte und Wirkungen der Hugenbergschen Medien fehlt, daß der Einsatz der spezifischen massenmedialen Mittel zu politischen Zwecken, zur Organisierung der sozialen und politischen Basis nicht eingehender beleuchtet wird.

Fazit: Die Arbeit ist ein sehr informativer Beitrag zur Analyse der Herausbildung der autoritär-staatlichen bzw. faschistischen Krisenlösungs-Option des Monopolkapitals. Deren Vorgeschichte am Beispiel eines wichtigen deutschnationalen Exponenten der Bourgeoisie untersucht zu haben, ist die Leistung des Buches. Diese wird allenfalls dadurch etwas geschmälert, daß die Verfasserin sich zu intensiv und ausschließlich auf Hugenberg, die nationale Rechte und die Schwerindustrie fixiert und damit einer tendenziellen Ausblendung der ökonomischen und gesamtpolitischen Entwicklung der Weimarer Republik Vorschub geleistet hat.

Hans Freundl (München)

Erdmann, Karl Dietrich, und Hagen Schulze (Hrsg.): Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute. Kölner Kolloquium der Fritz Thyssen Stiftung Juni 1979. Droste Verlag, Düsseldorf 1980 (367 S., br., 48,- DM)

Ein kleiner Kreis eher konservativer und antikommunistischer Wissenschaftler hat sich im »angemessenen ... Rahmen im alten Köln« getroffen, um ungestört durch Andersdenkende aus der Geschichte zu lernen. »Auf Initiative ihres Vorsitzenden Dr. Kurt Birrenbach«, christdemokratischer Unternehmensberater, lädt die Thyssen Stiftung ein, 1. eine Bilanz von Detailforschungen zu ziehen, und 2. »schien es im dreißigsten Lebensjahr der Bundesrepublik Deutschland geboten, auch im Hinblick auf die funktionalen und legitimierenden Grundlagen der heutigen Verfassungsordnung deren im Positiven wie Negativen prägendes Vorbild, das demokratische Experiment von Weimar, auf seine Funktionsmängel und Legitimationsschwächen hin zu überprüfen« (8).

Birrenbach hofft, »Anregungen zur Lösung der heutigen kritischen Entwicklung geben zu können« (11); wobei er insbesondere »Auflösungserscheinungen im Westen«, Unverhältnismäßigkeiten beim Konsum, »eine deutliche Erosion der Staatsautorität« und »die Entfremdung« »der Jugend« als Kritikpunkte ausspricht. Birrenbach formuliert 21 Thesen, die der Zeitgeschichtsforschung die Aufgabe stellen, daran mitzuwirken, daß der »anfängliche Konsensus der ersten zwanzig Jahre« BRD reformuliert wird.

Für dieses praktische Interesse an Wissenschaft muß es enttäuschend sein, wenn Her-

mann Lübke (45) die »Erwartung« nach »gewichtigen Einsichten« dämpft, wenn Hagen Schulze lediglich ein Oktogon (41) zur Visualisierung der »wesentlichen Belastungsfaktoren« einfällt, ein Schema, dessen Begriffe nicht derselben Logik und Generierung entsprechen, dessen Faktoren zudem noch beliebig sind (vgl. 48), das also methodisch untauglich ist.

Neben einem einleitenden Forschungsüberblick (H. Schulze) referieren Hillgruber über den Versailler Vertrag und die Reichswehr, Friesenhahn über die Weimarer Verfassung, Bracher über Parteien und staatlichen Machtverlust, Morsey über die Beamenschaft, Hattenhauer über die Justiz, Borchardt über die Wirtschaft, A. Schwan über Philosophie und Theologie und Pirker über die Arbeiterbewegung; Jäckel stellt die Frage: »Wie kam Hitler an die Macht?« Die Beiträge sind unterschiedlicher Qualität; das Spektrum reicht über analoges Fabulieren (Jäckel) bis zu den lesenswerten Analysen von Borchardt und Bracher. Zumeist in den Schlußbemerkungen kommen die Beiträge zu Folgerungen über die »Demokratie im Schatten des Ernstfalls« (so der Titel des Tagungsberichts vom Stürmer, FAZ v. 29.6.1979) und für die BRD (vgl. etwa 63, 65, 108, 167).

Bezüglich der Nutzenanwendung überrascht die politische Eindeutigkeit, die vielfach nur wenig mit den durchaus differenzierten Analysen zu tun hat, die vielmehr primär Ausdruck einer gegenwartsbezogenen Konzentrationsrichtung ist. Dieses politische Deutungskonzept bedient sich des Weimarer Beispiels, um in der Gegenwart für den starken Staat plädieren zu können. Weimar legitimiert diese Option und verleiht ihr den Wert des Unumgänglichen, weil anders eine »Selbstpreisgabe« stattfindet, die den Weg zur Diktatur ebnet.

Diese Nutzenanwendung der Beschäftigung mit Weimar veranschaulicht besonders Bracher. Seine analytisch differenzierte Betrachtung der »präsidialstaatlichen Überlagerung der Parlamentsdemokratie« (117) geht von der These aus, daß der Aufstieg von KPD und NSDAP Folge der vorangegangenen Aushöhlung und Zerstörung der parlamentarischen Demokratie (26) gewesen ist. Dieser Zerstörungsprozeß beginnt bereits 1929/30 — zu diesem Zeitpunkt datiert Borchardt auch das wirtschaftliche »Scheitern« (212) —; Bracher folgert daraus, »daß die konsequente Bejahung der Realität des parlamentarischen Parteienstaats eine Existenzgrundlage der modernen Demokratie ist« (128).

Diese »Erfahrung« führt zur Kritik »der Toleranz gegen Feinde der Demokratie«; der »Verfall eines freiheitlichen Gemeinwesens« deutet sich für Bracher nämlich wiederum an und zeigt sich in der »fragwürdigen Opportunismus« im Umgang mit »Utopien ... von links« sowie »in der Diskussion über eine mögliche 'Zähmung' der 'eurokommunistischen' Bewegungen ...« (133f.).

Wenigstens an solchen Stellen kommt Birrenbach zu praktikablen Antworten auf seine »Frage nach den Gründen des Verfalls von Weimar«. Dieses Ideologische rechtfertigt die Investition der Thyssen-Stiftung.

Zur Stiftung muß selbst nachgetragen werden, daß sie nach diesem innenpolitischen Appell an »vernunftrepublikanische Wachsamkeit« (358) auch die außenpolitische Stabilisierung thematisiert. Während der Rezension spielt mir jene invisible Hand, die — Carl Schmitt zufolge — den Griff nach Büchern lenkt, eine Zeitungsmeldung in die Hand. Laut Kieler Rundschau vom 29.5.1981 soll die Fritz Thyssen-Stiftung an der Kieler Universität ein Institut für Sicherheitspolitik mit finanzieren.

Weitere Sammelbände können also erwartet werden und verdienen, wie der vorliegende, ein intensives Studium, um praktische Aspekte des Geschichtsbildes der power elite freilegen zu können.

Eike Hennig (Kassel)

Jäckel, Eberhard, und Axel Kuhn (Hrsg.): Hitler. Aufzeichnungen 1905-1925. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1980 (1271 S., Ln., 228,- DM)

Die Frühgeschichte des deutschen Faschismus findet einerseits seit geraumer Zeit ein besonderes Interesse und stieß andererseits bislang auf spezifische Schwierigkeiten: wie für jede historische Forschung gilt auch für die Faschismusforschung, daß ihr Gegenstand in nuce erfaßt werden muß; die Vorstellungen und Grundsätze der NSDAP und ihres Führers aber wurden im wesentlichen bis 1924 geformt. Allerdings ist die Masse der Dokumente für die Forschung erst seit gut zwei Jahrzehnten zugänglich. Speziell die politische Aktivität Hitlers lag im zeitgeschichtlichen Halbdunkel, da die Quellen »außerordentlich zerstreut« (31) waren. Die erste Edition »sämtlicher Aufzeichnungen« Hitlers von 1905 bis 1924 ist für die Faschismusforschung deshalb ein erstrangiges Ereignis. In zehnjähriger Arbeit — die Herausgeber hatten den Aufwand unterschätzt — wurden etwa 700 großenteils unveröffentlichte und zum Teil gänzlich unbekannte Dokumente zusammengetragen, die in chronologischer Reihenfolge wiedergegeben sind. Darunter fallen in erster Linie Reden — meist Nachrichtendienst- und Reichswehrberichte —, Aufsätze und interne Rundschreiben. — Lediglich ca. 10% der Dokumente entstammen dem Zeitraum bis zum Ende des ersten Weltkriegs. Der Leser erhält Eindrücke von ersten Ressentiments gegen das Kulturestablishment (Dok.14) und Hitlers Kriegsbegeisterung inklusive Ordensgeilheit (Dok.26). Interessant sind in diesem Zusammenhang lyrische Ergüsse von 1915-1918, die es wert wären, analysiert zu werden. Bei einigen der Dokumente aus diesem Zeitraum sind allerdings Zweifel an der Echtheit aufgetreten (vgl. Notiz der Herausgeber in: Vierteljahreshefte f. Zeitgesch., H.2/81, 304f.). Hitlers von der Reichswehr angeleiteter Einstieg in die bayrisch-rechtsradikale Szene, sein Aufstieg in der NSDAP und die strategische Radikalisierung im Vorfeld des Putsches von 1923 geben den historischen Rahmen für den Hauptteil der Dokumente ab. Eindrucksvoll ist die frühe Verbindung der wesentlichen Elemente faschistischer Ideologie. Von der ersten Erwähnung der Judenfrage Anfang 1919 (Dok.60) ab läßt sich der systematische Ausbau des Antisemitismus in Verbindung mit Nationalismus (vgl. etwa Dok.66, 91) und damit zugleich antiinternationalistischer (z.B. Dok.368) Werbung um das Proletariat (z.B. Dok. 112, 116, 246) verfolgen. Das Schreckgebilde »jüdische Welteroberung« fungiert in diesem Kontext nicht einfach als Platzhalter für »sozialistische Revolution«, sondern rassistischer Antisemitismus und Antiinternationalismus sind genetisch eng verwoben, von Hitler in seiner Invektive gegen »international jüdisch proletarisierte Massenenergie« (Dok.187; Zitat: 301) hinreichend betont (vgl. auch Dok.439ff.). Das Niveau des konzeptiven Ideologen Hitler zeigt auch das frühe Aufgreifen der dezidierten Kritik am alten Konservatismus wilhelminischer Prägung (Dok.217, 340), die v.a. nach dem gescheiterten Kapp-Putsch in den theoretischen Zirkeln »konservativ-revolutionärer« Provenienz artikuliert wurde. Die »Sensibilität« gegenüber neuen Fragestellungen, die Fähigkeit, dem »Bürger« (vgl. etwa Dok.408) sowohl die Bedrohung seiner Ordnung (vgl. Dok.401) wie auch den zur Gegenwehr notwendigen Optimismus zu vermitteln (vgl. etwa Dok.577), sowie seine unbezweifelbaren organisatorischen Fähigkeiten (vgl. etwa Dok.299ff.) zeigen die »Qualitäten« Hitlers, der sich gegen harte Konkurrenz zum faschistischen Führer aufschwingen kann.

Wenn aus der Zahl der versammelten Dokumente einige besonders hervorgehoben werden können, dann sind dies m.E. die Stichwort- bzw. besser: Strukturzettel für Hitlerreden, die in vergleichender Analyse mit der jeweils endgültigen Fassung sich hervorragend auch für die antifaschistische Bildungsarbeit an Schulen und Hochschulen eignen. Eine solche kognitive und nicht die »psychologische Entschlüsselung Hitlers« (J. Fest in seiner Rezension für die FAZ, 10.7.81) ist der Hauptertrag dieser Edition, die ein unentbehrliches Hilfsmittel auch gesellschaftsgeschichtlich betriebener Faschismusforschung darstellt.

Axel Schildt (Hamburg)

Krausnick, Helmut, und Hans-Heinrich Wilhelm: Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1981 (688 S., Ln., 68,- DM)

Das als Band 22 der vom Institut für Zeitgeschichte herausgegebenen »Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte« erschienene Werk über die Einsatzgruppen der faschistischen Sicherheitspolizei und des SD zählt mit Sicherheit zu den gewichtigsten Publikationen dieser Reihe. Das rührt nicht, wie man angesichts der breit angelegten Darstellung annehmen könnte, von ihrem Umfang her, sondern ergibt sich primär daraus, daß Krausnick/Wilhelm den von ihnen selbst gesetzten hohen Ansprüchen weitgehend gerecht geworden sind. Krausnick behandelt im Teil I der Arbeit die Genesis und die Entwicklung dieser Sonderformationen der Nazidiktatur von deren ersten Anfängen — vor allem die vom Charakter her noch experimentellen Einsätze bei der Annexion Österreichs, des Sudetenlandes und der Tschechoslowakei — über ihre schon deutlich vom Auftrag der Vernichtung aller aus politischer oder rassistischer Motivation als dem NS-Regime feindlich qualifizierten Kräfte bzw. Menschengruppen gekennzeichneten blutigen Aktivitäten im okkupierten Polen bis hin zu ihrer Rolle beim Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR bzw. bei der Praktizierung faschistischer Herrschaft in den zeitweilig okkupierten sowjetischen Gebieten. Wilhelm folgt, sozusagen exemplarisch, den Spuren der Einsatzgruppe A, beschränkt sich — zweifelsohne ein Gewinn — allerdings nicht auf die detaillierte Darstellung ihres Aufbaus, ihres Einsatzweges und ihrer mörderischen Aktionen vor allem im Gebiet des »Reichskommissariats Ostland«, sondern ist um möglichst überzeugende Antworten auf eine breite Palette von ihm selbst aufgeworfener Fragen — so z.B. auf die nach der sozialen und bildungsmäßigen Zusammensetzung der Führungskader der Einsatzgruppe, nach den vorgefundenen politischen, wirtschaftlichen und ethnographischen Gegebenheiten in den baltischen Sowjetrepubliken bzw. der Bjelorussischen SSR oder auch auf die nach der Bandbreite der sicherheitspolizeilichen Aktivitäten (so neben der »Endlösung der Judenfrage« durch Genocid, u.a. Agenteneinsatz, Abwehr, Frontaufklärung, Kriminalpolizeiliche Tätigkeit, Kommunisten- und Partisanenbekämpfung) — bemüht. Quantität wie Vielfalt der verarbeiteten Quellen sind beeindruckend. Der naheliegenden Versuchung, sich auf die Auswertung der »Ereignismeldungen UdSSR« — im SRHA auf der Grundlage der in dichter zeitlicher Abfolge gegebenen Berichte der Einsatzgruppen regelmäßig zusammengestellt und u.a. wegen bemerkenswerter Offenheit eine Quelle von seltener Aussagekraft — zu beschränken, erlagen die Autoren nicht. Parallel zu den Ereignismeldungen entstandene Quellen der verschiedensten Provenienz, Aussagen im Rahmen der Nürnberger Prozesse sowie aus späteren, den Einsatzgruppen-Komplex tangierenden strafrechtlichen Verfahren — eine Fülle historischen Materials, zunächst akribisch erfaßt und gesichtet, dann mit der für quellenkritische Untersuchung erforderlichen Distanz analysiert, gegeneinander abgewogen, in seinem subjektiv und objektiv begrenzten Erkenntniswert vorgeführt, stützt überzeugend eine Reihe von für die Aufarbeitung der Probleme des zweiten Weltkrieges bedeutsamer Aussagen. Das gilt beispielsweise für den Zusammenhang des Einsatzgruppenauftrags mit dem Charakter des Unternehmens »Barbarossa«, mit »Kommissarbefehl« und »Gerichtsbarkeitserlaß« (107ff.), das gilt auch für die Einordnung der Tätigkeit der Einsatzgruppe A in den Gesamtzusammenhang der im »Reichskommissariat Ostland« praktizierten Politik mittels notgedrungen kursorischer Beiträge, u.a. zu Fragen der Wirtschafts-, Volkstums-, Kultur- und Kirchenpolitik (349ff.), das bezieht sich besonders auf die erstmalig in dieser Schärfe herausgearbeitete Mitwirkung und Mitverantwortung von OKW, OKH und anderer Führungsorgane der faschistischen Wehrmacht auf den verschiedensten Ebenen für die in den zeitweilig okkupierten Gebieten der Sowjetunion begangenen, ob ihrer Brutalität wie ihre Massenhaftigkeit für menschliches Vorstellungsvermögen im Grunde nicht

mehr faßbaren Verbrechen — die Vernichtung von etwa 2,2 Millionen, d.h. etwa der »Hälfte der 4,7 Millionen im Sommer 1941 auf sowjetischem Territorium befindlichen Juden« (621), die Ermordung Tausender und aber Tausender Kommunisten oder auch nur der »Sympathien für das Sowjetsystem« verdächtiger Personen — der Willkür waren keine Grenzen gesetzt — oder aber »Asiatisch-Minderwertiger«, Zigeuner (z.B. 116, 217ff., 258ff., 274ff., 598ff.). Die »lange Zeit in der breiten Öffentlichkeit, aber auch in der wissenschaftlichen Literatur fortgeschleppten Klischee-Vorstellungen, daß außer 'der SS' mit 'NS-Greueln', und schon gar mit Judenmorden, niemand etwas zu tun gehabt und davon kaum jemand gewußt habe« (598), ad absurdum geführt zu haben, ist nicht das einzige, aber sicher ein besonders tiefgreifendes Verdienst des Werkes. Es verdient angemerkt zu werden, daß Krausnick dabei insofern wissenschaftliche Konsequenz wie gleichermaßen Mut bewies, als er eigene Aussagen zur Rolle der Naziwehrmacht aus den fünfziger Jahren recht deutlich korrigierte. Die erdrückende »Beweislast«, mit der die Autoren gerade auf diesem Feld ihrer Untersuchungen und Reflexionen operieren, wird sich als nützlich erweisen, stellen sie doch damit nicht *expressis verbis*, aber *de facto*, wesentliche Elemente der Traditionspflege in der Bundeswehr in Frage.

Freilich — Grenzen der Erkenntnisfähigkeit werden bei den Autoren dort sichtbar, wo es darum geht, Gestapo, SD, Wehrmacht, zivile Okkupationsorgane usw. als mit verschiedenartigen spezifischen Aufgaben betraute Machtinstrumente eines imperialistischen Herrschaftssystems faschistischer Prägung zu behandeln. Das ist wahrscheinlich auch die Ursache für manche Verschwommenheit bei der Beantwortung der Frage, warum hohe und höchste Wehrmachtsoffiziere sich den erkennbar verbrecherischen Befehlen in Vorbereitung und Durchführung des Unternehmens »Barbarossa« nicht widersetzen. Immerhin werden der »gesellschaftlich vorgeprägten, unreflektierten antikomunistischen Einstellung« zahlreicher Wehrmachtsoffiziere (123) und der Tatsache, daß es nunmehr, anders als 1939/40, »gegen den Bolschewismus ging« (126), eine zentrale Rolle zugemessen. Überdies führt das Bemühen um differenziertes, vielschichtiges Herangehen an den »Fall Barbarossa« zu deutlichem Erkenntnisgewinn, sich damit wohl-tuend abhebend von den verkrampften Versuchen einiger namhafter bürgerlicher Historiker, den historischen Prozeß im Falle des tatsächlich äußerst komplex motivierten Überfalls der Naziwehrmacht auf die Sowjetunion (Klassenaspekte, machtpolitische, kriegswirtschaftliche, militärstrategische, rassistische u.a. Komponenten) so zu amputieren, daß er ins subjektivistische Dogma vom »rassebiologischen Vernichtungsfeldzug« paßt.

Ludwig Nestler (Berlin/DDR)

Beck, Johannes, u.a. (Hrsg.): Terror und Hoffnung in Deutschland 1933-1945. Leben im Faschismus. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1980 (528 S., br., 14,80 DM)
 »Mit einem Lesebuch, das nicht beansprucht, 'flächendeckend' die Realität des Nationalsozialismus darzustellen, sondern das Facetten seiner schillernden Wirklichkeit beschreibt, wollen wir Beispiele einer Annäherung an die Generationen, die das 'Dritte Reich' mitgemacht haben, vorstellen und Materialien ausbreiten, die solche Annäherung fundieren können.« (11) »Sich einzulassen auf die kleinen Faschisten, die Zuschauer, Gleichgültigen, Taktiker des Überlebens und auf die Nischen und Schatten, in denen sie überlebt haben, kann nicht bedeuten, den Faschismus in der Summe ihrer Alltags- und Überlebensminiaturen aufgehen zu lassen.« (13) »Zum Charakter und Gebrauchswert dieses Lesebuchs gehört, daß seine Beiträge aus verschiedenen Blickwinkeln geschrieben sind. Wir verstehen sie nicht als exemplarische Studien, aus deren Verallgemeinerung die Wahrheit über das Leben im Faschismus zu gewinnen wäre. Wir möchten die Beiträge, die wir hier veröffentlichen, vielmehr als Anregungen verstanden wissen für eigene Erinnerungsarbeit und Befragung der Älteren.« (12) Diese Zitate aus der Einleitung der Herausgeber skizzieren den Anspruch, den die knapp 30 Beiträge des Buches erfüllen sollen.

Anregungen kann man in der Tat etlichen dieser Aufsätze entnehmen, so z.B. Rolf Guttes »Horst-Wessel-Schule, Vorarbeiten zur Beschreibung einer Schulzeit unterm Faschismus« oder Hannes Heers »Das Fischerhuder Totenbuch, Lebensläufe aus einem deutschen Dorf« (eine Arbeit, die eine eigene Besprechung verdient hätte), zumal erfreulich oft auch methodische Probleme thematisiert werden. Ebenso interessant wie zu eigenen Befragungen anregend sind auch die von Heer, Kleinert, Müser und Wollenberg gesammelten Berichte aus dem Arbeiterwiderstand gegen das Naziregime in Bremen. Bei aller Vorsicht vor unzulässigen Verallgemeinerungen hätten hier einige Hinweise darauf, was an den dokumentierten Erfahrungen der Befragten eher typisch und was eher untypisch ist, gegeben werden können und deutlich gemacht, daß es nicht nur um interessante Anekdoten geht. Methodisch wäre dagegen wohl nichts einzuwenden gewesen und der Wert der Arbeit für den Leser wäre erhöht worden.

Auf zwei weitere Beiträge will ich noch besonders hinweisen: Rüdiger Lautmann befaßt sich mit dem Leben homosexueller Männer im »Dritten Reich« und bietet in seinem Aufsatz neben einigen wichtigen Daten zur antihomosexuellen Politik 1933-1945 Ergebnisse der Auswertung von 15 Interviews; eine Menge sehr anschaulichen Materials zu einem fast völlig ignorierten Thema. Sein »Epilog: nach 1945« macht zudem deutlich, wie wenig gerade in diesem Bereich von Vergangenheitsbewältigung die Rede sein kann.

Peter Dudek porträtiert in seinem Aufsatz »Von einem Holocaust, Emanzipation und ein Mädchen, das für Deutschland kämpft« die 18jährige Mena, Vorsitzende des »Kampfbundes Nationaler Schüler«, einer neofaschistischen Gruppe im Raum Frankfurt. Dabei wirft er Fragen auf, die für die Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus m.E. wesentlich sind. »Eine Analyse des Neofaschismus, die an der 'offiziellen' Ideologie dieser Gruppen halt macht oder sich im Rahmen der traditionellen Faschismus-Rezeption bewegt, bleibt letztlich hilfloser Antifaschismus. (...) Allein moralischer Antifaschismus, der jugendlichen Neonazis quasi die historische und menschliche Barbarei der NSDAP überstülpt, kann dem 'verkehrten' Protest gegen den durch Anpassungsdruck im Alltag erzwungenen und erzeugten Sinnwandel Jugendlicher nicht gerecht werden.« (510)

Fazit: ein trotz mancher ärgerlichen Schlamperei (z.B. 224, wo die Bezeichnung »NSBO-Betriebsrat« falsch ist oder 255 mit falscher Erläuterung der Abkürzung »NSBO«) informatives und anregendes Buch, das den Ansprüchen der Herausgeber gerecht wird.
Harald E. Jost (Alsfeld)

Soziale Bewegungen und Politik

Humanisierung des Arbeitslebens (2)

Das Projekt Automation und Qualifikation setzt seine Besprechungen zu den Veröffentlichungen des Programms »Humanisierung des Arbeitslebens« fort. Ein dritter Teil zusammen mit verallgemeinernden Thesen wird in Heft 135 erscheinen.

Sozialwissenschaftliche Projektgruppe München: Ursula Jacobi, Veronika Lullies und Friedrich Weltz: Textverarbeitung im Büro. Alternativen der Arbeitsgestaltung. Schriftenreihe »Humanisierung des Arbeitslebens«, Band 4. Campus Verlag, Frankfurt/New York 1980 (164 S., br., 20,- DM)

Im Zentrum der Arbeit stehen empirische Untersuchungen der Arbeitssituation von Sekretärinnen, von dezentral eingesetzten Einzelschreibkräften und — schwergewichtig — von Schreibkräften in zentralisierten Schreibdiensten. Ziel ist die Entwicklung von »Mindestbedingungen menschengerechter Arbeitsgestaltung in der organisierten Textverarbeitung«. Die Untersuchung konzentriert sich auf Arbeitsplätze mit »herkömmlicher« elektrischer Schreibmaschine; die Arbeit an Schreibautomaten kommt nur als

»Exkurs« vor. Zwischen privaten und öffentlichen Verwaltungen wird nicht systematisch unterschieden. Die Veröffentlichung ist gegenüber dem dreibändigen Forschungsbericht erheblich gekürzt, unter anderem um die Abschnitte zur Geschichte der Büroarbeit, zur Arbeitsmarktsituation von Sekretärinnen und Schreibkräften und zur Entwicklungsperspektive der Textverarbeitung.

Ein wichtiges Ergebnis ist der Nachweis, daß die Anforderungen des Maschineschreibens mit tayloristischen Organisationsprinzipien unverträglich sind. Die Autoren beschreiben die Tätigkeit, wenn sie gelingt, als die Herstellung eines abgestimmten Gleichgewichts von Informationsaufnahme, Verstehen und motorischer Umsetzung in einem individuellen Schreibrhythmus. Maschineschreiben ohne mitzudenken sei unmöglich; der individuelle Schreibrhythmus bedinge eine optimale Geschwindigkeit, die nicht nach Belieben steigerbar sei; ebenso wenig sei die Konzentrationsleistung beliebig ausdehnbar. Taylorismus dagegen mißverstehe Maschineschreiben als manuelle Bewegungsvorgänge, die strikt von der geistigen Tätigkeit der Sachbearbeitung zu trennen, und deren Leistung nach der Zahl der Anschläge zu bemessen sei. Die Folgen solchen falschen Tätigkeitsverständnisses seien — im Gegensatz zum angestrebten Ziel — Leistungsminderungen: die Qualität der Texte verschlechtert sich, die Fehlerhäufigkeit steigt, die Gefahr völliger Leistungsblockierung nimmt zu, die Arbeitskraft wird aufs schwerste beeinträchtigt und die Zusammenarbeit mit den Sachbearbeitern durch unnötige Reibereien belastet. Dennoch bestimmen — wie die Autoren zeigen — tayloristische Prinzipien die Organisation des Schreibens weitgehend: Sie liegen den Bewertungsinstrumenten wie dem MTM-Bürodatensystem zugrunde, das das Maschineschreiben in Bewegungen zerlegt (»Zeilenabstand einstellen, Walze drehen, Tastenfeld bedienen« etc.) und etwa das Nachdenken über Ungereimtheiten in der Vorlage nur als »Verzögerungsfaktoren für das Übertragen vom Informationsträger in die Schreibmaschine« gelten läßt. Sie sind in den BAT eingegangen, der die Tarifgruppen für Schreibkräfte unterhalb jeder Sachbearbeitertarifgruppe ansiedelt und für Schreibkräfte den sogenannten »Bewährungsaufstieg« nicht vorsieht. Sie bestimmen vor allem das Denken der Organisatoren (»Die sollen nicht denken, sondern schreiben«, 84). Die Autoren widerlegen vor allem eine Standard-Argumentation der (männlichen) Organisatoren, derzufolge die Arbeit im Schreibdienst für die meisten Frauen einen Übergang zur Familiengründung darstelle, insofern die Prämienentlohnung ihrem Bedürfnis entgegenkomme, bis zur Heirat möglichst viel Geld zu verdienen, ohne sich beruflich allzu sehr engagieren zu müssen: »Die Praxis sieht anders aus. Schon Altersverteilung und Familienstand entsprechen nicht dieser Unterstellung: Knapp die Hälfte der Befragten aus Schreibdiensten mit Sollvorgaben ist älter als 30 Jahre, ein Viertel sogar älter als 40 Jahre. Über die Hälfte ist verheiratet. Die Hälfte hat Kinder zu versorgen ... Die meisten der in diesen Schreibdiensten beschäftigten Frauen möchten oder müssen bis in ihr Alter arbeiten, allenfalls mit einer Unterbrechung nach Geburt eines Kindes.« (76)

Die Folgerungen, die die Autoren aus solchen Befunden ziehen, sind von einer merkwürdigen Ambivalenz: Auf der einen Seite betonen sie den Eigenwert des Maschineschreibens, die »selbständige Leistung«, es sei ein weit verbreiteter Irrtum, daß Maschineschreiben eine unangenehme und ungeliebte Tätigkeit sei, als stumpfsinnig und monoton empfunden werde. Auf der anderen Seite sprechen sie von der »einseitigen Beanspruchung durch die Schreibtätigkeit« (33), verschweigen nicht, daß die »Reduzierung auf Nur-Schreiben eine Entleerung und Verarmung des Bedeutungsgehalts der Schreibsituation« mit sich bringe (124). Noch die qualifizierteste Schreibarbeit hat es, sofern sie arbeitsteilig getrennt und an bestimmten Personen lebenslang fixiert wird, mit fremderleuts Texten mit reduzierter Bedeutungshaltigkeit zu tun. Nur-Schreiben ist eine unvollständige Tätigkeit. Die Exempel gelungener Schreiborganisation in den (durchweg spannend dargestellten) Fallstudien machen deutlich: die Schreibtätigkeit gewinnt dort an

Entwicklungsfähigkeit, wo sie als ausschließliche Tätigkeit aufhört und mit der fachlichen Verwaltungsarbeit zu verschmelzen beginnt, wo sie als transitorische Tätigkeit gehandhabt wird und die Übergangsmöglichkeit zur Sachbearbeitung oder (wie im Falle des Schreibdienstes eines Forschungsinstituts) zum wissenschaftlichen Studium in die Schreiborganisation gleichsam eingebaut wird. Dennoch arbeiten die Autoren die Verschmelzung von Schreiben und Sachbearbeiten nicht als Entwicklungsperspektive heraus. Nicht, daß sie die Möglichkeit einer solchen Integration in der Zukunft nicht sähen (116), aber sie stellt sich ihnen eher als eine Gestaltungsmöglichkeit unter vielen dar. Die *Art* der Arbeitsteilung zwischen Schreiben und Sachbearbeiten wird ihnen zum Problem, nicht die Arbeitsteilung selbst.

Das hängt mit der beiläufigen Thematisierung der Schreibautomation zusammen, die ja immerhin den entscheidenden ökonomischen Grund für die bisherige Separierung von Schreibtätigkeiten hinfällig werden läßt. An den knappen Bemerkungen ist die Differenzierung von automatisierter Textbearbeitung und Textverarbeitung richtig, ebenso der Hinweis auf Personalreduktion; absurd hingegen der Satz über die »Gefahr einer Entqualifizierung«, »wenn wegen der leichteren Korrekturmöglichkeit die Anforderungen an Kenntnisse der Rechtschreibung, Interpunktion etc. bei den Schreibkräften herabgeschraubt werden« (120). Leichtere Korrekturmöglichkeit bedeutet ja nun nicht, daß weniger korrigiert werden muß, man es darum auch weniger können muß. Ein solcher Effekt könnte sich wohl erst bei automatischer Korrektur (aufgrund eines Abgleichs eingegebener Texte mit einem gespeicherten Duden) einstellen. Der Satz verweist zugleich auf den entscheidenden Mangel der Analyse: Die Arbeit an Schreibautomaten wird nur unter Aspekten der Veränderung der Schreibtätigkeit selbst betrachtet. Das ist eine Verkürzung: Schreibautomation signalisiert eine Umschichtung des gesamten Gefüges der Verwaltungsarbeiten; Schreib-, Sekretariats-, Sachbearbeitungs-, Maschinenbedienungs- und Programmier Tätigkeiten treten in ein neuartiges Verhältnis zueinander. Daß hier neue Tätigkeitsverbindungen im Entstehen sind, kommt nicht in den Blick.

Der Mangel an Entwicklungsperspektive kennzeichnet auch die organisationspolitische Orientierung der Untersuchung. Die Bestimmung von »Mindestbedingungen menschengerechter Arbeitsgestaltung« ist weitgehend an die schwerpunktmäßig untersuchten Arbeitsplätze gebunden. Was das organisationspolitisch bedeutet, läßt sich beispielhaft am »Konzept der geschützten Gruppe« zeigen: Die Autoren begründen es mit der Schutzbedürftigkeit des Schreibbereichs aufgrund seiner strukturellen Benachteiligungen: Einseitigkeit der Arbeitsbeziehung zwischen Auftraggeber und Schreibkraft, niedriges Prestige der Schreibtätigkeiten in der Rangskala der Verwaltungsarbeiten, gesellschaftliche Benachteiligungen der Frauen etc. Die »geschützte Gruppe« soll verhindern, daß Außeneinflüsse zerstörend in den Schreibbereich hineinwirken, und soll (abgesicherte) Möglichkeiten der Selbstbestimmung interner Angelegenheiten eröffnen. Einem solchen Konzept wird man Rationalität gewiß nicht absprechen. Daß es an die bestehende »Machtasymmetrie« in Betrieb und Verwaltung nicht rührt, wissen auch die Autoren; allenfalls versprechen sie sich »eine gewisse Relativierung« dieses »Machtungleichgewichts« dadurch, daß die »geschützte Gruppe« als »eigenständige Einheit mit eigenständigen Rechten« abgesichert wird (112f.). Die »Relativierung« ist aber auch zugleich eine Form institutionalisierter Sicherung der überlieferten Arbeitsteilung und Machtausübung in Betrieb und Verwaltung.

Trotz solcher Mängel ist die Arbeit die bislang interessanteste auf diesem Gebiet.

Werner van Treeck (Kassel)

Pirker, Theo (Gesamtprojektleitung) und 20 andere: Schreibdienste in obersten Bundesbehörden. Eine vergleichende Untersuchung. Schriftenreihe »Humanisierung des Arbeitslebens«, Band 16. Campus Verlag, Frankfurt/New York 1981 (287 S., br., 34,- DM)

Die Arbeit der Frauen im Schreibdienst zu »entmischen«, d.h. auf mechanisch-geistloses Schreiben zu reduzieren, also die Frauen in zentralen Schreibdiensten als in ihrem »output« genau kontrollierbare bloße Schreiberinnen zu konzentrieren — dieses Rationalisierungskonzept setzt sich seit 10 Jahren in Bonner Ministerien immer stärker durch. Kritik daran entstand nicht nur bei den Betroffenen und bei den Gewerkschaften, sondern auch in Leitungsinstanzen der Ministerien (192) und, wie man weiß, bei einigen Bundesministern. Die groß angelegte Untersuchung entstand offensichtlich aus dem Willen, nach Art einer sozialwissenschaftlichen Materialschlacht diese Kritik zu fundieren durchs Knicken einer Reihe von Argumentationsstützen des Entmischungskonzepts, das von starken politischen Kräften nach wie vor aufrechterhalten wird. Dieser Kampf, in ihm stehen sich ja auch Staatsapparate gegenüber, macht den enormen Aufwand an Forschungsenergie begreiflich: 21 Wissenschaftler (nur 4 Frauen) haben 25 verschiedene, z.T. für die Untersuchung neu entwickelte oder umgearbeitete Erhebungsinstrumente angewendet. Eine Fülle von Daten wurde gewonnen: »Die Tätigkeitsanalyse umfaßt annähernd 3700 Erhebungsfälle, die Schriftgutanalyse basiert auf ca. 15000 Einzelfällen. Der Hauptfragebogen für Schreibkräfte, Teil 1, zuzüglich des Sozialstatistikfragebogens umfaßt 426 Variablen, der Hauptfragebogen enthält 645 Variablen. Eine derartige Datenfülle stößt an die Grenzen der Hardware ... derzeit zur Verfügung stehender Rechner.« (287) — Was ist der Ertrag? Das Entmischungskonzept wird im innersten Nerv seiner Argumentationen getroffen. Die Untersuchung vergleicht drei Formen von Schreibarbeit. *Typ A:* Mischarbeit, bei der die Frauen etwa zu 60% ihrer Arbeitszeit für einen festen Kreis von etwa 6-8 ihnen übergeordneten Diktierberechtigten schreiben, sich ansonsten mit »nichtschriftbezogenen Nebentätigkeiten« (57) befassen, mit »Telefondienst«, »Terminplanung«, »Ablage«, »Postbearbeitung«, »Loseblattsammlungen« für die Diktierberechtigten; »Assistenz bei Besprechungen« ist allerdings keiner der befragten 117 Frauen auf Mischarbeitsplätzen vergönnt, erst recht nicht den Frauen auf anderen Schreibarbeitsplätzen. *Typ B:* weitgehend entmischte, d.h. ca. 80% der Arbeitszeit ausfüllende Schreibarbeit, die aber noch wie bei Typ A dezentral, d.h. von gegeneinander vereinzelt Schreibkräften getan wird. Frauenarbeitskraft wird bei diesem Typ, dies kann man aus der Untersuchung lernen, verschärft ausgebeutet: Hier gibt es die meisten Teilzeitbeschäftigten (80% von ihnen haben Kinder gegenüber 25% bei den Vollzeitbeschäftigten), sie leisten bezogen auf die Arbeitsstunde 20% mehr als die Vollzeitkräfte (206), stehen unter Druck von Vorgesetzten derart, »daß die Möglichkeiten bzw. die Duldung von Sozialkontakten und von kleinen Pausen bei diesen Schreibkräften erheblich eingeschränkt werden« (212). *Typ C:* Zentralisierte entmischte Schreibarbeit. — Die Untersuchung zeigt, daß in jenen 2 der 6 untersuchten Bundesministerien, in denen der Typ C, das Ideal der Entmischung, bereits dominiert, überlegene Schreibleistung in den Dimensionen »Schriftgutmenge« und »Gesamte Durchlaufzeit von Schreibaufträgen« nicht existiert; wohl aber entstehen häufiger Fehler und Unklarheiten (161), was zurückführbar ist auf die bei den Schreiberinnen des Typs C geringeren Kenntnisse der Verwaltungsmaterie. Wohl noch härter ist folgender Schlag ins Antlitz der Entmischer: bei Dominanz des Typs C tendieren die Diktierberechtigten dazu, selbst zu schreiben oder von ihnen untergeordneten Sachbearbeitern schreiben zu lassen. Dies führt »auf längere Sicht zu einer — (natürlich dann in anderer Weise begründeten) — Aufstockung der Planstellen der Diktierberechtigten und der Bürokratie« (151). — Leider gebricht es den Untersuchern an dialektischem Witz, um an diesem von den Entmischern veranstalteten Lehrstück die wichtigste Lehre erkennbar zu machen: Qualifizierte Sachbearbeitung und

bloß routinemäßige Schreiarbeit am unmenschlichsten aufzuteilen, bewirkt das Umschlagen ins Gegenteil, in die eigentlich menschlichste Aufteilung, in ihre Aufhebung. Sachbearbeiter, dies enthüllt die Empirie, sind praktisch schnell dazu bereit, selber zu schreiben, damit es fix geht und genau stimmt. Was täten dann aber die Schreiberinnen? Geradezu schmerzlich fühlbar wird ein strategisch-perspektivisches Defizit der Untersucher, wenn sie den Entmischern offensiv ihre Perspektive entgegenstellen: Mischarbeit, — derart operationalisiert, daß die Arbeitende »gegebenenfalls inhaltliche Fehler erkennt und für den Diktanden ein entlastender Partner bei der Auftragsabwicklung sein kann« (185). Zwar würden die Frauen als Entlasterrinnen in zu sogenannten »Hilfssachbearbeitern« aufrücken, — dies wäre gemessen an ihrer derzeitigen Lage sehr viel! — aber mit der Entlastungsperspektive bleibt für die Frauen doch immer noch jene große Diskrepanz, daß sie nur geringe Chancen haben, sich durch die Arbeit zu entwickeln, während »entlastete« Diktierberechtigte fast das Entwicklungsmonopol haben. Trotz aller humanen Parteinahme für die Belange der Frauen können die Untersucher mit der Perspektive der Frau als Entlasterin und Dienstleisterin nicht ernstlich brechen, und so findet man in der Untersuchung allerlei Indizien für Kämpfe zwischen Schreiberinnen und Diktierberechtigten, die unausgewertet bleiben (179, 212, 231, 238). — Dem Perspektive-Defizit gegenüber steht großartige Aufklärung über Formen der Entwicklungsbehinderung der Frauen, aber auch über deren Entwicklungswillen und über den Entwicklungsschwung, den sie sich durch die Nutzung der Büroautomation verschaffen könnten. Zu den Schranken: Skandalöses wird aufgedeckt. Während die Arbeitsstättenverordnung 10qm unverstellten Bewegungsraum pro Arbeitenden vorschreibt, haben planende Herren in Bundesministerien — sie sitzen vermutlich in weitläufigen Räumen — Sonderregelungen durchgeboxt, und somit sind die Frauen ganz legal auf 4-5qm Raumfläche eingeeengt. Die Strategie unverschämten Drucks setzt sich fort auf den Ebenen der Beleuchtung, des Raumklimas, des Lärmschutzes, der ergonomischen (Miß)Gestaltung der Arbeitsmöbel und der technischen Ausstattung: »die elektrische Schreibmaschine mit Korrekturtaste (ist) in obersten Bundesbehörden eher die Ausnahme.« (27) Einengung der Denk- und Entscheidungsfähigkeit der Frauen: Nicht beteiligt sind sie an Entscheidungen über die Umsetzung von Kolleginnen, Beschaffung von Arbeitsmitteln, die Einführung und Entwicklung von Neuerungen — egal, ob's dabei nur um veränderte Formulare und Vordrucke oder um Textautomaten geht (110). 3/4 der Schreiberinnen haben eine Berufsausbildung abgeschlossen, werden aber in ihrer Tätigkeit qualifikationsmäßig unterfordert. Aufgedeckt wird, daß »die Ressorts die Notwendigkeit einer Weiterqualifikation der Schreibkräfte überhaupt nicht sehen oder aber ganz bewußt in dieser Frage eine zurückhaltende Informationspolitik betreiben« (173). Katastrophal wirkt auch der zwischen Gewerkschaften und öffentlichen Arbeitgebern ausgehandelte Tarifvertrag, der es den Schreiberinnen unmöglich macht, Sachbearbeiterinnen zu werden (192). Allerdings wird oft verhindert, daß die Spielräume in diesem Rahmen ausgeschöpft werden (194f.). Leider gibt es in der Untersuchung keinen Ansatz, die Kumulation der Einengungen theoretisch, d.h. in ihrem Zusammenhang zu reflektieren. — Den meisten Untersuchungen über Schreiarbeit haushoch überlegen sind die über das ganze Buch verteilten Analysen der Büroautomation: Klargelegt wird, daß die Textautomation eine Dezentralisierung der Schreiarbeit ermöglicht und ernötigt, daß für die Schreiberinnen eine völlig neue Qualifikationsstruktur entsteht, bei der das Eingeben von Buchstaben als Leistungsmerkmal in den Hintergrund und »Systembedienung«, »Koordinations- und Kontrollfunktionen am Textautomaten« in den Vordergrund treten (186), daß das Berufsbild der Schreiberinnen und folglich auch ihre tarifliche Einordnung grundlegend verändert werden müssen. — Für die Entmischer, die auf die Vereinseitigung und Dequalifizierung der Schreiberinnen zielen, legen die Untersucher hiermit die längerfristige vielleicht wirksamsten Ohrfeigen bereit.

Christof Ohm (Kassel)

Ruhrkohle AG, Essen (Projektleiter: Dr. Eduard Hamm), und ERNO Raumfahrttechnik GmbH, Bremen (Projektleiter: Dipl.Ing. Wolfgang Sandfort und Dipl.-Phys. Lothar Schilf): Systemanalyse zur Humanisierung des Arbeitslebens im Steinkohle Bergbau. Schriftenreihe »Humanisierung des Arbeitslebens«, Band 7 und 8. Verlag Glückauf, Essen 1980.

Teil I: Methodische Untersuchung bei der Ruhrkohle AG (154 S., br., 34,- DM)

Teil II: Ergebnisse bei der Ruhrkohle AG (162 S., br., 34,- DM)

In Teil I machen die Autoren einen Vorschlag für ein »Zielsystem Humanisierung des Arbeitslebens«, in dem die Systemanalyse für planerische Zwecke in diesem Bereich fruchtbar gemacht werden soll. Für die »Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben« zur Humanisierung der Arbeit entwickeln sie ein Managementkonzept. In Teil II werden die Ergebnisse der verschiedenen HdA-Projekte in der Ruhrkohle AG vorgestellt und weitere Forschungen angeregt. Alle Projekte beziehen sich auf die untertägigen Arbeitsplätze im Steinkohlebergbau. Die Systemanalyse als das Herzstück der Studie soll im folgenden skizziert werden. Die Autoren versuchen mit ihr ein Problem zu lösen, das für jedes bewußte menschliche Handeln gilt: Welche Handlungen sind nötig, um ein allgemeineres Ziel zu erreichen? Es geht ihnen darum, das allgemeine Ziel: Humanisierung der Arbeit, über Oberziele, Mittel- und Unterziele »bis zur operationalen Teilzelebene« zu konkretisieren (27).

Humanisierung der Arbeitswelt wird definiert als: »Verbesserung der Sicherheit des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz, schrittweise Beseitigung physischer und psychologischer Belastungen, die für sich allein oder in ihrem Zusammenwirken zu Gesundheitsgefahren, physischen und psychischen Schäden führen können, sowie Verbesserungen der Möglichkeiten für die Entfaltung und Weiterentwicklung der Fähigkeiten der Arbeitnehmer und damit Verbesserung der Möglichkeiten zu Eigenverantwortung, Qualifizierung und Selbstverwirklichung.« (20) Die einzelnen Bestimmungen dieser Definition werden zu Oberzielen ernannt und aus diesen wiederum Mittel-, Unter- und die handlungsrelevanten Teilziele abgeleitet, z.B.: »1. Verhütung von Unfällen und von arbeitsbedingten Krankheiten. 2. Vermeidung von unzuträglichen physischen und psychischen Belastungen/Beanspruchungen.« (28) Unklar bleibt die Verbindung zwischen den Zielen. Hat die Qualifikation, die im 3. Oberziel genannt wird, einen Einfluß auf die Belastbarkeit? Ergäben sich daraus nicht andere Handlungsprioritäten? Alle Oberziele werden zerlegt: 1 zum Beispiel in vier Mittelziele, das erste: »1.1 Verhütung von Unfällen«. Dessen zwei Unterziele sind: »1.1.1 Beseitigung der Gefahrenquellen« und »1.1.2 Schutz vor Gefahrenquellen« (29). Festgestellt wird, daß eine Beseitigung der Gefahrenquelle über das Ziel, »Schutz vor Gefahrenquellen«, hinaus geht. Dies ist allerdings evident. Daß es jedoch im Nachhinein extra aufgeführt werden muß, ist schon ein Resultat dieser Art von Systemanalyse: Sie ist so konstruiert, als gäbe es zwischen den verschiedenen Zielen lediglich eine Unterscheidung in Bezug auf die Konkretionsebene. Ziele, die auf der gleichen Konkretionsebene liegen, werden gleichgesetzt. So erscheint es, als ob die Analyse neutral sei hinsichtlich der Handlungsprioritäten und diese erst in einem eigenen Verfahren zu entwickeln seien. Die gleichrangige Auflistung der Ziele, Beseitigung und Schutz vor Gefahrenquellen, fordert jedoch unter den gegebenen Bedingungen privater Produktion dazu auf, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen. So wird es nicht nötig, an eine Umwälzung der Produktionstechnologie zu denken, um Gefahrenquellen zu beseitigen, wenn auch ein Schutz vor den Gefahrenquellen gleichermaßen das Ziel »Humanisierung« erfüllt. Dennoch sind die Handlungen nicht beliebig, denn es gehen schon Handlungskriterien in das System ein, die allerdings in keiner Weise diskutiert und nachvollziehbar sind. So, wenn eine Ursache von Berufskrankheiten dann als beseitigt gilt, wenn die Arbeitsbedingungen den entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen entsprechen. Die Diskussionen darüber, ob diese Bestimmungen hinreichen, werden nicht

erwähnt. Besonders im Bereich der quantitativ meßbaren Arbeitsbedingungen wird damit eine Scheinevidenz hergestellt zwischen bestimmten Lärmgraden zum Beispiel und einem humanisierten Arbeitsplatz. Lärmhöhe sagt z.B. nichts aus über die Art des Lärms und die damit zusammenhängenden Belastungen (vgl. *Das Argument* 131, 158). Die Evidenz ist ein Produkt des deduzierenden Systems selbst und muß mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben. Unklar bleibt auch die Konkretisierung des Unterziels »Verbesserung der Arbeitsinhalte« auf das Teilziel »Erhöhung der Abwechslung«. Dieser Schritt wird lakonisch damit begründet: »Abwechslung (sei) notwendig, damit der Arbeitnehmer Interesse an seiner Arbeit haben kann.« (63)

Offen bleibt, was unter »Abwechslung« zu verstehen ist, ob es sich etwa um eine Abwechslung wie zwischen Schrauben-Eindreihen und Nägel-Einschlagen handelt. So sind fast alle operationalen Teilziele nicht einfach Konkretisierungen von Humanisierungszielen: in ihnen sind jeweils *bestimmte* Auffassungen von »Humanisierung« enthalten, z.B.: »Belastung«, »Beanspruchung«, »Dispositionsspielraum«. Dadurch, daß diese Begriffe in ein System mit deduktiver Logik verortet werden, erscheinen sie als die einzig mögliche Konkretisierung des allgemeinen Ziels und umgekehrt wird Humanisierung durch die im System enthaltenen Konkretisierungen definiert. Obwohl das System deduktiv aufgebaut erscheint, ist es umgekehrt konstruiert worden. Die Autoren fanden schon die HdA-Projekte vor und erhielten den Auftrag, eine Systemanalyse durchzuführen, die »eine übersichtliche Einordnung der laufenden und beantragten Forschungsvorhaben ... in einem Gesamtzusammenhang« erlaubt (12). Damit wurde als Humanisierung definiert, was schon praktiziert wurde. Wäre es denkbar, das System mit einem anderen Inhalt, d.h. mit einer besseren Theorie der menschlichen Arbeit »zu füllen« und damit für arbeitsorientierte Wissenschaft brauchbar zu machen? Soweit ich sehen kann, ist dies nicht möglich. Ein rein deduktives System, wie das vorliegende es zu sein vorgibt, in dem von oben nach unten Ziele herunterkonkretisiert werden, erlaubt nicht die Modifikation, die Veränderung der »Oberziele« durch die Erfahrungen und Erkenntnisse von »unten«. Die Erfahrungen, das Wissen und die Interessen der Arbeiter sind an keiner Stelle im System einzubringen. Wenn die Arbeiter vorkommen, so lediglich als Ersatz für Meßinstrumente, wo diese noch nicht in technisch ausgereifter Form entwickelt sind. Das Managementkonzept ist begrenzt tauglich, insofern es verdeutlicht, welche unterschiedlichen Phasen ein Projekt durchlaufen muß, sowie welche Methoden zur Projektbearbeitung eingesetzt werden können. Nötig wäre aber eine Systematisierung demokratischer Entscheidungsprozesse, auf die das vorgeschlagene Management verzichten kann: es geht von der Notwendigkeit einer beim Management zentralisierten Entscheidung aus. Schließlich können Arbeitende und arbeitsorientierte Mediziner einigen Nutzen ziehen aus der Darstellung der bisherigen Projektergebnisse im Teil II. Er enthält Tabellen über die Häufigkeit von Unfällen, Krankheiten und eine kurze Darstellung der Mittel zu ihrer Beseitigung oder zum Schutz vor ihnen. Ebenso werden die Belastungen im untertägigen Bergbau, wie Lärm, Vibration und die bisher in den HdA-Projekten entwickelten Verbesserungen dargestellt.

Nora Rätzhel (Berlin/West)

KARL VALENTIN



Zum 100. Geburtstag:
Die einverständigen Katastrophen
des Karl Valentin
von Axel Hauff
Argument-Studienheft SH 21
65 Seiten, 4,50 DM

Über die Autoren

A.: = Arbeitsgebiete; V.: = Veröffentlichungen

Bünz-Efferding, Anke, geb. 1949; Musiklehrerin Doktorandin. V.: *Frauenformen*, AS 45 (Mitautorin, 1980). A.: Weibliche Ästhetik, Kulturtheorie, Musikwissenschaft. Mitglied im Sozialistischen Frauenbund Westberlin.

Dech, Jutta, geb. 1941; Lehrbeauftragte an der Hochschule der Bildenden Kunst, Berlin u. Braunschweig. V.: *H. Daumier: Gegen den Krieg* (Hrsg. 1981) A.: Frauenkunst, Fotografie, Fotomontage.

Freundl, Hans, geb. 1957; Studium der Politikwiss. A.: Faschismus; Staats- und Imperialismustheorie; Friedensforschung. Mitglied in SHB u. SPD.

Fried, Erich, geb. 1921; lebt in London als freier Schriftsteller und Übersetzer. V.: zahlreiche Gedichte, Lyrik und Prosa, zuletzt *Das Unmaß aller Dinge* (1982).

Ganßmann, Heiner, Prof.Dr., geb. 1944; Hochschullehrer V.: *Krise und Kapitalismus bei Marx* (zus. m. Bader u.a., 1975); *Einführung in die Gesellschaftstheorie* (zus. m. Bader u.a., 1976); A.: Werttheorie, Krisentheorie, Sozialpolitik.

Garber, Jörn, geb. 1944; Lehrbeauftragter für neuere deutsche Literatur, Uni Marburg. V.: *Revolutionäre Vernunft* (Hrsg., 1974), *Kritik der Revolution* (Hrsg., 1976), *Von der ständischen zur bürgerlichen Gesellschaft* (Hrsg. zus. m. Batscha, 1981). A.: Politisch-soziale Theorien im Übergang vom Ancien Régime zur bürgerlichen Gesellschaft.

Hall, Stuart, bis 1979 Leiter des Centre for Contemporary Cultural Studies (Birmingham), jetzt Prof. an der 'Open University' (engl. Fern- und Fernsehuniversität), Milton Keynes GB. V.: *Policing the Crisis* (1978); *On Ideology* (in: Working Papers in Cultural Studies 10); *Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus* (in: AS 78/1982). Mitglied der Hegemony Research Group, London.

Haug, Frigga, Dr.phil., geb. 1937; Habilitation; wiss. Mitarbeiterin an d. Hochschule f. Wirtschaft u. Politik Hamburg; Hrsg. d. *Argument*, Mitglied d. Frauenredaktion. V.: *Gesellschaftl. Produktion u. Erziehung* (zus. mit anderen 6 Bände zur Automation; AS 7, AS 19, AS 31, AS 43, AS 55, AS 67); *Frauenformen*, AS 45 (Hrsg., 1980.) weitere Texte zu Frauenforschung in: SH 15, SH 44, SH 46, SH 56, *Argument* 129 u. 132. Mitglied in: BdWi, ÖTV, Sozialistischer Frauenbund Westberlin und Hamburg.

Haug, Wolfgang Fritz, Prof.Dr.phil., geb. 1936; lehrt Philosophie an der FU Berlin; Herausgeber des *Argument*. V.: *Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«* (21976); *Theorien über Ideologie*, AS 40 (Mitautor, 1979); *Zeitungsroman* (1980); *Warenästhetik und kapitalistische Massenkultur (I)* (1980). Mitglied in GEW, BdWi, Deutscher Werkbund.

Hengsbach, Friedhelm, Dr.rer.oec., geb. 1937; Dozent für Wirtschafts- u. Sozialethik. V.: *EG-Assoziation afrikanischer Staaten* (1977); *Anpassung und Streik — ungleiche Mittel* (Hrsg., 1980); *Arbeit hat Vorrang* (1982). A.: Arbeitsorganisation, Raumwirtschaft. Mitglied im Jesuitenorden.

Hennig, Eike, Prof.Dr.phil., geb. 1943; Prof. für Politikwissenschaft an der Gesamthochschule Kassel V.: *Bürgerliche Gesellschaft und Faschismus in Deutschland* (21982). A.: Faschismusanalyse, Neonazismus/Extremismus.

Jost, Harald E., geb. 1956; Studium der Politik, Soziologie, Philosophie und des öffentl. Rechts in Marburg und Gießen. A.: Faschismus, Kirche und Staat.

Kadritzke, Ulf, Prof.Dr.rer.pol., geb. 1943; Hochschullehrer an der FHW Berlin. V.: *Angestellte — Die geldgütigen Arbeiter* (1975); A.: Sozial- u. Klassenstruktur, Soziale Bewegungen, Gewerkschaftsprobleme. Mitglied der GEW u. BdWi.

Kandzora, Gabriele, geb. 1951; Lehrerin an einer Hamburger Gesamtschule. V.: *Lernpsychologische Aspekte des Fähigkeitsbegriffs*, (in: Geier, M. u.a., Sprachbewußtsein, 1979). A.: pädagogische Psychologie; Bildungsforschung.

Keupp, Heinrich, Prof.Dr.phil., geb. 1943; Hochschullehrer für Psychologie. V.: *Abweichung und Alltagsroutine* (1976); *Normalität und Abweichung* (Hrsg., 1979). A.: Sozialpsychiatrie; Medizinsoziologie. Mitglied in GEW und DGSP.

Kübler, Hans-Dieter, Dr.rer.soz., geb. 1947; Wiss.Ass. und Privatdozent an der Univ. Münster. V.: *Unterhaltung und Information im Fernsehen* (1975); *Kinderfernsehsendungen in der Bundesrepublik und DDR* (1981); *Massenmedien im Deutschunterricht* (1981). A.: Kommunikationsforschung; Kulturwissenschaft; Medienwissenschaft und Medienpädagogik. Mitglied in GEW.

Liedman, Sven-Eric, Prof.Dr.phil., geb. 1939; V.: *Von Platon bis Mao*. (in schwedisch, 1971); *Spiel der Gegensätze. Friedrich Engels* (2 Bde., 1977). A.: Ideologien; Dialektik; Geschichte der Neuzeit.

Michels, Hans-Peter, geb. 1956; Dipl. Psych.; Zivildienstleistender. A.: Kognitive Psychologie, Arbeitspsychologie. Mitglied im BdWi.

Möllers, Ralph, geb. 1956; Studium der Germanist./Theologie. V.: *Arbeit — Empirie — Apokalypse* (zus. m. G. Caffentzis u. H. Widmer, 1982). A.: Literatur und Mythos, Sozialethik.

- Nestler, Ludwig*, Dr.phil., geb. 1930; Bereichsleiter Forschung am Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften, DDR. V.: *Weltherrschaft im Visier* (Mithrsg., 1975), *Konzept der Neuordnung* (zus. mit W. Schumann, 1977). A.: Faschistische Außen-, Okkupations-, Justizpolitik.
- Ohm, Christof*, geb. 1942; Dipl.-Psych., zur Zeit Ausbildung zum EDV-Organisator. Mitglied des PAQ (= Projektgruppe Automation und Qualifikation). V.: *Automationsarbeit* (Mitautor, 1975-1981). A.: Gruppendynamik, computer-gestützte Konstruktion, Bibliotheksautomation. Mitglied in ÖTV und BdWi.
- Plotke, David*; Mitglied der Redaktion von *Socialist Review*, lehrt Politik an der University of California, Berkeley. V.: *The Politics of Eurocommunism* (zus. m. Carl Boggs, 1980). Zahlreiche Zeitschriftenaufsätze zu Politik und Parteien in den USA.
- Rätzfel, Nora*, Dipl.-Päd., geb. 1948; wiss. Ass. am Psychologischen Institut der FU Berlin. V.: *Automationsarbeit: Empirie*, AS 43, 55, 67 (Mitautorin 1980f.); Aufsätze zur Bildungsreform und Hochschulsozialisation. A.: Automationsforschung. Frau und Arbeit. Mitglied in ÖTV.
- Reimann, W.*, geb. 1954; Dipl.-Soziologe.
- Rieger, Eva*, Dr.phil., geb. 1940; Akad. Rätin für Musikerziehung an der Universität Göttingen. V.: *Schulmusikerziehung in der DDR* (1977); *Quellensammlung »Frau und Musik«* (Hrsg., 1980); *Frau, Musik und Männerherrschaft* (1981). A.: Feministische Musikwissenschaft; Musikpädagogik.
- Schäfer, Alfred*, Dr.päd., geb. 1951; Bildungsreferent. V.: *Zur gesellschaftlichen Formbestimmtheit schulischer Sozialisation* (1978); *Disziplin als päd. Problem* (1981). A.: Allgemeine Pädagogik; Metatheorie der Erziehung; Sozialisierungstheorie; Bildungssoziologie; Theorie der Schule.
- Schildt, Axel*, Dr.phil. geb. 1951; Lehrbeauftragter an der Hochschule für Wirtschaft und Politik an der Fachhochschule Hamburg. V.: *Militärdiktatur mit Massenbasis* (1981); Mehrere Aufsätze zu Faschismus, Weimarer Republik, Arbeiterbewegung, Faschismus, 50er Jahre Bundesrepublik.
- Sölle, Dorothee*, geb. 1929; lebt in Hamburg als Schriftstellerin und hat seit 1975 eine Professur am Union Theological Seminary, New York. V.: *Sympathie* (1978); *Im Hause des Menschenfressers* (1981).
- Soosten, Joachim v.*, geb. 1957; *Studium der Theologie/Soziologie*. A.: *Philosophie der Brüche*.
- Stary, Joachim*, Dr.phil., geb. 1950; freier wiss. Mitarbeiter im »Projekt Hochschulbildung« an der Hochschule d. Künste Berlin. V.: *Die Technik wissenschaftlichen Arbeitens* (zus. m. G. Rücknick u. N. Franck, 2/1980); *Studientechniken*. (zus. m. N. Franck, 1980). A.: Hochschuldidaktik, Erwachsenenbildung. Mitglied der GEW, Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik.
- Strutynsky, Peter*, Dr.phil., geb. 1945; wiss. Mitarbeiter f. Soziologie/Politologie GHS Kassel. V.: *Marxisten und Revisionisten* (1976); *Industrielle Arbeitnehmer im Schwalm-Eder-Kreis* (Mitverf., 1980). A.: Regionalforschung, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Mitglied in GEW, BdWi, Dt. Freidenkerverband.
- Thomas, Christine*, geb. 1954; Studium der Soziologie. A.: Mädchen in Jugendkulturen, Sexualität und Herrschaft. Mitglied in Sozialistischer Frauenbund Westberlin, ÖTV.
- Treeck, Werner van*, Dr.phil., geb. 1943; Mitglied der Forschungsprojekte »Verwaltungsautomation« an der GH Kassel und »Automation und Qualifikation« an der FU Berlin. V.: zu Industrie- und Verwaltungssoziologie, zur Bildungsplanung und Kultursoziologie. A.: Mitglied der ÖTV.
- Vollmer, Antje*, Dr.phil. geb. 1943; Dozentin. A.: Kirche, Landwirtschaft. Mitglied im Leitungskreis Solidarische Kirche Westfalen, Vorstand der westf.-lipp. Landjugend.
- Wacker, Ulrich*, geb. 1950; Lehrer. V.: *Das andere Hamburg* (Mitarbeiter, 1980). A.: Entstehung des Kapitalismus; Zeitgeschichte; Frankreich. Mitglied in GEW.
- Weiss, Peter*, geb. 1916; gestorben 1982; Schriftsteller. V.: *Ästhetik des Widerstands* (1975-1981); *Notizbücher 1971-1980* (1981).
- Wenk, Silke*, Dr.phil., geb. 1949; z.Z. arbeitslos. V.: *Zur gesellschaftl. Funktion der Kunst, historische und empirische Untersuchung in Betrieben* (1982); *Automationsarbeit: Empirie*, AS 7, AS 19, AS 31, AS 43, AS 55, AS 67 (Mitautor, 1975f.). A.: Frauen-, Kunst und Kultur: Arbeits-u. Betriebskultur: Soziologie der Kunst. Mitglied der ÖTV.
- Wöhrle, Armin*, Dipl.Päd., geb. 1950; Lehrauftragter an der Fachhochschule für Sozialwesen, Esslingen. A.: Kooperation zwischen Gewerkschaften und Hochschule, Sozialpädagogik. Mitglied der ÖTV.

Summaries

Sven-Eric Liedman: Neoliberalism and Neoconservatism

The new version of »economic man« means the individual being totally competent to judge what is good and what should be done. Neoliberalism differs from classical liberalism in accepting the repressive state. — When analyzing ideologies we have to distinguish between the material, the administrative and the ideological uses of science.

Neoliberalism gains its legitimacy among the people in part by virtue of its ideological use of economic theory. But it gains mass influence only because its propositions are rooted in daily experience and in common sense. It is the function of neoconservatism to link economic man to traditional values and to the necessity of a strong state.

David Plotke: Where Does Reaganism Lead?

Political struggle concerns not just the allocation of power among fixed forces, but the construction of political forces themselves. These center around the processes of class recomposition; expansion of the state and changing relations between women and men. The political main forces are a mass conservatism, a centrist social liberalism and a small left. The discursive strategy of the right concentrates on issues as »equality«, the »right to live« (against the women's movement), »productivism« and »americanism«, an anti-statist construction of a »strong state«. Reaganism is not the end, but the beginning of a period of transition. Even if the radical right could not maintain a dominant position, the grounds are being prepared for a »passive revolution« from above in the long run.

Heiner Ganßmann: Dismantling the Welfare State in the USA?

While there is every indication that the economic policies of the Reagan administration will exacerbate rather than resolve the current crisis of the US-economy, their core consists of an effort to abolish numerous welfare programs. It is argued that the withdrawal of the state and the return to market solutions will increase the instability of the US-political and economic system with the most likely result of either a more authoritarian form of government or a return to welfare state solutions.

Stuart Hall: The Construction of Race in the Media

Race is no pre-given entity, reducible to class, but a social antagonism constructed in social practice, e.g. in the media. There is not *the* racism, but different racist discourses, competing or winding up with each other. We have to distinguish between overt and inferential or liberal racism. The latter is based on a set of unquestioned assumptions concerning that »the problem« is with the blacks, especially with their »number« etc. — The article gives a detailed analysis of the racist stereotypes in the media.

Bell Hooks: Ain't I A Woman

Hooks points out, that black women suffer from the dual impact of sexist and racist oppression. Even white feminists, who are supposed to fight against sexism and racism, deny the existence of black women when they speak for example about »blacks« and »women«, when they really mean »black men« and »white women«. Black women therefore feel as if they were asked to choose between a black movement that primarily serves the interests of black male patriarchs and a women's movement which primarily serves the interests of racist white women.

Ulrich Wacker: Overview of Recent Books on Prussia

Wacker reviews the present-day state of research on the effects which Prussia has produced on German history and politics (emphasis on Heinrich, Schoeps, Greiffenhagen, v. Thadden, v. Krockow). The Prussia-exhibition at Berlin and its catalogue is also criticized.

Jörn Garber: History of Literature as Social History

With reference to five new and extensive histories of German literature of the 18th century (published by Hanser, Rowohlt, Scriptor, Verlag Volk und Wissen, DDR). Garber analyzes how different approaches to social history structure the presentation of literary history. Against the background of a quickly sketched out theory of the literature of enlightenment the methodological implications and the practical use of these histories of literature are discussed.



**betrifft:
erziehung**

Blätter für deutsche und internationale Politik

6 '82

Oberstufenreform: Kuckucksei im Wahljahr

NS-Renaissance: Alte Sprüche junger Schüler

Schulbürokratie: Tanz der Vampire

Schulstreß-Diskussion: Von der Aufbau-
phase zur Krise

Schulanfang: Kinder werden Schüler

Serie Schulportrait: Montessori-Schulen

Test: Deutsche Jugendherbergen

Alternative Bildungspolitik: Im Mittel-
punkt stehen die Kinder

Team-Kleingruppen-Modell: Vom Einzel-
kämpfer zum Team

Referendar '82: Anderthalb Jahre Prü-
fung

Rock contra Barock: Punk oder Paganini

3. Welt-Läden: Jute statt Plastik

7/8 '82

P. Brokemper: Bunt gegen Grau. Schüler
verändern ihren Arbeitsplatz Schule

b:e-Gespräch mit Heinrich Albertz:

»Meine ganz große Hoffnung: Die ameri-
kanische Friedensbewegung«

D. Larcher: Wovor Lehrer Angst haben

P. Schmidt-Walther: Salem, Schloß der
Gottesfurcht ... Ein ehemaliger Internats-
lehrer packt aus. Legendäre Schule mit
miserablen pädagogischen Bedingungen

15. Jg. 1982

1 '82

N. Bhagwat: Rechtliche Konflikte bei der
UN-Seerechtskonferenz und deren öko-
nomische Bedeutung für eine »Neue Welt-
wirtschaftsordnung

R. Groß: Satellitenrundfunk und Zei-
tungsverleger

E. Stein: Der Hessische Staatsgerichtshof
als »höchste pädagogische Instanz des
Landes Hessen«

H. Ridder: Berufsverbote, Monument II:
Das Berufungsurteil im Disziplinarverfah-
ren gegen Hans Peter

Arbeitskreis Faschismus und Recht: Anti-
faschismus, Relativismus und Demokratie

R. Wahsner: Einheitliches Koalitions- und
Streikrecht für kapitalistische und soziali-
stische Länder?

2 '82

D. Deiseroth: Das Volksbegehren gegen
die Startbahn 18-West

A. Roßnagel: Verfassungsänderungen und
politischer Prozeß

H. Vetter: Mietpreisbindung und Bürger-
begehren

W. Kreck: Schutz der Freiheit

H. Düx: Psychiatrie und deutscher Fa-
schismus

N. Paech: »Juristen gegen Kriegsgefahr«
— Ein Kongreßbericht

J. Dvorak: Die Rechte und der Rechts-
staat am Beispiel Österreichs

S. Ott: Demonstrationsrecht im Zwielicht

6. Jg. 1982

Erscheint monatlich im Beltz Verlag, Postfach 1120,
6940 Weinheim — Einzelheft DM 6,—; Jahresabo
DM 58,—; Studentenabo DM 48,—; incl. MWS
zugl. Versandkosten.

Redaktion: Prof. Dr. Helmut Ridder — Vierteljährlich
— Einzelheft 8,00 DM, im Jahresabo 7,00 DM, für
Studenten 6,00 DM. Pahl-Rugenstein Verlag, Gottes-
weg 54, 5000 Köln 51

Demokratische Erziehung

3'82
Kommentar

P. Schütt: »Einwanderungsland Bundesrepublik«

Demokratische Erziehungspraxis

U. Naumann: Die aktuelle Stunde: Die Kinder von Lidice

R. Lauenstein: Hochschulstudium ohne Abitur

H. Becker: Antimiliaristische Bildungsarbeit in Bremen

Aufsätze

H.D. Strüning: Das Gymnasium wird abgeschottet

G.G. Hermann/R. Krüger: Berufsbildungsbericht 1982 — Düstere Bilanz

Thema:
Referendare vor der Arbeitslosigkeit

Rundtischgespräch mit Referendaren E. Thölke-Sommer/H. Butt: Über den Sinn des Referendariats

G. Abbenhaus u.a.: Lehramtsanwärter auf dem Lande

K.-H. Heinemann: Gewerkschaft — nur für Stelleninhaber?

J. Nimptsch: Wohin mit ihnen? Lehrer auf dem freien Arbeitsmarkt

H. Bischoff: Der Schweinezyklus auf dem Lehrermarkt

W. Stöhr: Der Kampf gegen Lehrerarbeitslosigkeit in der Weimarer Republik

8. Jg. 1982

Redaktion: K.-H. Heinemann, W. Rügemer. — Alle zwei Monate. — Einzelheft 5,— DM, im Jahresabo 3,50 DM. Pahl-Rugenstein-Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

FORVM

 Internationale Zeitschrift links von der Mitte

339/340/341 '82
Forum des Forums:

Bildreporterstil.

Sexualjustiz

Österreich

W. Kainrath/M. Siegert: Turmbau zu Pavillon. Gespräch über Alternativen zum Allgemeinen Krankenhaus (AKH)

Ungarn

M. Haraszi: Optimist ohne Grund. Gespräch über Polen und Ungarn mit Michael Siegert

Frankreich

D. Nocaudie: Recht gratis. Gespräch über Rechtsbudiken mit Heidi Pataki

Ch. Revon: Brecht die Ärztemacht! Rede zur Psychiatriereform

Sonne Nr. 6:

G. Fädler: Glücklich, daß es eine Schande ist. Mit Zeichnungen von Stefan Riedl

Eurolinke

A. Dallinger: Alle Macht für Otto Bauer!

Rede über Sozialdemokratie heute

P. Ingrao: Nach jeder Seite offen. Diskussion beim 3. Wiener Otto-Bauer-Symposium

Drogen

W. Stangl: Drogenfreiheit? Wissenschaftler für Entkriminalisierung

Alternativen

I. Illich: Das echte Geschlecht. Genus statt Sexus I

Rezensionen

27. Jg. 1982

Herausgeber: Gunther Nennung. — Redaktion: F. Geyrhofer, M. Hopp, H. Pataki, M. Siegert. — 6 Hefte im Jahr. — Einzelheft 6,50 DM, 44 ÖS, Jahresabo 40,— DM, 260 ÖS, Studentenabo 33,— DM, 220 ÖS. — Forum, Museumstr. 5, A-1070 Wien, Tel.: 933353.

lendemains

Zeitschrift für
Frankreichforschung +
Französischstudium

27 '82

Schwerpunkt: France — Amérique Latine

J. Leenhardt: Réflexion politique et miroirs littéraires

C.F. Moreno: Un Argentino en Europa

J. Jurt: Entstehung und Entwicklung der Lateinamerika-Idee

N. Jitrik: Esquisse sur les rapports entre deux littératures

J. Cortázar: Hommage à Roger Caillois

A. Bertran: La traduction des oeuvres latino-américaines

D.-H. Pagenaux: G. Márquez en français

W. Bader: Die produktive Lektüre im Prozeß der Dekolonisation am Beispiel Aimé Césaires

C. Fell: Alejo Carpentier

M. Franzbach: Asturias in Frankreich

J.G. Merquior: Modernisme brésilien et avant-garde française

M. Ezquerro: L'exil, et après

A. Raillard: Du Pays du Carnaval à l'Age de la Terre

Diskussion

J. Trabant: Linguistische Gesprächsanalyse und Literaturwissenschaft

France actuelle

W. Kowalsky: Frankreichs Lateinamerikapolitik

R. Höhne: Zur innenpolitischen Entwicklung Frankreichs

W. Fekl: Zwanzig Jahre nach Ende des Algerienkrieges

A. Neuschäfer: Zu Mnouchkines Shakespeare-Inszenierung

7. Jg. 1982

Herausgeber: M. Nerlich in Zusammenarbeit mit J. Droz, H.U. Gumbrecht, B. Schlieben-Lange, A. Sobol. — Erscheint vierteljährlich. — Einzelheft 7,70, im Abo 6,70, Studenten 5,70. — Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

L'80

22 '82

Kultur und Politik in Lateinamerika

C. Fuentes: Europa und Lateinamerika

W. Haubrich: Kubas Rolle in Lateinamerika

H. Frenz: Befreiung statt Beschwichtigung!

J. Müller-Jost: Vershoben und verraten. Begegnungen mit Frauen in Mexiko

M. Strausfeld: »Unser Amerika«. Zur Entwicklung der lateinamerikanischen Literatur

Prosa von Reinaldo Arenas, Julio Cortázar, Juan Carlos Onetti, Joao Ubaldo Ribeiro, Julio Ramón Ribeyro

Gedichte von Joao Cabral de Melo Neto, Carlos Drummond de Andrade, Ferreira Gullar, Javier Héraud, Enrique Lihn, José Emilio Pacheco, Octavio Paz, Alejandra Pizarnik, Yavier Villaurrutia

Herausgeber: Heinrich Böll, Günter Grass, Tomas Kostka, Carola Stern, Johano Strasser, Heinrich Vormweg. L'80 erscheint viermal jährlich. Einzelband DM 15,-, Jahresabo DM 50,- (zzgl. Versand). — L'80 Verlags-GmbH, Deutz-Kalker-Str. 46, 5000 Köln 21

positionen

THEORETISCHES MAGAZIN

39/40 '82

W. Seitz: Exterminismustheorie — Anmerkungen zu einer Debatte in der Friedensbewegung

T. Heilmann: Ideologischer Klassenkampf: lediglich verbaler Schlagabtausch? (Zum Berliner Seminar über Probleme der Ideologieforschung)

Strategie-Diskussion

W.F. Haug: Für ein sozialistisches Projekt unter Bedingungen multizentrischer Politik

P. Mattmann: Eine neue Etappe des anti-kapitalistischen Kampfes

F. Witschi: Für ein aktives Kampfbündnis mit der 3. Welt

Rezension

T. Heilmann: Für einen sozialistischen Populismus (Anmerkungen zu Laclau)

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie
und sozialistische Politik



47 '82

Sozialdemokratie macht keinen Staat mehr ...

G.J. Glaesner: Zum Tode von Robert Havemann

F.O. Wolf: Abschied vom Wohlfahrtsstaat?

C. Buci-Glucksmann: Sozialdemokratie und keynesianischer Staat

O. Kallscheuer: Identitätsverlust und »Komplexität«

A. Bolaffi/G. Maramao: Die deutsche Sozialdemokratie

W. Fach: Wer verhilft Hitler zur Macht? Das »Faschismus«potential des Atomkonflikts

G. Rudel: Marxistische Staatstheorie in der BRD

P. Brandt/G. Minnerup: Die deutsche Frage

H. Gerstenberger: Vom Ursprung bürgerlicher Staaten

R. Hickel/M. Ernst-Pörksen: Strategieprobleme alternativer Wirtschaftspolitik

12. Jg. 1982

Herausgegeben von einem Redaktionskollektiv der Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) — 6 Nummern pro Jahr — Einzelheft Fr. 3,—, Doppelheft Fr. 4,— — Abo: Schweiz Fr. 15,—, Ausland Fr. 18,— — Redaktion positionen, Postfach 539, CH-8026 Zürich

Herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.« — Redaktion: E. Altwater, G. Armanski, B. Blanke, E. Hildebrand, J. Hoffmann, U. Jürgens, W. Spohn, F.O. Wolf. — Erscheint viermal im Jahr. — Einzelheft 9,- DM, im Abo 8,- DM. — Rotbuch Verlag, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30

psychologie heute

SOCIALISM IN THE WORLD

6 '82

Sportpsychologie: G.A. Pilz: Da gibt's nur eins: Umhauen!

»Manchmal muß man einfach die Notbremse ziehen«. Interview mit Max Merkel

Psychopathologie: G. Benedetti: Über die Kreativität des schizophränen Leidenden

Forschungsbericht: M. Keller: Die Entwicklung der Entwicklungspsychologie

Leserforum: Eine indiskutable Buchbesprechung. Reaktionen auf eine Kritik der Individualpsychologie

Wahrnehmung: W.S. Caine: Riechen kann man lernen

Hochschule: Reform, »Reform« und Gegenreform. Das Bremer Psychologie-Studium

Ethik: Intensivmedizin: Leben erhalten um jeden Preis? Ein Gespräch mit Joachim Schara

L. v. Götz/M. Huber: Das technisch Machbare und die Menschenwürde

7 '82

Väter: Partner oder Randfiguren?

Familientherapie — wozu?

Titelthema: Dicke und Dünne

Transpersonale Psychologie

Die Geschichte des Geltungsdrangs

9. Jg. 1982

Redaktion: H. Ernst (verantwortlich), Michaela Huber, Monica Moebis, Rüdiger Runge; Redaktionsassistentz: Karin Quick-Oest, Brigitte Bell. — Monatlich. — Einzelheft 5,80 DM. Jahresabo 58,— DM. — Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim

28'82

Round Table '81. Cavtat, Yugoslavia

M. Drulović: Socialism, Science, Technology, Development Strategies

D. Amati: A propos du rôle idéologique de la science

J. Beinstein: Science, technologie, développement

M. Cini: Structure sociale et évolution des langages scientifiques

J. Lados: Le communisme et les »problèmes globaux«

V. Leduc: Science, société et autogestion

A. Abdel-Malek: Prometheus Bound: Visions of the 'Crisis'

C.R. Piriz Mac-Coll: Le socialisme et l'orientation de l'activité scientifique

A. Polikarov: Some Main Tendencies in the Development of Science: A Short Survey

J.-L. Tatay: La science et la technique comme facteurs essentiels d'émancipation des peuples et d'intégration de l'humanité

D. J. Haraway: Class, Race, Sex, Scientific Objects of Knowledge

D. Jacks: Theses for the Round Table '81 Studies

M. Hadzić: Discussions in the Communist Movement on »the Specific Elements in Actualizing the General Laws« of Socialism

Commentaires and Information

P. Simić: A propos du livre d'André Gorz, Adieux au prolétariat

6. Jg. 1982

Editor: International Conference »Socialism in the World«, Cavtat, and IC »Kommunist«, NIP Kommunist, Beograd, Yugoslavia. Auslieferung für BRD und Westberlin: Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Preise wie Argument-Sonderbände AS (ca. 300 S.).

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft

spw

15'82

Statt eines Nachrufes: Peter Weiss im Gespräch mit Burkhardt Lindner

Aktuelle Kommentare

G. Weiher: Zur innenpolitischen Situation in der Türkei

A. Horstmann: Punktsieg für die Linke

D. Hensche: Beschäftigungsprogramm oder Beschäftigungsfarce?

Diskussionsschwerpunkt:

US-Hegemonie und Gegenbewegungen

M. Lucas: Die amerikanische Krise und der NATO-Doppelbeschluß

C. Rix-Mackenthun/A. Statz: Das kleinere Übel in der Klemme

E. Richter: El Salvador im internationalen Zusammenhang

I. Anderson: Zur Diskussion um eine atomwaffenfreie Zone in Westeuropa

W. Schneider: Am Beispiel Österreichs: Friedensbewegung und Armee

H.-G. Marian/R. Hönnings: »Antikriegszustand« in Polen

Außerhalb des Schwerpunktes

T. Davis/C. Hall: Das vorwärtsweisende Gesicht des Feminismus

A.G. Frei: Gramsci und der dritte Weg

R. Meng: Theorie, Praxis und Identität

U. Schöler: MEW-Gemischtwarenladen

Berichte/Besprechungen

5. Jg. 1982

Hrg. Detlev Albers, Heinz Albrecht, Erhard Eichert, Josef Hindels, Klaus Peter Kisker, Heinrich Lienker, Werner Loewe, Klaus Thüsing, Klaus-Peter Wolf. Redaktion: K. Gauer-Krusewitz, F. Heidenreich, K. Krusewitz, G. Mackenthun, H. Raßmes, C. Rix-Mackenthun, D. Scholz, A. Westphal. spw erscheint in 4 Heften jährlich., Jahresumfang 516 S. Einzelheft DM 9,80, im Jahresabo DM 7,- zuzügl. Postversand. Bestellungen über spw-Vertrieb, Libellenstraße 6a, D-1000 Berlin 38

WIDERSPRUCH

Beiträge zur
sozialistischen Politik

3'82

Arbeit — Arbeitszeit — Freizeit

P. Lüscher: Abschaffung der Arbeit?

P. Farago: Automation und Gewerkschaften

Th. Pinkus: Arbeit in der Selbstverwaltungsbewegung

L. Trüb: Doppelbelastung von Frauen

U. Mäder: Arbeit und Freizeit

Schweizer Ideologie — Ideologie in der Schweiz

M. Bondeli/U. Hänzenberger: Wissenschaftsbetrieb und Ideologie

S. Howald: Integrationsmechanismen der Schweizer Milizarmee

A. Bürg: Ideologische Funktion des Fernsehens

M. Peter: Bericht vom Berliner Ideologietheorie-Kongreß

Diskussion

P. Furth: Logik der Aufrüstung

B. Pfiffner: Autonomie und Frauenbewegung

P. Streuli: Zur Zürcher Krawalljustiz
Dossier: Polen und die Schweizer Linke

2. Jg. 1982

Redaktion: M. Bondeli, F. Cahannes, P. Franzen, U. Hänzenberger, R. Kuster, M. Peter, U. Rauber, B. Rothschild, R. Tognina. — Erscheint halbjährlich — Einzelheft ca. 9 sFr — *Widerspruch* Postfach, 8026 Zürich.

die Tageszeitung

Montag bis Freitag

Berichte - Kommentare - Fotos aus

linksradikaler - alternativer - ökologischer -
feministischer - empörender - undogmatischer -
betrieblicher - internationaler - ungewöhnlicher -

vor allem aktueller Sicht

Mit täglichen Lokalteilen in
Berlin und Hamburg

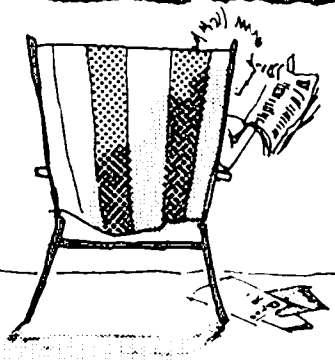
(incl. Schleswig-Holstein und Nordniedersachsen)

Probephasen (taz 1 Woche lang kostenlos)

bei: taz-Abteilung

Wattstr. 11-12, 1000 Berlin 65

jeden Monat **COURAGE** aktuelle frauenzeitung



Eine Zeitschrift – von Frauen gemacht. Courage informiert, kritisiert. Was Frauen anders machen wollen – zu Hause, im Betrieb, in Parteien, Gewerkschaften, Frauenzentren. Courage – eine Zeitschrift für alle Frauen und für alle, denen Frauen wichtig sind.

COUPON

ja, ich möchte COURAGE näher kennenlernen und bestelle die nächsten drei Ausgaben von COURAGE zunächst im Probeabonnement für 10,- DM. Wenn ich nach dem zweiten Heft nicht schriftlich beim Verlag kündige, bin ich mit dem Weiterbezug von COURAGE zum regulären Jahresabpreis von 48,- DM (54,- DM Auslandsabo) einverstanden.

COURAGE Frauenverlags-GmbH, Bleibtreustr. 48, 1000 Berlin 12.

Name/Vorname: Yc/82

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

Datum: Unterschr.:

PS. Wann · Was · Wo ? Termine, Termine, Termine Vertrauensgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von zwei Wochen widerrufen kann.



deutsche gesellschaft für verhaltenstherapie e. v.

AUS UNSEREM VERLAGSPROGRAMM :

Manfred Cramer:

Gespräche mit Sozialarbeitern,
Sozialpädagogen und Psychologen
- ein Lesebuch -

Tübingen 1981, 409 Seiten
ISBN 3-922686-46-X DM 30,00

M. Bärsch, J. Herl, B. Röhrle,
H. Willerhäuser:

Skizzen zur ambulanten psycho-
sozialen Versorgung

Tübingen 1982, 279 Seiten
ISBN 3-922686-52-4 DM 32,00

DGSP, DGVT, GwG (Hrsg.):

Psychosoziale Hilfen im regionalen
Verbund - Analysen und
Perspektiven zur Überwindung
der Struktur- und Finanzkrise

ISBN 3-922686-54-0 DM 4,00

Wolfgang Kraus:

Gemeindepsychologie in der
Praxis - Evaluation Gemein-
depsychiatrischer Praxis
Das Beispiel USA

Tübingen 1981, 110 Seiten
ISBN 3-922686-48-6 DM 14,00

AUTORENGRUPPE Tübingen:

Gesundheitspolitische Aspekte
der Klinischen Psychologie

Tübingen 1978, 223 Seiten
DM 14,00

Zu erhalten über die

dgvt-Geschäftsstelle,
Postfach 1343, 7400 Tübingen
(Deutsche Bank Tübingen,
Kto. 154777701)
oder über den Buchhandel.

KB Unser Weg
KOMMUNISTISCHER BUND 33

Mit Reagan und Schmidt:
**Sicher in die
80er Jahre!**



36 S.

Zu beziehen bei:
Stammburger Satz- und Verlag-
Kooperative
Lankersheimstraße 75
7000 Stuttgart 50
Tel. 040 - 41 93 44

DM 4

Damit ihr nichts
verpaßt...
Arbeiterkampf -Abo
militarismus
Polen
Komploteine
KULTUR
Faschismus
Amerika
AUSLANDER IN DER BRD

Abender:

An die
Hamburger Satz-
und Verlagskooperative
Lankersheim 75
Postfach 7005
7000 Stuttgart 19

Siehe mit der Schreibmaschine aufpassen

Ich will einen den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen
 Halbjahresabo DM 30,- Fördersabo DM 80,-
 Jahresabo DM 60,- Fördersabo DM 120,-

Ich übernehme das Geld auf das Konto der
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Postfachnummer Hamburg, GLZ 200 100 20, Konto 27 119 303

Ich will das Geld abuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar

Ort, Datum: Unterschrift:

Einzugsermächtigung
Hiermit ermächtige ich Sie, die Hamburger Satz- und Verlagskooper-
ative, Hamburg, das von mir/uns zu entrichtenden Abonnementpreises für
die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/meiner* Giro-
kontos
Kto. Nr.
Kto. inhaber
bei der
richtigen Lastschrift einzuholen. GLZ

..... Datum:

MODERNE ZEITEN

Sozialistische Monatszeitschrift

Schwerpunkte MOZ 7/8 '82:

Nach der Hamburg-Wahl: Bewegung in der politischen Landschaft?
· **Kriege für den Frieden:** Endlösung der Palästinenserfrage? – US-Atomkriegsstrategie – Schönwetterfriedensbewegung und Falkland-Krieg · **Feminismus – Sozialismus:** Frauen-SK Marburg – Frauen in die MOZ · **Sozialabbau:** DS-Kongreß – Initiative gegen Sozialabbau · **Berliner Jagdszenen:** Nachlese zum Reagan-Appell · **Irrealer Sozialismus:** Zur Strategie von Solidarność – Systemkrise des Irrealen Sozialismus · **Westeuropäische Linke:** SVP Dänemark · **Kultur/Abschiede:** Fassbinder – Weiss

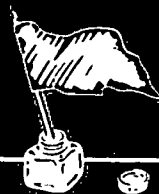
Die MOZ erscheint am 15. jeden Monats. Ihr kriegt sie zum Einzelpreis von 5,- DM in allen linken Buchläden.

Aboaktion für ARGUMENT-Leser

Wer jetzt ein Jahresabonnement der MOZ bestellt (12 Ausgaben für 48,- DM) kriegt die letzten 5 Ausgaben (im Wert von 25,- DM) als Werbegeschenk gratis.

Postkarte mit Vermerk „ARGUMENT-Anzeige“ ausfüllen, und ab geht die Post an:

MODERNE ZEITEN, Am Taubenfelde 30,
3000 Hannover 1, Tel.: (05 11) 32 34 17



Kunst- und Kulturwissenschaft

<i>Gauthier, Xavière: Surrealismus und Sexualität (J. Dech)</i>	581
<i>Nabakowski, Gisliind, u.a.: Frauen in der Kunst (S. Wenk)</i>	583
<i>Savier, Monika, u.a.: Mädchen zwischen Widerstand und Anpassung (Chr. Thomas)</i>	586
<i>Rieger Eva: Frau, Musik und Männerherrschaft (A. Bünz-Elfferding)</i>	587
<i>Latz, Inge, u.a.: Sing, Frau, sing ... (F. Hoffmann)</i>	589
<i>Latz, Inge: Frauen-Lieder (F. Hoffmann)</i>	589

Soziologie

<i>Briefs, Ulrich: Arbeiten ohne Sinn und Perspektive? (W. van Treeck)</i>	591
<i>Stoll, Edgar: Produktion als Arbeitsprozeß (U. Kadritzke)</i>	593
<i>Stearns, Peter N.: Arbeiterleben (P. Strutynski)</i>	595
<i>Wetzel, Konstanze: Gewerkschaftsbewegung und Persönlichkeitsentwicklung (A. Wöhrle)</i>	596

Erziehungswissenschaft

<i>Arbeitsgruppe Schulforschung: Leistung und Versagen (H.-D. Kübler)</i>	598
<i>Lippitz, Wilfried: »Lebenswelt« oder die Rehabilitierung vorwissenschaftlicher Erfahrung (A. Schäfer)</i>	601
<i>Prange, Klaus: Pädagogik als Erfahrungsprozeß (A. Schäfer)</i>	602
<i>Keitel, Christine, u.a.: Text, Wissen, Tätigkeit (J. Stary)</i>	605

Psychologie

<i>Galperin, Pjotr J.: Zu Grundfragen der Psychologie (G. Kandzora)</i>	606
<i>Neisser, Ulric: Kognition und Wirklichkeit (H.-P. Michels)</i>	608
<i>Wöller, Friedrich: Psychische Störungen bei Studenten und ihre sozialen Ursachen (W. Reimann)</i>	609

Geschichte

<i>Preußen. Versuch einer Bilanz (U. Wacker)</i>	542
<i>Heinrich, G: Geschichte Preußens (U. Wacker)</i>	542
<i>Schoeps, Hans-Joachim: Preußen (U. Wacker)</i>	542
<i>Greiffenhagen, Martin: Die Aktualität Preußens (U. Wacker)</i>	542
<i>Thadden, Rudolph von: Fragen an Preußen (U. Wacker)</i>	542
<i>Krockow, Christian Graf von: Warnung vor Preußen (U. Wacker)</i>	542
<i>Holzbach, Heidrun: Das »System Hugenberg« (H. Freundl)</i>	611
<i>Erdmann, Karl Dietrich, u.a. (Hrsg.): Weimar (E. Hennig)</i>	612
<i>Jückel, Eberhard, u.a. (Hrsg.): Hitler (A. Schildt)</i>	614
<i>Krausnick, Helmut, u.a.: Die Truppe des Weltanschauungskrieges (L. Nestler)</i> ...	615
<i>Back, Johannes, u.a. (Hrsg.): Terror und Hoffnung in Deutschland 1933-1945 (H.E. Jost)</i>	616

Soziale Bewegungen und Politik

<i>Sozialwissenschaftliche Projektgruppe München: Textverarbeitung im Büro (W. van Treeck)</i>	617
<i>Pirker, Theo (Hrsg.): Schreibdienste in obersten Bundesbehörden (Chr. Ohm)</i> ...	620
<i>Ruhrkohle AG und ERNO Raumfahrttechnik GmbH (Hrsg.): Systemanalyse zur Humanisierung des Arbeitslebens im Steinkohlebergbau (N. Rätzzel)</i>	622

Buchhandlungen

die DAS ARGUMENT, Argument-Sonderbände (AS)
und Argument-Studienhefte (SH) komplett am Lager haben

- Aachen: babula Buchhandlung, Pontstr. 133; Tel.: 0241/27555
Augsburg: »probuch« GmbH, Gögginger Str. 34; Tel.: 0821/579173
Berlin 12: autorenbuchhandlung, Carmerstr. 10; Tel.: 030/310151
Buchladen am Savignyplatz, Carmerstr. 9; Tel.: 030/3134017
das europäische buch, Knesebeckstr. 3; Tel.: 030/3135056
Buchhandlung Klepert, Hardenbergstr. 4-5; Tel.: 030/310711
Berlin 15: Das Politische Buch, Lietzenburger Str. 99; Tel.: 030/8832553
Berlin 19: Buchhandlung G. Zimmermann, Schloßstr. 29; Tel.: 030/3417432
Berlin 30: georg-büchner-buchhandlung, Augsburger Str. 31; Tel.: 030/242073
Berlin 33: das europäische buch, Thielallee 32; Tel.: 030/8324051
Jürgens Buchladen, Königin-Luise-Str. 40; Tel.: 030/8313825
Buchhandlung Klepert, Garystr. 46; Tel.: 030/8324368
Berlin 41: Wohlthat'sche Buchhandlung, Rheinstr. 11; Tel.: 030/8511509
Berlin 45: Buchhandlung Rosenfeld, Drakestr. 35a; Tel.: 030/8313962
Bielefeld: Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Feltenstr. 10; Tel.: 0521/63518
Bochum: Politische Buchhandlung, Im Westenfeld 22; Tel.: 0234/702336
Bonn: Buchladen 46, Kritische Politik, Kaiserstr. 46; Tel.: 0228/223608
Bremen 1: Georg-Büchner-Buchhandlung, Vor dem Steintor 56; Tel.: 0421/72073
Volksbuchhandlung, Richtweg 4, Tel.: 0421/323334
Bremen 33: Buchladen Bettina Wassmann, Bibliothekstraße; Tel.: 0421/217023.
Darmstadt: Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Lauteschlägerstr. 3; Tel.: 06151/75230
Dortmund: Buch International, Königswall 22; Tel.: 0231/140880
bücherstube GmbH, Große Heimstr. 62; Tel.: 0231/103306
Duisburg: buchladen kollektiv gmbh, Oststr. 194; Tel.: 0203/372123
Erlangen: Collectiv-Buchhandlung, Bismarckstr. 9
Essen: Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8; Tel.: 0201/231923
Karl-Liebnecht-Buchhandlung, Viehofer Platz 15; Tel.: 0201/232014
Frankfurt: Buchladen Verlag 2000 GmbH, Jügelstr. 1; Tel.: 0611/775082
Collectiv-Buchhandlung, Bornwiesenweg 4, Tel.: 0611/593989
Wiss. Buchhandlung Theo Hector, Gräferstr. 77; Tel.: 0611/777303
Gießen: Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Schiffenberger Weg 1; Tel.: 0641/792267
Göttingen: Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10; Tel.: 0551/42128
Hamburg: Heinrich-Heine-Buchhandlung, Grindelallee 26; Tel.: 040/449778
arbeiterbuch, Grindelhof 45; Tel.: 040/453801
Internationale Buchhandlung, Johnsallee 67; Tel.: 040/4104572
Hannover: Internationalismus Buchladen, Königsworther Str. 19; Tel.: 0511/17173
Heidelberg: Buchhandlung kollektiv, Plöck 64a; Tel.: 06221/12633
Kassel: ABC-Buchladen, Goethestr. 77; Tel.: 0561/77704
Buchhandlung Wissen u. Fortschritt, Werner Hilpert Str. 5; Tel.: 0561/15842
Köln 41: Der Andere Buchladen, Zölpicher Str. 197; Tel.: 0221/420214
Mainz: Anna Seghers Buchhandlung, Bilhildisstr. 15; Tel.: 06131/24916
Marburg: Politische Buchhandlung Roter Stern, Am Grün 28; Tel.: 06421/24787
Collectiv-Buchhandlung Wilhelm Liebnecht, Wettergasse 19; 06421/63662
München 40: BASIS, Sozialwiss. Fachbuchhandlung, Adalbertstr. 41b; Tel.: 089/2809522
Münster: Collectiv Buchhandlung, Roggenmarkt 15-16; Tel.: 0251/51414
ROSTA-Buchladen, Spiekerhof 34; Tel.: 0251/44926
Nürnberg: Libresso Buchzentrum, Peter-Vischer-Str. 25; Tel.: 0911/225036
Oldenburg: Carl v. Ossietzky Buchhandlung, Kurwickstr. 14/15; Tel.: 0441/13949
Saarbrücken: Buchhandlung Lenchen Demuth, Nauwieser Str. 13; Tel.: 0681/36559
der buchladen GmbH, Försterstr. 14; Tel.: 0681/31171
Schwerte: Buchhandlung Hubert Freistühler, Holzener Weg 31; Tel.: 02304/80033
Stuttgart: Buchhandlung Wendelin Niedlich, Schmale Str. 14; Tel.: 0711/223287
Tübingen: aktion politischer buchladen, Nauklerstr. 20; Tel.: 07071/212929
Schweiz: Bern: Buchhandlung für Soziologie, Münsterergasse 41; Tel.: 031/228218
Zürich: Limmatbuchh., Pinkus-Genossenschaft, Froshaugasse 7; Tel.: 01/2512674
Dänemark: Kopenhagen: Kobenhavns Bogcafé, Kulturvet 11; Tel.: 01/111236
Niederlande: Den Haag: E.R. Ruward B.V., Noordeindé 122; Tel.: 070/658755
Österreich: Wien 1: Buchhandlung Heinz Kollisch, Rathausstr. 18; Tel.: 0222/433221
Wien 1: Buchhandlung Karl Winter, Landesgerichtsstr. 20; Tel.: 0222/421234